C 21734 D



Ägypten nach Sadat S.30

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 212 9.11.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Anmerkungen zum Niedergang des KBW

Seite 35

Startbahn-West:
Aufruhr im Rhein-Main-Gebiet





Am 2.11. ließ die hessische Landesregierung das Hüttendorf der Bürgeriniativen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens räumen. Unbeschreibliche Szenen spielten sich ab: Tagelang wütete der Polizeiknüppel gegen jung und alt, gegen „Bürger" und „Chaoten", Christen und Sozialisten. Der Staat zeigte seine terroristischen Fähigkeiten. Ein beträchtliches Waldstück, das zum Gelände der geplanten Startbahn West gehört, wurde erobert und eingefriedet. Breite Schneisen wurden geschlagen, in denen jetzt – in deutscher KZ-Tradition – fieberhaft an der Errichtung einer Mauer gearbeitet wird. Der Gewalteinsatz erfolgte genau an dem Tag, an dem die Startbahngegner ihren Gesetzentwurf zur Durchführung eines Volksbegehrens gegen die Startbahn West vorstellten, und er erfolgte in völliger Mißachtung laufender gerichtlicher Eilverfahren zur Erreichung eines Baustopps.

So praktizieren die Herrschenden ihr Demokratieverständnis. Ob sie mit sich zufrieden sein können, darf bezweifelt werden. Denn seit diesem historischen Novembertag geben die Startbahngegner ihrerseits ein Lehrstück über ein a n d e r e s, entgegengesetztes Demokratieverständnis. Statt sich einschüchtern zu lassen, nehmen sie zu zigtausenden permanent ihr Widerstandsrecht wahr. Nicht als Sonderrecht für egoistische Eigeninteressen, sondern als P f l i c h t, dem autoritären Amoklauf des Staates entgegenzutreten. In Hessen wird derzeit die Demokratie von unten geprobt. Es geht nicht nur darum, daß die Mobilisierung zu den nicht abreißen wollenden Demonstrationen alles bisher Dagewesene schlägt, daß die Bevölkerung offen Sympathie zeigt, daß Arbeiter mit auf die Straße oder in den Wald gehen, daß die kämpferischsten Teile der Gewerkschaften aktiv Solidarität üben und die DGB-Führung hart bedrängen, daß Schüler und Studenten wie selbstverständlich streiken. Es geht auch darum, daß diejenigen, die jetzt anfangen nachzudenken und umzudenken, statistisch gar nicht zu erfassen sind. Erstmals räumen selbst Teile der Medien („Frankfurter Rundschau") dem Volksbegehren – falls es zugelassen wird – eine reale Erfolgschance ein (800.000 Unterstützer sind in der zweiten Phase notwendig!).

Fortsetzung Seite 3

Nazi-Terrorismus: Ein sehr willkommener Selbstmord!



Wenn ein Eichhörnchen seine Wintervorräte vergräbt, passiert es oft, daß es nachher die Verstecke nicht mehr aufzufinden weiß. Wenn aber ein neonazistischer Forstwirtschaftsmeister 88 wasserdichte Kisten mit Waffen, Sprengstoff und Gift im Wald vergräbt, macht er sich darüber eine präzise Liste. Und so war Nazi-Förster Heinz Lembke in einer schwachen Stunde in der Lage, der niedersächsischen Polizei exakte Angaben über 33 Waffenverstecke zu machen. Mehr noch: Er schien auch nicht mehr ganz unwillig zu sein, der Polizei zu erzählen, wie er an dieses Waffenarsenal gekommen war und mit wem er es teilen wollte. Aber gerade an diesem interessanten Wendepunkt wurde Heinz Lembke am Sonntag, 1.11., tot in seiner Zelle aufgefunden – erhängt mit einer Verlängerungsschnur fürs Radio. Selbstmord, selbstverständlich. Die BRD ist das freieste Land, das es je auf deutschem Boden gab. Das schließt die Freiheit von Gefangenen ein, sich aufzuhängen oder aus einem Meter Entfernung von hinten zu erschießen.

Schade, es hätte interessant werden können, wenn Lembke ausgepackt hätte. Jetzt wird es wahrscheinlich bloß eine der zahlreichen abgelegten Akten im Ressort „Einzeltäter" werden: Ganz allein hat Förster Lembke in seiner Freizeit die aufgefundenen 156 Kilo Sprengstoff, 50 Panzerfäuste, 12 Schußwaffen usw. zusammengetragen. Und ausschließlich für seinen privaten Gebrauch waren sie selbstverständlich bestimmt, ebenso wie die aufgefundenen Tütchen mit Zyankali, Arsen und Strichnin. Womit übrigens auch bewiesen wäre, daß es sich wie üblich um einen nicht ernst zu nehmenden Verrückten handelte: Wofür braucht denn ein einziger Mensch so viele Waffen ?! ...

Ein kleines Ärgernis konnte inzwischen ausgeräumt werden: Im allerersten Moment waren die niedersächsischen Polizeistellen zweifelsfrei davon ausgegangen, daß Lembkes Waffensammlung weitgehend aus Bundeswehrbeständen stamme. *„In den Waffenlagern befanden sich auch mehrere Bundeswehrvorschriften und schriftliche Unterlagen über Sprengen, Minenlegen, ... Panzerabwehr und ähnliche militärische Übungen"* („Hamburger Abendblatt", 3.11.). Inzwischen weiß man, daß Albrechts Polizei sich geirrt hat – die Waffen stammen überhaupt nicht aus Beständen der Bundeswehr. Damit verliert auch die bedenkliche Äußerung eines Kriminal-Beamten – „Solche Mengen kann man nicht stehlen, da muß g e l i e f e r t worden sein" („Hamb. Abendblatt", 3.11.) – ihre Brisanz. Nach Querverbindungen des Nazi-Terrorismus in die Bundeswehr braucht also erst gar nicht gefahndet zu werden. Und daß vermutlich auch die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest einen Spezialsprengstoff der Bundeswehr enthielt, weiß sowieso kein Mensch mehr.

An Tatsachen bleibt festhalten: Förster Lembke war eine Z e n t r a l f i g u r innerhalb einer Nazi-Bande von erheblichen Ausmaßen. Diese Bande muß nicht bloß in der Lage gewesen sein, sich eine riesige Sprengstoff- und Waffensammlung zu beschaffen, sondern muß auch über zentralisierte Strukturen verfügen, in denen ihre Vorräte verteilt und zur Anwendung gebracht werden sollten. Da Lembke im Besitz einer Übersicht über all diese Verstecke war – ob er sie alle allein angelegt hat, sei dahingestellt –, ist anzunehmen, daß er mit dem Zentrum dieses Nazi-Netzes in direkter, enger Verbindung stand.

Daß Details dieser Verbindungen im Dunkeln bleiben werden, dafür garantiert die Tüchtigkeit der bundesdeutschen Polizei.

Siehe Artikel Seite 2

Griechenland:
Eine neue Chance für den Reformismus

Gefeiert wurde in Griechenland auf Straßen und Plätzen der Wahlsieg der PASOK. Gefeiert wurde die große Niederlage der Rechten, deren "Nea Demokratia" endlich abgelöst wurde.
Als 1967 in Griechenland die Liberalen als Sieger aus den Wahlen hervorgehen sollten, griffen USA und NATO mit dem Militärputsch vom 21. April dieser Entwicklung vor. Sieben Jahre dauerte die Herrschaft der faschistischen Junta, Jahre, in denen die Konzentrationslager auf den Inseln sich mit Demokraten und Kommunisten füllten, das gesellschaftliche Leben in das Korsett faschistischer Repression gezwungen wurde, in dem die "griechische Nation" beschworen wurde und auf das Singen von Theodorakis-Liedern hohe Strafen standen.
Konstantin Karamanlis, der die faschistische Junta ablöste, brachte nicht die erwartete Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Er schonte die Faschisten, beugte einer umfassenden Entnazifizierung vor und blieb, trotz Wiederzulassung der Kommunistischen Partei, bei der staatlichen Repression gegen Linke in allen gesellschaftlichen Bereichen. Als letztes Jahr zum Gedenken an den Polytechnikum-Aufstand von 1973 die jährliche Demonstration stattfand, blieben zwei Tote als Polizeiopfer auf der Strasse zurück. Faschistische Zentren in Militär und Geheimdienst blieben unangetastet.
Materielle Sorgen hat die griechische Bevölkerung genug, um mit der korrupten Rechten Schluß zu machen und auf einen Wandel zu setzen.
Die PASOK hat einen überragenden Wahlsieg errungen. Sie kündigt nun einen "großen Wandel" an, vergleichbar dem Regierungsantritt von Willy Brandt und Francois Mitterand. Erneut erhält damit die Sozialdemokratie in einem lange Jahre von den Konservativen beherrschten Land die Chance, den Reformismus in der Tat zu beweisen.

Siehe Artikel Seite 28

Fall Lembke: Eine Verschleierungs-Panne?

Als am 1. November der Neonazi Heinz Lembke erhängt in seiner Zelle aufgefunden wurde, dürften alle seine Komplizen und Hintermänner erleichtert aufgeatmet haben: Lembke hatte angekündigt, daß er am Montag (2. 11.) vor der Bundesanwaltschaft über die personellen Hintergründe des bei ihm entdeckten Waffenlagers aussagen wolle.

Personelle Hintergründe: Im Fall Lembke hätte dies bedeutet, daß ein Nazi aus dem Zentrum des kriminellen Geflechts dieser Banden Details verraten hätte:

- Details z.B. darüber, wieso und aufgrund welcher Beziehungen Lembkes Haus kurz nach dem Münchner Attentat (September 1980) durchsucht worden war, weil die Polizei Hinweise erhalten hatte, Lembke könnte den Sprengstoff hierfür geliefert haben;
- Details auch über seine Kontakte zu Manfred Roeder und dessen „Deutschen Aktionsgruppen", die neben mehreren Brandanschlägen im letzten Jahr auch zwei Vietnamesen in Hamburg bei einem dieser Anschläge ermordet hatten; wegen dieser Kontakte und seiner damaligen Aussage-Verweigerung hatte Lembke gerade 6 Monate in Beugehaft gesessen;
- Details aber auch insbesondere über die Kontakte dieser Szene hinein in die Bundeswehr, aus der heraus Lembke wohl mit jenen Waffen versorgt worden war, die jetzt aufgefunden wurden.

Denn eins ist sonnenklar: Allein hat Lembke nie und nimmer diese Waffen zusammensammeln können, dazu hat er Helfer diesseits und jenseits der Zäune gebraucht, die um die Waffen- und Munitionsdepots der Bundeswehr und der NATO in der Lüneburger Heide gezogen sind.

Wie sehr dieser Waffenfund in der Lüneburger Heide auch ein Skandal der Bundeswehr werden könnte, erhellt u.a. eine Bemerkung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. 11., wo vermerkt wird, daß bei Lembke zwar 50 Panzerfäuste gefunden worden seien, die Bundeswehr selbst aber zuletzt 1978 17 solcher Waffen als „offenbar gestohlen" vermeldet habe.

Daß nach Lembkes Tod gerade ein einziger Bundeswehrangehöriger, ein Feldwebel, kurzfristig verhört und wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, weil er zwar Lembkes „nazistischer Gruppe", nicht aber dessen „terroristischer Vereinigung" angehört habe, spricht Bände, was die Bereitschaft der ermittelnden Behörden anbelangt, solche Spuren ernsthaft zu verfolgen.

Die gefundenen Waffen stammten nicht aus Bundeswehrbeständen, so wird behauptet. Dabei ist Presseberichten zufolge ein Großteil der entdeckten Kisten ungeöffnet an die Bundeswehr übergeben worden, die demzufolge auch allein Kenntnis von dem genauen Inhalt hat. (Alles andere ergibt sich aus dem von Lembke gefertigten Inhaltsverzeichnis.)

Die Art und Weise, wie jetzt erneut von offizieller Seite öffentlich darüber nachgedacht wird, die „Anti-Terror-Gesetze" zu verschärfen, Parallelen zwischen Nazis und RAF gezogen werden und der Schwarze Peter der Verantwortung für die Nazi-Umtriebe zwischen Regierung und Opposition hin- und hergeschoben wird, etc. pp., läßt nichts Gutes ahnen. Wieder einmal wird der „starke, wehrhafte Staat" beschworen, der sich gegen seine „Feinde von links und rechts" zur Wehr setzen müsse.

Die Kehrseite dieses Rufs nach dem „wehrhaften Staat" ist aber – und das ist die besondere Brisanz des Falls Lembke – die Vertuschung aller Verbindungen der Nazi-Szene bis hinein in Institutionen dieses Staates; ist die Verheimlichung des offenbar reichlich vorhandenen Wissens des „Staatsschutzes" über diese Szene vor der Öffentlichkeit und das jämmerliche Spiel, das nun von offizieller Seite um die Herkunft der Waffen Lembkes getrieben wird.

Was ist passiert?

Nur wenige Tage nach seiner Entlassung aus einer sechsmonatigen Beugehaft wurde Heinz Lembke von Waldarbeitern dabei beobachtet, wie er Teile seines Waffendepots inspizierte. In Haft genommen, erklärte er sich nach einigen Tagen dazu bereit, den Behörden weitere Verstecke zu zeigen: An insgesamt 31 Stellen hatte Lembke in 88 Behältern ein umfangreiches Arsenal militärischen Geräts vergraben (siehe Kasten).

Schließlich erklärte sich Lembke auch bereit, am 2.11. vor der Bundesanwaltschaft über die personellen Hintergründe dieser Waffensammlung auszusagen – eine ungewöhnliche Bereitschaft angesichts der gerade ergebnislos abgesessenen Beugehaft zugunsten der Bande um Manfred Roeder. Doch bevor Lembke seine Aussage machen konnte, war er tot – Selbstmord mit einer Verlängerungsschnur ist die offizielle Version der Staatsanwaltschaft. Lembke war in Untersuchungshaft in der JVA Lüneburg, besondere Sicherheitsvorkehrungen waren nicht getroffen worden. (Er war ja „nur" Nazi.) Direkt angesprochen, wer Lembke nach dessen Frau am Freitag Abend vor seinem Tod denn noch besucht habe, konnte die Staatsanwaltschaft sich nur noch in Unwissenheit flüchten. Die Vollzugsbeamten jedenfalls hätten sich um Lembke seit der Essenausgabe am Samstag Abend nicht mehr gekümmert.

Wer war Heinz Lembke?

Seit 1959 war Lembke ständig Aktivist der rechten Szene. Mitglied des später verbotenen „Bund Vaterländischer Jugend", des „Bund Heimattreuer Jugend", in Roeders „Deutscher Bürgerinitiative" und – bis zu seinem Tod – in der NPD, für die er auch bei Wahlen kandidiert hatte.

Zusammen mit seinem „Kameraden" H. Becker war er am 11.9.76 führend beteiligt bei einem Überfall von ca. 20-30 NPD-Schlägern (u.a. Ulrich Bundt, Sarkowsky etc.) auf antifaschistische Jugendliche im Jugendzentrum Lüneburg. Die Nazis sprühten Tränengas, „kontrollierten" herauskommende Jugendliche „nach Waffen" (ausgerechnet!), beschimpften und bedrohten sie. Lembke, der in erster Instanz deshalb zu 3.150 DM Geldstrafe verurteilt worden war, ging in der Berufung straffrei aus; Beckers Strafe wurde von 6 Monaten (auf Bewährung) auf 4 Monate reduziert. (Es spricht einiges dafür, daß jener bis jetzt nicht namentlich genannte Landwirt, der nach Lembkes Tod festgenommen wurde, eben dieser Becker ist.) Schon damals war Lembke Mitglied in Roeders „Deutscher Bürgerinitiative". Lembke war auch mit von der Partie, als Nazis in Uelzen die Aufführung eines antifaschistischen Theaterstücks terrorisierten.

Lembkes Haus und dessen Umgebung war bis zuletzt immer wieder Treffpunkt uniformierter Nazis, die dort ihre „Wehrsportübungen" abhielten. Das jedenfalls erzählten seine Nachbarn. An Kundschaft wäre kein Mangel: Da gibt es z.B. in unmittelbarer Nähe Lembkes die „Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel" des Dr. Uwe Jürgens aus Celle. Eben dieser Uwe Jürgens, dessen Truppe schon durch Übungen auf Bundeswehrgelände aufgefallen war, hatte gemeinsam mit Uwe Rohwer („Hansa"-Bande; mindestens ein nachgewiesener Überfall auf NATO-Einrichtungen) mehrere Fahrten unternommen, um Möglichkeiten abzuklären, Militärmaterial zu beschaffen. Und da gibt es in Hamburg-Blankenese die Gruppe um den ehemaligen Springer-Verlagskaufmann Dems, der ebenfalls auf Bundeswehrgelände bei „Wehrsportübungen" erwischt worden war (Januar '81) und dessen Gruppe des öfteren übers Wochenende „in die Heide" gefahren war.

Was hat Lembke mit dem Münchner Attentat zu tun?

Die interessantesten Hinweise auf Lembkes Aktivitäten in der letzten Zeit aber lieferte – wohl mehr aus Tolpatschigkeit denn aus freien Stücken – die Staatsanwaltschaft bei ihrer Pressekonferenz:
Kurz nach dem Münchner Attentat gehörte Lembkes Haus zu den bislang nicht genannten Wohnungen von Nazis, die durchsucht worden waren. Grund für diese Durchsuchung war ein Hinweis, Lembke könnte den Sprengstoff für die Münchner Bombe geliefert haben. Damals wurde außer einem leeren Gewehrmagazin und Pistolenkugeln dort nichts gefunden, immerhin aber: Es war offenbar schon damals bekannt, daß Lembke „für Waffen zuständig" war. Wer diesen Hinweis gegeben hatte und was nach dieser „erfolglosen" Durchsuchung weiter unternommen worden ist, ist unbekannt. Klar ist aber, daß mit dieser Spur die These vom „Einzeltäter Köhler" nicht mehr zu halten wäre.

Ein weiteres Schlaglicht auf Lembkes Aktivitäten und auf das bisher vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Wissen des „Staatsschutzes" über die Verbindungen im Nazi-Sumpf wirft die Tatsache, daß Lembke nach der Verhaftung Roeders im Herbst 1980 wegen Aussageverweigerung für ein halbes Jahr in Beugehaft wanderte (April bis Oktober 1981). Tatsächlich hatte sich Manfred Roeder, spätestens seit Mai 1980 wieder in der BRD, vorzugsweise in Hannoversch-Münden und in der Lüneburger Heide aufgehalten. Dort hatte Roeder bei einem nicht näher bekannten Arzt seine Mittäterin Sybille Vorderbrügge kennengelernt und die Verbrechen seiner „Deutschen Aktionsgruppen" geplant.

Anders noch als die jüngste Aktion in München, wo die Ermittlungsbehörden der Öffentlichkeit – abgesehen von der allgemeinen Propagierung des „starken Staates" gegen „Terrorismus" und „Extremismus" – a u c h die gut inszenierte „Wachsamkeit gegen den Terror von rechts" vorführten und mit der „erfolgreichen" Zielfahndung die bohrenden Fragen nach etwaiger Fahrlässigkeit gegenüber nazistischen Umtrieben vom Tisch zu wischen versuchten, paßt der Fall Lembke nun gar nicht in das Bild des nach rechts wachsamen Staates. Vielmehr gewinnt der ausreichend interessierte Durchschnittsdemokrat den Eindruck, als ob sich die niedersächsischen „Sicherheits"behörden etwas haben zuschulden kommen lassen, was ihnen auf keinen Fall hätte passieren dürfen: nämlich eine peinliche Panne bei der Verschleierung von Zusammenhängen zwischen dem Münchner Anschlag, dem Untergrund-Netz der Nazis und Organen dieses Staates wie dem VS und der Bundeswehr. Da kann es auch nicht wundern, daß Bundesoberfahnder Rebmann dem niedersächsischen Innenminister das gefährliche Spielzeug im Interesse höherer Belange aus der Hand nimmt und zentralisiert ...

Das Besondere am Fall Lembke ist nämlich keineswegs, d a ß er jahrelang unter „Observation" von VS und sonstwem Waffen sammeln und für seine „Szene" verwalten konnte, ohne belangt oder gestoppt zu werden. Besonders brisant an diesem Fall ist die Tatsache, daß sich mit der Frage nach der Herkunft, der ungestörten Sammelmöglichkeit und dem evtl. Gebrauch der Waffen zugleich die Frage stellt, wie weit der Nazi-Terrorismus heute direkt mit Teilen des Staatsapparats zusammenhängt und mit welchen. Schließlich ist der Fall des „Verfassungsschutz"-Agenten Lepzien (ebenfalls Niedersachsen!) noch gut in Erinnerung, wo der VS über diesen agent provocateur direkt in den Nazi-Waffenhandel verstrickt war.

Es scheint uns dringend geboten, dieser Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehr-Waffen für die Nazi-Armee

88 Kisten voll mit Waffen, der überwiegende Teil davon aus Bundeswehrbeständen, versteckt an 31 verschiedenen Stellen – das war der Vorrat, den Heinz Lembke gehortet hatte und den die Polizei sofort an die Bundeswehr übergeben hat. Nach einer von Lembke selbst angefertigten Liste, die in einer der Kisten aufgefunden wurde, handelt es sich dabei im einzelnen um:

- 156 kg Sprengstoffe;
- 230 Sprengkörper;
- 211 Zündschnüre und elektrische Zünder;
- 146 Meter Sprengschnur;
- 2005 Sprengkapseln einschließlich elektrischer Sprengkapseln;
- 51 Minenzünder;
- 17 Handflammpatronen;
- 23 Treibladungen;
- 26 Abfeuereinrichtungen;
- 50 Panzerfäuste;
- 70 Panzerfausttreibladungen;
- 18 Zünder;
- 258 Blend-, Brand-, Tränengas- und Nebelhandgranaten;
- 13 520 Schuß Munition der verschiedenen Kaliber für Handfeuerwaffen;
- 3 Pistolen;
- 2 Jagdkarabiner;
- 2 Kleinkalibergewehre;
- 1 Gewehr G3;
- 1 Karabiner 98;
- 2 Doppelflinten;
- 1 Maschinenpistole;
- 2 G3-Manöverpatronengeräte;
- 1 Signalpistole;
- Zubehör wie: Schall- und Mündungsdämpfer, 30 Stück Leuchtmunition, 111 Stück Signalmunition und Rauchkörper, 3 ABC-Schutzausrüstungen;
- 0,5 kg Quecksilber;
- 1 Liter Schwefelsäure;
- 1,9 kg Phosphor;
- 0,05 kg Zyankali;
- 19 Gramm Arsen;
- 9 Gramm Strychnin;
- 500 Gramm Äther;
- 1 kg Schwefelkohlenstoffe.

Außerdem enthielten die gefundenen Kisten diverse Bundeswehrschriften und Unterlagen über Sprengen, Minenlegen, Panzerabwehr und ähnliche militärische Übungen sowie entsprechende polizeiliche Schriften.

DIESE CONTAINERROHRE, in denen Waffen eingepackt waren, sowie Zündschnüre und Sprengstoff waren unter anderem in den Waffenlagern, die Neonazis in der Lüneburger Heide angelegt hatten.

- 1,9 kg Phosphor;
- 0,05 kg Zyankali;
- 19 Gramm Arsen;
- 9 Gramm Strychnin;
- 500 Gramm Äther;
- 1 kg Schwefelkohlenstoffe.

Außerdem enthielten die gefundenen Kisten diverse Bundeswehrschriften und Unterlagen über Sprengen, Minenlegen, Panzerabwehr und ähnliche militärische Übungen sowie entsprechende polizeiliche Schriften.

DIESE CONTAINERROHRE, in denen Waffen eingepackt waren, sowie Zündschnüre und Sprengstoff waren unter anderem in den Waffenlagern, die Neonazis in der Lüneburger Heide angelegt hatten.

Wer war Heinz Lembke?

Seit 1959 war Lembke ständig Aktivist der rechten Szene. Mitglied des später verbotenen „Bund Vaterländischer Jugend", des „Bund Heimattreuer Jugend", in Roeders „Deutscher Bürgerinitiative" und – bis zu seinem Tod – in der NPD, für die er auch bei Wahlen kandidiert hatte.

STECKBRIEF
Achtung! Gefährlicher Neo Nazi!
Name: Hans-Heinz-Ernst Lembke

STECKBRIEF

Achtung! Gefährlicher Neo Nazi!

Name: Hans-Heinz-Ernst Lembke

Geboren: 1937 in Pommern

Beruf: Waldfacharbeiter

Lembke, ein berüchtigter Provokateur:

- Am 14.11.74 beteiligte sich Lembke während einer NPD-Veranstaltung an einer brutalen Schlägerei gegen mehrere Antifaschisten.
- Am 30.1.76 tauchte Lembke beim provokatorischen Fackelzug des bekannten Faschisten Manfred Roeder auf ("Für die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches"). Danach bespitzelte er mehrere Dutzend Antifaschisten, die im Jugendzentrum über die Roeder-Aktion redeten.
- 11.9.76: NPD-Veranstaltung in den Räumen der Stadtjugendpflege
  - Wiederum warf sich Lembke mit seinem Kampfgefährten "Heinrich" unter die Antifaschisten, um zu provozieren und zu bespitzeln.
  - Lembke und ca. 15 Neo-Nazis terrorisieren mit Tränengas über 60 Antifaschisten im AKJZ-Keller.
  - Nachdem die Antifaschisten den Keller verließen, trieben ca. 20 NPD-Schläger die Jugendlichen durch die Innenstadt. Sie drohten mit Prügel, durchsuchten einige Leute und ließen Sprüche los wie: "Wir dürfen das. Wir sind reinrassig." "Gleich vergasen!" Gegen Lembke ist inzwischen deswegen Anzeige erstattet worden.
- Am 25.9.76 provozieren Lembke, "Heinrich" und drei Faschisten in der Stadt mehrere linke Zeitungsverkäufer. Einer wird sogar tätlich angegriffen. "Heinrich" filmt einige Antifaschisten "für die Kartei" und Lembke beschmiert eine Stellwand. Danach versuchen die Faschisten sogar einen linken Buchladen zu stürmen.

„Heinrich"

Der Terror und die Provokationen der Neo-Nazis dürfen nicht länger hingenommen werden. Die Erfahrungen haben gezeigt: Der Verzicht auf gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten ermuntert sie nur zu weiteren Provokationen.

EINMAL FASCHISMUS, DAS REICHT!
FÜR EIN ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS!

LÜNEBURGER ANTIFASCHISTEN

Bereits 1976 machte die antifaschistische Gruppe (in der auch der KB mitarbeitet) mit diesem Steckbrief auf das Treiben des Nazis Lembke aufmerksam. Polizei und Staatsschutz unternahmen natürlich nichts, während heute – fünf Jahre später – von den gleichen Stellen Überraschung geheuchelt wird. Aber damals ging es auch „nur" um Terror gegen Linke, worin sich die Nazis völlig einig mit dem Staatsapparat sind.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aufruhr Startbahn-West: im Rhein-Main-Gebiet



Fortsetzung von Seite 1

Dies hat — spät, aber leider nicht zu spät — die Integrationsstrategen und Dialog-Politiker in den Reihen der sozialliberalen Parteien auf den Plan gerufen. Eine spontane Bewegung, so hoffen sie, wäre mit einem Butterbrot und einem Ei wieder zum Erliegen zu bringen. Der Vorsitzende der SPD Hessen-Süd, Görlach, meldete sich mit dem Vorschlag zu Wort, die Bauarbeiten solange ruhen zu lassen, wie der Staatsgerichshof über die Zulässigkeit des Volksbegehrens berät (dieser wird eingeschaltet, wenn die Landesregierung, wie angekündigt, den Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens ablehnt). Diese „Pause" soll benutzt werden, um wieder (?) *„miteinander zu reden"*. Freilich will Görlach keineswegs über das *„Ob"*, sondern lediglich über das *„Wie"* des Startbahnbaus diskutieren. Sein Angebot: Eine „Gewaltlosigkeits-Debatte". Dafür will auch das Fernsehen demnächst Sendezeit zur Verfügung stellen. Eigentlich ist es eine glatte Unverschämtheit der Verantwortlichen, wenn sie jetzt mit den Startbahngegnern darüber diskutieren wollen, wie ihre „unumstößlichen" Beschlüsse am besten in die Tat umgesetzt werden können, wie also die Rodung des Waldes am bequemsten vonstatten gehen könnte. Dennoch sollte das „Angebot", so mickrig es ist, nicht auf die leichte Schulter genommen werden, da es scheinbar etwas „Greifbares" (Baustopp) beinhaltet. Im Moment herrscht bei den Bürgerinitiativen noch Unklarheit darüber, welches die beste Antwort auf diese Taktik wäre.

Vorläufiger Höhepunkt der Protestaktionen war am 7.11. ein Sternmarsch in den Flughafenwald, an die Baustelle und die „Schandmauer". Eine gewaltige Menschenmenge fand sich gegen Mittag dort ein (die BI gab zunächst 50 000, später 30 000 bis 35 000 Teilnehmer an).

Börners eindringliche Warnung, eine Beteiligung an dem Marsch sei „gesetzeswidrig", verhallte ungehört und schuf nicht einmal Aufregung.

Von Demonstrationsverboten wird derzeit keine Notiz genommen, sowohl im Wald wie auch z.B. in Frankfurt, wo Wallmann, nachdem er seit langem jeden politischen Aufzug generell verboten hat, nun täglich mehrere davon erdulden muß. Zu den Versammelten sprach zunächst ein IGM-Vertreter von Opel Rüsselsheim, der die Forderungen der Demonstration vortrug:

„Sofortiger Baustopp – Stopp den Rodungen! Abzug aller Polizeikräfte!

Aussetzung aller Maßnahmen zum Startbahnbau bis zur Entscheidung durch das hessische Volk (Moratorium)!"

Ebenso wandte er sich gegen die absehbare militärische Nutzung der Startbahn West und bekannte sich zur Friedensbewegung. Nach einer weiteren Ansprache eines Vertreters des gewerkschaftlichen Aktionskreis Leben erläuterte Leo Spahn von der Bürgerinitiative das Vorgehen, das für diesen Tag mehrheitlich beschlossen worden war. Man werde sich von der hessischen Landesregierung die Gewalt, die uns isolieren solle, nicht aufzwingen lassen. Stattdessen solle ein Zeichen der Gewaltfreiheit gesetzt werden. Zahlreiche Bürger seien entschlossen, *„ihre körperliche Unversehrtheit in einer absolut gewaltfreien Aktion einzusetzen. Sie werden ohne jeglichen Schutz, ohne Ausübung von Gewalt geschlossen, ruhig und besonnen auf die Polizeiabsperrungen zugehen, mit der klaren Absicht, hinüberzugehen"*. Tausende sollten nachrückend auf diese Weise den Platz besetzen, um dort so lange auszuharren, bis ein „verantwortlicher Politiker der Landesregierung" zu Verhandlungen erscheine. Tatsächlich ließ die Polizei eine Gruppe von 60 BI-Mitgliedern, die mit nacktem Oberkörper und erhobenen Armen anrückten, über den Natodraht steigen. Alle anderen Versuche, der Absperrung zu Leibe zu rücken oder sie gar zu überwinden, wurden durch die staatliche Machtdemonstration und in einem Fall auch durch Wasserwerfereinsatz schon im Ansatz vereitelt. So standen die 60, von Polizei und Presse umringt, auf der anderen Seite, wo sie auf der Forderung nach einer „Verhandlung" beharrten. Innenminister Gries, der im polizeilichen Lagezentrum anwesend war, gewährte fünf von ihnen ein Gespräch, während die Massen warteten. Zu allem Überfluß forderte ein Juso-Sprecher, der zu den „Nackten" gehörte, über Polizeilautsprecher oder auch auf einem Wasserwerfer stehend die Demonstranten mehrfach zu „Ruhe und Besonnenheit" auf, während es in Wirklichkeit die Polizeitruppen waren, die hier und da zu provozieren versuchten. Bei Einbruch der Dunkelheit kamen die „Platzbesetzer" zurück, um über das Ergebnis des Gesprächs zu informieren:

1. Gries versicherte, er werde sich im Kabinett für einen Baustopp während der Beratungen des Staatsgerichtshofes einsetzen. Also die Görlach-Linie. Darüber müsse aber noch mit der Flughafen AG verhandelt werden (deren Aufsichtsratsmitglied er im übrigen ist...).
2. Er werde prüfen lassen, ob es möglich sei, die polizeilichen Behinderungen des Zugangs in den Wald wieder aufzuheben.

Für dieses Resultat gab es nur wenig Beifall. Als BI-Sprecher/innen dennoch von einem Erfolg sprachen, machte eine beträchtliche Gruppe von Demonstranten ihrem Unmut Luft.

Gewiß war es richtig, an diesem Tag keinen militanten Angriff auf den Natodraht zu unternehmen. Dies hätte nur eine Niederlage gegen die Polizei und sinnlose Verletzungen zur Folge gehabt. Die Mehrheit der BI-Koordinierung war aber wohl der Meinung, die Demonstration nur dann geschlossen zuende führen zu können, wenn ein „konkreter Erfolg" vorgewiesen werden kann. Dabei lag der Erfolg dieses Tages in der Größe der Demonstration und in ihrem (bis zum frustrierenden Schluß) kämpferischen Charakter. So kam es zu dem Versuch, „aus Scheiße Kuchen zu backen", anstatt den Leuten ehrlich zu sagen, daß die Regierung hart bleibt und zu wirklichen Zugeständnissen nicht bereit ist. Eine gefährliche Illusion war es besonders, zu glauben, durch „absolute Gewaltfreiheit" und Wehrlosigkeit eine Platzbesetzung gegen ein martialisches Gewaltaufgebot der Gegenseite möglich zu machen. Zum Glück ist dieser Vorschlag von den Demonstranten, denen die schmerzhaften Erfahrungen der Vortage noch in den Knochen steckten, nicht befolgt worden. Denn gerade unter den Schutzlosen waren die meisten Verletzungen zu beklagen gewesen.

Selbstverständlich respektieren wir das Risiko, das die 60 mit dieser Aktion auf sich genommen haben. Doch haben wir in dieser Zeitung mehrfach „Stellvertreterpolitik" kritisiert und damit militante Einzelaktionen der Ungeduldigen gemeint. Dies hier war eine typische Stellvertreteraktion der Gewaltfreien und im Grunde nicht mehr als ein von der Polizei geduldetes Schauspiel. Ohne uns die Freude über diese bisher größte Mobilisierung im Wald nehmen zu lassen, müssen wir doch aus diesem Fehler lernen.

Wie sieht die Situation jetzt aus? Am 14.11. stellen die Startbahngegner mit rund 200 000 beglaubigten Unterschriften ihren Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens. Bis dahin wird die Mauer rund um das eingefriedete Waldstück, in dem früher einmal das Hüttendorf lag, fertiggestellt sein. Die Landesregierung wird den Antrag umgehend ablehnen, von der AG Volksbegehren wird der Staatsgerichtshof eingeschaltet. Dann kostet es Börner und Gries überhaupt nichts, diesen status quo, der dadurch gekennzeichnet ist, daß täglich mit der Rodung begonnen bzw. fortgefahren werden kann, kurzzeitig zu bewahren. Denn der Zeitraum für die gerichtlichen Beratungen wird auf zwei bis drei Wochen veranschlagt. Während dieser Pause werden die „Kräfte des Dialogs" alle Hebel in Gang setzen, um die Startbahngegner darauf zu verpflichten, den Spruch des Gerichtshofs in jedem Fall anzuerkennen. Schließt sich das Gericht der Auffassung der Regierung an, womit diese erstaunlicherweise fest rechnet, dann wird der verbleibende Widerstand „weggeblasen". Dieses Schein-Moratorium, das ja nur ganz kurz dauern soll, ist für Börner und Gries sogar notwendig, um zu versuchen, Kräfte wie die Kirche, die Gemeindeverwaltungen oder die Naturschutzverbände auf eine Unterwerfung unter die Justiz festzunageln. So gesehen, wird vielleicht sogar die DGB-Führung als unrühmliches Schlußlicht diese großartige Forderung übernehmen. Ein echtes Moratorium dagegen müßte einen s o f o r t i g e n Baustopp, die Freigabe des Waldes und den Abzug der Polizei einschließen.

Notwendig ist jetzt zweierlei:

1. Eine Totalmobilisierung zugunsten des Volksbegehrens, um den Herrschenden zu verdeutlichen, daß ein Staatsstreich gegen dieses Verfassungsrecht nicht hingenommen wird. Dazu brauchen wir am 14.11. in Wiesbaden Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik!

2. Die Diskussion des Falles, daß der Staatsgerichtshof sich als Büttel der Regierung erweist, muß jetzt schon aufgenommen werden. Es muß gefragt werden, ob uns das Recht auf Volksbegehren nicht ein für allemal aus der Hand geschlagen wird, wenn wir eine solche Entscheidung passieren lassen. Alle demokratischen Kräfte sollten beraten, ob in diesem Fall nach Maßgabe der hessischen Verfassung, aber gegen den Spruch der staatlichen Institutionen ein Volksbegehren selbst organisiert wird — mit allen Konsequenzen, die das nach sich ziehen könnte (siehe z. B. das Verbot der KPD nach der „illegalen" Volksbefragung über die Remilitarisierung).

Wie reagieren wir, wenn möglicherweise noch vor Weihnachten der totale Kahlschlag im Wald angeordnet wird? Die BI-Gruppen müssen die Erfahrungen der bisherigen Aktionsformen auswerten, um zu einem möglichst effektiven Widerstand der gesamten Bewegung, im Wald und in den Städten, gleichzeitig oder nacheinander, zu kommen. Auch eine Mauer ist nicht unüberwindbar, wenn die Bewegung darin übereinstimmt, alle Gruppen mitmachen, wenn man sich ein bißchen besser organisiert und vielleicht auch ein bißchen List anwendet.

Schließlich und nicht zuletzt sollen SPD, CDU und FDP wissen, daß wir es ernst meinen, wenn wir ihnen eine Erschütterung der politischen Landschaft spätestens in einem Jahr voraussagen. Auch die Diskussion um die hessischen Landtagswahlen sollte demnächst aufgenommen werden.

KB/Gruppe Frankfurt

„Jetzt fängt der Widerstand erst richtig an"

So verkündete es am 2.11. ein 65jähriger Rentner aus Mörfelden-Walldorf in der Hessenschau, nachdem am Morgen das Hüttendorf der Startbahngegner von der Polizei besetzt und geräumt worden war.

Überfallartig war die Polizei – 200 Beamte des Frankfurter Sondereinsatz-Kommandos (SEK) – gegen 8 Uhr in das aus 60 Hütten bestehende Dorf eingedrungen. 30 Dorfbewohner wurden z.T. unter Knüppel- und Tränengaseinsatz verhaftet und abtransportiert. Diesmal hatte die Polizei die Startbahngegner überrumpeln können. Der Alarm konnte erst jetzt – und nicht wie am 6.10. Stunden vorher – ausgelöst werden.

Als dann in den frühen Morgenstunden Tausende in den Wald strömten, hatte die Polizei das Waldstück für die geplante Startbahn West bis in die Höhe des Hüttendorfes (ca. 600m x 800m) umstellt. Das Hüttendorf war von Tausenden Polizisten besetzt. Rund um das eingefriedete Waldstück und um das Hüttendorf wurde NATO-Draht gezogen.

Seit dem 2.11. sind erneut 5.000 Polizisten und BGSler im Einsatz. Mit kaum vorstellbarer Brutalität gehen sie immer wieder gegen Startbahngegner vor. Rentner, Frauen, Kinder, Journalisten, ganz egal, wer ihnen in den Weg kommt, werden weggeknüppelt, mit Chemical Mace beschossen, zusammengetreten. Den ganzen Tag über bis spät in die Nacht hinein setzt die Polizei über 15 Wasserwerfer ein, deren Wasser mit einem extrem hohen Gasgemisch versehen war.

Hunderte von Tränengasgranaten wurden abgeschossen – der gesamte Wald war von Gaswolken eingenebelt. Hundertschaften machten bestialisch von ihren Schlagstöcken Gebrauch. Die Startbahngegner hatten mehrere hundert Verletzte an diesem Tag zu beklagen. Überall wurde nach Sanitätern gerufen. Leute mit Platzwunden auf dem Kopf, mit blutenden Augenbrauen wurden zu den Sanitätszelten transportiert. Tausenden mußten wieder und wieder die Augen ausgespült werden. Gegen die Gefahr von Lungenödemen mußte in einigen Fällen Kortison gespritzt werden. Doch nicht nur Demo-Sanis, sondern auch „ordentliche" Rote-Kreuz-Sanitäter waren Zielscheibe für die Schlagstöcke. Tränengasgranaten wurden in Richtung Sani-Zelt abgeschossen, Wasserkanister von Polizisten aufgeschlitzt. Kommentar des CDU-Stadtrates von Mörfelden-Walldorf, Will Siegel: *„Nachdem ich aus dem Krieg zurückgekehrt bin, hätte ich nicht gedacht, daß ich so etwas noch einmal sehen würde"* („FR", 3.11.81).

Die Startbahngegner rufen „Mörder, Mörder!" und „Polizei-SA-SS". Heute wird keiner, der Stöcke oder Farbbeutel auf die Polizei schmeißt von anderen zurückgehalten. Ein 70-jähriger aus Mörfelden ruft durchs

Fortsetzung nächste Seite



Frankfurter Äktschn

Tag X. Um 17 Uhr war wegen der brutalen Hüttendorfräumung eine Demo geplant, die vom Paulsplatz losgehen sollte. Dort hatten sich zur entsprechenden Zeit knapp 500 Leute versammelt, kein Megaphon war da und auch sonst keine Zielrichtung erkennbar. Gegen 17.20 Uhr, mittlerweile waren es an die tausend Demonstranten, war eine Gruppe SDAJler anmarschiert, durch deren Megaphon die Besetzung der Berliner Straße vorgeschlagen wurde. Etwa siebzig Leute gingen ans Werk, worauf die Knüppelgarde von Wallmann/Börner/Gries sofort zuschlug, aber nach wenigen Minuten wieder abließ, weil in deren Leitung offensichtlich Unstimmigkeiten über die genaue Vorgehensweise herrschten. Über Megaphone wurden Passanten und Autofahrer aufgeklärt, daß wir gegen die massiven Räumungs- und Knüppeleinsätze auf dem Startbahn-West-Gelände protestierten. Nach einer halben Stunde Besetzung formierte sich der Zug, der am Eschenheimer Turm bereits drei- bis viertausend Leute umfaßte, Richtung Hauptbahnhof. Eine anfängliche Parolenknappheit wich in der Nähe des Jürgen-Ponto-Platzes klammheimlicher Freude: „Börner du Schatz, wann kriegst du endlich auch nen Platz", „Ene mene miste, Börner inne Kiste, ene mene meck, Karry ist schon weg", „Wir wollen jetzt nicht länger warten. wir roden jetzt den Platz", „Ene mene miste, Börner inne Kiste, ene mene meck, Karry ist schon weg", „Wir wollen jetzt nicht länger warten, wir roden jetzt den Palmengarten". Am Hauptbahnhof berichteten eine Frau und ein Mann, die aus dem Wald kamen, von der dortigen Lage, die von haufenweisen Übergriffen der Bullizei gekennzeichnet war. Eine massenhafte Unterstützung der dort Aktiven sei am Platz. Gegen Ende der Reden wurde der Vorschlag gemacht, die Gleise zu besetzen, um den Zugverkehr zum Erliegen zu bringen. Bei den nun folgenden Aktionen war die hervorragende Akustik der Bahnhofshalle eine vorzügliche Unterstützung, indem sie allen Parolen und Forderungen zehnfachen Nachhall verlieh.

Gleisbesetzungen, die von den Bahnbullen und ihren Kollegen von der Sch(m)utzpolizei nicht verhindert werden konnten, brachten den Zugverkehr etwa anderthalb Stunden (von 18.50 Uhr bis 20.20 Uhr) zum Stillstand. Züge wurden nach Hoechst etc. umgeleitet. Im Bahnhof herrschte ausgelassene Stimmung, in der Schalterhalle war ein Ziehharmonika-Spieler am Werke, überall Gesang und Leute, die erstaunt nachfragten, was hier eigentlich los sei. „Is doch klar, der Bahnhof ist besetzt". Die Beinahe-Idylle wurde dann allerdings sehr gewalttätig gestört, als die Bullen in ihrer totalen Hilfslosigkeit, wie sie der Lage Herr werden sollten, nach einiger Zeit anfingen, Tränengasgranaten zu werfen. Die erste wurde freilich so elegant geschmissen, daß sie in die Reihen der Grünen zurückflog und etlichen klar machte, wie ihnen als staatsknüppelnde Gewalt eigentlich zumute sein sollte: zum Heulen. Leider brach eine ziemliche Panik unter den Bahnhofsbesetzern aus, die alle nach draußen und in den U-Bahnschacht stürmten. Auf dem Vorplatz sammelten sich jedoch alle wieder; nicht nur wir, sondern auch zahlreiche Passagiere, die auf Züge gewartet hatten, als der Tränengaseinsatz kam, mußten eifrig Augen reiben und klarspülen. Die Stimmung war dennoch gut und geschlossen zogen die noch verbliebenen 1.600 Leute zur Alten Oper. Auf der Höhe des BfG-Hochhauses ging allerdings die Parole durch, dort wären schon massenweise Bullen versammelt, und so änderten wir blitzschnell die Marschrichtung, um der neuen Oper von Michael Gielen einen Besuch abzustatten. Plötzlich standen wir im Schauspiel und unterbrachen die Vorstellung der „San Francisco Mime Michael Gielen einen Besuch abzustatten. Plötzlich standen wir im Schauspiel und unterbrachen die Vorstellung der „San Francisco Mime Troup", die gerade ein Stück über den US-Imperialismus in Lateinamerika spielte, anstatt das Opernpublikum, das nebenan die „Lustige Witwe" beklatschte, das Fürchten zu lehren. Den Schreck von der ersten Schauspielhausbesetzung, in deren Folge das Direktorium abdanken mußte, noch in den Gliedern, war das Verhalten der Kommissarischen Leiter recht vorsichtig und entgegenkommend; nur den Weg in die Oper könnten sie uns leider wirklich nicht bahnen. Die Mime Trouper waren ob der plötzlich entfalteten politischen Aktivitäten auf ihrer Bühne ganz glücklich und hatten auch sofort begriffen, daß wir uns gegen die brutalen Knüppeleinsätze der Bullen und die Startbahnräumung wehrten. Nachdem sie uns „good luck" gewünscht hatten, ging es weiter unserem ursprünglichen Ziel zu, von dem die grüne Horde mittlerweile irritiert abgehauen war. Wir waren noch etwa tausend Leute, als wir auf dem vollen Opernvorplatz ankamen. Ein Megaphon gab's allerdings nicht mehr, und es wurde ziemlich schwierig, in dem Haufen Santana-Fans, die ins Konzert wollten, nicht unterzugehen. Zu allem Überfluß kam uns die Polizei langsam auf die Schliche und schnitt einen Teil des Demozuges von uns ab. Durch eifriges Parolenrufen kriegten wir dann aber doch noch etwa dreihundert Leute zusammen, mit denen wir mitten in das Kartenabreißen hinein den Palazzo prozzo stürmten. Zwar versuchten die Ordner mit aller Brutalität, genau das zu verhindern, aber wir waren in etwa 15facher Übermacht und ziemlich einig. Die Handgreiflichkeiten waren kurz und gewalttätig, und ich bin heilfroh, daß die Ordner solcher Kulturtempel nicht mit Schlagstöcken ausgerüstet sind. Geschlossen und sehr diszipliniert ging es durch das Gebäude, das die meisten von uns wohl zum ersten Mal von innen gesehen haben. Eine kleine Birne wurde zerschlagen, was einige übereifrige Gewaltfreie so in Rage brachte, daß sie den Missetäter am liebsten gleich wieder rausgeschmissen hätten, ein Vorgehen, das von den übrigen zum Glück verhindert wurde. Im Saal dröhnte Musik vom Cassettenrecorder und der Protest war blitzeschnelle im Konsumterror des Mannes am Mischpult untergegangen. Die Ratlosigkeit war groß, unsere Stimmkraft klein und mit den zahlreichen Konzertbesuchern waren des Mannes am Mischpult untergegangen. Die Ratlosigkeit war groß, unsere Stimmkraft klein und mit den zahlreichen Konzertbesuchern waren wir uns nur sehr kurz einig: als einige weißbehelmte Greifer kamen, die Opfer suchten, war die Stimmung einmütig und phonstark, egal ob Popper oder Punker: „Bullen raus!". Die Angesprochenen nahmen sich den Rat zu Herzen und zogen nach draußen ans Buffet, wo sie sich an Orangensaft und Sekt (hoffentlich nicht auf Steuerzahlerkosten) labten. Wir gingen dennoch immer mehr im Gedränge unter und erst die Initiative einer Frau, die mit den Verantwortlichen um das Mikrophon zu feilschen begann, brachte weiter. Nachdem Saalmanager und auch der Veranstalter Fritz Rau fünf Minuten Mikrophonzeit zugestimmt hatten, mußten wir nur noch mit den Santanamusikern reden, die sehr ungehalten reagierten: sie machten Musik und keine Politik, wir würden ihnen bloß die Stimmung vermasseln, und warum wir das nicht woanders machen könnten. Erst als wir die Rechnung aufstellten, daß fünf Minuten Mikrophonzeit für sie problemloser wären als eine halbstündige Störaktion, willigten sie ein. Rau erklärte dem Publikum, daß es manchmal wichtigere Dinge als Musik gäbe, in diesem Fall die Räumung der Startbahn West und übergab seinen „zwei Genossen" das Mikro. Die Stimmung im Saal war geteilt, überwiegend allerdings positiv. Manche Popper mußten dennoch unter Beweis stellen, daß sie den OB Wallmann wirklich verdient haben. Wir konnten uns dann sammeln und geschlossen den Prunkbau verlassen, draußen warteten schon allerlei Grüne und es erschien ratsam, sich schnell aus dem Gefahrenbereich zu begeben.

Während in der Alten Oper, diesem bislang unangetasteten Symbol des rechten Geldbürgertums, die Hausherren das Zittern lernten, zogen die Leute, die nicht mehr in den Bau reingekommen waren, Richtung Freßgass', um hier ihren Protest kundzutun. Im Umfeld Hochstrasse, Eschenheimer Turm und Hauptwache finden dann noch einige Polizeieinsätze mit Wasserwerfern statt, ehe ein kurzer Waffenstillstand bis zum nächsten Nachmittag eintritt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Megaphon: *„Der Gries hatte Recht, das Hüttendorf ist von Chaoten besetzt"*. Und: *„Wir werden nochmal ein Kriegsgericht in Nürnberg haben. Dann werden die Verantwortlichen für diese Sauerei bestraft werden"*.

Den wartenden Journalisten wird vier Stunden lang der Weg ins Hüttendorf von der Polizei versperrt. Dort angekommen werden sie gewaltsam in eine Ecke des Platzes gedrängt. Bei den häufigen Prügelorgien werden mehrere von ihnen verletzt. Von Bullen ist schon mal zu hören, daß die *„Presseschweine"* heute auch *„dran"* sind. Bundesweit durfte den Zuschauern bei den „tagesthemen" der Atem gestockthaben, als ein AP-Bildjournalist berichtete, wie nicht nur er zusammengeschlagen wurde, sondern auch die Leute, die ihn, der bereits wehrlos am Boden lag, aus der Gefahrenzone wegschaffen wollten.

Gegen 16 Uhr wächst die Zahl der Demonstranten mehr und mehr an. Die Menschen kommen von der Arbeit, von Opel aus Rüsselsheim, von Hoechst aus Frankfurt.

Mit jedem Knüppeleinsatz steigt die Wut der Leute. Über 10.000 stehen jetzt der Polizei gegenüber. Immer häufiger und immer heftiger werden die Versuche, sich zu wehren. Holzstücke und Holzknüppel fliegen jetzt stundenlang in Richtung Polizei und Wasserwerfer. Einzelne Versuche wieder auf das Dorfgelände vorzudringen, scheitern an der geballten Staatsgewalt. Die Polizeieinsätze werden im Dunkel des Abends und der Nacht immer brutaler. Um 3 Uhr nachts, nur noch wenige hundert Menschen befinden sich im Wald, wird das Hüttendorf der Startbahngegner dem Erdboden gleichgemacht. Am 3. Mai 1980, zeitgleich mit der Freien Wendlandrepublik, wurde es erbaut. Eineinhalb Jahre hat es existiert. Zigtausend Menschen haben es besucht und unterstützt. Menschen wurden hier getauft und getraut.

„Unser Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, die es schuf".

Es werden mehr

Frankfurt, 3.11.: Am Vormittag und Nachmittag demonstrierten Hunderte von Schülern in mehreren Zügen durch die Innenstadt. Sie schlossen sich um 17 Uhr dem allabendlichen Frankfurter Protestmarsch durch die Stadt an.

Die Polizei hätte einen Demonstrationszug und den Lautsprecherwagen des AStA auf dem Uni-Campus blokkiert, sodaß die Startbahngegner nur vereinzelt zum Treffpunkt am Paulsplatz kommen konnten. Die Polizeieinsatzleitung teilte mit, daß heute jeglicher Versuch, erneut zu demonstrieren, im „Keim erstickt" und niedergeknüppelt werden solllte, aber weit gefehlt! 2.000 bis 3.000 Leute waren gegen 17 Uhr auf dem Paulsplatz. Die Polizei begann, den Platz hermetisch abzuriegeln. An einer noch nicht gesperrten Stelle gelang es dennoch auszubrechen und eine Demo zustande zu bekommen. Bald wuchs die Zahl der Protestierenden auf 7.000 bis 8.000 Menschen an. „Hopp, Hopp, Hopp — Startbahn Stop" schallte es in der Stadt. Polizeiketten, die den Demonstrationszug aufhalten oder umleiten sollten, lösten sich in Anbetracht der riesigen Menge von selbst auf. Man einigte sich schließlich mit der Einsatzleitung darauf, nach eineinhalb Stunden Marsch zum Ausgangspunkt zurückzukehren und die Demo dann aufzulösen.

Mag sein, daß Big Brother geahnt hat, daß Massenproteste nun zum täglichen Erscheinungsbild der Main-Metropole werden würden. In der Nacht war Terror angesagt. Noch schlimmer als im Startbahnwald wurden in Bornheim wehrlose Demonstranten zusammengeschlagen — von der „Todesschwadron", wie es hier inzwischen heißt. Eine Counterbombe, die Stunden später, am frühen Mittwochmorgen, in der Passage am Hauptbahnhof explodierte, dürfte den Polizeiplänen sehr entgegengekommen sein. Nicht erst seit Bologna ist bekannt, daß Bomben, die sich eindeutig gegen die Bevölkerung und sonst gar nichts richten, aus faschistischen oder Geheimdienskreisen stammen. Mit Gewalt und Provokation sollte die Bewegung gestoppt werden. Doch von wem auch immer solche Pläne stammen — sie gingen diesmal nicht auf.

Antifaschistische Aktion

Pünktlich zur Geisterstunde, zwischen dem 3. und 4. November, kam ein Zug von etwa sechshundert Startbahngegnern, der um 23.00 Uhr am Friedberger Platz losgegangen war, am Nazi-Buchladen in der Hartmann-Ibach-Straße vorbei, in dem auch die Landeszentrale der VSBD, derzeitige Hauptorganisation rechtsradikaler Terrorgruppen, ihren Sitz hat.

Die Gelegenheit war günstig, kein Bulle war in der Nähe – ein paar Leute machten sich daran, in den verhaßten Buchladen, der bei allen Demos sonst bestens geschützt ist, einzudringen. Als Steinwürfe gegen die Türfenster ergebnislos blieben, nahmen sich einige Leute den Rolladen vor, der bald auch runtergerissen war. Anderen war es gelungen, die Tür zu knacken. Die Scheiben wurden eingetreten, alle Bücher auf die Straße geschmissen und zerrissen.

Bedenklich erscheint in dem Zusammenhang, daß zahlreiche Leute aus der Demo gegen die Buchladenstürmer wetterten, weil sie gar nicht wußten, daß das der Nazibuchladen war und sie über dessen Stellung im rechtsradikalen Terrornetz auch kaum informiert waren.

Deshalb nochmal: Die VSBD ist nach dem Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann" zum Sammelbecken der terroristischen Naziszene geworden. Daß sie bewaffnet ist, haben nicht zuletzt die Vorfälle in München gezeigt. Weniger bekannt ist aber, daß diese Gruppe im Raum Frankfurt ihren stärksten Stützpunkt hat, daß sie aber nichtsdestotrotz in der H.-I.-Straße eine offizielle Kontaktadresse unterhält, die von Wallmann unbeirrt in schamloser Offenheit geduldet wird. Dies zeigt, was davon zu halten ist, wenn CDU-Politiker von einem angeblichen „Kampf gegen den Rechtsextremismus" schwatzen!

Hau rein ist Tango

„Die brutalen Szenen des Bürgerkriegs, den die Polizei heraufbeschworen hat, flitzen vorbei: Polizei stürmt von allen Seiten her, der Gummiknüppel schwingt sich hoch, saust nieder, Menschen fallen um. Jetzt eine Attacke berittener Polizisten, schußbereite Karabiner und Maschinenpistolen auf der einen Seite, auf der anderen junge Genossen, die nichts, nicht einmal ein Spazierstöckchen in der Hand haben, um sich zu verteidigen."

Der das schreibt, Andor Gabor, berichtet nicht über die Polizeiknüppelei in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch in der Frankfurter Rohrbachstraße, er berichtet vom Blutmai 1929, bei dem über zehn Arbeiter von der sozialdemokratischen Polizei der Weimarer Republik erschossen wurden. Tote hat es in der Rohrbachstraße nicht gegeben, es wurde auch nicht geschossen, dafür gingen die etwa zweihundert Polizisten mit Gummiknüppeln und Stahlrohren auf alle los, die sich bewegten, und schlugen sie gnadenlos zusammen.

Begonnen hatte alles ganz friedlich am Friedberger Platz gegen 23.00 Uhr, wo wir mit ungefähr siebenhundert Leuten begannen, durchs Nordend zu ziehen, um unseren Protest gegen Startbahn West und die Bulleneinsätze kundzutun. In der Hartmann-Ibach-Straße wurde in einer etwa fünfzehn Minuten dauernden Aktion en passant der Nazi-Buchladen aufgebrochen und ausgeräumt. Die Polizei schritt bei der Aktion selbst nicht ein, sondern ließ uns wenig später in einen vorbereiteten Kessel laufen.

Kurz vor dem Einsatz gab der Leiter an seine Knüppelgarde die *„Parole 60"* aus: Pardon wird nicht gegeben.

Dementsprechend gab es auch keine Vorwarnung, keine Aufforderung, die bis dahin geduldete Demo aufzulösen. Im Laufschritt und knüppelschwingend trieben die auf das Grundgesetz vereidigten Bullen (und in dem steht auch was von Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit) uns zusammen, schlugen auf jeden und jede ein, Frauen besonders gern zwischen die Beine und in den Unterleib.

Etwa sechzig Leuten gelang es, ein Tor zu einem Innenhof aufzubrechen, wohin alle, die noch konnten, in Panik nachstürzten. Von dort ging die wilde Jagd weiter in Hauseingänge, unter Autos, auf Dächer. Einer Gruppe gelang es, sich durch ein offenstehendes Wohnzimmerfenster in eine Wohnung zu retten. Einige versuchten, sich Holzplanken zu Knüppeln zurechtzubrechen, wurden daraufhin aber nur noch mehr verprügelt, andere schmissen Steine, trafen dabei aber eher eigene Leute als die Bullen mit den weißen Helmen. Das Schreien von blutüberströmt auf der Straße Liegenden war unüberhörbar, Krankenwagen – acht waren im Einsatz – wurden von der Polizei an der Arbeit gehindert.

Die Ohnmacht der Demonstranten war grenzenlos, auf eine solche Gewaltorgie war niemand vorbereitet. Sie ist auch nur erklärlich aus der Verbundenheit, die die deutschen Ordnungshüter offensichtlich immer noch mit den rechtsradikalen Ordnungsfanatikern eint. Die vorausgegangene Aktion gegen den Nazibuchladen war sicher nicht der Grund für den Einsatz der Polizei überhaupt, sie ist aber das einzig mögliche Motiv für dessen unbeschreiblich schweinische Brutalität.

„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" – das ist bekannt, gerade in Frankfurt. Aber daß es noch schlimmer kommen könnte als an

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

jenem 17. Juni 1978, an dem tausende von Antifaschisten vom Römerberg geprügelt wurden, um der NPD Platz zu schaffen, daß hier mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Racheaktion zugunsten einer Nazigruppe veranstaltet wurde, deren angebliche „Bekämpfung" sämtliche Politiker von rechts bis Mitte verkünden, das überstieg bislang selbst unsere Vorstellungskraft. Und man muß hinzufügen: Von Altlinken wurde geäußert, daß sie diesen Zusammenhang, wenn er so zutrifft, lieber gar nicht erst zuende denken möchten ... – zu verheerend sind die Schlußfolgerungen, die sich bezüglich des Charakters polizeilicher „Sonderkommandos" aufdrängen.

Als das Schlachtfeld nach einer knappen Dreiviertelstunde geräumt wurde, waren keine Gefangenen gemacht worden, es ging wirklich nur um Rache und Einschüchterung. Den Leuten, die dabei waren, konnte man die Erschöpfung und Angst noch Stunden danach ansehen: „wie im Bürgerkrieg", war eine verbreitete Meinung, „Quatsch, das *ist* Bürgerkrieg" die andere. Die Demo-Sanis waren mit der Behandlung der zahlreichen Wunden und Blessuren völlig überfordert, eine Reihe von Leuten traute sich erst Stunden später überhaupt wieder auf die Straße.

Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" bestätigte ein Polizeisprecher einen Zusammenhang zwischen dem Gewalteinsatz und der zuvor erfolgten Beschädigung des Naziladens. Es habe „über vierzig Notrufe" aus der Hartmann-Ibach-Straße gegeben. Deshalb habe die Polizei zugreifen müssen. Weshalb überhaupt niemand festgenommen, sondern nur reingeschlagen wurde, konnte er nicht erklären. Zwei Stadtverordnete der Frankfurter Grünen waren unter den Opfern und bemühen sich mit aller Kraft um die Aufklärung dieser Vorfälle. Bei den Grünen wird jetzt diskutiert, daß das Prinzip der Gewaltfreiheit nicht Wehrlosigkeit bedeuten dürfe, und daß es auch ein Notwehrrecht gibt.

Treffpunkt Paulsplatz, 17 Uhr

„Der Protest hält unvermindert an", dürfen (müssen) die Medien Tag für Tag vermelden. In Frankfurt gibt es ab 4.11. täglich zwei Demonstrationen. Gegen Mittag treffen sich streikende Schüler und Studenten, um mit 5.000 bis 8.000 Leuten durch die

Treffpunkt Paulsplatz, 17 Uhr

„Der Protest hält unvermindert an", dürfen (müssen) die Medien Tag für Tag vermelden. In Frankfurt gibt es ab 4.11. täglich zwei Demonstrationen. Gegen Mittag treffen sich streikende Schüler und Studenten, um mit 5.000 bis 8.000 Leuten durch die

Stadt zu ziehen. Um 17 Uhr ist allgemeiner Treff am Paulsplatz, was einen passenden historischen Rahmen abgibt. Dann wächst die Demo gegen Abend auf 10.000 bis 20.000 an. 4.11.:Besuch beim Hessischen Rundfunk, um eine Live-Diskussion mit Startbahngegnern im Fernsehen zu fordern. 5.11.: Demo zum US-Konsulat (wegen der Air Base) und zum Polizeipräsidium. 6.11.: Aktion „Müll vor die Parteibüros". Die CDU-regierte Stadt läßt dies bei der SPD passieren, riegelt aber die Straße, in der das eigene Büro liegt, hermetisch mit Polizeikräften ab. Die Demonstranten: „Wir kommen wieder, und der Müllberg, den wir vor der CDU abladen, wird von Tag zu Tag größer".

Aber was reden wir von Frankfurt. Wiesbaden erlebt 6 Demonstrationen in 5 Tagen, wird aber von Darmstadt noch übertroffen. Auch in Rüsselsheim demonstrieren sie nicht unter tausend, und in Gießen und Marburg sowieso. In Neu Isenburg ziehen sie ins Rathaus und in Hanau, in Weinheim, in Heusenstamm... Sowas hat Hessen noch nicht erlebt. Und von Hamburg bis Freiburg finden Solidaritätsaktionen statt. Bis zum 14.11., Herr Börner!

Letzte Meldung: Selbstkritik

Am 8.11. wertete eine Delegiertenversammlung der BI die Demonstration vom Vortag aus. Ergebnis war eine scharfe Selbstkritik daran, daß es der Gegenseite gelungen war, der BI ihr polizeitaktisches Konzept aufzunötigen. Daß sich Gries als gesprächsbereit und gutwillig in der Öffentlichkeit verkaufen konnte, wurde als Ergebnis eigener Schwäche eingeschätzt. Die Delegierten wiesen die Erklärungen des Innenministers zurück. Die BI will sich bemühen, solche Fehler nicht zu wiederholen.

„Polizei zersetzt" — Wir träumen weiter?

Scharfsinnigen Beobachtungen des KBW, der DKP, der „TAZ", des „Pflasterstrand" und anderen zufolge tun sich wundersame Dinge an der Polizeifront: Die Polizisten – und dann noch meistens „heimatfremde" – knüppeln nur noch mit halbem Herzen auf Startbahngegner ein. Große Zerrissenheit herrscht dort, das bestätigte mittlerweile auch der Frankfurter Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP, Koppmann).

So merkte zum Beispiel der KBW den *„tapsigen Hundertschaften"* bei *„jedem Schritt ... die Unsicherheit"* an. Die an der Startbahn-West eingesetzten Polizisten seien eben *„keine einfachen Söldnertruppen"* (der Exaktheit halber fügt die „KVZ" an: *„zumindest die aus Rheinland-Pfalz"*)



Hessischer Polizist im Vollstreß, zeigt deutliche Anzeichen von „Überreaktion": Mit gezogener Pistole im Flughafenwald.

Hessischer Polizist im Vollstreß, zeigt deutliche Anzeichen von „Überreaktion": Mit gezogener Pistole im Flughafenwald.

Im Gegenteil: *„Sie kriegen weiche Knie"*. *„Die Zersetzung der Polizeimannschaften wird weitergehen"*, kündigt der KBW an. Wir warten und hoffen, daß es nicht zu lange dauert. Dazu hat er sich auch ein differenziertes Aktionsprogramm ausgedacht: *„Aktuell und in der Perspektive ist es wohl sinnvoll, politisch und vor Ort besonders die Einsätze von SEKs und*

Im Gegenteil: „Sie kriegen weiche Knie". „Die Zersetzung der Polizeimannschaften wird weitergehen", kündigt der KBW an. Wir warten und hoffen, daß es nicht zu lange dauert. Dazu hat er sich auch ein differenziertes Aktionsprogramm ausgedacht: „Aktuell und in der Perspektive ist es wohl sinnvoll, politisch und vor Ort besonders die Einsätze von SEKs und

BGS zu bekämpfen ... Die Forderung nach größeren Rechten der Polizeimannschaften gegenüber ihren Vorgesetzten wie auch die Unterstellung der Polizei unter die Verfügung von Städten und Kreisen wäre richtig". Wäre oder ist? Als Arbeitstitel ist wohl „Ausländer raus" vorgesehen, da die *„Erfahrung der letzten Woche"* gezeigt habe, *„daß Börner und Gries ihre Politik gegen das eigene Volk nur mit fremden Polizeitruppen durchsetzen können"*. Zugegebenermaßen gibt es auch innerhalb der hessischen Bereitschaftspolizei einige unverbesserliche Querulanten, doch: *„ ... Mindestens fünf Polizisten quittieren den Dienst, eine ganze Hundertschaft verweigert den Befehl"* (Die Leserschaft möge jetzt nicht nörgeln, daß es noch viel zu wenige sind, die „TAZ" weiß noch ganz andere Zahlen zu melden, also eins nach dem anderen!). Wie war das möglich? Das BI-Konzept (wie es der KBW für seine Zwecke zurechtdichtet), sei eben aufgegangen, *„ ... die Polizisten als Lohnabhängige und mögliche Bündnispartner in einer Front gegen die Herrschenden anzusprechen"* (alle Zitate aus „KVZ" Nr. 42, 16.10.81).

„Verunsicherung" unter den Polizisten stellte auch die „TAZ" fest (8.10.81). Wenn es in dieser Ausgabe nur *„mindestens sechs Polizisten"* waren, die zwischen dem 6.10. und dem 7.10. ihren Dienst quittiert haben sollen, sind es in der nächsten Ausgabe (9.10.) bereits *„Dutzende von Befehlsverweigerungen"*, die die betroffenen Polizisten freundlicherweise dem BI-Büro *„telefonisch"* immer gleich mitteilen (Es wird leider nicht präzisiert, ob es sich hierbei vorwiegend um „unsere" – hessischen – oder um „fremde" Polizisten handelt). Es ist eben so: *„Eine neue Qualität: Die Polizei zeigte Skrupel, auf die zu ihren Füßen liegenden Demonstranten einzuschlagen ... Ein brutaler Knüppeleinsatz ... würde ... vor allem j e d e n e i n z e l n e n, selbst hartgesottenen Polizisten moralisch überfordern"* („TAZ", 8.10., Hervorhebungen v. AK).

Mit viel Einfühlungsvermögen wird am 9.10. in der „TAZ" nochmals auf die erwähnten „Skrupel" eingegangen: *„Zwei vorgeschickte Hundertschaften bleiben am äußersten Rand des Leiberknäuels sofort stecken, die Art und Weise, wie die Menschen einzeln auf sie einreden oder in Sprechchören schreien, treibt ihnen den Schweiß in's Leder und das Blut in den Kopf ... Brutale Knebelgriffe ermatten in ihrem Wutgeschrei. Hilflos wie Roboter ohne Computerkarte, jonglieren die schwarzen Männchen auf der Kampfspitze des Walls, drohen in dem Menschenknäuel zu versinken, oder rückwärts in den Wassergraben zu stürzen"*. Was da so alles „droht", aber doch leider nie passiert! Das alles sei dem aktiven gewaltfreien Widerstand zuzuschreiben, womit man eben *„für begrenzte Zeit Staatsgewalt ins Leere laufen lassen kann"*. Ins Leere oder letztlich halt doch auf unsere Köpfe?

In einer Dokumentation der DKP Mörfelden/Walldorf (Bericht zum wilden Knüppel- und Wasserwerfer-Einsatz am 11.10.) heißt es, daß beobachtet werden konnte, wie *„ ... ein Teil der eingesetzten Polizisten von den Vorgesetzten mit Schlägen auf den Rücken zum Einsatz getrieben werden mußte"*. Grausam, was? Kein Wunder, daß die „Kollegen" da die Schläge weitergeben mußten – und zwar reichlich. In der gleichen Broschüre heißt es: *„Es ist wie immer: Die Regierung verprügelt die falschen Leute"*. Das hältst du ja im Kopf nicht aus! Da ist Börner und Gries doch nicht etwa ein Irrtum unterlaufen? Wohl näher an der Wahrheit weiß auch die DKP von „Dienstquittierung" zu berichten: *„ E i n Angehöriger der Bereitschaftspolizei in Mühlheim/Main hat nach mehrjähriger Zugehörigkeit seinen Dienst quittiert"* (Hervorhebung v. AK).

Vielleicht wären es gar mehrere geworden, wäre Innenminister Gries der Aufforderung der DKP/Hessen nachgekommen: *„ ... Deshalb fordert die DKP Hessen Sie auf, an alle hessischen Polizeibeamten die bereits erschienenen Bücher 'Oktobertage' und 'Keine Startbahn West' auszuliefern ... . Wer die Sache kennt, wird nicht mehr gegen die Bürger vorgehen"*. (Weshalb nur an die hessischen?)

Nicht nur gegen die Bürger wurden die (hessischen) Beamten nicht mehr vorgehen (nach Studium von DKP-Publikationen, versteht sich), sondern auch nicht mehr gegen die *„Minister von Morgen"*, die *„heute im Wald sitzen"*. Gemeint sind Pfarrer

quittiert" (Hervorhebung v. AK).
Vielleicht wären es gar mehrere geworden, wäre Innenminister Gries der Aufforderung der DKP/Hessen nachgekommen: „ ... Deshalb fordert die DKP Hessen Sie auf, an alle hessischen Polizeibeamten die bereits erschienenen Bücher 'Oktobertage' und 'Keine Startbahn West' auszuliefern ... . Wer die Sache kennt, wird nicht mehr gegen die Bürger vorgehen". (Weshalb nur an die hessischen?)
Nicht nur gegen die Bürger wurden die (hessischen) Beamten nicht mehr vorgehen (nach Studium von DKP-Publikationen, versteht sich), sondern auch nicht mehr gegen die „Minister von Morgen", die „heute im Wald sitzen". Gemeint sind Pfarrer

Oeser und Peter Gingold (vielleicht könnten die Massen bei der Postenvergabe noch ein Wörtchen mitreden ...?). Aber schon am 8.10. wußte die „UZ" Sensationelles zu berichten: *„Als den 'schäbigsten Einsatz, den ich je erfahren habe', kennzeichnete der Einsatzleiter der Polizei das Vorgehen seiner Kräfte"*. Das ist doch nicht etwa der Gemmer selber gewesen?

Die Zersetzung der Polizei fiel auch einem „Pflasterstrand"-Reporter ins Auge: *„Die erste Reihe der Polizisten steht noch zögernd vor den Sitzenden – da weiß sich die zweite Reihe nicht mehr anders zu helfen – sie knüppelt los"*. Diesen bedauerlichen Zwischenfall rückt er aber gleich wieder gerade: *„ ... Die dabei auftretende Gewalt war wohl eher ein Nebenprodukt, hervorgerufen durch Fehlinformationen oder die Ratlosigkeit der 18jährigen in Uniform, die nur das Knüppeln gelernt haben"* („PS" Nr. 118).

Bilanz dieses „Nebenproduktes" am 11.10.: Immerhin 40 zum Teil Schwerverletzte, und am 2.11., bei der Hüttendorfräumung: 21 Kopfverletzungen, Schädelbasisbrüche, Wirbelsäulenprellungen, 16 Arm- und Handbrüche, unzählige Gesichtsverletzungen, Prellungen und Hunderte von Augenspülungen (erste Zahlen der BI).

Wobei sich die „schwarzen Männchen" kaum „moralisch überfordert" vorkamen: *„Meine Frau ist hingefallen und hat die Hände hochgestreckt. Dann trat ihr ein Beamter in den Bauch"* („FR", 4.11.81).

Angesichts dieser Zahlen höre mensch den Innenminister Gries (FDP) persönlich: **„Für mich wie für die polizeiliche Einsatzleitung ist die Anwendung polizeilicher Gewalt die 'ultima ratio' für die Lösung der anstehenden Konflikte. Bei allem polizeilichen Vorgehen steht deshalb auch der humane Aspekt im Vordergrund"** („Hessische Polizei Rundschau", 11/81). Oder:

„Denken Sie immer daran, daß nur relativ wenige bei Demonstrationen kriminell handeln. Der überwiegende Teil nimmt ein Grundrecht wahr. Seien Sie zu den an den Ausschreitungen offensichtlich Unbeteiligten höflich, korrekt und hilfsbereit. Unser aller Ruf steht auf dem Spiel" (aus einem Handzettel an alle Polizeibeamte). Kann es einen schlechteren Witz geben? Auch der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer (SPD) gab entsprechende Alibi-Erklärungen ab. Da zwingt sich doch die Frage auf: Wer bescheißt hier eigentlich wen?

Schlagen die einfachen „Beamten" über die Strenge – gegen den Willen ihrer Vorgesetzten – oder sind es die Vorgesetzten, die den kleinen Bullen zur Brutalität zwingen? Da sollte sich dieSzene noch auf eine Version einigen. Natürlich steuert auch die GdP eine Erklärung bei: *„Ausschließen kann ich nicht, um auf die Prügelszenen zu kommen, daß Beamte Überreaktionen gezeigt haben, weil sie schon die ganze Nacht im Einsatz waren ..."* („Bild-Frankfurt", 4.11.81). Ja, verdammt nochmal, warum macht sich die „Ermüdung" denn nie in nachlassender Härte des Schlagstockeinsatzes bemerkbar?

Die GdP plant im übrigen für Dezember eine Demonstration in Frankfurt unter dem Motto: *„Wir haben die Schnauze voll"* – gemeint sind die vielen Überstunden. Nun – die Startbahngegner wären die Letzten, die es beklagen würden, wenn die Polizei die Schnauze voll hat. Leider merken wir nichts davon. Von uns aus können sie das ganze Jahr über Urlaub machen. Oder Dienst nach Vorschrift, wäre ja auch eine Möglichkeit.

Zwar hat die GdP Hessen noch vor Görlach (SPD) ein Moratorium bis zur Entscheidung über das Volksbegehren gefordert (und damit die DGB-Führung scharf links überholt). Auf der anderen Seite sollte mensch sich daran erinnern, daß die gleiche hessische GdP sich für die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen ausgesprochen hat. Ganz abgesehen von den zahlreichen Erfahrungen, die gerade die Frankfurter Linke mit der hessischen Polizei im Verlauf der Jahre machen durfte ... Mensch denke nur an die Flohmarktjagdszenen dieses Sommers, oder etwas weiter zurück an die jährlichen Polizeiauftritte zu den NPD-Aufmärschen in dieser Stadt.

Umgekehrt muß ein erfahrungsbelasteter Beobachter der Szene aus solchen „wohlwollenden" Erklärungen seitens höherer Polizeifunktionä-

sche GdP sich für die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen ausgesprochen hat. Ganz abgesehen von den zahlreichen Erfahrungen, die gerade die Frankfurter Linke mit der hessischen Polizei im Verlauf der Jahre machen durfte ... Mensch denke nur an die Flohmarktjagdszenen dieses Sommers, oder etwas weiter zurück an die jährlichen Polizeiauftritte zu den NPD-Aufmärschen in dieser Stadt.
Umgekehrt muß ein erfahrungsbelasteter Beobachter der Szene aus solchen „wohlwollenden" Erklärungen seitens höherer Polizeifunktionä-

re den Schluß ziehen, daß mal wieder ein harter Einsatz bevorsteht. Am Samstag, den 31.10. wurde die GdP-Erklärung veröffentlicht, am Montag, den 2.11., begann die Hüttendorfräumung. Da schmeißt sich die Polizei rechtzeitig vorher nochmal ins Mäntelchen des „Bürgers in Uniform", beteuert, wie sehr ihr alles stinkt, und dann das übliche säuische Programm. Wir wagen die Behauptung, daß diese Art von Image-Pflege und Verwirrungstaktik mit Gemmer selbst abgesprochen ist.

Ist es auch Zufall, wenn der wahnsinnige SEK-Einsatz (siehe Berichte) in der Nacht vom 3. auf den 4.11. sich prompt nach dem erfolgreichen Auseinandernehmen des Nazibuchladens in Frankfurt vollzog?

„Wir knüppeln die Kerle gleich bei der Demo zusammen. Da können die gar nichts machen. Unter unseren Helmen erkennt uns niemand. Und hinterher haben wir keinen Ärger" (ein höherer Frankfurter Polizist im „Stern"-Buch „Nachtasyl", B. Kroll, S. 201-202).

Abgesehen von den Überstunden – die eben zur „Streß-Überreaktion" führen würden – gibt es noch eine andere Erklärung: Die Polizisten würden eben „provoziert" werden. So sei zum Beispiel die Hüttendorfräumung am 2.11. eine „Reaktion" auf irgendwelche „Provokationen" am Vortag gewesen. Aber auch die/der Naivste weiß doch, daß die Räumung und Schaffung einer „Sicherheitszone" im Wald seit Monaten geplant war, und daß Polizei- und BGS-Kräfte aus mehreren Bundesländern nicht einfach über Nacht herbeigerufen werden. Darüber ließen sich Gemmer und Gries schon im Sommer dieses Jahres aus, daß sie diesem „Unrechtszustand" nicht lange tatenlos zusehen wollten.

„Wer sich am Tag X an Bäume kettet, Bäume besteigt, um unerreichbar zu sein, oder stehen bleibt, wenn er gehen soll, macht sich strafbar ... Wer so tue, als sei das bloße Verharren legitim, der treibe mit dem Demonstrationsrecht Schindluder ... Hüttendorf räumen, heißt Bäume fällen und Sicherheitszone schaffen", dies erklärte Gries gegenüber der „Main-Spitze" schon am 15. August dieses Jahres!

Gegen diese Äußerungen protestierte unseres Wissens kein einziger Polizist, ob GdP-organisiert, ob Hesse oder sonstwas. Wieso auch? Seit wann, außer in der Phantasie bürgerlicher Propaganda sind die Polizisten unsere Freunde und Helfer??

KB/Gruppe Frankfurt

ren legitim, der treibe mit dem Demonstrationsrecht Schindluder ... Hüttendorf räumen, heißt Bäume fällen und Sicherheitszone schaffen", dies erklärte Gries gegenüber der „Main-Spitze" schon am 15. August dieses Jahres!
Gegen diese Äußerungen protestierte unseres Wissens kein einziger Polizist, ob GdP-organisiert, ob Hesse oder sonstwas. Wieso auch? Seit wann, außer in der Phantasie bürgerlicher Propaganda sind die Polizisten unsere Freunde und Helfer??
KB/Gruppe Frankfurt

Startbahn-West: Bereitschaftspolizei »motiviert«

Mit Blick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen wurde im monatlichen Organ „Bereitschaftspolizei heute" (9/81) nach ausdrücklicher Sympathiekundgebung für den angeblich aus „Sicherheitsgründen" notwendigen Bau der Startbahn-West ein „Motivations"-Aufbau vorgenommen, den mensch zur Kenntnis nehmen sollte!

Dazu wird zunächst mal das alte Märchen vom „mißbrauchten Bürger" dick aufgetragen. *„Von der Sinngebung her"* seien BIs ja zu begrüßen. Leider versuchten aber *„gegen Staat und Gesellschaft operierende Personen in das Gewand der Interessengruppen zu schlüpfen, um in deren Namen die eigenen Absichten in die Tat umzusetzen"* (S. 11). Und wer sind nach Darstellung der „Bereitschaftspolizei" diese *„Wölfe im Schafspelz"*? – Es ist die *„Szene"*, die immer wieder friedliche Demonstrationen in Frankfurt in *„Gewalttaten"* umfunktioniere. Im Originalton westdeutscher Polizei: *„Gemeint sind Hausbesetzer, Hausinstandbesetzer, politisch Agierende, Chaoten, Schläger, Rocker, Punker, Terroristenfreunde, Faschistenkumpel und einfach Kriminelle. Ein wahrlich obskures Theater, das diese Szene bietet"* (S. 10). Vertreter von Bürgerinitiativen seien ja *„Leute aus dem Volk. Mit ihnen kann man reden"*, das ändere sich aber immer dann, wenn *„Typen der Gewaltszene Einzug hielten ..."*, diese *„negativ programmierte(n) menschlichen Automaten"* oder, offenbar für treffender gehalten, gleich im Wortanschluß: *„Verhaltensforscher wissen, daß bestimmte Tiere den Menschen immer dann angreifen, wenn sie sich in die Ausweglosigkeit gedrängt fühlen"* (S. 11).

Als aktuellen „Beweis" für diese allgemeinen und ewigen Erkenntnisse über die „haßerfüllten Chaoten" folgt dann neben der Schilderung von ein paar hochstilisierten kleinen Zusammenstößen zwischen den „jungen" Leuten im Wald und der Polizei, die unglaubliche Tatsache, daß ein Pilzsucher in der Nähe des Besetzerdorfes einen Haufen leerer Flaschen gefunden habe – die im Polizeijargon gleich als *„Brandflaschen"* tituliert werden, obwohl sie nachweislich zum Bau von Hütten verwendet werden ...

Auf dieser Grundlage wird die Angst und „Motivation" der beamteten Leser geschürt: *„Dieser Fund rechtfertigt den Verdacht, daß 'Mollies' für eine etwaige Auseinandersetzung bereits gebunkert sind. Dies war bestimmt nicht das einzige Depot für Brandflaschen. Hat die Aufrüstung begonnen? Setzt man den Bau der Startbahn voraus, so ist diese Frage zu bejahen. Denn die Wegesperren, die aggressionsgeladene Situation, die tätlichen Übergriffe und das gefundene Lager von Molotowcocktails (!) deuten auf eine bewußt gesuchte und jetzt vorbereitete Konfrontation gegen den Staat hin. Mit Baubeginn ist daher mit Gewalttaten und Ausschreitungen höchsten Ausmaßes zu rechnen."* (S. 11).

Mensch darf getrost davon ausgehen, daß diese Fassung der „Motivation" nur ein redaktionell gesäuberter Abglanz dessen ist, was sich in den konkreten Einsatzbesprechungen abspielt. Dies mögen alle bedenken, die mit Polizisten über ihren Einsatz diskutieren wollen.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Was hat die 3. Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun? Teil 3

Der Rhein-Main-Flughafen und der transatlantische Nachschub

Der Frankfurter Flughafen und die benachbarte US-Air-Base sind von zentraler Bedeutung für den strategischen Nachschub der US-Streitkräfte nach Europa, wie er über den See- und Luftweg abgewickelt wird. Die größte, jährlich stattfindende Übung des „Military Airlift Command" (MAC; militärisches Lufttransportkommando) ist das auf bundesrepublikanischem Territorium abgehaltene „Reforger"-Manöver (Return of Forces to Germany), bei dem „*Heeres- und Luftwaffenverbände über den Atlantik in die Bundesrepublik verlegt werden. Während der letzten Reforgerübungen verlegte das MAC Panzer, Geschütze, Kettenfahrzeuge und Hubschrauber, Kampfflugzeuge, allradgetriebene Lastwagen und Zugmaschinen mit Anhängern. Während Reforger '78 wurden lt. Statistik rund 750 t Ausrüstung und rund 13000 Soldaten befördert.* [...]

Hier stellt das MAC seine Fähigkeit unter Beweis, mit den Angehörigen der anderen NATO-Staaten zusammenzuarbeiten, die notwendig sind, um Personal und Fracht über Europa zu befördern. Die Übungen zeigen weiter, wie gut die strategischen und taktischen Lufttransportkräfte mit den Seetransportkräften und dem militärischen Verkehrskommando zusammenarbeiten" (21).

Geübt wird also der transatlantische Transport von Truppen und Gerät im Falle eines europäischen Kriegsschauplatzes. Die Rhein-Main Region bietet sich aufgrund ihrer geographischen/geostrategischen Lage sowie der hier in konzentrierter Form vorhandenen militärischen Infrastruktur als idealer Anlaufpunkt für den Nachschub an. Mittels bereitstehender Militärfahrzeuge können Truppen und Gerät von hier aus binnen kürzester Zeit zu ihren Einsatzplänen in Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz verfrachtet werden. Bereits heute befinden sich neben 200000 US-Soldaten (4 Divisionen/3 Brigaden) amerikanische Depots auf westdeutschem Boden, die schweres Kriegsgerät für komplette 3 weitere Divisionen beherbergen. „*1985 sollen gar Waffen, Munition usw. für nochmal drei Divisionen bereitstehen*"
res Kriegsgerät für komplette 3 weitere Divisionen beherbergen. „*1985 sollen gar Waffen, Munition usw. für nochmal drei Divisionen bereitstehen*"
(22). Entsprechendes Menschenmaterial gilt es dann im Konfliktfall in einem möglichst kurzen Zeitraum über den transatlantischen See- und Luftweg herbeizuschaffen. Dieses „Dual Basing"-System ist Voraussetzung für die Verstärkung der US-Truppenkontingente in der BRD um ca. 110 %.

Bereits im letzten AK haben wir im Zusammenhang mit dem NATO-Langzeitprogramm (LTDP) und dem „Host Nation Support Programm" auf die Absichten der USA und ihrer westeuropäischen NATO-Partner hingewiesen, den transatlantischen Nachschub zum europäischen Kontinent auszubauen und zu beschleunigen. Zum einen wird derartigen Absichten durch V o r einlagerung von militärischem Gerät auf dem Gebiet der BRD Rechnung getragen (s.o.), wodurch der im Konfliktfall zu leistende Transport über den Atlantik reduziert werden soll. Desweiteren soll die Beschleunigung des Nachschubs durch Verlagerung eines Teils der zu transportierenden Fracht vom See- auf den Luftweg erreicht werden. Über 90 % der Versorgungs- und Verstärkungsaufgaben der NATO werden heute noch auf maritimen Wege gelöst. Der ehemalige „Verteidigungs"minister Brown hatte während seiner Amtszeit in der Regierung Carter als Ziel angegeben, „*die Zahl der US-Divisionen in Europa innerhalb von 10 Tagen zu verdoppeln*" und die Luftwaffe gar zu verdreifachen (23).

Das Pentagon ist in dieser Hinsicht nicht untätig geblieben: Schon 1973/74 erhob die USAF (US Air Force) erstmals die Forderung, die strategischen Transportkapazitäten durch Umbau ziviler Langstreckenjets (Boeing 747, DC-10) zu vergrößern (24). 18'5 Mio. Dollar sollten im US-Haushalt '75 für erste Studien zur Umrüstung von zivilen Großraumpassagierflugzeugen in eine Passagier/Frachtversion für militärische Einsatzbelange zur Verfügung gestellt werden. Die Forderung scheiterte am Veto des Kongresses (25).

Auch spätere Bemühungen des US-„Verteidigungs"ministers Schlesinger in dieser Hinsicht blieben zunächst ergebnislos. Nach seinem Programm sollten in 5 Jahren „*ca. 110 Boeing 747 und DC-10 [Personentransport] für 1,5 Mrd. Dollar durch Veränderungen [Einbau größerer Luken usw.] zu ‚Frachtern für den Notfall' umgebaut werden und der Civil Reserve Air Fleet zur Verfügung stehen. Die USAF kann anhand von Rechnerstudien nachweisen, daß die Verlegungszeit von US-Truppen/Material nach Europa sich bei Ausbau der Civil Reserve Air Fleet von 30 auf 15 Tage reduziert. Nach USAF-Meinung würde ein konventioneller Konflikt in Europa kurz sein und einen hohen Verschleiß nach sich ziehen. Der Ausbau der Civil Reserve Air Fleet scheint daher geboten, um den Einsatz taktischer Nuklearwaffen in Ermangelung konventioneller Kampfkraft zu vermeiden*" (26).

Schlesingers Vorhaben erwies sich damals als zu kostenspielig. Vorgesehen



AWACS-Flugzeuge am 22.3.81 am Flughafen Rhein-Main

AWACS-Flugzeuge am 22.3.81 am Flughafen Rhein-Main

war u.a. die Installierung von Frachtladepforten hinter den Tragflächen sowie ein Abschneiden des Buges, um diesen zu einer hochklappbaren Frachtladeluke umzubauen. „*Allein die ‚Klappnase' hätte ca. 5,6 Mio Dollar pro Maschine gekostet, und die Umrüstung auf Bug- und Seitenladeluken wird mit 7 Mio Dollar pro Maschine veranschlagt. Außerdem müßten die Luftverkehrsgesellschaften einen Verdienstausfall für die Zeit des Umbaus erhalten. Der Bericht des damaligen Verteidigungsausschusses weist auch aus, daß die kommerziellen Fluglinien der NATO-Verbündeten über 70 Passagier- und Frachtflugzeuge des Typs Boeing 747 im Einsatz haben. Und natürlich müßten dann auch diese Maschinen dementsprechend umgerüstet werden. In Zukunft will man nun die zivilen Fluggesellschaften durch Vergünstigungen anhalten, von vornherein Flugzeuge zu kaufen, die wahlweise als Passagier- und Frachtmaschinen eingesetzt werden können. Dieser Idee müßten sich natürlich auch die NATO-Bündnispartner anschließen. Zukunftsbezogen ist das tatsächlich verteidigungspolitisch eine preiswerte Angelegenheit*" (27).

Im April 1980 forderte US-„Verteidigungs"-Staatssekretär Komer anläßlich einer Tagung des NATO-Rates in Brüssel die europäischen Aliierten der USA nicht nur dazu auf, die konventionellen Munitionsvorräte auf 30 Tage aufzustocken, sondern auch „*ihre Passagier-Luftflotten — namentlich genannt: Lufthansa, Air France, British Airways — eventuell zum Transport amerikanischer Truppen nach Europa*" bereitzuhalten (28).

Der Ausbau der Lufttransportflotte soll allerdings nicht nur durch einen Rückgriff auf die „zivile Reserve" erfolgen: Zur Zeit befinden sich weitere Maschinen vom Typ C-5 Galaxy, dem bisher größten Transportflugzeug der Welt, in der Produktion. Desweiteren ist ein noch größeres Modell in Entwicklung, mit dessen Verfügbarkeit gegen 1985 gerechnet wird (29). Es wurde von uns schon im ersten Teil dieser Serie darauf hingewiesen, daß die strategische Luftflotte des MAC (C-5 Galaxy, C-141A Starlifter und die noch im Entwicklungsstadium befindliche CX-Maschine) auf Start- und Landebahnen größten Ausmasses angewiesen ist. Solchen Anforderungen soll die geplante Startbahn West auf dem Rhein-Main Flughafen gerecht werden. Tatsächlich wurde im Herbst 1980 von Sozialdemokraten der Vorschlag gemacht, die Länge der umstrittenen Piste auf 2600 m zu begrenzen (um einen Teil des Waldes zu retten). Der damalige Wirtschaftsminister Karry lehnte dies ohne Begründung ab: Es bleibt bei den vorgesehenen 4000 m. Da ist es interessant, zu wissen, daß auch die Landebahn des US-Stützpunktes im Indischen Ozean, Diego Garcia, auf 4 km Länge ausgebaut wird!

Mit dem Ausbau der taktischen und strategischen Luftflotte geht also der Ausbau der vorhandenen Lande- und Startkapazitäten einher.

In der NATO-Propaganda werden Ausbau und Beschleunigung des transatlantischen Nachschubs gewöhnlich mit der angeblich drückenden konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa legitimiert, mit der Gefahr eines „Blitzkrieges" der SU („in 48 Stunden am Rhein") etc.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß es im Lager der Startbahn-Gegner konservativ und/oder „antihegemonistisch" orientierte Kräfte gibt, die sich derartige Propaganda-Formeln zu eigen machen und damit dem antimilitaristischen Engagement der Bewegung schaden (30). Die Übernahme der These von einer konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts läßt im sicherheitsbedürftigen bürgerlichen Bewußtsein Vorhaben wie die Erweiterung des Frankfurter Flughafens als legitim erscheinen. Analog zur Diskussion um die neuen Mittelstreckenraketen („Raketen sind Magneten") wird die Problematik der Startbahn West unter antimilitaristischen Gesichtspunkten häufig darauf reduziert, daß Rhein-Main als militärisches Ballungsgebiet Ziel eines atomaren Angriffs der SU werden könnte. Die Auseinandersetzung mit der Haltlosigkeit imperialistischer Propagandaformeln und ihren „linken" Apologeten kann und soll nicht Gegenstand dieses Artikels sein. Festzuhalten ist jedoch:

— Die USA bauen ihre Lufttransport-Kapazitäten nicht erst aus, seitdem sie schlagartig und mit öffentlichkeitswirksamen Erschrecken die angebliche konventionelle Überlegenheit der SU „entdeckten". Auch die sog. Schwerfälligkeit des transatlantischen Nachschubs ist natürlich reine Angstmacherei, um das System der „Voreinlagerung" in Europa (s.o.) und die Aufstockung der Transportkräfte zu begründen.

— Daher hat die NATO, was Ausbau und Beschleunigung des Nachschubs nach bzw. über Europa betrifft, real zunächst andere Kriegsschauplätze im Visier: z.B. den Nahen und Mittleren Osten. Der „FAZ"-Reißbrettstratege Adelbert Weinstein demonstriert diesbezüglich mehr Durchblick und Realitätssinn als mancher „linke" Antihegemonist. Bezugnehmend auf Weinberger's Theorie der „*anderthalb Kriege*" (letzter Stand: „zweieinhalb Kriege" ...) schreibt Weinstein: „... *die Amerikaner wollen so gerüstet sein, daß sie — im Notfall — einen Krieg in Europa führen können. Zugleich wollen sie so stark sein, daß sie auch einen ‚Randkrieg' bestehen könnten; in Asien, im Mittleren Osten oder Afrika. Auf dem Nebenkriegsschauplatz müßte man nach amerikanischen Vorstellungen so ausgerüstet sein, daß man im Notfall keine Truppen vom ‚atlantischen Kriegstheater' abzuziehen brauchte.* [...]

Vor diesem Hintergrund sind die außerordentlichen Rüstungsanstrengungen der Regierung Reagan zu bewerten. Denn zwischen dem Anspruch, ‚anderthalb Kriege' führen zu können, und der Wirklichkeit klafft eine Lükke. In Europa ist zwar das Gerät und das Material für mehrere zusätzliche amerikanische Divisionen gelagert worden. Doch fehlt es an Lufttransportraum und an Schiffen, mit denen die Mannschaften rechtzeitig über den Atlantik gebracht werden können. Es ist auch nicht genug Tonnage vorhanden, die Versorgung über den Ozean im Falle einer Krise oder gar eines Krieges zu gewährleisten. Das Pentagon dringt darum darauf, in den nächsten zwei bis drei Jahren eine neue Transportflotte zu bauen" (31).

Bei dieser Kategorie von Rüstungsanstrengungen des Westens geht es also eindeutig um den sog. „zweiten (außereuropäischen) Kriegsschauplatz".

Die USA wollen in der Lage sein, einen Krieg etwa im Nahen/Mittleren Osten zu führen, o h n e ihre militärische „Präsenz" in Europa abschwächen zu müssen.

Für die „europäische Front" hält A. Weinstein die USA sowohl in „geistiger" wie auch in militärischer Hinsicht für ausreichend „gerüstet". „*Nicht ausreichend bewaffnet, ausgebildet und eingestellt sind sie auf eine mögliche Herausforderung außerhalb Europas, zum Beispiel im Mittleren Osten oder am Persischen Golf*" (32).

Das bedeutet, daß der transatlantische Nachschub nach Europa in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem außereuropäischen Engagement der NATO zu begreifen ist. Es geht also zunächst weniger um einen Kriegsschauplatz Europa als um die allseitige Vorbereitung und Absicherung militärischer Abenteuer in der 3. Welt.

Diese Strategie beinhaltet auch eine umfassende „Absicherung" des europäischen Kontinents, etwa für den Fall des „Durchschlagens" eines Konfliktes in der 3. Welt auf Europa.

Hier soll auch auf konventionellem Gebiet, wo die imperialistische Propaganda in der Vergangenheit eine Überlegenheit der SU beschworen hat, demonstriert werden, daß die NATO selbst im Falle eines parallelen außereuropäischen Krieges in der Lage wäre, auch in Europa zu „siegen". Die neue Abschreckungstheorie: „Abschrekkung" durch „Siegfähigkeit" gilt also auf allen Gebieten und, wenn erforderlich, an mehreren Fronten gleichzeitig. Das ist es, was US-„Verteidigungs"minister Weinberger meint, wenn er davon spricht, daß der Westen sich auch dort „*mit der Möglichkeit lang dauernder ‚konventioneller' Konflikte vertraut machen*" müsse, „*wo zwei Jahrzehnte lang die Kernabwehr in der Aufrechterhaltung wirksamer atomarer Abschreckung gesehen wurde*" (33).

Im Mai dieses Jahres hatte Weinberger erstmals konstatiert, daß ein „*konventioneller Krieg an mehreren Fronten denkbar*" sei, und die USA sich auf die Möglichkeit „*lang dauernder Konflikte unterhalb der Atomschwelle, auch in Europa*", einzustellen hätten (34).

Der Ausbau und die hiermit verbundene Beschleunigung des transatlantischen Nachschubs kann somit, auf Europa bezogen, als „konventionelles Pendant" zur gleichzeitig stattfindenden Aufrüstung im atomaren Breich („Cruise Missile", „Pershing II") betrachtet werden.

Sprungbrett für US-Interventionen im Nahen und Mittleren Osten

Im ersten Teil dieser Serie (AK 210) zitierten wir bereits aus den sogenannten „Fuchsbriefen", einem in Bonn erscheinenden internen Informationsdienst für Manager im Industrie- und Bankbereich, in dessen Ausgabe vom Mai '81 die Startbahn West in Zusammenhang mit dem Aufbau der „Rapid Deployment Force" (schnelle Eingreiftruppe der USA; RDF) gebracht wurde: „... *Frankfurt sei für die Air Force — so sagen die Amerikaner — als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden*" (35).

Diese Aussage wurde von der sozialliberalen Landesregierung „dementiert". B e s t ä t i g t wurde jedoch — und das ist das Entscheidende —, daß
Diese Aussage wurde von der sozialliberalen Landesregierung „dementiert". B e s t ä t i g t wurde jedoch — und das ist das Entscheidende —, daß
die Stationierung von Teilen der geplanten US-Eingreifreserve für die Golfregion „*möglicherweise beabsichtigt*" sei (36).

Die „FR" zeigte sich damals von dem „Dementie", das im Grunde keines war, wenig beeindruckt und traf die Feststellung, daß die US-Air-Force „*ungeachtet der Dementis ... von dem geplanten Bau der Startbahn 18 West profitieren* (dürfte). *Der Stützpunkt ist in beiden Richtungen wichtigster Knotenpunkt bei der Zusammenführung von in Europa und Nahost stationierten Soldaten mit ihren Familien und einer der Hauptumschlagplätze des militärischen Nachschubs der US-Streitkräfte*" (37).

Im zweiten Teil der Serie (AK 211) thematisierten wir den bundesrepublikanischen Beitrag zu einer militärischen Intervention im Nahen und Mittleren Osten, der u.a. in der Bereitstellung von Start- und Landekapazitäten für die Lufttransportflotte bestehen soll (38).

Der Bau der 3. Startbahn auf dem Frankfurter Flughafen ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Wirksamkeit der „RDF" ist nicht zuletzt davon abhängig, in welchem Zeitraum es gelingt, die mobile Eingreifreserve an ihren jeweiligen Bestimmungsort in der 3. Welt zu bringen. Zum einen kann die Anflugszeit, wie wir schon beim transatlantischen Nachschub nach Europa sahen, durch den Ausbau der Lufttransportflotte verkürzt werden. Zum anderen kann durch Voreinlagerung von Kriegsgerät und Stationierung von Truppen an geostrategisch günstigen Plätzen die Anflugstrecke um einiges verringert werden. Die Rhein-Main-Region ist ein derartiger geostrategisch günstiger Platz. In ihrer Funktion als „*Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Nahen und Mittleren Osten*" bietet sie sich für die Voreinlagerung/Vorstationierung von Gerät und Truppen für den Interventionsfall in dieser „Krisenregion" an. Solange die „RDF" darauf angewiesen ist, von der amerikanischen Küste aus in den Nahen und Mittleren Osten zu starten, wird sie möglicherweise wertvolle Zeit verlieren.

Fortsetzung nächste Seite

Global 2000: Ökologische Katastrophe der »Menschheit« — oder Imperialismus global?

Der ehemalige US-Präsident Carter gab 1977 eine Studie über die „*voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts*" (1) in Auftrag, die als Grundlage für längerfristige Planungen dienen sollte.

Erarbeitet wurde der Report von zahlreichen amerikanischen Ministerien, Umweltbehörden, einem Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter und nicht zuletzt dem CIA (2).

„*Wenn sich die gegenwärtigen Entwicklungstrends fortsetzen, wird die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkerter, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als die Welt, in der wir heute leben. Ein starker Bevölkerungsdruck, ein starker Druck auf Ressourcen und Umwelt lassen sich deutlich voraussehen. Trotz eines größeren materiellen outputs werden die Menschen in vieler Hinsicht ärmer sein als sie es heute sind*" (3).

Mit dieser düsteren Prognose beginnt die Studie, die im Juli 1980 veröffentlicht wurde und inzwischen in der BRD beim Verlag 2001 zum Niedrig-Preis von 20 DM zu haben ist. Es ist nicht das erste Mal, daß eine solche Studie in Umweltschutzkreisen Furore macht und sogar häufig als „beste" Zusammenfassung der vor der Menschheit stehenden Probleme gelobt wird, obwohl nicht einmal kritische Umweltexperten an der Erstellung beteiligt waren.

Zur Studie des „Club of Rome"

Wie erwähnt ist die Studie, die den Anspruch stellt, Langzeitprognosen über die Entwicklung der Bevölkerung, der Umweltbedingungen und Rohstoffressourcen zu entwickeln, nicht die erste dieser Art: Anderthalb Jahre vor der „Ölkrise", im März '72, erschien die Studie des „Club of Rome" mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums". In dieser Studie prophezeite die Vereinigung von Managern, Wissenschaftsgrößen etc. das Ende der industriellen Wohlstandsgesellschaft. Danach würde das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft in den nächsten 100 Jahren zur globalen Katastrophe führen. Selbst wenn der Rohstoff-Verbrauch durch Recycling auf ein Viertel reduziert würde, käme es aufgrund der Umweltverschmutzung dennoch zum Kollaps des ökologischen Gleichgewichts. Würde auch die Umweltverschmutzung auf ein Viertel reduziert, käme es aufgrund der Bevölkerungsexplosion aber zur weltweiten Hungerkatastrophe. Die Schlußfolgerung der Studie war: Die Katastrophe lasse sich nur vermeiden, wenn die Wirtschafts- und Bevölkerungswachstumsraten auf Null gesenkt würden.

Diese Studie kann im Zusammenhang mit der „Ölkrise" durchaus beanspruchen, Geburtshelfer ökologischer Vorstellungen gewesen zu sein. Gruhls Thesen – einschließlich der von ihm propagierten Notwendigkeit einer mehr diktatorischen „Weltregierung" – entstammen wesentlich den Gedanken dieser Studie. Die „wahren" Ökologen, die konsequent gegen j e d e Form des Wachstums zu Felde ziehen, haben hier ihren Ursprung.

Imperialismus im Jahre 2000

Die neue Studie ist im Prinzip ähnlich aufgemacht, allerdings liefert sie erheblich mehr Material im einzelnen. Die Studie geht bei ihren Voraussagen davon aus, daß sich keine entscheidenden politisch-gesellschaftlichen und technischen Wandlungen vollziehen und es auch nicht zu Krieg bzw. vergleichbaren Katastrophen kommt, d.h. sie malt ein Bild davon, in welchem Zustand der Imperialismus die Welt nach heutigen Verhältnissen im Jahre 2000 hinterlassen würde.

Die „Bevölkerungsexplosion"

Der Studie zufolge wird die Weltbevölkerung auf 6,35 Milliarden anwachsen, d.h. um 1,7 % bzw. 100 Millionen pro Jahr steigen. 90 % davon werden in den „unterentwickelten" Ländern leben, 800 bis 1.000 Millionen davon in absoluter Armut. Die Schere zwischen Arm und Reich werde immer weiter auseinanderklaffen. Die Landflucht werde weiter zunehmen und riesige Metropolen schaffen: Mexico City mit 30 Mio., Bombay mit 19 Mio., Delhi und Manila mit 13 Mio Einwohnern. Dies werde mit einem ungeheuren Elend in den Slums dieser Städte einhergehen, in denen der Großteil dieser Menschen hausen muß (5).

dieser Menschen hausen muß (5).



Da die Autoren nicht die Absicht haben, die Gründe für die oben skizzierte Entwicklung anzugeben (siehe die Auftraggeber), herrschten im Analyseteil die Nebelwerfer: „*Eine Reihe von Kulturen hat jahrhundertelang in einem relativen Gleichgewicht mit ihrer Umwelt gelebt. Heute werden die Mechanismen, über die sich das Gleichgewicht erhalten hat, durch das Bevölkerungswachstum, veränderte Technologien und andere Lebensstile unwirksam*" (6), heißt es tiefschürfend. Aber gerade in bezug auf das Problem des Bevölkerungswachstums und des Hungers in den Ländern der Dritten Welt existieren bekanntlich die abenteuerlichsten Versionen, um die tatsächlichen Gründe zu verschleiern. So wird in der Aneinanderreihung von Daten und Trends ein Bild entwickelt, das die Verantwortung der Imperialisten – insbesondere des US-Imperialismus – ausblendet.

In allen Ländern der sogenannten Dritten Welt ist das heutige Elend der Bevölkerung Ausdruck ihrer früheren Kolonialisierung und ihrer heutigen Beherrschung durch den Impe-

Fortsetzung nächste Seite



Der Profit der amerikanischen Weizenmultis wächst auf dem Hunger der Dritten Wel

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schon im letzten Jahr wurde der Rhein-Main Flughafen benutzt, um Truppen zu einem US-Manöver in Ägypten zu fliegen (39). Dieses Jahr dürfte es sich diesbezüglich nicht anders verhalten.

Ein Problem für die NATO-Kriegsstrategen ist allerdings, daß sich die Start- und Landekapazitäten auf dem Rhein-Main Flughafen im konkreten „Konfliktfall" als zu gering erweisen könnten. Denn dann würde es um Dimensionen gehen, die etwa die sog. „Luftbrücke nach Berlin" bei weitem übersteigen würden. Zumindest müßte ein zeitweiliger totaler Zusammenbruch des zivilen Luftverkehrs in Kauf genommen werden. Dieser Situation gilt es, durch den Bau einer weiteren, ganz den Erfordernissen der Interventionsstreitmacht Genüge tragenden, dritten Startbahn Abhilfe zu verschaffen (40).

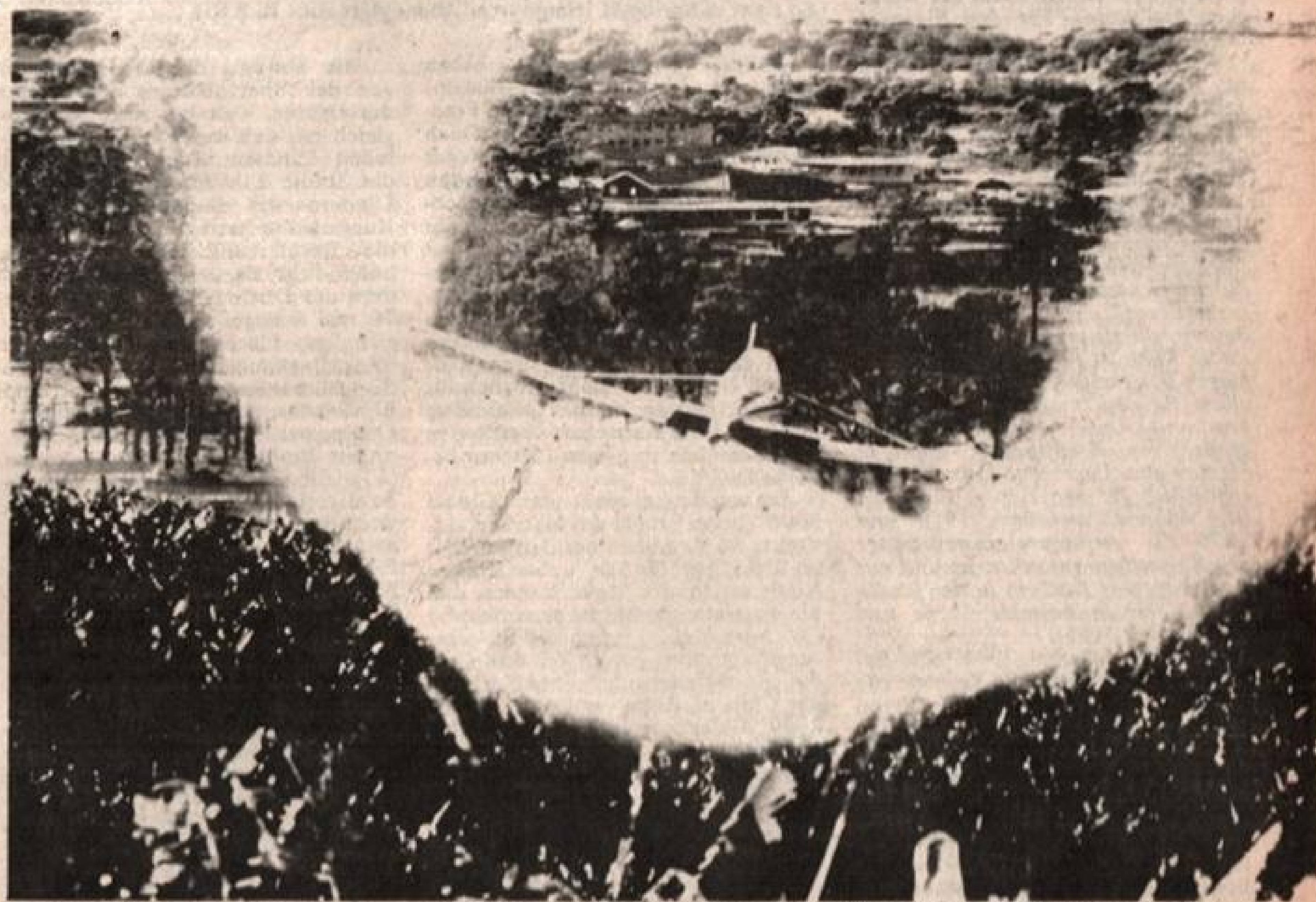
Anmerkungen:

(21) „Soldat und Technik" 2/1980
(22) „KVZ" 34/81
(23) zitiert nach „Irland-Info" Nr. 14
(24) „Soldat und Technik" 5/1975
(25) „Flug Revue" und „flugwelt" 2/1978
(26) „Soldat und Technik" 5/1975
(27) „Flug Revue" und „flugwelt" 2/1978
(28) „Spiegel" vom 21.4.1980
(29) „KVZ" 46/80
(30) So z. B. der KBW als Vertreter der These von der „gefährlicheren Supermacht" Sowjetunion. Im August/September dieses Jahres brachte die „KVZ" eine dreiteilige Artikelserie des KBW-„Militärexperten" D. Wismann zur Historie des „dual basing"-Systems. Rüstungen der NATO-Staaten wurden hier relativ umstandslos als Reaktion auf eine angebliche Überlegenheit der SU im konventionellen Bereich gedeutet bzw. als Zeichen westlicher „Schwäche" qualifiziert. „Reforger – Krücke der kriegsversehrten Supermacht" (USA) lautete bezeichnenderweise der Titel des ersten Teils der Serie.
(31) „FAZ" vom 12.9.81
(32) ebenda
(33) „FAZ" vom 19.6.81
(34) ebenda
(35) zitiert nach einem Flugblatt der DKP
(36) AK 203/206
(37) „FR" vom 2.7.1981
(38) Eine weitere Aufgabe für die westeuropäischen Verbündeten soll im Rahmen der imperialistischen „Arbeitsteilung" darin bestehen, die durch einen eventuellen Abzug von US-Truppen in außereuropäische „Krisenregionen" entstehenden Lücken in Europa auszufüllen.
(39) „FR" vom 26.11.1980
(40) In AK 210 war bereits davon die Rede, daß sich in den geologischen Voruntersuchungen für den Startbahnbau der interessante Hinweis findet, daß sich die Dimensionierung der Rollbahndecke nach den Vorschriften und Merkblättern für militärische Zwecke aus den USA zu richten habe. In einem Artikel des „FAZ"-Wehrstrategen Weinstein zum US-Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean heißt es über die dort in den letzten Jahren erfolgten Ausbaumaßnahmen u.a.: **„Wo die Seabees sind, wird gebaut; und zwar im größten Stil. Schon sind die Pisten verlängert worden. Die Landebahnen sind auf vier Kilometer ausgedehnt. Das heißt, die schwersten Maschinen des Strategischen Lufttransportkommandos, die C 141 und die Starlifter, können landen und starten"** („FAZ", Mai 1980). Hieraus wird deutlich, daß die dritte Startbahn auf dem Frankfurter Flughafen offensichtlich genau diesen zur strategischen Flotte des MAC gehörenden Lufttransporttypen auf den Leib geschneidert sein soll. Wie sonst ist die für zivile Flugzeuge überflüssige Startbahn-Länge von 4 km zu erklären?

KB-Gruppe Frankfurt

»Das ist die letzte Aufgabe in meinem Leben. Gegen die Startbahn und damit gegen den 3. Weltkrieg.«

(Eine 73jährige Startbahngegenerin, zitiert nach »taz« vom 5.11.81)



Fortsetzung von vorheriger Seite

rialismus. Hierzu einige Beispiele (die natürlich nicht in der Studie zu finden sind):

– Bevor Indien durch die Engländer überfallen wurde, waren Hungersnöte dort unbekannt. Erst nachdem die Kolonialherren zwangsweise den Privatbesitz an Grund und Boden eingeführt hatten, um Steuern erheben zu können, traten Hungersnöte mit steigender Anzahl von Opfern auf: Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts fünf Hungersnöte mit 1 Mio, im zweiten Viertel sechs Hungersnöte mit 5 Mio und im letzten Viertel 18 Hungersnöte mit 26 Mio Toten (7). Bis zum heutigen Tage wird Indien von solchen Hungersnöten heimgesucht, aus keinem anderen Grunde als dem der Unterordnung seiner Wirtschaft unter die Interessen des Imperialismus. China wurde bis zur Revolution (1948) von vergleichbaren Hungersnöten heimgesucht, aber seitdem die Aufteilung von Grund und Boden und die Nahrungsmittelproduktion an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Profit und der Grundrente der Kolonialisten orientiert werden, hat es keine einzige Hungerkatastrophe früheren Ausmaßes gegeben (8).

– Als in Europa aufgrund der Industrialisierung die Bevölkerung explosionsartig zunahm, drohte in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts eine schwere Hungerkatastrophe. Abgewendet werden konnte sie durch den Fund großer Guano- und Salpetervorkommen vor Peru und Chile, die die Basis für die Düngemittel bildeten. Diese Vorkommen wurden brutal ausgebeutet und zu Schleuderpreisen nach Europa verschifft. Schon bald waren die großen Lagerstätten erschöpft. Durch die Entdekkung künstlicher Herstellungsmöglichkeiten des Salpeters waren die Imperialisten aber auch auf diese Naturdünger nicht mehr angewiesen. Anders für die betroffenen Länder. Der Guano blieb für die peruanische Landwirtschaft das wichtigste Düngemittel. Doch ab 1960 gab es in den westlichen Industrienationen einen Fischmehlboom, in deren Folge die Pelikane und Seemöven vor den Küsten Perus vernichtet bzw. vertrieben wurden. Die meisten nordamerikanischen Fischereiunternehmen zerstörten schnell die Anchovettabestände, von denen sich die Seevögel ernährten, um die Schweine und das Geflügel der USA und Europas mit peruanischem Fischmehl zu füttern. Die Vögel schwammen auf Nahrungssuche immer weiter aufs Meer hinaus und ertranken oder verendeten zu Tausenden auf den Straßen Limas (9).
Tausenden auf den Straßen Limas (9).
Heute muß Peru synthetische Düngemittel importieren.

Doch ist es nicht nur so, daß der Imperialismus Ländern der Dritten Welt ihrer Naturressourcen beraubt hat. Die ärmsten Länder der Dritten Welt sind in der Regel trotz Hungerkatastrophen Nahrungsmittelexporteure.

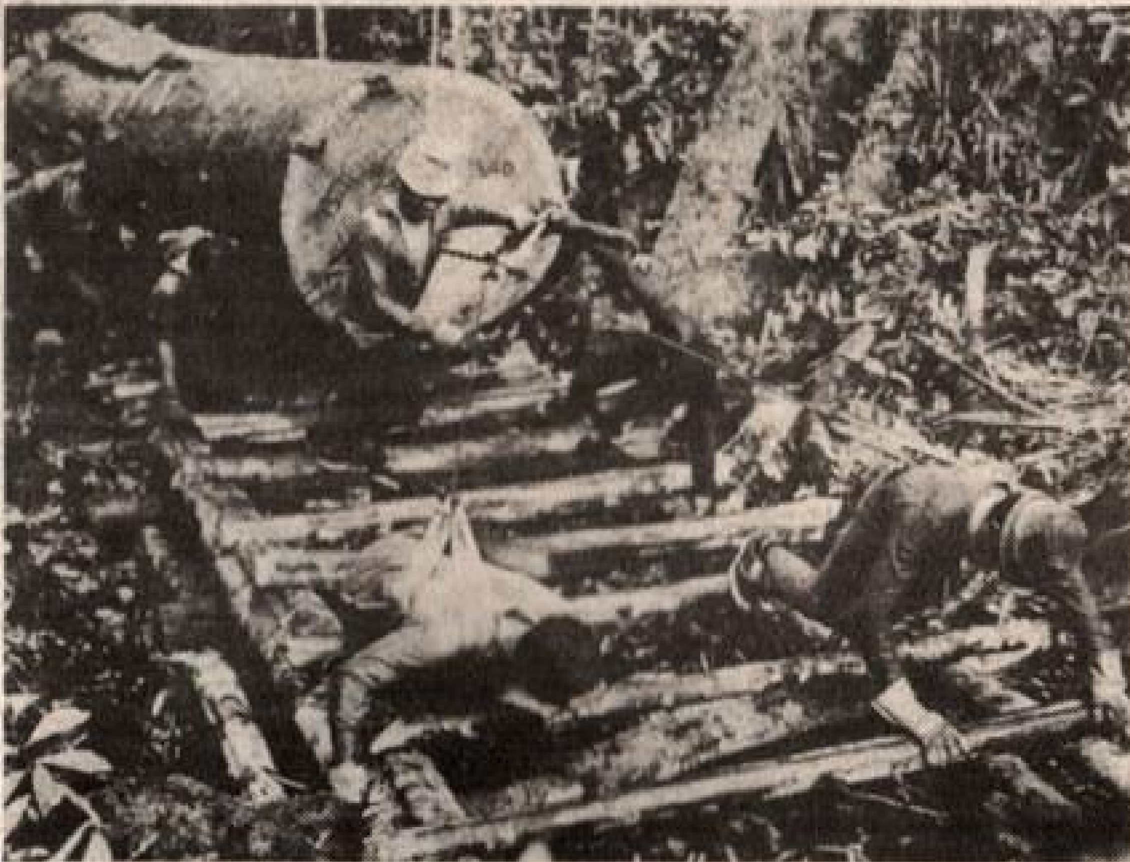
Während der letzten Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone stiegen gleichzeitig die Nahrungsmittelexporte aus diesem Gebiet. 1971 wurden aus diesem Gebiet 56 Mio Pfund Fisch und 32 Mio Pfund Gemüse ausgeführt (10). Kolumbien muß, weil es einigen Großgrundbesitzern profitabler erscheint, Nelken statt Weizen und Mais anzubauen, Grundnahrungsmittel einführen (11). Haiti ist das ärmste Land der westlichen Halbkugel. Für den Eigenverbrauch werden die rauhen Berghänge bebaut, für die Ausfuhr die fruchtbaren Ebenen. Der beste Boden ist für den Kaffee, den Zucker, den Kakao und die anderen Produkte bestimmt, die der nordamerikanische Luxus-Markt braucht (12).

Und keinen Zweifel daran, was in der Produktion für den kapitalistischen Weltmarkt zählt, läßt auch das folgende Beispiel: *„Das Futter, das die Kühe in Mexico fressen, enthält mehr Eiweiß als die Tagesration der Bauern, die sie versorgen. Das Fleisch dieser Kühe ist für einige privilegierte Mägen innerhalb des Landes, aber vor allem für den internationalen Markt bestimmt. Unter dem Schutz einer großzügigen Kreditpolitik blüht in Mexico eine Landwirtschaft, die ausschließlich für den Export bestimmt ist, während zwischen 1970 und 1976 die verfügbare Eiweißmenge pro Einwohner gesunken ist und nur eines von fünf Kindern in den ländlichen Gebieten normale Größe und Gewicht hat"* (17).

Wenn in „Global 2000" das Bevölkerungswachstum als Vermehrung in den sicheren Tod für Millionen von Kindern und Erwachsenen in diesen Ländern beklagt wird, dann muß auch dazu gesagt werden, daß diese Länder ihre Bevölkerung nur deshalb nicht ernähren können, weil der Imperialismus ihre ökonomische Struktur völlig deformiert und nach seinen Bedürfnissen ausgerichtet hat.

Abgesichert durch Militärdiktaturen herrscht eine dem Imperialismus treu ergebene Oligarchie, die über den größten Teil der landwirtschaftlichen Flächen verfügt. Beispielsweise verfügen in ganz Südamerika 17 % der Grundeigentümer über 90 % des Bodens. In Afrika haben drei Viertel der Bevölkerung nur zu 4 % des Bodens Zugang (14). Es ist nicht der Überschuß an Menschen, der in diesen Ländern den Hunger grassieren läßt, sondern die Vertreibung der Menschen von ihren Böden, in deren Folge die städtischen Slums aufgebläht werden, mit den bekannten Folgen krasser Armut, Elend und Hunger.

te, wenn gleichzeitig Maßnahmen gegen das Bevölkerungswachstum vereinbart wurden. Mehrere US-Missionen haben tausende von Frauen ohne deren Wissen sterilisiert. Das geschah bezeichnenderweise im dünnstbesiedelten Teil der Erde, im Amazonasbecken, wo die Urbevölkerung der rücksichtslosen imperialistischen Plünderung im Wege steht. Doch auch in den städtischen Slums wird der Imperialismus niemandem „vermitteln" können, wieso sich dort durch weniger Kinder die Lage der übrigen verbessern sollte. Tatsächlich würde eine Verringerung der Bevölkerung in der Dritten Welt das Problem nur „global" besser vertuschen.



Holztransport in Indonesien – Global 2000: Die Waldflächen in der 3. Welt werden um 40 % bis zum Jahre 2000 schrumpfen. Bis zum Jahre 2020 wird der Imperialismus den gesamten zugänglichen Wald dort abgeholzt haben.

15.8.81

Hamburger Abendblatt

Der Hälfte der Erdbevölkerung droht eine Feuerholz-Krise

Mit jedem Baum, der fällt, wird die Welt ärmer

dpa Nairobi, 15. August. Für etwa die Hälfte der Erdbevölkerung zeigt sich die Energiekrise im Kahlschlag der Wälder. Rund zwei Milliarden Menschen – fast ausschließlich in der Dritten Welt – sind auf Holz und Holzkohle zum Kochen und Heizen angewiesen. Doch schon jetzt finden 100 Millionen Menschen kein Holz mehr, eine Milliarde leidet unter Knappheiten – und in den nächsten 20 Jahren wird zwischen 2,3 und 2,5 Milliarden Menschen das Holz ausgegangen sein, heißt es in einer UNO-Studie. Das ist eines der wichtigsten Themen der UNO-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen in Nairobi (UNCNRSE). „Es gibt keine alternative Energiequelle, die in den nächsten 25 Jahren ein wirksamer Ersatz für Feuerholz wäre", heißt es in einem Konferenzbericht.

Feuerholz hat in der ganzen Welt nur einen Anteil von 5,4 Prozent am Energieverbrauch, in Afrika aber von 58 Prozent. Und in den am wenigsten entwickelten Ländern des Kontinents sind sogar nahezu 86 Prozent der verbrauchten Energie Holz. In Asien liegt der Holzanteil bei 16,6 und in Lateinamerika bei 18,4 Prozent, in einigen Ländern allerdings wesentlich höher.

10 bis 15 Millionen Hektar Wald werden jedes Jahr in den Entwicklungsländern für Feuerholz und Holzkohle vernichtet. So werden die Wege der Frauen – auf deren Rücken die Aufgabe des Holzholens so gut wie überall lastet – immer länger. Bis zu 300 Arbeitstage verbringt eine Frau im ostafrikanischen Tansania mit der Holzsuche, im nepalesischen Hochland sind es bis zu 230 Tage.

Das Abholzen der Wälder vernichtet langfristig nicht nur Energiekapazität, sondern belastet auch die Umwelt. Da den in Tropengebieten reichlichen Regenmassen kein Widerstand mehr entgegensteht, wird die wertvolle Muttererde in die Flüsse geschwemmt, wo sie dann auch noch die Energiegewinnung aus Wasserkraft durch Versandung von Staubecken gefährden kann. Und in Afrika läßt das Abholzen die Wüste voranmarschieren.

In einigen von Holzknappheit besonders betroffenen Gebieten ist die ländliche Bevölkerung auf das Verbrennen von Dung ausgewichen. Das hat zur Folge, daß dem meist kargen Boden kein Nährstoff zugeführt wird und die Acker-Erträge sinken.

Nach Ansicht der Fachleute brauchte es auch in den nächsten Jahrzehnten keine Holzknappheit in der Dritten Welt zu geben, würden die Wälder in organisierter Weise genutzt und wieder aufgeforstet und würde das Holz rationeller verwendet. Die Verbesserung der einfachen Feuerstellen und Öfen beispielsweise, die oft mit nur geringem Aufwand möglich wäre, könnte den Holzverbrauch um 30 Prozent senken.

Die Feuerholz-Arbeitsgruppe der UNO-Konferenz von Nairobi schätzt den Aufwand für das Pflanzen von Bäumen zur langfristigen Sicherung des Holzbedarfs – dann müßte fünfmal mehr als derzeit aufgeforstet werden – bis zum Jahr 2000 auf jährlich eine Milliarde US-Dollar (rund 2,5 Milliarden Mark). Die Weltbank hat sogar einen Betrag errechnet, der doppelt so hoch ist. Die Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag, und deshalb heißt es in Nairobi, wäre „unverzügliches Handeln" dringend geboten. Für die Politiker gebe es keinen Grund, immer neue Studien abzuwarten.



Ertl: Wälder schützen

Zu einem verstärkten Schutz der Wälder hat Bundesernährungsminister Josef Ertl (FDP) aufgerufen. Zur Eröffnung der 30. Holzmesse in Klagenfurth verwies Ertl auf Schätzungen, nach denen allein in den Industrieverdichtungsräumen der Bundesrepublik bereits rund 200 000 Hektar Wald durch Umweltgifte, insbesondere durch Schwefeldioxyd, geschädigt worden seien.

So sieht es Springer! (Hamburger Abendblatt vom 15.8.81)

Daß es auch anders geht, haben 1978 die (durchaus bürgerlichen) US-Autoren Joseph Collins und Frances Moore-Lappe in ihrem Buch „Vom Mythos des Hungers" (aus dem auch einige der oben genannten Beispiele stammen) detailliert nachgewiesen. Danach könnten sich die Entwicklungsländer durchaus selbst ernähren, wenn dort eine Bodenreform ohne Rücksicht auf die internationalen Konzerne und bestehenden Privilegien durchgeführt würde. Dies wäre also der einfachste Weg, aber diese Vernunft ist nicht möglich für die Imperialisten, da dies gleichzeitig das Ende ihrer Herrschaft über Boden und Menschen in diesen Ländern bedeuten würde.

Da wundert es nicht, daß „Global 2000" lieber erneut das Märchen auftischt, die Armut in der Dritten Welt sei das Ergebnis des unbewältigten Kinderreichtums. Kein Wunder, daß die Vertreter der Multis an vorderster Front im Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion zu finden sind, wie die Rockefeller und Ford-Stiftung, der Club of Rome und auch Global 2000. Galeano schrieb schon 1971: *„In Lateinamerika ist es sauberer und wirksamer, die Guerilla-Kämpfer in der Gebärmutter als auf den Bergen oder auf den Straßen zu töten"* (16). Unter der Regie des ehemaligen Kriegsministers der USA, McNamara, vergab die Weltbank nur noch Kredi-

Wie abwegig die Argumentation von der Übervölkerung der Länder der Dritten Welt ist, zeigt ein Vergleich mit den westlichen kapitalistischen Ländern. Kein Wort verliert die Studie z.B. darüber, daß in den Ländern des Imperialismus keine Hungersnöte herrschen, obwohl dort die Bevölkerungsdichte wesentlich höher liegt als in den meisten Ländern der Dritten Welt: Brasilien hat 38 mal weniger Einwohner als Belgien (pro Flächeneinheit), Paraguay 49 mal weniger als England, Peru 32 mal weniger als Japan, Haiti und El Salvador, die als „Ameisenhaufen" Lateinamerikas gelten, haben eine geringere Bevölkerungsdichte als Italien (13). Tatsächlich entwickelte sich die Bevölkerung z.B. in Europa zu Beginn und mit dem Kapitalismus sprunghaft nach oben, eine Entwicklung, die in dieser Form den Ländern der Dritten Welt durch den Imperialismus verbaut wird.

Umweltverseuchung und Zerstörung

In diesen Kapiteln wird an zahlreichen Beispielen eindrucksvoll die Naturzerstörung vor allem in den Ländern der Dritten Welt, aber auch in den Industrieländern dargestellt. In der ausgesprochen kritischen Besprechung von „Global 2000" in der Zeitschrift „Natur" („Horst Sterns Umweltmagazin", Nr. 8/Aug. 1981) wird hervorgehoben, daß hier auch „Einzeluntersuchungen" dargestellt würden bzw. die Studie in diesem Kapitel als „eine Art Kompendium" (Nachschlagewerk – Anm. AK) des gegenwärtigen Wissens über Umweltschäden nutzbar sei. Doch auch hier bleiben Verursacher und Hintergründe weitgehend ungenannt, nur in zwei Beispielen wird sich dazu durchgerungen. Doch auch ohnedies kann man die direkte Verantwortung des Imperialismus für bestimmte Entwicklungen erkennen, so z.B. beim häufig zitierten Fall der Ausrottung der Wildpflanzen: Bekanntlich zerstörte der Kolonialismus grundlegend die Landwirtschaft der eroberten Länder – bestes Beispiel ist hier wiederum Indien – und führte ausgedehnte Monokulturen und Hochertragssorten zu seinen Zwecken ein (18). Der Imperialismus vervollkommnete dieses System bis zur Entwicklung sogenannter „Bananenrepubliken", in denen häufig nur noch zwei bis drei Sorten in riesigen Monokulturen hochgezogen wurden. „Global 2000" schätzt, daß *„in den frühen 70er Jahren mehr als vier Fünftel der Nahrungsmittel auf der Welt von weniger als zwei Dutzend Pflanzen und Tierarten gewonnen wurden. ... Wichtig ist, daß die ohnehin schon schmale genetische Basis* (durch ständige Inzucht, Anm. Red.) *der Hauptnahrungsmittelpflanzen der Welt vielleicht sogar noch schmaler wird"* (19). Man schätzt, daß diese Sorten nicht länger als 10 – 15 Jahre gegen Pflanzenkrankheiten widerstandsfähig sind und durch Reinkreuzen von Wildpflanzen wieder robuster gemacht werden müssen. Da diese aber durch die Naturzerstörung immer seltener werden, liegt auch den amerikanischen Nahrungsmittelkonzernen zu diesem Zwecke am Naturschutz. Denn „Global 2000" beschreibt einen Fall, in dem bei der verzweifelten Suche nach einer Wildform des Mais ein Tal in Mexico gefunden wurde. Doch als die Botaniker dort ankamen, schoben Bulldozzer gerade das Gelände zusammen, um für amerikanische Firmen Hirse anzubauen, und die umliegenden Berge wurden zur Produktion von Besenstielen abgeholzt (20).

Nach solchen „Pannen" auf der Suche nach Wildformen haben die multinationalen Nahrungsmittelkonzerne *„große private Saatgutreserven angelegt und drängen den US-Kongreß, den Patentschutz für Pflanzenvariationen auszudehnen"* (21). Diese Entwicklung wird bezeichnenderweise mit warnendem Finger gen UdSSR gefördert, da diese schon vor Jahren solche Saatgutbänke anlegten.
Jahren solche Saatgutbänke anlegten.

Letztendlich sind solche Genbänke aber nur Flickwerk, um die Folgen der gigantischsten Naturzerstörung, die es bisher gegeben hat, zu verdecken. *„In etwas mehr als zwei Jahrzehnten werden 15-20 % aller Pflanzen- und Tierarten auf der Erde ausgestorben sein – ein Verlust von mindestens 500.000 Arten"* (22). Dies geht vor allem auf die rücksichtslose Zerstörung der tropischen Urwälder zurück und damit direkt auf das Konto des US- und nicht zuletzt des BRD-Imperialismus. Während das VW-Werk in der Schweiz für jedes verkaufte Auto einen Baum pflanzt, läßt die brasilianische Filiale Hunderte von Hektar brasilianischen Urwaldes roden, um dort Viehzucht zu betreiben (23).

Für diese Art der unwiderruflichen Naturzerstörung werden im Bericht zahlreiche Beispiele aufgeführt. Doch wird auch angeführt, daß der Imperialismus die Folgen seiner Raubwirtschaft auch in den Metropolen zu spüren bekommt. Durch die hohen Schwefeldioxid-Abgaben in den Industriezentren sind schon zahlreiche kanadische, nordamerikanische und skandinavische Seen durch den 'sauren Regen' zu toten Gewässern geworden. Zahlreiche Flüsse lassen sich nur noch als Kloaken und Abwasserkanäle für die Industrie bezeichnen. Und die Bedingungen für eine küstennahe Fischerei oder Aquakultur wird auch in den Metropolen zunehmend unterminiert (24).

Trotz zahlreicher Anstrengungen des Imperialismus, die Umweltverschmutzung in die Dritte Welt zu verlagern, werden die Probleme auch in den Zentren immer größer. Die Gipfel allein der Krebshäufigkeiten decken sich immer mehr mit den industriellen Ballungsgebieten, in denen die Belastung der Bevölkerung mit krebsauslösenden Substanzen in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen ist. Für all diese Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Menschen und der Naturzerstörung liefert Global 2000 zahlreiches Anschauungsmaterial.

Entkleidet man den Bericht seiner verhüllenden Formulierungen, die die Verursacher dieser Situation verdekken sollen, kommt tatsächlich eine anklagende Zusammenstellung der Verbrechen des Imperialismus heraus, die dieser in bezug auf die Lebensbedingungen der Menschen verübt hat, und der dies solange fortsetzen wird, bis er beseitigt ist. Der Bericht betont ausdrücklich, daß mit der Fortführung dieser Politik Kriege und Revolutionen heraufbeschworen werden.

Die Schlußfolgerungen, die im Bericht gezogen werden, sind die verbalen Versuche, die Krankheit zum Heilmittel zu erklären:
„Mutige und entschlossene Initiativen sind erforderlich, wenn die zunehmende Armut, die Vermehrung menschlichen Leidens, wenn Umweltzerstörungen und internationale Konflikte und Spannungen vermieden werden sollen. Diese Probleme sind unauflöslich mit den komplexesten und nachhaltigsten Problemen unserer Welt verknüpft – Armut, Ungerechtigkeit und gesellschaftliche Konflikte ... Es muß eine neue Ära der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen. Aber es gibt Möglichkeiten – und gute Gründe – dafür, daß die USA unter den verschiedenen Nationen hierbei die Führung übernehmen" (4).

Das genaue Gegenteil war bisher der Fall und es ist offenkundig, daß ohne die Beseitigung des Imperialismus die Katastrophen zunehmen werden.

AKW-Nein-Kommission

Quellen:

1. Global 2000, S. 19
2. " ", S. 103 ff
3. " ", S. 23
4. " ", S. 30-31
5. " ", S. 520 ff
6. " ", S. 537
7. R. Garaudy, Appel aux vivantes, S. 248
8. AK 199, 750 Mio Menschen vom Hungertod bedroht
9. E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, S. 161
10. AK 199, a.a.O.
11. "
12. Galeano, a.a.O.
13. "
14. AK 199, a.a.O.
15. Galeano, a.a.O.
16. "
17. " , S. XVIII
18. AK 199, a.a.O.
19. Global 2000, S. 612/3
20. " ", S. 616
21. " ", S. 617
22. " ", S. 89
23. Galeano, S. XVII
24. Global 2000, S. 60

Die Friedensbewegung erzwingt erste Erfolge

300.000 in Bonn. Diese machtvolle friedliche Demonstration für den Frieden konnte nicht ohne Erfolg bleiben. Es scheint, als wenn die führenden Repräsentanten dieses Staates auf diesen Anstoß von unten geradezu gewartet hätten, um jetzt intensiver als je zuvor – und im noch engeren Dialog mit der Jugend – die Sicherung des Friedens auszubauen. Bundespräsident Carstens rief dazu auf *„jungen Menschen mehr als bisher das Verteidigungskonzept des Westens zu erläutern"* („FR", 23. 10.). In der Tat eine Notwendigkeit, will man die Jugend stärker in sicherheitspolitische Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbeziehen. Hier stößt man zumindest bei Teilen der Jugend auf ein echtes Bedürfnis. Statt über Modelle „alternativer Verteidigung" zu lächeln, sollte dies ernst genommen und konstruktiv aufgegriffen werden. Die amerikanische Administration hat hierbei in letzter Zeit einiges an Fingerspitzengefühl vermissen lassen. Insbesondere die zum Teil wenig sachkundigen oder mißverständlichen Äußerungen zu nuklearen Aspekten der NATO-Strategie waren Öl ins Feuer bestimmter Kreise. Aber es gibt auch Anzeichen für Veränderung. So wurden vor wenigen Tagen endlich die lange von der NATO geheimgehaltenen Bild-Dokumente über die sowjetische SS-20 freigegeben und im „Stern" (5.11.) veröffentlicht. Ohne Zweifel: Information ist gerade in der Friedensdiskussion unentbehrlich. Hier haben die USA ebenso wie die Europäer viel nachzuholen.

***

Verteidigungaminister Apel äußerte sich nach der Bonner Demonstration, er habe *„die Motive dieser Leute jetzt besser verstanden"*, zumal er ohnehin *„vielleicht einer der wenigen in der SPD (sei), die das Gespräch mit den jungen Menschen schon seit längerer Zeit suchen. Das (sei) schwierig, aber nicht hoffnungslos. Das Schlimmste wäre, sie belehren zu wollen. Wir müssen auf sie hören, o h n e allerdings die Grundzüge unserer Politik deswegen aufgeben zu wollen"* („Stern", 29.10.). Apel erklärte, wie auch wenige Tage später der SPD-Vorsitzende Brandt, es werde auf dem kommenden Parteitag der SPD nicht zur Ablehnung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses kommen, da dieser die einzige Hoffnung auf eine „Null-Lösung" sei.

***

Auch auf der diesjährigen Kommandeurstagung der Bundeswehr konnte der aufmerksame Beobachter die Wirkung der friedlichen Friedensmanifestation der 300.000 in Bonn spüren. Apel und die knapp 400 höchsten Offiziere der Bundeswehr verkündeten vieles, was die Jugend in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen wird.

Man wolle sich stärker in die Diskussion mit der Friedensbewegung einschalten. Insbesondere auch im Bereich der Schule, wo viel versäumt wurde. Junge Offiziere sollen deutlich machen, daß eine deutsche Friedensbewegung nicht an überalterten Führern leiden muß (Ein General: *„Die Beteiligung an der Friedensdiskussion ist ein völlig neuartiger m i l i t ä r i s c h e r Auftrag. Aber wir wollen ihm uns stellen, weil wir das nicht nur ausgeflippten Pensionären überlassen können"* („FR", 28.10.).

Der Pillenknick schaffe spätestens ab 1987 soviel Bewegungsfreiheit, daß es möglich werden wird, den gesellschaftlichen Gruppen der Frauen und der Ausländer Einlaß in die *„stärkste Friedensbewegung der Welt"* (so der SPD-Abgeordnete Horn über die Nato, „FR", 14.10.) zu gewähren. Darin waren sich der Minister und seine Generale einig. Generalinspekteur Brandt erklärte, man werde *„über kurz oder lang auch um verfassungsrechtliche und demokratische Defizite der Frauen zu beseitigen, die Streitkräfte 'zumindest für freiwillige weibliche Soldaten' öffnen müssen"* sowie die *„Einberufung ständig in der BRD lebender Ausländer zur Bundeswehr"* ermöglichen. Letzteres sicher auch ein wichtiger Beitrag gegen die Diskriminierung ausländischer Mitbürger. Außerdem wolle man zusätzlich noch einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Bekämpfung der elenden Jugendarbeitslosigkeit leisten, indem man die Dienstzeit von 15 auf 18 Monate erhöht („FR", 27.10).

Reformen brauchen Zeit. Aber, so General Brandt, es werde *„möglich sein, die Neuregelungen nacheinander und in zunehmender Intensität einzuführen"*. In einem Punkt waren sich Apel und seine Generale allerdings nicht einig: Bezüglich der Einschränkungen verschiedener Manöver infolge von Energiesparmaßnahmen, für die Apel verantwortlich zeichnete, bermerkte ein General: *„Spritsparen könne Blut kosten"* („FR", 28.10.).

***

In Bonn wurden weitere Pläne bekannt, die zeigen, wie ernst besonders die SPD den Friedenauftrag nimmt. Frieden ist ja bekanntlich mehr als die Abwesenheit vom Krieg. Und Frieden muß ebenso wie Entspannung weltweit unteilbar sein. Diesen Erkenntnissen verhaftet ist die Regierung zur Zeit emsig dabei, endlich die Waffenexportgesetze den Erfordernissen anzupassen. Durch *„Ungleichgewicht"* bedrohte Regionen sollen künftig durch Waffenlieferungen an die schwächeren westlich orientierten Staaten stabilisiert werden, so daß der Frieden erhalten bleibt bzw. endlich hergestellt werden kann. Modell Türkei weltweit.

Dies muß selbstverständlich ebenso für die Militärhilfe und hier besonders die Ausbildungshilfe für ausländische Militärs an Bundeswehrschulen gelten. So erklärte jüngst der hierfür zuständige Staatssekretär Penner: *„Viele Staaten sind wegen der Attraktivität der Bundeswehr an Militärhilfe interessiert, um so ihre eigenen militärischen Kenntnisse zu komplementieren und gegebenenfalls gewonnene Erfahrungen im eigenen Land zu verwerten"* („FR", 31.10. – z.Z. genießen Offiziere aus Iran, Paraguay, Südkorea u.a. diese Hilfe).

Gerade in diesem Zusammenhang verpflichtet der über 100 Jahre alte Internationalismus der SPD. Wir haben in Europa seit über 35 Jahren dank unserer Waffen und der guten Ausbildung unserer Soldaten Frieden. Und es ist unhaltbar, daß insbesondere ärmere Staaten in der 3. Welt mangels dieser Waffen und Kenntnisse laufend in Kriege verwickelt werden.

Das genau war auch die Intention mit der der frühere Präsident der UN-Vollversammlung, der deutsche Rüdiger Freiherr von Wechmar eine Bereitstellung von bundesdeutschen Soldaten für die UN-Friedenstruppe forderte. Er verwies dabei besonders auf *„die Erwartungen und Ansprüche, die an die Bundesrepublik im Rahmen der UN herangetragen werden"* („FR", 5.11.)

All dies zeigt die Dialogfähigkeit und den Willen zur Veränderung unserer führenden Politiker. Es zeigt auch, daß die nach den Krawallen in West-Berlin oft verständnisvoll geäußerte Ansicht, daß jahrelanges Reden und friedliches Demonstrieren „nichts bewirkt", daß erst die Steine die Veränderung gebracht hätten, falsch war und ist. Die friedliche Demonstration in Bonn hat all dies und noch mehr auch ohne einen einzigen Stein bewirkt.



Apel konnte nur ein Lied singen

In ohrenzerreißendem Pfeifkonzert ging der Versuch des bundesdeutschen Kriegsministers Apel unter, in der Hamburger Jacobikirche zum Thema „Widerspiel zwischen militärischer Vorsorge und dem absoluten Geltungsanspruch des Friedensgebotes der Bergpredigt" von der Kanzel zu sprechen. Am Eingang war ein Flugblatt verteilt worden, in dem in zahlreichen Beispielen vorgeführt wurde, wie die Kirche immer wieder die Waffen der Herrschenden gesegnet hat. U.a. kam auch Altreaktionär Pastor Thielicke mit seinem Satz zu Wort: „Christen, die ihren Kriegsdienst unter den Augen Gottes ableisten, haben ihr Handwerk des Tötens immer so verstanden, daß sie es im Namen der Liebe übten."

Der Apelvortrag sollte im Rahmen einer kirchlichen „Friedenswoche" am 6.11. stattfinden. Als der Pastor Mohnhaupt einleitend einigen salbungsvollen und verlogenen Bibelkitsch von sich gab, war am herzlichen Gelächter im Kirchenschiff schon zu merken, daß die meisten gekommen waren, um Herrn Apel n i c h t reden zu hören. Und so war es denn auch. Kaum bestieg der Minister die Kanzel, war die Hölle los. Auch die bald einsetzende Orgel konnte gegen das grelle Pfeiforchester nichts ausrichten. So stimmte der Herr über Megatonnen von Atomwaffen und Herbeisehner von Cruise Missile und Pershing II das Lied „Lobet den Herren, den mächtigen König der Ehren... der dich erhält, wie es dir selber gefällt... Lobe den Herren, der deinen Stand sichtbar gesegnet..." an. Die ca. 500 Kriegsgegner lärmten und tobten. Nachdem Herr Apel sich noch einige Minuten die Sprechchöre angehört hatte: „Apel, du Tornadoschwein, mach doch deinen Krieg allein" oder „morgen müssen wir marschieren, heute soll'n wir diskutieren", gab er gefaßt lächend auf und verließ seinen Platz.

Das anwesende Fernsehen konnte die Empörung der Kriegsgegner, ihre Transparente „Wenn ihr da oben von Frieden redet, kommt doch nur immer Krieg bei raus" noch ein wenig filmen. Nach weniger als einer Stunde war die Sache gelaufen. Es gab noch ein kleines Handgemenge mit sehr fein gekleideten besseren Christen, die partout das Transparent zerreißen wollten, dann verließen wir ganz friedlich und gut gelaunt das Gotteshaus. Draußen gab es noch einige Debatten mit aufgebrachten Kirchgängern, die Polizei war nur spärlich vorhanden und hielt sich zurück. Eine ganz unerwartet gelungene Aktion...

eine Genossin

BRD will Waffenexport in »Spannungsgebiete«

Bislang ist es der BRD nicht gestattet, Waffen in „Spannungsgebiete" (außerhalb der NATO) zu exportieren, so lauten zumindest die gesetzlichen Bestimmungen. Dies ist ein Ergebnis des 2.Weltkrieges, nach dem übereinstimmend dem deutschen Militarismus der Boden entzogen werden sollte. Diese Einschränkung verhinderte allerdings keineswegs, daß nahezu überall in der Welt bei Kriegen und Konflikten mit Präzisionswaffen aus BRD-Produktion gemördet wird. Die BRD ist heute der fünftgrößte Waffenexporteur (nach den USA, der SU, Frankreich und Großbritannien). BRD-Waffen wurden nach Italien, Pakistan, Brasilien, Argentinien, Südafrika, der Türkei, El Salvador und vielen anderen Ländern mehr geliefert (s.dazu AK 206: „BRD-Waffenexport auf Hochtouren"). Im letzten Jahr genehmigte die Bundesregierung unter lautstarken Protesten Chiles Mörderbande ein U-Boot.

Aber all dies ist den Regierenden in der BRD viel zu wenig: Schon im letzten Jahr wurde laut darüber nachgedacht, den Saudis Leopard-Panzer und andere hochmoderne Angriffswaffen zu liefern, damit dort „unsere Lebensinteressen" am Öl militärisch gesichert werden könnten. Allerdings wurde der Waffen-Deal auf der Reise Schmidts nach Saudi-Arabien noch nicht beschlossen, sondern erst einmal – zur Beruhigung der Gemüter – verschoben, aber keineswegs abschlägig behandelt. Seither bekunden Sprecher der Parteien, daß sie sich in einem *„angestrengten Prozeß des Nachdenkens"* befänden.

Noch im Mai tönte Helmut Schmidt, er bemesse den notwendigen Zeitraum für dieses 'Nachdenken' *„nach Jahren"*. Schmidt selbst bestätigte im gleichen Atemzug, daß er weiterhin für die Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien eintrete, Parteifreund Ehmke sprach sich offen für die Streichung des Begriffes „Spannungsgebiet" aus, da er *„zu vage"* für die Interessen der BRD sei: *„Waffenlieferungen in ein Spannungsgebiet könnten zur Stabilisierung der Situationen durchaus erforderlich sein"* („Neue", 21.5.81). Waffenexporte sollten sich danach nach dem *„sicherheitspolitischen Interesse des westlichen Bündnisses"* richten (ebenda). Seit einigen Wochen wird nun wieder laut nachgedacht. Immerhin sollen ja von den Fraktionen bereits in diesem Monat neue Richtlinien beraten und v e r a b s c h i e d e t werden, ein Ministeriumsvorschlag liegt dazu bereits vor.

Umstritten ist noch, ob überhaupt an eine *„wirksame parlamentarische Kontrolle"* („Neue",12.9.), was immer man sich darunter auch vorstellen mag, gedacht ist. NRW-Innenminister Hirsch (FDP) wandte sich gleich entschieden gegen eine solche *„Parlamentarisierung..., weil damit jedes Einzelgeschäft ständig in die offene politische Diskussion gerate"* („FR", 16.9.81). Daß dies kaum erwünscht sein kann, machen die vorgeschlagenen Richtlinien seitens der zuständigen Ministerien deutlich. Danach sollen zukünftig Waffen geliefert werden, wenn „das 'Gleichgewicht' in der Region durch die Lieferung gefördert werden k ö n n t e" – "wirtschaftliche Interessen der BRD dafür sprächen",
– oder „das 'gute außenpolitische Verhältnis' zu einem Land auf dem Spiel stehe" („FR",29.10.). Die Entscheidung solle jeweils die Bundesregierung fällen, wobei für *„brisante Entscheidungen"* ein *„Konsultationsgremium"* zu Rate bzw. zur Durchsetzung herangezogen werden soll („FR", 30.10.). Bereits jetzt werden zustimmende Stellungnahmen der Parlamentarier eingesammelt. Ein FDP-Abgordneter versuchte diesen Blankoscheck als „Kampf gegen die beiden Supermächte" zu verkaufen, denn es dürfe der BRD *„nicht egal sein, wer ein Land mit Waffen beliefere. Die völlige A b h ä n g i g k e i t eines Landes von einer der beiden Supermächte sei auch nicht wünschenswert"* („FR", 30.10.). Lambsdorff (FDP) will nur noch dort „Spannungsgebiete" sehen, wo sich Staaten *„in einer bewaffneten Auseinandersetzung"* befänden bzw. „akut" davor („Spiegel", 42/81) ständen. Also erstmal Waffen liefern und dann sehen, ob sich daraus „Spannungen" ergeben – zynisch aber wahr.

Für den wissenschaftlichen Referenten der SPD-Fraktion, v.Schenk, steht fest, *„daß die Bundesrepublik – ob sie das will oder nicht – zusehends in die Rolle einer Mittelmacht hineingedrängt wird und entsprechende weltpolitische Verantwortung übernehmen muß."* Es gelte einen „Lernprozeß" einzuleiten, der *„die innenpolitische Überfrachtung der bisherigen deutschen außenpolitischen Diskussion überwinden hilft. Nur dann wird die Bundesrepublik ihrer neuen Rolle als Mittelmacht gerecht werden können"*(„FR",6.4.).

Die neu vorgelegten Richtlinien für den Waffenexport sollen also endlich ein offenes Bekenntnis der BRD zu einer weltweiten Militärmacht einleiten. Die Aufforderung, weltweit durch Waffenexport für ein Militärisches „Gleichgewicht" zu sorgen, heißt ja klipp und klar, Waffenexporte gerade in Spannungsgebiete zu liefern. Die militärische Sicherung der Interessen der BRD erfordert es ja nachgerade, überall in der Welt reaktionäre Regime, die besonders mit der BRD ökonomisch verflochten sind, hochzurüsten. Nach diesem Muster kann es dann ja auch endlich zu einer patriotischen Tat erklärt werden, Südafrika militärisch zu stärken. Auch die Lieferung der Atomwaffentechnologie durch die BRD, zur „Abschreckung" der „schwarzen" Befreiungsbewegungen und zum Erhalt des für die BRD bedeutsamen Rohstofflieferanten, bekommt hier ihren Sinn. Zudem fordern die neuen Richtlinien die Partner geradezu auf, ihre Waffenwünsche vehement anzumelden: Wenn Saudi-Arabien mit nachteiligen ökonomischen Folgen oder umgekehrt Israel mit der Beeinträchtigung der Beziehungen droht, so soll das ja zukünftig als Grund für Waffenexporte hinreichen.

Im Mittelpunkt: „Stabilisierung des Nahen Osten"

Zentrum der neuen Richtlinien ist eindeutig der Nahe Osten, für den entsprechende Abkommen längst vorbereitet und auch die Waffenexporte in größerem Stil längst schon unter der Hand angelaufen sind. Die Bundesregierung hat bereits derLieferung von Feldhaubitzen (Kaliber 155 mm, auch für Atomgranaten benutzbar) zugestimmt; Kommentar von Regierungssprecher Becker: *„Mir ist nicht bekannt, daß Saudi-Arabien zu den Spannungsgebieten gehört"* („FR", 13.10.81). 155-mm-Panzerhaubitzen (auf Leopard-Fahrgestellen und Marder-Triebwerken) könnten – so der „Spiegel" (19.10.) nun auch nicht mehr abgeschlagen werden. Nur um die Leopard-Lieferung wird noch offiziell „gestritten", die Helmut Schmidt, den *„prowestlich orientierten Saudis"* auch liefern will, um sie militärisch gegen *„radikale Nachbarn im Süden, beispielsweise die Volksrepublik Südjemen"* zu stärken („Spiegel", 42/81). *„Mit dem saudischen Rüstungsgeschäft würde die Bundesrepublik den engen Rahmen Europas verlassen und aus eigener Verantwortung in einer der umstrittensten und instabilsten Regionen Machtpolitik betreiben"* erklärt SPD-Mitglied Schenk (s.o.). *„Man hat Pakistan stabilisiert, man hat die Türkei stabilisiert, jetzt steht noch das Problem der Golfstaaten aus"* formulierte FDP-Möllemann schon in echter Großmachtmanier: *„Sicherheit zum Nulltarif wird es für uns auch dort nicht geben"* („Neue", 23.4.).

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird parallel vorangetrieben Saudi-Arabien lieferte 1979 17% der BRD-Ölimporte, 1980 25% und 81 werden es 30% sein. Saudi-Arabien will im Gegenzug zu den Waffenlieferungen noch mehr Geld in der BRD anlegen, nachdem es bereits heute größter ausländischer Kreditgeber der BRD ist („FR",6.4.). Die Exporte nach Ägypten schnellten von 1 Milliarde im Jahre 1975 auf in zwischen 2 Milliarden DM herauf. Die Direktinvestitionen stiegen auf 220 Millionen DM, der Export von Atomkraftwerken und Atomtechnologie wurde in diesem Jahr vereinbart. Die SPD-Abgeordnete Wieczorek-Zeul (früher über den Juso-Vorsitz in den Bundestag gekommen) schlug EG-Abkommen mit den Golf-Staaten Irak, Kuweit, Saudi-Arabien, Emirate, Quatar, Bahrein, Oman und Nordjemen vor, die dann natürlich auch auf der Empfängerliste von BRD-Waffen ständen.

Es fehlt jetzt eigentlich nur noch der Vorstoß der BRD, an der schnellen militärischen Einsatztruppe der USA beteiligt zu werden, was bislang abschlägig behandelt wurde. BRD-UNO-Vertreter Rüdiger v.Wechmar schlug inzwischen vor, erstmal mit der Beteiligung von BRD-Truppen in UNO-Verbänden zu beginnen. Die Fesseln, die den BRD-Imperialismus nach dem 2.Weltkrieg plagten, sollen heute trotz Anwachsens der Friedensbewegung zügig abgelegt werden.

Antimilitarismus-Kommission
KB Gruppe Göttingen

War 1914 für die SPD der Sündenfall?

Zur Antikriegspolitik vor 1914

In AK 209 („Die SPD und die Kriegskredite“) beschreibt die Antimil-Kommission Göttingen die schändliche Rolle der Reichstagsfraktion der SPD bei Kriegsausbruch. Die Antimil-Kommission bezeichnet dies zwar an einer Stelle als „Höhepunkt“ der Entwicklung der SPD zur Vaterlandsverteidigung, geht aber im weiteren konkret nur auf den Zeitraum zwischen 1912 und 1914 ein.

Zudem bezieht sie sich dabei vor allem auf vorher abgegebene Antikriegserklärungen, um diese dann mit der Abstimmung 1914 zu konfrontieren, wobei dann der Verrat der SPD-Führung deutlich gemacht wird. Es gibt jedoch aus der Geschichte der SPD eine Reihe von Hinweisen und Entscheidungen, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht nur als Verrat, sondern ebenso als logische Konsequenz der bis dahin propagierten Linie erscheinen lassen.

Zunächst zur Frage, welche Mittel die SPD-Führung überhaupt nur bereit war, gegen den drohenden Krieg anzuwenden. Die Genossen der Antimil-Kommission zitieren z.B. die Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale, in der sich die Mitgliedsorganisationen verpflichteten, bei Kriegsausbruch „*alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern*“. Im Artikel wird dies nun der Tatsache entgegengestellt, daß die SPD eben nicht alle Mittel ausgeschöpft habe, um den Krieg zu verhindern, sondern im entscheidenden Moment sogar zur Vaterlandsverteidigung übergelaufen ist. Die ganze Tragweite dieser Politik wird aber erst dann deutlich, wenn man weiß, daß die SPD-Führung schon Jahre vorher alles getan hat, um eine Orientierung auf entscheidende Massenaktionen gegen den Krieg zu verhindern. So wurde in der oben erwähnten Resolution ursprünglich der Vorschlag gemacht, bei Kriegsausbruch in allen imperialistischen Ländern zum Massenstreik und zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufzurufen. Dies wurde auch von den revolutionären deutschen Linken wie Liebknecht, Luxemburg und Radek unterstützt. Wie die SPD-Führung mit dieser Frage umging, wird besonders in einer Rede von August Bebel deutlich, die er 1911 im Reichstag hielt. Er reagierte damit auf die Angriffe eines bürgerlichen Abgeordneten, der behauptet hatte, der sozialdemokratische Abgeordnete Däumig (später einer der Vorsitzenden der USPD) hätte sich auf einer Versammlung für den Massenstreik im Kriegsfall ausgesprochen: „*Und wenn der Abgeordnete Erzberger behauptet, daß der Redakteur Däumig den Massenstreik in einer Rede befürwortet hätte und der ‚Vorwärts' nachher in einem Artikel einer solchen Ansicht beigepflichtet und ebenfalls dazu aufgefordert habe, man solle im Falle der Einberufung nicht folgen, so ist das von seiten des Herrn Abgeordneten Erzberger eine leichtfertige Behauptung, für den er nicht den geringsten Beweis zu erbringen imstande ist* (dennoch war es wahr, was dem Genossen Däumig ‚unterstellt' wurde — Anm. AK). *Der ‚Vorwärts' hat einen solchen Artikel nicht gebracht, er hat sich in dieser Sache durchaus reserviert verhalten, er weiß, daß Anschauungen, wie sie der Genosse Däumig ausgesprochen haben soll, nicht die Ansicht der Partei sind.* (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)...“

Im weiteren Teil seiner Rede bezieht er sich teilweise auf schon gemachte Ausführungen auf dem Jenaer Parteitag: „*Ich habe ausgeführt: man hat die Rede eines Genossen von uns, der sich für den Massenstreik im Kriegsfall ausgesprochen haben soll, in der Presse benutzt, um gegen die Partei zu hetzen und die Dinge so darzustellen, als wenn die Partei entschlossen und darüber einig sei, im Falle eines Krieges zu Massenstreik zu greifen. ... Ich will bemerken: die Frage des Massenstreiks, des Militärstreiks im Kriege ist seit 1892 auf den verschiedenen internationalen Kongressen behandelt worden. Bei den ersten Gelegenheiten waren es namentlich holländische Vertreter, die den Militär- und Massenstreik bei Kriegsausbruch verlangten. Nun, vom Jahre 1892 bis zum Jahre 1907 war es die deutsche Sozialdemokratie, die durch ihre Vertreter in der bestimmtesten Weise erklärt hat: auf solche Vorschläge lassen wir uns nicht ein* (*Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.*) *Wir haben regelmäßig einstimmig gegen solche Resolutionen gestimmt. Die Frage kam wieder auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart* (also 1907 — Anm. AK) *zur Sprache. Die Franzosen, die Engländer, die meisten Nationen, die dort Vertreter hatten, waren dafür, daß in der Resolution, die zur Militär- und Kriegsfrage beschlossen werden sollte, auch ein Satz aufgenommen werde, der aussprach, daß im Falle des Kriegs die Arbeiter mit dem Massenstreik antworten müßten. Daraufhin habe ich im Namen meiner Parteifreunde, und zwar im einstimmigen Auftrag derselben erklärt: die Resolution nehmen wir nicht an, wollt ihr sie annehmen, dann gut, wir werden aber dagegen protestieren. Darauf sagt man: wenn ihr Deutschen als eine der stärksten Nationen dagegen protestiert, können wir dieselbe natürlich nicht vorschlagen.*
... Wir haben daraufhin eine Resolution vorgeschlagen, in der der entscheidende Satz lautet, ‚daß jede Nationalität im gegebenen Falle mit den ihr am wirksamsten erscheinenden Mitteln sich gegen den Ausbruch eines Krieges erklären soll', also mit den ihr am wirksamsten erscheinenden Mitteln! (Hört!, Hört! bei den Sozialdemokraten).“

Ich habe hier die Rede von Bebel so ausführlich zitiert, weil sie symptomatisch für die Haltung der gesamten SPD-Führung zur Frage der praktischen Taten gegen die Kriegsvorbereitungen ist und weil sich ausnahmslos alle rechten SPDler, die offen die Vaterlandsverteidigung befürworteten, auf Bebel beriefen.

Nun kann man natürlich einwenden, daß die Festlegung auf ein Kampfmittel, auf eine Taktik — also in diesem Fall die des Massenstreiks — in einer Resolution nicht sinnvoll ist, zumal es auch gute Gründe geben kann, die die sofortige Ausrufung eines Massenstreiks als unsinnig erscheinen lassen. Und in der Tat hat auch Lenin sich auf dem Stuttgarter Kongreß gegen eine solche Festlegung gewandt, allerdings mit einer gänzlich anderen Stoßrichtung in der Begründung: „*Wenn das Proletariat es für zweckmäßig erachtet, so kann es eine Kriegserklärung mit dem Militärstreik beantworten; es kann, neben anderen Mitteln zur Herbeiführung der sozialen Revolution, auch zum Militärstreik greifen. Aber es liegt nicht im Interesse des Proletariats, sich durch dieses ‚taktische Rezept' zu binden*“ (Werke Band 15, S.191 f.). Gleichzeitig griff er scharf die SPD an, die „*mit Bebel und Vollmar an der Spitze, hartnäckig auf dem Standpunkt* (*steht*), *daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland gegen einen Angriff verteidigen müßten und verpflichtet seien, an einem ‚Verteidigungskrieg' teilzunehmen*“ (ebd., S.189). Deshalb brachte er zusammen mit Rosa Luxemburg einen Zusatzantrag ein, der auf der Stuttgarter Versammlung auch einstimmig angenommen wurde und in der die oben von Bebel zitierte Passage folgendermaßen fortgeführt wurde: „*Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie* (die Sozialdemokraten — Anm. AK) *verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen*“ (zitiert nach: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung).

In dieser Richtung hat die führende deutsche Sozialdemokratie nichts unternommen bzw. sie hat genau das Gegenteil betrieben, indem sie durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten für eine Stabilisierung der imperialistischen Herrschaft gesorgt hat.

In der gleichen Resolution wurde übrigens auch beschlossen, „*mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern*“ (ebd.).

Damit ist eine zweite entscheidende Frage angesprochen, denn die Kriegskreditbewilligung 1914 war nicht der erste Schritt zur direkten Vaterlandsverteidigung. Seit Beginn der parlamentarischen Arbeit der SPD gab es einen Beschluß, der auf fast jedem Parteitag wieder bekräftigt wurde, den bürgerlichen Regierungen grundsätzlich die Zustimmung zu ihrem Haushalt zu verweigern. Fast ebenso lange gab es jedoch auch Bestrebungen, diesen Beschluß zu umgehen. So stimmten 1908 erstmals im bayerischen und badenwürttembergischen Landtag die Sozialdemokraten für den Etat ihrer Regierungen (u.a. unter federführender Beteiligung des Sozialdemokraten Frank, der als einer der ersten unter patriotischem Geheul 1914 gegen Frankreich zog und ebenso als einer der ersten durch einen tödlichel Kopfschuß gestoppt wurde).

Schon im Jahre 1908 sprach sich Noske (bekannt durch: „Einer muß der Bluthund sein“) für die Bewilligung des Militäretats im Reichstag aus. Er wünschte sich nur, daß vorher das Nötige getan werde, damit „*das ganze deutsche Volk an den militärischen Einrichtungen zur Verteidigung unseres Vaterlandes ein Interesse hat*“. (Man sehe sich in diesem Zusammenhang die Argumentation für die „alternative Verteidigung“ in heutiger Zeit an.) Unterstützt wurde er in dieser Rede wiederum von Bebel. Die Linke um Liebknecht, Luxemburg und Zetkin lief hiergegen Sturm und erreichte auf dem folgenden Parteitag, daß der sozialdemokratischen Fraktion generell untersagt wurde, für den Militäretat zu stimmen. Dieser Streit zog sich in den folgenden Jahren immer wieder durch die Diskussionen in der SPD. Und trotz eindeutiger Parteitagsbeschlüsse stimmte dann die SPD-Fraktion (einstimmig durch Fraktionszwang) schon 1913 für eine Sondersteuer (auf Vermögenswerte, was nur die Reichen treffen sollte) für die Deckung der Militärausgaben. Wiederum kam es innerhalb der SPD zu einem erbitterten Streit, zu dem Clara Zetkin 1913 schrieb, die Reichstagsfraktion habe „*durch ihre Zustimmung zu dem Wehrbeitrag und der Reichsvermögenszusatzsteuer den sozialdemokratischen Grundsatz beiseite geschoben: Dem Militarismus keinen Groschen*“ (Werke Band I, S.587).

Grundlage für all diese Handlungen führender Sozialdemokraten war die Vaterlandsverteidigungsideologie, die sich innerhalb der SPD auf Führungsebene durchgesetzt hatte. Die Ausführungen von Marx im „Kommunistischen Manifest“, das Proletariat habe kein Vaterland, wurden von der deutschen Bourgeoisie dahingehend genutzt, die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ anzugreifen. Diese nun verteidigten sich entschieden gegen diesen „Vorwurf“. Dabei wurde in den entscheidenden Debatten auf Aussagen von Marx zur nationalen Souveränität, die auch die Sozialdemokraten verteidigen würden, zurückgegriffen, ohne zu berücksichtigen, daß die deutsche Bourgeoisie längst zu einer imperialistischen Macht geworden war, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Souveränität anderer Völker zu brechen.

Berufen wurde sich von den Vaterlandsverteidigern vor allem auch auf eine Rede von August Bebel im Reichstag von 1904, in der er betonte, „*daß die Sozialdemokraten ihren Mann stehen würden, wenn es um die Verteidigung und um die Existenz Deutschlands ginge*“ (nach: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung). Schon im Jahre 1907 wurde dies von Noske (wie schon oben erwähnt mit Unterstützung von Bebel) dahingehend erweitert, daß „*im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen*“ (auf dem Parteitag 1907 in Essen).

1911 brach die sogenannte „Marokko-Krise“ aus. Die imperialistischen Mächte England, Deutschland und Frankreich stritten sich um die Herrschaft über dieses Land, wobei erstmals ganz konkret die Gefahr eines Weltkriegs sichtbar wurde. Die II. Internationale forderte alle Mitgliedsorganisationen auf, umgehend Aktionen in ihren Ländern gegen dieses Kriegspolitik ihrer Regierungen aufzunehmen. Die SPD trat erst einen Monat später mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie dann auch noch die englische Bourgeoisie zum Hauptschuldigen erklärte. Der Aufruf gipfelte darin, daß es nicht nur im Interesse des deutschen Proletariats „*sondern des gesamten deutschen Volkes, auch der Masse seiner besitzenden Klasse* (*liege*), *wenn seine Regierung darin gehindert wird, ihre Weltpolitik fortzusetzen, die dem Volk unerhörte Lasten aufbürdet und die Gefahr eines verheerenden Krieges immer näher bringt ohne irgendeinen Nutzen, außer für ein paar Monopolisten und Spekulanten*“ (aus: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung).

Damit wurde schon zu diesem Zeitpunkt der imperialistische Charakter der deutschen Bourgeoisie geleugnet. Vielmehr wurde versucht nachzuweisen, daß die Kolonialpolitik und die Kriegspolitik auch für die besitzende Klasse kein Gewinn, vielmehr eine Last sei. Daraus wurde später wiederum gefolgert, daß die deutsche Bourgeoisie kein Interesse am Krieg habe, sondern sich nur gegen einen Angriff verteidige.

Systematisch wurde von führenden Sozialdemokraten in der Folgezeit die Ansicht verbreitet, „Deutschland“, unter Führung seiner Bourgeoisie, befinde sich in einer Verteidigungsstellung gegenüber den anderen imperialistischen Mächten, namentlich dem russischen Zarenreich. Nach dieser Propaganda ging es um die Verteidigung der nationalen Souveränität, wobei die Verweigerung der Kriegskredite nur eins bewirkt hätte: „*die innere Schwächung der eigenen Nation in dem Ringen um Sein oder Nichtsein*“ (Eduard David, einer der führenden Sozialdemokraten, in: Sozialdemokratie und Weltkrieg).

Diese schon Jahre vor dem Kriegsausbruch propagierte Haltung der entscheidenden SPD-Führer erklärt auch, weshalb aus den Massendemonstrationen bei Kriegsausbruch keine weiteren Taten folgten. Insofern ist es auch nicht richtig, wenn die Göttinger Antimil-Kommission schreibt: „*Die Drohung mit der Massenmobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung stellte für die Herrschenden eine reale Gefahr für die hemmungslose Umsetzung ihrer Kriegspläne dar. Die deutschen Kriegstreiber mußten mit dem Faktor SPD umgehen. Sie mußten verhindern, daß auch der Drohung Wirklichkeit wurde*“ (AK 209). Dies stellen die Genossen immerhin für die Zeit von 1912 fest, als für die Herrschenden schon weitgehend feststehen konnte, daß es zu keiner entscheidenden Massenmobilisierung gegen den Krieg kommen würde (jedenfalls nicht von der SPD, und die war zu diesem Zeitpunkt die einzige Kraft, die eine solche Mobilisierung hätte organisieren können).

Die deutsche Sozialdemokratie blieb in ihrer Unterstützung der eigenen Bourgeoisie nicht allein. Sie schloß mit ihrer Bourgeoisie einen „Burgfrieden“, die englische Sozialdemokratie mit ihrer den „industrial truce“, die französische mit ihrer die „union sacrée“ — die sozialdemokratischen Parteien (bis auf die russische) aller imperialistischen Länder fanden sich schließlich auf der Seite der „eigenen“ Imperialisten.

Während die russischen Sozialdemokraten (anfangs sogar die Menschewiki, die jedoch nach der bürgerlichen Revolution absprangen) die Niederlage der „eigenen“ Bourgeoisie propagierten, taten die westeuropäischen Sozialdemokraten mit den Burgfriedensverträgen alles, um der „eigenen“ Bourgeoisie zu Sieg zu verhelfen.

Es ist wohl kein Zufall, daß Rußland das einzige Land blieb, in dem der Krieg mit dem Aufstand und dem Sieg der Sozialdemokratie bzw. Kommunisten endete.

Diese Auseinandersetzung innerhalb der internationalen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg ist insofern von großem Interesse, als auch heute wieder namhafte Vertreter des „revolutionären Lagers“ die nationalen Interessen „Deutschlands“ betonen, sich schon heute hauptsächlich Gedanken um die Verteidigung dieser Nation machen und gänzlich den Gedanken eines revolutionären Sturzes dieses Systems aufgeben.

Aber wie anders sollte die Einbeziehung dieses Landes und seines Volkes durch „unsere“ Bourgeoisie in den nächsten Krieg verhindert werden?

he., Hamburg

Julian Marchlewski (Karski) vom 7. 1. 1915 an Henke

... »Was ich über die Zukunft der Partei denke? Ja, lieber Freund, das ist ein trauriges Kapitel! Viel hängt vom Ausgang des Krieges ab. Wahrscheinlich scheint mir aber, das wir für längere Zeit, 15–20 Jahre damit zu rechnen haben, daß der ganze Apparat in den Dienst einer »Arbeiterpartei« nach englischem Muster nur entsprechend der größeren Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse um ein paar Grade schäbiger gestellt wird. Schon heute wird die Partei von den Gewerkschaften beherrscht und die Parteibürokratie befindet sich dabei sehr wohl. Den Gewerkschaften wird es nach Friedensschluß, wenn nicht Deutschland vollständig zusammenbricht, was durchaus unwahrscheinlich ist, vermutlich sehr gut gehen: es kommt eine Zeit gewaltiger wirtschaftlicher Expansion; zum mindesten ein Krisenzyklus wird überschlagen; also eine Prosperitätsperiode von 10–15 Jahren. Dabei Mangel an Händen, denn 1/2 Million Männer werden fehlen. Also – steigende Löhne, steigende Macht der Organisation. Ist die Regierung nicht ganz und gar mit dem Dämelsack geschlagen, dann wird sie in dieser Zeit Scharfmachergelüsten nicht nachgeben. In solcher Situation werden 9/10 der Arbeiter, die nicht gewöhnt sind, über das nächstliegende hinaus zu denken »für positive Arbeit«, für »Realpolitik« sein. In den Reihen der Partei werden sich ein paar Hundert (bei großem Optimismus kann man vielleicht gar von ein paar Tausend sprechen) von diesen »Erfolgen« nicht betören lassen. Aber – wie ich die Verhältnisse kenne, werden die meisten mit dem Strom schwimmen. Es gibt ja so viele Hemmungen: Das liebe Brot, ein Mandat und Ruhebedürfnis. So wird die Partei ruhig und mit Wohlgefallen in dem seichten Wässerchen dahinplätschern. Ein paar Nörgler und »Radikalisten« wird man ohne Mühe an die Luft setzen. Das Geschäft wird blühen und gedeihen, die Presse wird einen großen Aufschwung nehmen, Konsumgenossenschaften werden blühen, der parlamentarische Quatsch wird ins Unheimliche gehen. Dabei wird das Kleinbürgertum furchtbar zusammengehauen. Die Hälfte der »kleinen Leute« ist bereits Pleite. Die schönen Überreste werden sich der Partei an die Rockschöße hängen und das ihrige zur Verflachung und Verblödung beitragen.

Ein sogenannter Sozialdemokrat wird jetzt nicht mehr der Vaterlandsfeind sein, sondern sich in der Gunst des sogenannten demokratischen Publikums sonnen. Es wird herrlich sein zu leben! – Freilich, die kapitalistischen Gegensätze hören nicht auf, die Zersetzung geht weiter. Nach der Prosperitätsperiode kommt ein Krach von unheimlichen Dimensionen. Das dürfte den revolutionären Geist aufpeitschen und dann beginnt wohl eine Ära heftigster politischer und sozialer Kämpfe. –

Schade; wir beide, lieber Freund, werden dann, wenn wir nicht den Weg allen Fleisches gegangen sind, das biblische Alter erreicht haben. – Ob dieser Lauf der Dinge für die Partei aufzuhalten ist? Ich für mein Teil glaube es nicht.

Ich wollte, ich wäre der falsche Prophet.

Besten Grüßen J. M.

(aus: Peter Friedemann (Hrsg.), Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890 - 1917, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1978

Die Grundlagen Baumscher »Liberalisierung«

Der im folgenden abgedruckte Artikel aus der neuesten Nummer der „Bereitschaftspolizei heute" (10/81) über den aktuellen Stand der „Führungs- und Lagezentrale des Bundesinnenministers des Innern" macht deutlich, vor welchem Hintergrund der neue „Amtshilfe"-Erlaß (siehe nebenstehenden Artikel) des Bundesinnenministeriums herausgegeben wurde. Während die neue Dienstanweisung den Eindruck erwecken möchte, als sei seit dem Abtritt Maihofers 1978 um eine Reduzierung staatlicher Überwachungspraktiken und eine Entflechtung von Geheimdiensten und Polizeien, insbesondere BGS und BND, „gerungen" worden und als sei der jetzigen Verabschiedung (Verbot der „Schleppnetz"-Fahndung an den Grenzen) dem Grundgesetz wieder Genüge getan (Trennung von Geheimdiensten und Polizeien), und während die Presse von neugewonnener Liberalität schwärmt, zeigt dieser Aufsatz des BGS-Direktors Hans Joachim Gebauer einen Zipfel der Realität!: Parallel zum „Ringen" um die „Liberalisierung" der „Amtshilfe"-Gesetze wurde in der Praxis der Ausbau des zentralen Überwachungssystems betrieben, in dem a l l e „Sicherheitsorgane" konzentriert sind.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang u.a. an unsere Untersuchung dieses Konzentrationsprozesses im Russell-Buch Nr. 5 – „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo", wo wir den Ausbau des Lagezentrums in Bonn bereits ausführlich skizzierten. Dieser Ausbau ist seitdem offenbar – in aller Stille – zügig vorangeschritten, so daß der Apparat heute das Niveau europäischen Krisen-Managements hat und auch einen Vergleich zum Organisationsgrad des Reichs-Sicherheits-Hauptamts der Nazis nicht mehr zu scheuen braucht.

Zum besseren Verständnis sei darauf hingewiesen: Das Bundeskanzleramt ist zugleich Koordinationsstelle der westdeutschen Geheimdienste, oberster Krisenstab unter Einschluß a l l e r „Sicherheits"organe, Zentrum der im gleichen Zeitraum ausgebauten föderalen Lagezentren gleicher Machart und schließlich f a k t i s c h e Grundlage für die Beurteilung einer „Notstands"situation und Kern eines „Notstands"apparats. – Vor d i e s e m Hintergrund muß die neue Dienstanweisung begriffen werden.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Amtshilfe — wenig Neues

Verkauft als große „Liberalisierung" und gefeiert von Politikern und Presse wurde am 23.10. eine Dienstanweisung von Innenminister Baum, in der die intensive Unterstützung von VS und BND durch den Grenzschutz (BGS) angeblich aufgehoben wurde. Festgelegt wurde damit eine künftige, angeblich stark reduzierte „Amtshilfe".

Auslöser für diese neue Dienstanweisung waren breite öffentliche Proteste, als 1978 im sogenannten „Grenzschutzskandal" aufgedeckt wurde, daß der BGS seit 1976 „*Beobachtungen über den Besitz von ‚linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Druckwerken' ebenso an Bonns Geheimdienste*" weiterleitete „*wie Daten über Grenzübertritte von Mitgliedern linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Organisationen*" („Spiegel", 21/78). In der Anlage dieser ‚Sonderanweisungen' befanden sich zwei Listen, auf denen 239 Organisationen un 287 Publikationen als „linksextremistisch oder linksextremistisch beeinflußt" aufgeführt waren. Diese Listen enthielten nicht nur kommunistische und anarchistische Organisationen sowie die DKP, sondern auch Zeitungen wie „konkret", „das da" und „Courage", eine Reihe von Frauengruppen, Chile-Solidaritätskomitees und selbst Bürgerinitiativen wie ‚Berliner Mietergemeinschaft e.V.' oder der ‚Initiativkreis Nachmittagsschule Eimsbüttel' fehlten nicht!

Außerdem gab der VS seit 1976 sechs schwarzgebundene Bände an diverse Polizei- und Grenzschutzstellen aus, in denen 789 registrierte Personen (aus den oben genannten Organisationen) namentlich und mit Foto aufgeführt waren. Der VS „bat" den BGS, „*in diesen Bänden befindliche Informationslücken, durch eigene Erkenntnisse auszufüllen*" („Süddeutsche Zeitung", 6.7.78).

Zur selben Zeit wurde ein weiterer Skandal enthüllt, daß nämlich in der ‚Beobachtenden Fahndung' (BEFA 7) unzählige Menschen in das polizeistaatliche Bespitzelungsnetz geraten waren.

Die lückenlose Zusammenarbeit von Polizei, BGS und Geheimdiensten führte zu massiven Protesten und brachte „konkret" und selbst den „stern" in seiner Serie „Freiheit '78" dazu, von einer „G e h e i m e n S t a a t s p o l i z e i" zu sprechen. Bezug genommen wurde dabei auf die ausdrücklich im Grundgesetz verankerte Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Demgegenüber hatte es im deutschen Faschismus im ‚Reichssicherheitshauptamt', auch verkörpert durch die GeStaPo, eine totale Verflechtung von Geheimdiensten und Polizei gegeben.

Die Proteste führten 1978 dazu, daß der für die Grenzschutzpraktiken maßgeblich verantwortliche Innenminister Maihofer seinen Posten abgeben mußte. Ausgerechnet Baum wurde sein Nachfolger, obwohl er als langjährige rechte Hand von Maihofer voll mitverantwortlich war (und ist) für den Zustand des ‚Sicherheitsapparates'.

Baum beeilte sich damals zu versichern, daß er nach den ‚Grenzschutz-Skandalen' den „*Sicherheitsapparat gründlich ... durchforsten*" wolle (ebenda). Deshalb wurden die sechs schwarzen Bände schleunigst eingezogen. Damit und mit markigen Sprüchen — selbst der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Axel Wernitz, warnte vor einer „neuen GeStaPo" — wurde der Protest weitgehend beschwichtigt.

Daten werden weiter gesammelt

Am 29.3.79 beschloß eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen" („FR", 17.4.79). Diese ‚Richtlinien' sollten dazu beitragen, den „*Beamten des BGS klare rechtliche Maßstäbe und die absolute Gewißheit rechtsstaatlicher Aufgabenerfüllung zu vermitteln*" („Welt", 17.4.79). Das hieß nichts anderes, als daß diese illegalen Praktiken im Nachhinein legalisiert wurden und die BGS-Beamten aus der Grauzone der Verfassungswidrigkeit unversehens wieder auf rechtsstaatlichen Boden gestellt wurden.

Verbessert werden sollte mit diesen ‚Richtlinien' die unsystematische und wahllose Datensammlung durch den BGS. Legalisierung und Effektivierung waren dabei perfekt aufeinander abgestimmt. In den ‚Richtlinien' hieß es u.a., „*daß Übermittlungsbegehren anderer Polizeidienststellen begründet werden müssen. Die übermittelnde Polizeidienststelle ihrerseits hat die Zuständigkeit der anfragenden Stelle zu prüfen, für die abgefragte Daten benötigt werden*" (ebenda). Das hieß aber im Klartext, daß sich Exekutive und Geheimdienste gegenseitig die Notwendigkeit der Datenüberprüfung nur bestätigen sollten (siehe auch AK 152, „Amtshilfe — Legalisierung einer illegalen Praxis").

Ende 79 legte das Bundesfinanzministerium darüberhinaus ein neues Programm zum weiteren Ausbau des Zollfahndungsapparates vor. 15 zusätzliche Spezialtrupps für KfZ-Durchsuchungen an Grenzübergängen und die Bildung weiterer mobiler Einsatzgruppen von Zollfahndungs- und Kripobeamten wurden geplant.

Totz der inzwischen sattsam bekannten ‚Amtshilfe' zwischen Grenzschutzstellen und Geheimdiensten wurde — mit Hinweis auf die damals laufende Rauschgiftkampagne von BKA und BMI — außerdem eine Verschärfung der bisherigen Postüberwachungspraxis durch Zollstellen angekündigt.

Die Liberalisierungskampagne läuft

Entgegen dem tatsächlichen jahrelangen Ausbau der Überwachungspraxis und der Effektivierung der Amtshilfe zwischen BGS und Geheimdiensten wird jetzt in der Presse das angeblich jahrelange „zähe Bemühen" von Baum herausgestellt, „*das innige Konkubinat zwischen Grenzpolizei und den Nachrichtendiensten aufzulösen*" („FR", 24.10.81).

Seitdem die damalige ‚Sonderanweisung grenzpolizeilicher Kontrolle' 1978 ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, sind doch immerhin 3 1/2 Jahre ins Land gegangen. Erst jetzt wurden sie abgeschafft (Westberliner „Tagesspiegel", 24.10.81). So lange hat es Baum und sein ‚Sicherheitsapparat' geschafft, „in zähen Verhandlungen" die Abschaffung der damals heftig kritisierten ‚Sonderanweisungen' zu verzögern!

Durch die neue Dienstanweisung darf die Grenzpolizei künftig Meldungen über „bekannte Personen" nur noch d a n n an den VS weitergeben, wenn diese Personen im Spezialteil des Inpol-Systems gespeichert sind — was zuvor vom Ministerium genehmigt werden müsse. Grundsätzlich müßten dabei „tatsächliche Anhaltspunkte" vorliegen, daß eine Person nachrichtendienstlich oder für eine „extremistische" Organisation tätig ist oder im Auftrage einer DDR-Behörde reist („FR", 24.10.81). Dabei ging es doch bei den 1978 heftig kritisierten Listen und schwarzen Bänden ebenfalls um angeblich „linksextremistisch oder linksextremistisch beeinflußte" Organisationen, Personen und Publikationen! Soll das also heißen, daß die damaligen umstrittenen Listen nur um die a l l z u o f f e n s i c h t l i c h nicht linksextremistischen Organisationen, Publikationen und Personen ‚bereinigt' wurden und daß Mitglieder der DKP und anderer linker Organisationen und Gruppen weiter bespitzelt werden dürfen? —

Man/frau muß es wohl annehmen, obgleich auch das nicht weniger illegal ist wie z.B. die neuerlich bekanntgewordene Bespitzelung eines Mietervereins in Hamburg. Wie die schon 1979 erlassenen neuen Richtlinien für die Grenzbespitzelungen geht es auch bei den jetzigen Richtlinien letztlich um die Legalisierung bestehender illegaler Praktiken.

Wie damals dürfte ein weiterer Grund für die neuen Richtlinien eine Effektivierung der ‚Amtshilfe' sein, damit der Computerapparat von ‚unnötigen' Daten gesäubert wird. Ganz in diesem Sinn beschreibt die „FR" das Verhalten von VS-Präsident Meyer, „*der ‚als kühler Profi' ... ohnehin eine Abneigung gegen Massenverfahren*" habe (24.10.81).

Auch in einem weiteren Punkt soll „liberalisiert" worden sein: jahrelang bestanden für den BND Sonderrechte. Er nutzte die Grenzkontrollen zur geheimdienstlichen Personengewinnung, zur sogenannten ‚Tipgewinnung'. „*Die Grenzpolizisten mußten ‚natürlich heimlich', die Personalien von Reisenden, die oft in den Ostblock fuhren, notieren und an den BND schicken, der so eine große ‚Personalreserve' für Erkundungsaufträge im Ausland erhielt*" (ebenda). In etlichen Fällen sollen so ahnungslos beim BND gespeicherte Personen im ‚Ostblock' Schwierigkeiten bekommen haben.

Die neue ‚Dienstanweisung' soll dieser Praxis, die angeblich schon 1978 aufgehoben wurde, jetzt verbindlich ein Ende machen. „*Künftig müssen die Grenzpolizisten Informationen nur noch an den BND weiterleiten, wenn diese Informationen ‚freiwillig' gegeben wurden. Die Personendaten solcher Informanten bleiben in jedem Falle tabu; sie dürfen dem BND nicht übermittelt werden.*

Auch mit der ‚Tipgewinnung' wird nun endgültig Schluß sein. Einzige Ausnahme: DDR-Funktionäre und ‚Geschäftsreisende' aus der DDR, die nach Bonner Auffassung ‚immer im staatlichen Auftrag' handeln. Bei diesen Reisenden, heißt es, bestehe nicht die Situation eines freien Bürgers, der bei Ausübung seiner Grundrechte von der Polizei registriert wird, um auf seine Eignung als Geheimagent durchleuchtet werden zu können" (ebenda).

Eine schöne „Liberalisierung" ist das, wenn Bonn und der BND auch weiterhin bestimmen, für wen die Grundrechte bestehen und für wen nicht!

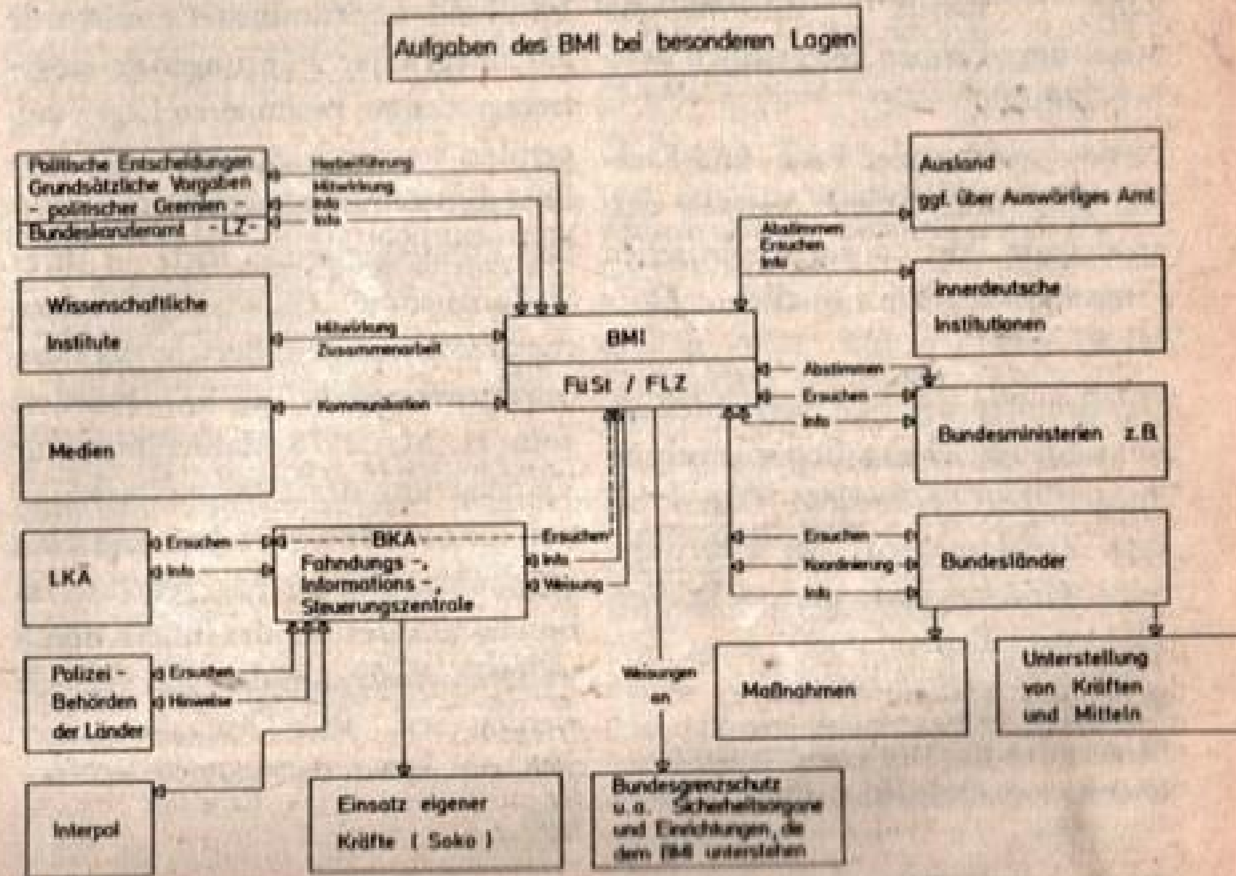
Daß sich der BND auch weiterhin illegaler Amtshilfepraktiken bedienen wird, machte BND-Päsident Kinkel offen klar: Mit den neuen Amtshilfe-Verfügungen dürfe „*in der Substanz nicht mehr verloren gehen*", als schon seit 1978 verloren gegangen sei (ebenda).

Zwar bedeuten die neuen Richtlinien des Innenministeriums eine — wenn auch kaum merkliche — Präzisierung der schon 1978 leicht eingeschränkten ‚Amtshilfe'-Richtlinien. Aber wie schon die ‚neuen Richtlinien' von 1979, bedeuten auch die diesjährigen ‚Richtlinien' kaum mehr als eine Effektivierung und Legalisierung der auch weiter gehandhabten ‚Amtshilfe'-p r a x i s. Endgültig legalisiert werden soll die ‚Amtshilfe' p e r G e s e t z, wenn die neuen ‚Richtlinien' ein Jahr lang erprobt sind.

Offensichtlich ist, daß die SPD/FDP-Koalition im Moment mehr denn je ein bißchen Liberalisierungsrummel nötig hat; tatsächlich jedoch ist von Liberalität bei diesen Vereinen nichts festzustellen, gerade jetzt, wo die SPD in Westberlin nach einer ‚wirksameren Ausschöpfung' der Gesetze ruft und damit explizit eine stärkere Anwendung der Vorbeugehaft vor Demonstrationen meint, und wo die Polizei immer stärker dazu übergeht, sich gewaltsam Daten (z.B. bei Zeitungen wie der „Hannoveraner Neuen Presse" oder beim Sender Freies Berlin) zu beschaffen ...

So braucht es einen auch gar nicht zu verwundern, wenn die CDU die jetzige Vorlage für die neuen Richtlinien begrüßte („Tagesspiegel", 24.10.81).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die Führungs- und Lagezentrale des Bundesministers des Innern

Von Direktor im BGS Hans-Joachim Gebauer, BMI

Das Programm für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vom Februar 1974 sieht für alle Innenministerien die Einrichtung funktionsfähiger Lagezentren vor, um als Voraussetzung für Entscheidungen im Bereich der Inneren Sicherheit jederzeit einen Austausch von aktuellen Informationen und Hintergrundwissen zu gewährleisten.

Nach den Ereignissen im Sicherheitsbereich in den Siebziger Jahren wurde ab 1978 das bestehende Lagezentrum des BMI in Verfolg des sogenannten „Höcherlberichts" und der Stellungnahme der Bundesregierung hierzu von dem Deutschen Bundestag, zu einer leistungsfähigen Koordinierungseinrichtung der

— Führungs- und Lagezentrale — (FLZ BMI) —

ausgebaut.

Struktur und Aufgaben basieren weitgehend auf den Grundsätzen des Beschlusses der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder vom 11. April 1975 über Aufgaben und Einrichtung von Lagezentren.

Aufgaben der Führungs- und Lagezentrale

Zu den Aufgaben der Führungs- und Lagezentrale (FLZ) als Dauerdienst des BMI im Alltag und als dauerbesetzter Teil des Führungsstabs rechnen insbesondere

— Einleiten und Koordinieren erster Sofortmaßnahmen bei besonderen Lagen und ggf. „Hochfahren" des Führungsstabs in lageangepaßten Stufen

— Entgegennahme, sorgfältige Erstbewertung und Steuerung aller im Hause eingehenden Fernschreiben (einschl. der Presse- und Agenturnachrichten), insbesondere auf folgenden Gebieten:

- Innere Sicherheit
- Katastrophen und schwere Unglücksfälle
- Reaktorsicherheit
- Umweltschutz
- Innerdeutsche und Berlin- Angelegenheiten
- Grenzlage
- Zivile Verteidigung

— Beschaffung von Informationen auf den obengenannten Gebieten

— Herausgabe „Tägliche Kurzinformation zur Sicherheitslage" (BMI-intern)

— Herausgabe „Lagebericht Innere Sicherheit" (extern)

— Zusammenarbeit mit Führungsstäben/Führungs- und Lagezentralen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

(Sammelbegriff) des Bundes und der Länder

– Dokumentation bedeutsamer Informationen auf den vorgenannten Gebieten

– Mitwirkung in Stabsangelegenheiten

– Sicherstellung der ständigen Arbeitsbereitschaft im BMI außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit

1980 mußten täglich im Durchschnitt etwa 600 amtliche Fernschreiben, dpa-Meldungen usw. sorgfältig gelesen, bewertet und nach Inhalt und Dringlichkeit gesteuert und verteilt werden.

Wie wichtig eine sehr gewissenhafte Bearbeitung aller Informationen sein kann, haben Informations-Steuerungs-Pannen gelegentlich deutlich gemacht.

Neben umfassender Fach- und Sachkenntnis fordert diese Aufgabe eine genügende Portion auch politischen Fingerspitzengefühls aller FLZ-Mitarbeiter.

Die Beamten der FLZ verrichten ihren umfangreichen Alltagsdienst und müssen bei besonderen Lagen bis zum Zusammentritt des Führungsstabs zunächst ohne personelle Verstärkung außerdem

● alarmieren
● intern und extern informieren
● erste unaufschiebbare Maßnahmen einleiten
● politische Beratungsgremien im BMI einberufen und organisatorisch betreuen
● politische Beratungsgremien im BMI einberufen und organisatorisch betreuen
● bundesweiten Informationsaustausch unterstützen bzw. organisieren
● erste Lagedarstellung im Führungsraum (FüSt) und im Konferenzraum der politischen Beratungsgremien veranlassen
● Dokumentation gewährleisten zusätzliche Fernmeldeverbindungen veranlassen
● wichtige, unaufschiebbare Alltagsaufgaben erledigen.

Die Führungs- und Lagezentrale versteht sich vornehmlich als ständig besetzter Teil des Führungsstabes für besondere Lagen, d. h. daß sie ihre Hauptaufgabe darin sieht, bei herausragenden Ereignissen mit bundesweiten oder gar internationalen Auswirkungen im Bereich der Inneren Sicherheit oder bei Katastrophen einschließlich KKW-Störfälle, erste unaufschiebbare Maßnahmen aus dem Stand heraus einzuleiten und zu koordinieren. Qualität und Zeitablauf der ersten Maßnahmen entscheiden oft über Erfolg oder Mißerfolg einer Aktion.

Daneben dient sie als Dauerdienst des Ministeriums, gewissermaßen als „Stallwache" der Fachreferate außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit, für vielfach anfallende Alltagsaufgaben und -fragen.

Die FLZ steuert aktuelle Informationen, die den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder für eigene Recherchen und Maßnahmen hilfreich sein können.

Die FLZ BMI versteht sich also vorrangig als Kommunikationszentrale bei aktuellen Vorkommnissen, die länderübergreifende Bedeutung oder Interesse haben, insbesondere bei herausragenden Ereignissen wie Katastrophen und bei sonstigen schwerwiegenden Störungen oder Gefahren im innenpolitischen Bereich, vornehmlich der Inneren Sicherheit.

Der Führungsstab des BMI für besondere Lagen

Im Bundesinnenministerium wurde ein integrierter Führungsstab eingerichtet, der bei besonderen Lagen aufgerufen werden kann.

Die „Entstehungsgeschichte":

Die Bundesregierung hatte in ihrer Stellungnahme (Bundestagsdrucksache 8/1923) zu dem Bericht des Bundesinnenministers a. D. Höcherl vom 31. Mai 1978 Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsorganisation für notwendig erachtet und dazu ausgeführt, daß das Lagezentrum im Bundesministerium des Innern durch weiteren Ausbau in die Lage versetzt werden soll, allen Aufgaben einer „Führungszentrale" gerecht zu werden:

„Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsorganisation

„Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsorganisation

Das Lagezentrum im Bundesministerium des Innern wird in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Berichts durch weiteren Ausbau in die Lage versetzt, allen Aufgaben einer Führungszentrale gerecht zu werden.

Der Bundesminister des Innern wird die dazu erforderlichen Maßnahmen auf der Grundlage bereits geleisteter Vorarbeiten kurzfristig verwirklichen.

Die Erfahrungen in den Fällen Lorenz, Stockholm, Schleyer und Mogadischu haben gezeigt, daß in besonderen Situationen ein Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen und insbesondere die Einberufung politischer Beratungsgremien zwingend erforderlich ist.

Davon zu trennen sind die Aufgaben von Führungszentralen. Der Bundesminister des Innern wird sich dafür einsetzen, daß in Bund und Ländern ein so weit wie möglich übereinstimmendes System von solchen Führungszentralen entwickelt wird. Mit dem Bericht ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die **Aufgaben von Führungszentralen grundsätzlich gegenüber den Aufgaben politischer Beratungsgremien und polizeilicher Einsatzleitungen unterschieden werden müssen."**

Das Zusammenwirken mehrerer Führungsstäbe auf verschiedenen Führungsebenen setzt voraus, daß bundesweit ein Stabsmodell mit annähernd gleichen Grundstrukturen eingeführt ist. Dieses Modell muß folgende Hauptbedingungen erfüllen:

– Generelle Einheitlichkeit aller in Bund und Ländern einzurichtenden Führungsstäbe der Sicherheitsorgane

– Eignung für alle Führungsebenen sowie für Einsätze

– Einrichtung der Stäbe als Teil der allgemeinen Aufbauorganisation

– Integration aller einschlägigen Fachsparten

– Ständige Besetzung des Stabsbereichs „Lagezentrum" rund um die Uhr

– Einheitliche Funktionsbezeichnungen.

Die Ständige Konferenz der Innenminister/ -senatoren der Länder hat unter aktiver Mitwirkung des Bundesinnenministers in Konsequenz dieser Forderungen die inzwischen in die PDV 100 aufgenommenen „Grundsätze für Polizeiführungsstäbe" beschlossen.

Damit wurde ein weitgehend übereinstimmendes System von Führungsstäben in Bund und Ländern entwickelt und die Führungsorganisation einheitlich verbessert. Sie erleichtert mit überall gleichen Führungsstrukturen nicht nur die Kommunikation, sondern auch die Führung zugeordneter fremder Einsatz-
rungsstrukturen nicht nur die Kommunikation, sondern auch die Führung zugeordneter fremder Einsatz-
kräfte.

Grundsätze und theoretisch festgelegte Systeme allein genügen aber nicht; sie stellen ein notwendiges Gerüst dar, das rationell, rational und praxisnah ausgebaut und angereichert werden muß. Hierbei spielen bundesweite Stabsseminare an der Polizeiführungsakademie, länderübergreifende Übungen und ständige persönliche Kontakte eine wesentliche Rolle.

Im Bundesministerium des Innern wurde unter diesen Aspekten zur Bewältigung von Großlagen und schwerwiegenden Störungen der Inneren Sicherheit ein **Führungsstab mit ständig besetzter Führungs- und Lagezentrale** eingerichtet. Dieser integrierte Stab setzt sich aus Fachspezialisten bestimmter Arbeitsbereiche und Fachleuten in Führungsfragen zusammen. Bei Großlagen und schwerwiegenden Störungen der Inneren Sicherheit (besondere Lagen) wird die Führungs-und Lagezentrale Teil des Führungsstabes des Bundesministers des Innern; sie bildet dabei den Stabsbereich „Lagezentrum".

Besondere Lagen können sein:

– Unfriedliche demonstrative Aktionen größeren Ausmaßes

– Schwere Gewaltkriminalität, insbesondere Terroranschläge, Entführungen und Geiselnahmen

– Drohende Unglücksfälle und Katastrophen

– KKW-Störfälle

– Schwere Grenzzwischenfälle

– Notstandsfall gem. Art. 91 Abs. 2 GG.

Der Führungsstab ist im Alltag wie bei besonderen Lagen dem Abteilungsleiter für Polizeiangelegenheiten unterstellt, sofern nicht der Minister oder ein Staatssekretär die Leitung unmittelbar übernehmen oder den Führungsstab einem anderen zuständigen Fachabteilungsleiter unterstellen.

Der Führungsstab unterstützt die Leitungsebene bzw. den Linienvorgesetzten; er ist eine Führungshilfsstelle. Nicht der Führungsstab führt, sondern der Linienvorgesetzte, der sich des Führungsstabes bei besonderen Lagen bedient.

Mit dem Aufbau eines integrierten Führungsstabs mit ständig besetzter Führungs- und Lagezentrale wurde ein Beitrag im Bemühen um eine ständige, enge und koordinierte Zusammenarbeit in allen Bereichen der Inneren Sicherheit und damit zur Verbesserung der Führungsorganisation auf allen Führungsebenen im nationalen und internationalen Bereich geleistet.





Technische Regie

Todesschuß und Granatwerfer für Niedersachsen

Mit der Einführung eines neuen Polizeigesetzes („Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" – NSOG) hat Niedersachsen als 5. Bundesland ein Polizeigesetz verabschiedet, das entsprechend dem „Musterentwurf" der Innenministerkonferenz u.a. den Todesschuß legalisiert und den Einsatz auch schwerer Waffen vorsieht.

Neben dem (befehlbaren) Todesschuß wird die niedersächsische Polizei durch dieses Gesetz zu Razzien ermächtigt an Orten, wo *„erfahrungsgemäß ... Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder ausüben"*
lizei durch dieses Gesetz zu Razzien ermächtigt an Orten, wo „erfahrungsgemäß ... Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder ausüben"
oder *„sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung aufhalten"*, – also an faktisch jedem beliebigen Ort. Treffend schreibt die „TAZ" (2.11.): *„Es muß ab sofort damit gerechnet werden, daß die Polizei ganz legal auf Anfahrtswegen zu Demonstrationen Kontrolle spielt, jeden Vorbeifahrenden anhält und kontrolliert, notfalls auch fotografiert."* Dieses (Un)recht hatte die Polizei zwar auch schon bisher durch ihre „Polizeiverdienstverordnung 100" (PDV 100); jetzt kann sie sich aber auch noch auf ein Gesetz berufen.

Außerdem darf die Polizei eine Person bereits bei einer „Ordnungswidrigkeit von erheblicher Gefahr für die Allgemeinheit" verhaften und bis zu 48 Stunden festhalten – ohne richterliche Entscheidung. Hausdurchsuchungen können auch ohne dringenden Verdacht vorgenommen werden, und auch der Einsatz schwerer Waffen soll in Zukunft legal sein. Diese darf zwar (noch) nicht die Polizei benutzen; dafür aber sind die Bedingungen, unter denen der Einsatz des BGS möglich ist, stark erleichtert worden, und der hat nicht nur MG's und Handgranaten, sondern auch Granatwerfer („Süddeutsche Zeitung" 23.10.81). Aber auch für die Polizei sind MG's und Handgranaten längst angeschafft: Sie lagern bei der Bereitschaftspolizei und werden auch für deren Ausbildung eingesetzt.

Schon im Juni 1976 hatte die Innenministerkonferenz den „Musterentwurf für ein Einheitliches Polizeigesetz", auch „Todesschußgesetz" genannt, vorgelegt, der die Grundlage für das niedersächsische SOG ist. Als sich damals v.a. gegen die geplante Todesschußregelung sowie die Bewaffnung der Polizei mit MGs und Handgranaten breite öffentliche Proteste richteten, sollten die Bundesländer in Salami-Taktik, eins nach dem anderen, dieses Gesetz übernehmen. Seitdem haben die CDU-Länder Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, aber auch das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen dieses Gesetz im wesentli-
anderen, dieses Gesetz übernehmen. Seitdem haben die CDU-Länder Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, aber auch das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen dieses Gesetz im wesentli-
chen übernommen – ganz im Sinne der Innenministerkonferenz.

In Niedersachsen wollte die SPD, die schon immer etwas gegen das garstige Wort „Todesschuß" hatte, bis kurz vor der Verabschiedung des NSOG lediglich eine sprachlich anders gefaßte Formulierung für Todesschuß. Erst nach langem hin und her entschied sie sich gegen das Gesetz.

Der DGB hatte bei der ersten Vorlage des Gesetzes noch eine 20-seitige Stellungnahme gegen das Gesetz abgegeben. *„Am 24.4.79 bat der leitende Ministerialrat im Innenministerium, Roemheld, den Beamten-Referenten des niedersächsischen DGB, Runge, zum ‚Beteiligungsgespräch'. Runge erläuterte die Kritiken des DGB und blieb in der Frage Todesschuß und Polizei-/BGS-Waffen hart. In allen anderen Punkten vermerkt das Protokoll: ‚Die Vertreter des DGB zogen ihren Vorschlag zurück' "* („Taz" 2.11.81). Bis zur Verabschiedung des Gesetzes erweckte der DGB nach außen allerdings den Eindruck, er befände sich in ernstlicher Opposition zu den Regierungsvorschlägen. Man/frau darf gespannt sein, ob das nächste Bundesland, das den „Musterentwurf" übernimmt, womöglich den Einsatz von Panzern gegen Demonstranten legalisiert?! Denn was sind schon Granatwerfer!

Antifa-Kommission des KB/ Gruppe Hamburg



Stümper schlägt wieder zu

Dr. Alfred Stümper, Landespolizeipräsident im CDU-Land Baden-Württemberg, hat sich wieder einmal bahnbrechend für die Erhaltung der Demokratie in die Bresche geworfen. Im Hauptblatt „wissenschaftlicher" Polizeipropaganda, „Kriminalistik" (neueste Ausgabe, 10/81), tritt er dafür ein, den „Rechtsstaat" mit aller „Entschlossenheit" zu verteidigen, weil „wir uns diese Grundeinstellung und diese Grundtendenz eines weiteren permanenten und durchgängigen Zurückweichens nicht mehr lange leisten können".

Stümper macht sich mit seinen Forderungen an „Kollegen" und Politiker nicht zum ersten Mal in solcher Weise um Erhalt und Weiterentwicklung des „Rechtsstaats" verdient: 1972 war er der „Vater" der MEK's, SEK's und sonstiger sogenannter „Sonderkommandos", die bis heute unter Leitung des BKA zum Rückgrat einer neuen GeStaPo ausgebaut wurden. Stümper formulierte die Grundzüge eines „kriminalpolitischen Gesamtkonzepts" für den Einsatz dieser Sonderpolizei, die „weder repressiv, noch präventiv, sondern operativ" zu arbeiten habe, d.h. das „Verbrechen" „im Kern ausschalten" müsse. Im Zuge des „Programms Innere Sicherheit" Teil I und II und der Nachfolgeprogramme wurden seine Empfehlungen als „Richtlinien" 1972 beschlossen und in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern durchgesetzt. Seit 1979/80 fordert Stümper die Einrichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit", die zum Zweck ihres „operativen" Eingreifens in Länder und ressortübergreifender Kooperation ein „ständiges Großlagebild Innere Sicherheit" zu erstellen habe, die die differenzierten „Führungsstäbe" und föderalen Lagezentren, polizeiliche Institutionen aller Art, Staatsbürokratie u.a.m. in einheitlicher Aktion verbinden könne – bis hin zum „Zielfahndungseinsatz" vor Ort, „Ausschaltung" des „Verbrechens" „an der Wurzel". Als Landespolizeichef machte er sich seit 1980 besonders verdient durch die breite Erprobung von Jugendfürsorge ganz besonderer Art, nämlich die Einführung des „Jugendpolizisten".

Stümper gehört zu den führenden Meinungsmachern u n d Praktikern im „Sicherheits" -Apparat der BRD. Sein offenes Eintreten für die „Verteidigung der Demokratie" auf der Linie der CDU/CSU läßt mehr von der Realität dieser Demokratie der BRD 1981 und ihren Entwicklungstendenzen erkennen, als alle Sprüche berufsmäßiger Beschwichtiger innerhalb und außerhalb der SPD (und FDP), die nach wie vor und immer wieder von „Liberalisierung" und dergl. schwätzen. Der folgende Text spricht für sich.

Antifa-Kommission

Dr. Alfred Stümper, Landespolizeipräsident, Stuttgart

Gewalttätige Störer in der Bundesrepublik Deutschland

Hintergründe und Einsatzprobleme

Eine generelle Bestandsaufnahme des staatlichen Reagierens gegenüber gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen – auch in deren Vorfeld – für die zurückliegende Zeit kann nicht befriedigen: Das bewußt elastische, politische und polizeiliche Nachgeben, um Eskalationen zu vermeiden, führte nicht zu der anzustrebenden besseren Integrationsbereitschaft unserer Jugend mit unserem Staat und unserer Gemeinschaft. Im Gegenteil: Zunehmendes Nachgeben und Aufgeben von Rechtspositionen wurde begleitet von zunehmender Kritik an der polizeilichen Arbeit. Die große Aufgabe, die sich in dieser Lage den Verantwortlichen stellt, ist nur durch kriminalpolitische und polizeiliche Maßarbeit zu lösen. Das aber ist, ohne die hierfür notwendigen informatorischen, ausrüstungsmäßigen (auch bewaffnungsmäßigen) und gesetzgebungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, weil unehrlich oder irreal, nicht möglich.

I. Lage

1. Gewalttätige Demonstrationen

(1) Das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird zunehmend von einzelnen Personen und militanten Gruppen zu gewalttätigen Angriffen auf Personen und Sachen mißbraucht. Teilweise straff organisierte extremistische Gruppen führen bei öffentlichen Demonstrationen planmäßige Angriffe nach taktischen Grundsätzen unter einheitlicher Führung durch. Dabei gelingt es immer wieder, bei Anschlußdemonstrationen ein größeres Mobilisierungspotential auf die Beine zu bringen und eine starke Resonanz im politischen sowie publizistischen Bereich zu erzielen. Passivität und Zurückhaltung im Vorgehen wechseln sich mit einer oft ganz plötzlichen und in dieser Form nicht voraussehbaren eskalierenden Gewaltanwendung ab. Dabei werden strafbare Handlungen, wie Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Landfriedensbruch etc., begangen. Die dabei entstehenden Schäden (verletzte Personen und Sachschäden in vielfacher Millionenhöhe) sind erheblich.

(2) Das Gewaltpotential wird gebildet von Personen und Gruppen, die Gewaltaktionen organisieren und durchführen (Kernpotential), die bei Demonstrationen Gewalttätigkeiten handelnd unterstützen oder sich bei Demonstrationen zu Gewalthandlungen hinreißen lassen (Mobilisierungspotential) und einem an sich friedlichen, aber die Gesamtlage weiter belastenden und zahlenmässig oft besonders großen Neugierigenpotential.

(3) Man darf jedoch nicht nur die Akteure auf den Straßen und die dort mit hineingezogenen Personen sehen. Man muß kriminalpolitisch vielmehr wissen, daß wesentliche Gefahren oft von Personen ausgehen, die sich selbst nicht öffentlich an entsprechenden Aktionen beteiligen, die jedoch den geistigen Nährboden und die vermeintliche innere Rechtfertigung für strafbare Handlungen schaffen, indem sie Gewalt oder gewaltsame Aktionsformen – oft wissenschaftlich, politisch oder gar weltanschaulich verbrämt – öffentlich rechtfertigen. Dies sind die »Schreibtischtäter« unserer Zeit.

(4) Bei den gewalttätigen Demonstrationen aus verschiedenen Anlässen in jüngster Zeit wurden folgende teilweise neuen Verhaltensweisen der Störer festgestellt:

- Verschiebung und Aufteilung des Demonstrationspotentials. Durch Einlegen von Zwischenkundgebungen oder durch bewußt langsames Marschieren werden Marschverzögerungen und durch Änderung des Marschtempos das Abreißen eines Teils des Zuges bewirkt.
- Bildung von Aktionskadern. Vorher festgelegte und entsprechend gekennzeichnete Personen übernehmen die Führung von Zugteilen, wenn diese durch bewußtes Auseinanderreißen herbeigeführt werden.
- Abschirmung des Rädelsführers. Der in der Regel in den hinteren Reihen marschierende Rädelsführer wird durch andere Demonstranten gegen einen Zugriff der Polizei abgeschirmt.
- Kleingruppen-Taktik. Mehrere Aktionsgruppen treten gleichzeitig an verschiedenen Orten auf. Oder es kommt zu einer Auflösung eines Zuges in mehrere kleine Gruppen, um dann gegen ein vereinbartes Zielobjekt wieder konzentrisch vorzugehen. Dabei ist vermehrt eine Bildung von Dreiergruppen festzustellen, die einer Konfrontation mit der Polizei ausweichen, um den Straftatbestand des Landfriedensbruchs zu umgehen.
- Fototrupps. Dokumentationstrupps fotografieren einzelne Polizeibeamte, Polizeiführer und Zivilstreifen, werten die Fotos aus und verbreiten sie in der Demonstrantenszene für Nachfolgedemonstrationen.
- Anfertigung von Protokollen. Besondere Sachverhalte werden von bestimmten Demonstranten mit Ortsangabe, Zeit und Zeugen notiert und in Dokumentationen zusammengefaßt.
- Provokation der Polizei. Durch bewußte Aktionen, beispielsweise Steinwürfe aus der Menge auf Polizeikräfte und andere Ziele, wird die Auseinandersetzung mit der Polizei möglichst so gesucht, daß Unbeteiligte betroffen werden (Auseinandersetzungen in Kaufhäusern, Geschäftsstraßen, in der Menge der Schaulustigen).
- Abdeckung von Gewalttätern. Gewalttäter werden durch andere Demonstranten abgeschirmt und damit oft dem polizeilichen Zugriff entzogen.
- Ausnützung eines unpolitischen Gewaltpotentials. Bei gewalttätigen Demonstrationen ist festzustellen, daß die Konfrontationsbereitschaft und Aggressivität politisch indifferenter Rocker ausgenutzt wird, die die Gelegenheit benutzen, aus der Anonymität heraus gegen die Polizei tätlich zu werden.
- Bindung der Polizeikräfte. Durch gezielte Aktionen in einem bestimmten Straßenbereich werden Polizeikräfte gebunden, um aus einem anderen Teil des Zuges heraus oder an Orten, die mit der Demonstration in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen, Gewalttaten zu begehen.
- Vorgehen im Demonstrationszug. Unterhaken im Laufschritt im Stil ostasiatischer Demonstranten; Festhalten anquer getragenen Stangen (Block- und Keilbildung); Frauen und Kinder werden vielfach in die vordersten Reihen gestellt.
- Errichten von Straßensperren. Mit Baumaterial aus nahegelegenen Baustellen, umgestürzten Autos, Bänken, Blumenkübeln u. a. werden Barrikaden errichtet, mit deren Inbrandsetzung gerechnet werden muß.

2. Hausbesetzungen

(1) Die Entwicklung bei den Objektbesetzungen zeigt seit 1980 ein sprunghaftes Ansteigen. Es ist festzustellen, daß ab dem 2. Halbjahr 1980 die Hausbesetzerszene eine zunehmende Militanz aufweist, wie u. a. die Beispiele in Berlin, Zürich, Göttingen und Freiburg zeigen.

(2) Hausbesetzungen laufen, wie durch Auswertungsergebnisse festgestellt wurde, im wesentlichen nach folgendem Muster ab:

- Öffentlichkeitsarbeit in der alternativen Presse zur Schaffung des Problembewußtseins
- Verhandlungen mit politischen Institutionen mit dem Ziel der »Legalisierung« der Besetzung
- Tag- und Nacht-Dienst um das besetzte Gebäude
- Aufbau eines telefonischen Alarmierungssystems
- Observationsposten auf den Dächern mit Funk- und Telefonverbindung in das Objektinnere
- Zugangskontrolle zum Objekt
- Beobachtung von Polizeidienststellen im örtlichen und überörtlichen Bereich
- Abhören und evtl. Mitschneiden des Polizeifunks
- Verbarrikadieren der Türen, Fenster- und Kellerzugänge
- Treppenaufgänge werden unbenutzbar gemacht mittels Stacheldraht, Fallen, Einseifen etc.
- Mauerdurchbrüche zu Nebenhäusern
- Bereitstellen von Wurfgegenständen, Krähenfüßen, Nagelbrettern u. a.
- Fertigen von Brand- und Knallsätzen
- Errichten von Barrikaden (später Inbrandsetzen) vor dem Objekt.

(3) Die wichtigsten praktischen Erfahrungen der Störer sind im »Handbuch für Besetzer«, im »Kröcher-Papier« und daran anlehnend nunmehr in der 6. Zeitschrift »Revolutionärer Zorn« vom Januar 1981 festgehalten. Es gibt jedoch auch örtliche »Ausführungsvorschriften«.

(4) Nach Räumungen sind vorzugsweise folgende Verhaltensweisen festzustellen:

- Flugblattaktionen zur Mobilisierung des Umfeldes
- gleichzeitige Demonstration an verschiedenen Orten
- Sachbeschädigungen und Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden und Verkehrseinrichtungen
- Angriffe auf Büros von Hausverwaltungen und Abbruchunternehmen
- Einwerfen von Fensterscheiben an Banken und Kaufhäusern, Plünderungen
- Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrs durch Besetzen neuralgischer Verkehrsknotenpunkte
- Brandanschläge
- Anschläge auf Polizeidienststellen, Einrichtungen und Kraftfahrzeuge der Sicherheitsorgane.

II. Bewertung

Die entsprechenden Vorgänge sind aus mehreren Gründen sehr ernst zu nehmen:

1. Ziele

Es gehört schon seit langer Zeit zum ausgemachten Ziel revolutionärer und speziell auch terroristischer Gruppierungen, eine möglichst breite Masse gegen den bestehenden Staat zu mobilisieren. So hatte Andreas Baader für die RAF das Konzept einer Massenbewegung der Arbeiterschaft gegen unseren Staat verfolgt. Dies ohne jeden Erfolg. Die Resonanz war im studentischen Bereich noch größer. Diese Zielvorstellung der RAF ist gerade nach der internen Diskussion über die stark umstrittene Entführung der Lufthansamaschine »Landshut« neu herausgestellt und betont worden. Dies ergibt sich insbesondere auch aus den Strategiepapieren, die in der konspirativen Wohnung in Heidelberg-Rohrbach gefunden worden sind.

Die derzeitige Situation, in der eine Vielzahl – insbesondere junger – Menschen mittels systematisch errichteter Feindbilder und unter Einwirkung vielfacher Beeinflussungsfaktoren gegen bestimmte Einrichtungen und Vorhaben, wie Bundeswehr, NATO, Atomwaffen oder auch den Bau von Kernkraftwerken, den Ausbau von Flughäfen, die Wohnungspolitik usw., in der letzten Zielrichtung aber gegen diesen Staat mobilisiert wird und sich so im gemeinschaftlichen Protest auf Straßen, in Häusern und in Kommunikationszentren sowie vor allem bei gemeinschaftlichen Aktionen zusammenfindet, ist für Umstürzler, Agitatoren und Terroristen ein sehr verlockender Ansatzpunkt, so beispielsweise: Kann der *Häuserkampf zum Straßenkampf* und der *Straßenkampf zum Klassenkampf* umfunktioniert werden?

2. »Aussteigen«

Um es jedoch ganz klar zu sagen: Es liegen derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür vor, daß die Initialzündung zu diesen weiten Protestbewegungen von linksterroristischen Akteuren oder gar Terroristen ausgegangen ist. Diese Bewegungen sind vielmehr Erscheinungen mit vielen Ursachen, die von der geschichtlichen Situation über ein zunehmendes »Aussteigen von Jugendlichen aus der Gesellschaft«, ein Zusammentreffen von viel zu hoch geschraubten Erwartungshaltungen mit vielen schlecht oder nicht gelösten Problemen bis hin zu den damit gegebenen vielfachen Ansatzmöglichkeiten für Extremisten reichen.

3. Einzelstrategien

Daß derzeit eine zentrale terroristische Organisation, die hinter diesen bundesweiten Erscheinungen stehen würde, nicht ersichtlich ist, darf jedoch nicht beruhigen. Und daß bisher die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland nicht gesamtstrategisch geplant und gesteuert in Frage gestellt wurde, ist weitgehend nur dem Umstand zu verdanken, daß das Protestpotential selbst in sich aufgegliedert und teilweise gespalten ist und insbesondere anarchistische Gruppierungen bis jetzt noch bewußt auch intern anarchistisch strukturiert sind, das heißt, jegliche Führungsstrukturen ablehnen. Soweit derzeit erkennbar, haben sich bislang die Planungen und Vorbereitungen immer auf Einzelstrategien und Taktiken bei einzelnen Anlässen oder Anlaßgruppen bezogen, nicht jedoch eine umfassende Zielsetzung gehabt, durch Schaffung möglichst vieler Brandherde systematisch das Potential der Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf die Probe zu stellen.

Es gilt jedoch zu erkennen, daß scheinbar gewisse Stellen, auch orthodoxe Kommunisten,

versuchen, eine »Scharnierfunktion« auszuüben und so das Protestpotential, jedenfalls zunächst anlaßbezogen, zusammenzubringen.

4. Personelle Zusammensetzung

Eine genaue Schätzung der Zahl und Einschätzung der jeweiligen Militanz gewalttätiger Demonstranten und auch Hausbesetzer ist derzeit nicht möglich, da es einen entsprechenden einigermaßen aufgegliederten und umfassenden Meldedienst nicht gibt. Noch weniger sind detaillierte Strukturaussagen (Zusammensetzung, Motive, Tendenzen) möglich. Man kann allenfalls nur zu groben Angaben aufgrund der Erfahrungen aus vielen Einzelaktionen kommen. Bei den Hausbesetzern treten überwiegend örtliche Gruppierungen und zwar unterschiedlicher Zusammensetzung auf. Anlaß und auch das jeweils bestehende örtliche Protestpotential bestimmen das Gesamtbild. Man kann jedoch generell sagen, daß überwiegend – studentische Gruppen – undogmatische Linke – Alternative – Spontis – KBW und DKP auftreten.

Auch findet man bei den Personen *vermehrt Vorbestrafte*. So wurden beispielsweise unter 246 in Freiburg festgestellten Hausbesetzern 75 Personen festgestellt, die schon vorher Straftaten begangen hatten, und zwar 33 eine und 42 mehrere, so Diebstahl, Körperverletzung, Verstoß gegen das Btm-Gesetz usw.

5. Überörtliche Bezüge

5. Überörtliche Bezüge

Obgleich eine zentrale Steuerung der bundesweiten Hausbesetzeraktionen nicht nachweisbar ist und die widerrechtlichen Besetzungen überwiegend von örtlichen Gruppierungen ausgelöst wurden, ist doch – vgl. z.B. »Internationaler Hausbesetzerkongreß« in Münster im letzten Jahr – ein breit gefächerter Meinungsaustausch mit zunehmenden persönlichen Beziehungen von Brennpunkten der Hausbesetzungen festzustellen. Auch trafen sich im letzten Jahr in Tübingen Hausbesetzer aus Zürich, Basel, Freiburg, Berlin, Nymwegen, Amsterdam, usw. Es verwundert deshalb nicht, daß es auch überörtlich tätig werdende Berater, Akteure und Initiatoren gibt und bestimmte Zielobjekte (z.B. bestimmte Banken) überörtlich in verschiedenen Städten in einer »Aktionsgleichheit« angegriffen werden. Eine bundesweite Erhebung des BKA ergab, daß von 1601 festgestellten Hausbesetzern 49 und von 1145 festgestellten gewalttätigen Demonstranten 78 überörtlich tätig waren.

6. Überschneidungen der terroristischen Szene mit gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen

(1) In personeller Hinsicht ist festzustellen, daß in der Zeit vom 1. Januar 1980 bis 30. April 1981 im Bundesgebiet bei Hausbesetzungen und damit in Zusammenhang stehenden Demonstrationen immerhin 130 Personen mit TE-Bezug festgestellt wurden.

(2) Entscheidend scheint mir jedoch die zunehmende Vermischung in den ausgegebenen Parolen und damit letztlich in den genannten Zielsetzungen zu sein. In die Proteste gegen Hausräumungen und die Wohnungspolitik mischen sich mehr und mehr Forderungen aus dem Antifa-Bereich, so nach Freilassung bestimmter Terroristen, Sympathiekundgebungen für im Hungerstreik befindliche Inhaftierte, Angriffe gegen sog. Hochsicherheitstrakte, usw. Diese parolenmäßigen Vermischungen und Verwischungen bei gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen mit Parolen aus der terroristischen Szene sind keine Einzelfälle, sondern prägen das Bild vieler entsprechender Aktionen in unseren Städten.

III. Maßnahmen

1. Grundsätzlicher Ausgangspunkt

(1) In den zurückliegenden Jahren wurden weitgehend polizeiliche Lagen, die sich bei rechts- und ordnungswidrig verlaufenden Demonstrationen und sonstigen Aktionen ergeben haben, durch eine gewisse großzügige Zurückhaltung und ein oft »elastisches« Zurückweichen und Gewährenlassen »elegant« bereinigt. Eskalationen wurden vermieden, Vorwürfe im publizistischen und politischen Raum bezüglich eines zu harten polizeilichen Einschreitens in Grenzen gehalten sowie Störern gewisse »Erfolgserlebnisse« gelassen und dadurch – so nahm man wenigstens an – durch eine Begrenzung der Frustration das Störerpotential wieder für eine gewisse Zeit relativ »ruhig gestellt«.

(2) Diese, das polizeiliche Vorgehen in der Vergangenheit weithin prägende Grundtendenz führte zu einem – da in ganz kleinen Schritten erfolgenden – weithin nicht wahrgenommenen, schleichenden Verlust an Rechtssubstanz: Das Unrecht wurde mehr und mehr eben praktisch zugelassen, angefangen von kleinen Ordnungswidrigkeiten über »nicht so schlimme« Vergehenstatbe-

gen von kleinen Ordnungswidrigkeiten über »nicht so schlimme« Vergehenstatbe-

stände, insbesondere des Versammlungsrechts, bis hin zu Gewalttätigkeiten bei partiell bürgerkriegsähnlichen Unruhen!

(3) Diese generelle »weiche Welle« führte jedoch **nicht** dazu, daß das Bild der Polizei, insbesondere in weiten Bereichen unserer Jugend, besser und liberaler geworden wäre. Nüchtern betrachtet wäre unter kriminalpolitischer Sicht auch ein gewisser Verlust an Rechtssubstanz vertretbar gewesen, wenn man sich dadurch eine positive Einstellung insbesondere unserer Jugend zu unserer Gemeinschaft in unserem Staat und seinen Organen eingehandelt hätte.

Es ist jedoch unserer Jugend in dieser Zeit nicht deutlich gemacht worden, daß sie in einem sehr liberalen und toleranten Staat lebt. Im Gegenteil: Bestimmte Kräfte in Politik und Publizistik sowie im Bereich sonst einflußnehmender gesellschaftlicher Faktoren, auch der Kirchen, verlangten immer noch mehr Preisgabe an rechtlicher Substanz! Teilweise wurde die Polizei dabei mehr und mehr zum Schlagstock schwingenden »Bullen« abgestempelt, so sehr sie auch versuchte, sich selbst aufgeschlossen, kontaktbereit und tolerant zu geben, bis hin zu einem insbesondere von einer Berufsvertretung propagierten Berufs- und Aufgabenverständnis als »Sozialingenieur«. Dennoch: Die Zahl des Störerpotentials wurde immer noch größer. Die Aggressivität gegen Recht und Ordnung steigerte sich zuweilen und an bestimmten Orten geradezu sprunghaft!

(4) Daß bei dieser Entwicklung viele außerhalb der Art und Weise des polizeilichen Vorgehens liegende Faktoren mitgewirkt haben und daß dabei insbesondere auch die geschichtliche Umbruchphase, in der wir uns befinden, eine entscheidende Rolle spielt, steht außer Zweifel. Sicher ist jedoch, daß wir in den letzten Jahren Stück um Stück an Rechtssubstanz, d.h. konkret

– Überzeugung von der Rechtsverbindlichkeit
– Glauben an die Rechtswirksamkeit
– Vertrauen auf eine konsequente Rechtsdurchsetzung

aufgegeben haben, ohne dadurch kriminalpolitisch eine leichtere Identifizierung der Jugend mit unserem Staat zu erreichen und ohne staatsfeindliche Kräfte mehr oder weniger, fußballtechnisch ausgedrückt, »leerlaufen lassen« zu können.

(5) Aus dieser generellen Feststellung muß meines Erachtens die klare Folgerung gezogen werden, daß wir uns diese Grundeinstellung und diese Grundtendenz eines weiteren permanenten und durchgängigen Zurückweichens nicht mehr lange leisten können. Sowie wir in der zurückliegenden Zeit finanziell über unsere Verhältnisse gelebt haben, haben wir dies auch sicherheitsmäßig getan: wir haben laufend zur möglichst lautlosen Bereinigung kritischer Situationen Rechtssubstanz »verbraucht« und sind nun an eine Grenze gekommen, wo es kritisch wird. Ein Staat, in dem einerseits gewalttätige Demonstranten Millionenschäden durch Einwerfen von Fensterscheiben und Werfen von Molotow-Cocktails verursachen und nicht oder nur sehr begrenzt zur Verantwortung gezogen werden oder gezogen werden können, andererseits aber tagtäglich eine Vielzahl von Bürgern wegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr belangt wird, muß zwangsläufig auch vom Rechtsverständnis der Bürger her zunehmend problematischer, vielleicht sogar auch unglaubwürdig werden.

blematischer, vielleicht sogar auch unglaubwürdig werden.

(6) Andererseits wäre aber auch nunmehr eine »Gefechtskehrtwendung um 180°«, d.h. eine generelle, unerbittliche Härte im Einschreiten gefährlich. Dies insbesondere angesichts der – teilweise aus Unbedachtheit – hochgezüchteten Sensibilität unserer Jugend gegen den Staat und seine Organe. Die Gefahr des Solidarisierungseffekts innerhalb des derzeit noch ziemlich zerklüfteten Protestpotentials, wäre viel zu hoch. Diese Gefahr muß vor allem auch auf dem Hintergrund der durch die geschichtliche Situation bedingten Unsicherheit, Labilität und teilweise auch Haltlosigkeit der Erwachsenenwelt und der daraus wieder resultierenden besonderen Gefährdung unserer Jugend gesehen werden.

2. Konsequenzen

Somit kann nur mehr ein sehr differenziertes polizeiliches Agieren weiterhelfen: Gegen die treibenden und »böswilligen« Kräfte muß mit aller Entschlossenheit und Härte vorgegangen werden, gegen die »Hineingezogenen«, »Gefährdeten« und Neugierigen mit elastischer Großzügigkeit.

Man sage nicht, daß dies schon bisher das allgemeine Konzept gewesen wäre, denn das stimmt nicht.

Im Einzelnen

(1) Bei den treibenden Kräften gilt es zunächst ganz gezielt jene unverantwortlichen »Schreibtischtäter« zu sehen, die aus dem Hintergrund heraus mit eleganten Formulierungen und aus unterschiedlichsten Anlässen und in unterschiedlichster Einkleidung diesen unseren liberalen Rechtsstaat systematisch in Verruf bringen wollen. Hierzu zählen ebenso diejenigen, die unseren Staat mit einseitiger und nicht ausgewogener Kritik vor unserer Jugend permanent offen und massiv madig und mies machen, als auch diejenigen, die in unterschiedlichsten Formen bestrebt sind, Rechtsverstöße, strafbare Handlungen, ja sogar Gewalttaten politisch, ethisch und rechtlich zu bagatellisieren, unter Umständen sogar zu entschuldigen, ja sogar teilweise noch zu rechtfertigen.

Wen darf es da eigentlich noch wundern, daß junge Menschen, die in einem solchen Klima aufwachsen, zunehmend gegen die Regeln unseres menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens verstoßen, solange die Erwachsenenwelt nicht nur selbst nicht »steht«, sondern hoch angesehene »Respektspersonen« der Jugend einreden, sich gegen einen solchen schadhaften, kapitalistischen und pseudoliberalen Staat, eine im Grunde unmoralische gesellschaftliche Ordnung sowie restlos überholte ethische Grundbegriffe in rechtsverletzender und weithin sogar gewalttätiger Weise wehren zu dürfen, ja sogar wehren zu müssen!

(2) Im Einsatzgeschehen muß sich ein möglichst differenziertes Arbeiten auch praktisch realisieren lassen. Dazu ist zunächst erforderlich, daß man die eigentlichen und auch überregionalen gewalttätigen Störer möglichst frühzeitig und umfassend *erkennt*. Und es ist ferner erforderlich, daß man im Einschreiten möglichst gezielt auch gegen sie *vorgehen kann*. Diese Forderungen zu erheben, ohne die praktischen Handhaben dazu zu schaffen, wäre unrealistisch.

Es gilt sonach über folgende Maßnahmen zu befinden:

(2.1) Informationssammlung und -auswertung

(2.1) Informationssammlung und -auswertung

Differenziertes Einschreiten ist nur aufgrund eines differenzierten Lagebildes möglich. Dies setzt wieder eine exakte Informationssammlung und -auswertung voraus. Bezüglich der gewalttätigen Störer ist dabei auch ein Meldedienst erforderlich. Dieser ist auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten berechtigt, da die Polizei bei entsprechenden Einsätzen, insbesondere zur Beachtung der Grundsätze des Mindesteingriffs und der Verhältnismäßigkeit, über die treibenden und gefährlichen Elemente unterrichtet sein muß, um die »Harmloseren« bestmöglich zu schonen.

(2.2) Vermummungs- und Maskierungsverbot

Um die »einschlägigen Personen« auch erkennen zu können, ist es notwendig, daß sie erkennbar sind. Daß man sich auch auf sonstige Weise schwer erkennbar machen kann, ist sicher nicht abzustreiten. Jedoch kann die Tatsache allein, daß gesetzliche Vorschriften in gewisser Weise umgangen werden können, nicht generell dazu führen, daß man von vornherein von einer rechtlichen Regelung wichtiger Sachverhalte Abstand nimmt.

(2.3) Wiederherstellung der alten Fassung des § 125 StGB (Landfriedensbruch)

Um bei unfriedlich verlaufenden Aktionen in einer »Vorsiebung« einigermaßen Spreu vom Weizen trennen zu können, ist es geboten, daß man die Randbereiche von unfriedlich werdenden Demonstrationsgeschehen auflöst, um mehr und mehr zu den eigentlich harten Kernen durchstoßen zu können. Natürlich ist dies kein Rezept, das sofort – gewissermaßen wie mit dem Seziermesser – eine saubere Trennung erlaubt. Vielmehr würden in der ersten Zeit entsprechende Aufforderungen der Polizei vermutlich auch von Harmlosen ignoriert, unter Umständen sogar belacht werden. Mit zunehmender Konsequenz in der Strafverfolgung – wenn es deutlich wird, daß das Verbleiben bei einer unfriedlich gewordenen Demonstration zu spürbaren strafgerichtlichen Verurteilungen führt – würde sich jedoch die sortierende, unter Umständen sogar eine auflösende Wirkung dann einstellen.

(3) Auch die Bewaffnungsfrage muß nunmehr aus dem Ernst der Situation heraus, in der wir uns generell befinden und in die insbesondere mehr und mehr der einzelne Beamte hineingeraten kann, politisch entschieden werden.

Man muß nüchtern erkennen, daß schon in der vergangenen Zeit für viele Polizeibeamte echte Notwehrsituationen entstanden waren, die zu einem u.U. folgenreichen Schußwaffengebrauch hätten führen können. Will man wirklich differenzieren – und dies ist *gerade hier* anzustreben – muß man sorgfältig prüfen, ob nicht unterhalb der Schußwaffe andere Einsatzmittel in Betracht kommen. Dabei ist es klar, daß es sich auch insoweit nicht um völlig ungefährliche Einsatzmittel handeln kann, sondern nur eine deutliche Verminderung des Schadensrisikos zu erreichen ist. Man darf also die Bewaffnungsfrage nicht deshalb, weil sie immer irgendwelche Gefahren einschließt und insoweit unerfreulich und unbefriedigend ist, generell aussparen.

Nach dem heutigen Entwicklungsstand der Technik halte ich einen Einsatz von Gummiwuchtgeschossen aber auch von Gummischrotgeschossen gegen eine Menschenmenge, aus der heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittel-

aus der heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittel-

bar bevorstehen, jedenfalls für möglich und auch für moralisch vertretbar, wenn die allgemeinen Voraussetzungen der Verhältnismäßigkeit und des Mindesteingriffs vorliegen und insbesondere Zwangsmaßnahmen gegen Einzelne nicht zum Ziel führen oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen. Muß denn erst in entsprechenden Situationen scharf geschossen werden, bis man erkennt, daß man viele Fälle hätte doch »milder« lösen können? Oder soll eine weitere Steigerung der Zahl und der Schwere der Verletzungen von Polizeibeamten in Kauf genommen werden? Verlangt man, daß auch noch bei weiterer Eskalation unsere Beamten die Nichtausschöpfung des derzeitigen rechtlichen Notwehr- und Nothilferahmens sowie fehlende Entscheidungen bezüglich geeigneter Waffen mit Verletzungen, unter Umständen sogar mit wesentlichen Dauerschäden bezahlen?

(4) Schließlich kommt hier kriminalpolitisch dem Gesichtspunkt der Vorbeugung eine besondere Bedeutung zu. Auch insoweit muß man »ernst machen«. Dies gilt nicht nur hinsichtlich vieler ungenügend oder überhaupt nicht gelöster Probleme, wozu unter anderem auch die Wohnungspolitik gehören mag – dies zu beurteilen ist nicht unsere fachliche Zuständigkeit –, sondern es geht grundsätzlich darum, unseren Kindern und Jugendlichen eine positive Einstellung zu unserem Staat von früh auf zu vermitteln und weiterhin zu pflegen. Diese positive Einstellung muß von Grund auf darauf ausgerichtet sein, mitzuhelfen, Probleme zu meistern und den eigenen gesellschaftspolitischen Beitrag nicht in oft kritiklos übernommenen Aversionen und bloßen lautstarken, unter Umständen sogar gewalttätigen Protesten zu sehen. Die Verantwortung für diesen zentralen, auch kriminalpolitisch bedeutsamen Auftrag trägt primär aber nicht die Jugend, sondern die Erwachsenenwelt. Sie hat diesen Auftrag bisher bei weitem nicht hinreichend erfüllt! □

Westberlin: Fünfte Woche Hungerstreik im Drogenknast

Seit dem 7. Oktober befinden sich Gefangene, die im „Cafe Schönstedt", einer Außenstelle der Jugendstrafanstalt Plötzensee einsitzen, im Hungerstreik.

Die Vollzugsanstalt Schönstedt war ursprünglich als Polizeigefängnis geplant und gebaut worden. Die Zellengröße beträgt ca. sechs Quadratmeter, obwohl neun Quadratmeter Vorschrift sind. An sämtlichen Zellenfenstern sind Fliegengitter angebracht; Pakete, die nicht von einem Versandhaus gepackt worden sind, werden an die Gefangenen nicht ausgeliefert. Ebenso besteht ein Verbot für den Empfang persönlicher Gegenstände wie Musikinstrumente und Radiogeräte. Auch solche Gegenstände dürfen lediglich über den Versandhandel bezogen werden. Ferner besteht ein generelles Urlaubsverbot für die Gefangenen. *„Darüber hinaus hätte die Anstaltsleitung zwar von einer Videoüberwachungsanlage Abstand genommen, die Gänge sind aber mit sogenannten Panoramaspiegeln unter ständiger Beobachtung, die Zellen würden alle zehn bis fünfzehn Minuten kontrolliert"* (taz, 20.10.8). Selbst im Moabiter Hochsicherheitstrakt werden seit dem letzten Hungerstreik Privatbesuche ohne Trennscheibe „gestattet". Nicht aber in einem Knast für Jugendliche!

In der Schönstedtstraße sitzen Drogengefährdete und -Abhängige ein, und das ganze versteht sich dementsprechend auch noch als „Stufe 1" eines zweistufigen „Therapiekonzepts", das vom Teilanstaltsleiter Leschorn persönlich entwickelt worden ist. Kein Wunder, daß Therapeuten, die mit dem „Konzept Schönstedtstraße" nicht einverstanden waren, entweder vergrault wurden und selbst kündigten oder aber gekündigt wurden. Fast überflüssig zu sagen, daß Drogentherapien bei unabhängigen Drogenberatungsstellen nicht genehmigt wurden.

Am 19.10. wurden die sechs Gefangenen in das Haftkrankenhaus Moabit verlegt nachdem ein Hungerstreikender zusammengebrochen war. Zwischenzeitlich wurden zwei der sechs aus der Haft entlassen. Am 21.10. schlossen sich sechs weitere Gefangene aus der Schönstedtstraße dem Hungerstreik an.

schlossen sich sechs weitere Gefangene aus der Schönstedtstraße dem Hungerstreik an.

Auch in anderen Gefängnissen tut sich was ...

In der Frauenhaftanstalt Lehrterstraße waren in den folgenden Tagen zeitweise fünfzehn Frauen im Hungerstreik. Am 26.10. begann im Tegeler Knast ein auf drei Tage befristeter Hungerstreik von 23 Gefangenen. Eine Solidaritätserklärung mit den Hungerstreikenden aus der Schönstedtstraße wurde von 180 Gefangenen aus Tegel unterschrieben. Darin heißt es: *„Wir, die Gefangenen im Tegeler Knast, wissen vielleicht besser als manch anderer, was Hungern im Knast bedeutet... Die Öffentlichkeit soll mitkriegen, daß der Hungerstreik nicht bloß eine Einzelaktion von ein paar ausgeflippten Fixern ist... Wir wollen mit unserem Hungerstreik auch zeigen, daß es doch immer wieder Menschen gibt, die solidarisch handeln können und wollen"* (taz, 27.10.81).

40 Mitarbeiter von Westberliner Drogenberatungsstellen schrieben am 5.11. einen offenen Brief an Justizsenator Scholz:

„Herr Senator Scholz, Sie haben in dem ersten größeren justizpolitischen Konflikt während ihrer Amtszeit gezeigt, daß Sie außer ‚Vollziehen um jeden Preis' offenbar nichts können... Sie sind verantwortlich für das Leben und die Gesundheit der streikenden Gefangenen. Sie haben bisher gezeigt, daß Sie ein ‚starker' und ‚cooler' Mann sind, der sich von ein paar lumpigen und dazu noch drogenabhängigen Gefangenen nicht aus dem Konzept bringen läßt. Diese Haltung ist verantwortlich für die gegenwärtige Entwicklung. Auch dafür, daß wir unsere Beratungsstellen zu Orten der öffentlichen Auseinandersetzung über die Zustände in den Gefängnissen und über die Drogenpolitik des Berliner Senats machen müssen. ... Die Drogenberater fordern den Senator auf, ‚unverzüglich mit den Gefangenen zu verhandeln' und ihre Isolierung voneinander und von Besuchen und Kontakten nach außen aufzuheben und den Vermittlungsausschuß, den die Gefangenen fordern, endlich anzuerkennen" (taz, 5.11.81).

Bislang lehnt der Senat Verhandlungen über die 25 Forderungen mit der von den Gefangenen beauftragten Kommission (Rechtsanwalt Remé und zwei Abgeordneten der AL) ab. Verlautbarungen des Justizsenates gingen lediglich in die Richtung, die Haftbedingungen zu „überprüfen". Am Konzept jedenfalls will der Senat nicht rütteln: *„Soweit sich Beschwerden gegen Bestandteile des im Fachbereich für Suchtgefährdete der Jugendstrafanstalt Plötzensee praktizierten Drogenkonzepts richten, sehe ich ebenfalls keine Möglichkeit, Ihnen eine Änderung in Aussicht zu stellen"* (aus einem Brief des Justizsenats an die Hungerstreikenden vom 23.10.81).

Für „konzeptbedingt" hält der Justizsenator auch ausdrücklich die Trennscheibe bei Privatbesuchen. Ein weiteres Zeichen dafür, daß der Justizsenator nicht zu konkreten Schritten bereit ist, gab er am 4.11.: Eine für

weiteres Zeichen dafür, daß der Justizsenator nicht zu konkreten Schritten bereit ist, gab er am 4.11.: Eine für

den 5.11. anberaumte Justizausschußsitzung wurde ohne jede Begründung abgesagt!

Mittlerweile, in der fünften Woche des Hungerstreiks, verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Gefangenen rapide. Sie leiden unter Haarausfall, Kreislaufstörungen, Leber- und Nierenschmerzen.

Nach unseren Informationen befinden sich zusätzlich mittlerweile neun Gefangene in Schönstedt und einige Frauen aus der Lehrterstraße im Hungerstreik, was nicht heißt, daß sich in anderen Haftanstalten Westberlins nichts mehr tut.

KB-Westberlin
Anti-Repressionskommission

Die 25 Forderungen der Hungerstreikenden

1) Abbau der Trennscheibe
2) Abbau der Fliegengitter
3) Abbau der Panoramaspiegel
4) Abschaffung der Kleingruppenisolation
5) Kein Einbau von Videokameras
6) Ausgänge, Urlaub, Zwei-Drittel (Entlassung)
7) Keine Therapieauflagen
8) Kein Teilnahmezwang an Verhaltensänderungsprogrammen
9) Abschaffung der zwangsweisen Urinkontrollen
10) Paketsendungen zu den üblichen Zeiten (Weihnachten, Ostern, Geburtstag)
11) Zulassung eingebrachter Gegenstände, z.B. Radios, Bücher, Pflanzen, Vitamintabletten, Musikinstrumente etc.
12) Zusammenschlüsse
13) längeren Freizeitaufschluß
14) Keine Zwangsverlegung nach Plötzensee Haus V/I
15) Aufhebung der Hausverbote für Drogenberatungsstellen
16) Keine Kontaktbeschränkungen für Anstaltsbeiräte
17) Bessere Ernährung, mehr Vitamine, keine Dampfkost
18) Schaffung von Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten
19) mehr sprachliche Kommunikationsmittel für Ausländer
20) Abbau des Personalmangels
21) Mehr Sportmöglichkeiten
22) Abbau aller Neonlampen
23) Menschenwürdige Zellen
24) Abschaffung aller Hausstrafen (Einschluß, Bunker, etc.)
25) Abschaffung der Postzensur

Was muß frau getan haben, um als Terrorsympathisantin eingesperrt zu werden?

Beobachtungen aus dem § 129a-Prozeß gegen die fünf Frauen, die am 17.4. in Koblenz festgenommen wurden

Zur Erinnerung: Was war am 17.4. 1981?
Seit vielen Wochen waren Gefangene in westdeutschen Gefängnissen im Hungerstreik gegen Isolationshaft und für insgesamt etwas erträglichere Haftbedingungen. Seit Wochen rührte die bürgerliche Presse die Trommel und Minister ließen ihre Worte hören: Wenn eine(r) der „RAF"-Gefangenen stirbt, gibt es „Gewalt". Die Polizei bereitete sich auf diesen Tag X vor – zum Schlag gegen den Sympathisantensumpf.
Am 16.4. war es soweit. Öffentlich wurde der Tod von Sigurd Debus bekanntgegeben.
In Koblenz in der folgenden Nacht verhaftete die Polizei die fünf Frauen. Außerdem fand sie in Koblenz Parolen zum Hungerstreik und Sprühdosen in der Nähe der Frauen. Auf den Verdacht hin, die Frauen hätten diese Parolen geschrieben, wurden sie fast zwei Tage eingesperrt und hatten gewaltiges Glück, daß der Haftrichter nicht bereit war, sie vielleicht für Wochen in Untersuchungshaft zu bringen.
Dabei ist den Protokollen, die direkt nach der Festnahme angefertigt wurden, keine Tatsache, die die Frauen mit den Parolen zum Hungerstreik in Verbindung bringen könnte, zu entnehmen. Prompt machten Polizisten einen „Ergänzungsvermerk". Danach soll eine Frau eine Wegwerfbewegung gemacht haben, und eine gefragt haben: „Das ist wohl wegen der Schmierereien (bzw. Schreibereien)?"

Ein kleiner „Terroristenprozeß"

Als ich am Montag zum Oberlandesgericht in Koblenz kam, — das war der erste Prozeßtag —, kreisten Polizeistreifen um das Gerichtsgebäude, Mannschaftswagen warteten im Hintergrund. Besucher wurden einzeln hereingeholt, ihre Personalausweise kontrolliert und sie abgetatscht (Leibesvisitation). Zwei Zivilbullen haben sich unter die Besucher gemischt. Über 80 Leute sind zum Prozeß gekommen. Die meisten sind Frauen. Doch nur 50 werden eingelassen. Ich nicht. An den nächsten beiden Prozeßtagen kommen immer noch 50 Leute. Das Gericht behandelt die Frauen und die Besucher als gefährliche „Terrorsympathisanten". *Die Frauen sind von vornherein erst einmal schuldig, sie müssen be-*

als gefährliche „Terrorsympathisanten". *Die Frauen sind von vornherein erst einmal schuldig, sie müssen be-*

weisen, daß sie es nicht sind.

Die „deutsche presse agentur" hilft nach. Was sie den Zeitungen verkauft, ist nichts anderes als eine Kurzfassung der Anklageschrift. Die „Aachener Volkszeitung" machte z.B. daraus die Überschrift „RAF-Sympathisanten".

Am ersten Tag wurden denn auch fast alle Anträge der Rechtsanwälte der Angeklagten abgelehnt. Es gelang nur, den Rechtsanwalt Dr. Härtle gegen den Widerstand des Vorsitzenden Richters zum Wahlverteidiger zu bekommen. (Härtle soll am 11.11. für 22 Monate in Stammheim eingesperrt werden aufgrund eines skandalösen Urteils.)

An was sich die Polizeizeugen erinnern konnten

Als Zeugen waren fast nur Polizisten geladen. Alle sind Zeugen der Anklage. Am besten können sich die Polizeizeugen immer an die Festnahme erinnern.

Zwei Beamte des K 11 (Terrorabteilung) kamen zum Festnahmeort. Ganz beiläufig wollen sie dabei verstanden haben (einer aus 4 bis 5 Meter Entfernung), daß eine der Frauen sagte: „Das ist wohl wegen der Schmierereien (o.ä.)?" Wer das gesagt hat, können sie nicht sagen. Die Frauen stritten sich nämlich mit einem Schutzpolizisten, der sie festnehmen wollte. Der Schupo kann sich an die Bemerkung allerdings nicht erinnern. Dafür will einer der zwei Schupos die „Wegwerfbewegung" gesehen haben, als er seinen Wagen stoppte. Sein Kollege konnte die Bewegung aber nicht erkennen.

Der eine Terroristenjäger fand jetzt noch eine leere Farbsprühdose. Dann machte er sich mit seinem Kollegen auf die Suche nach Parolen. Er behauptet, sie seien in der Gegend herumgefahren, um die Parolen zu entdecken. Sein Kollege erinnert sich, daß sie direkt zu einem nahen Fußgängertunnel fuhren, weil dort häufig Parolen an der Wand seien. Und siehe da: Sie fanden eine.

Solche merkwürdigen Widersprüche kamen wohl deshalb heraus, weil die Rechtsanwälte jeden der Zeugen einen Vormittag oder Nachmittag lang ins Kreuzverhör nahmen.

Entlastendes Material verschwiegen

Schon am ersten Tag des Prozesses gelang es den Rechtsanwälten, aus einem Polizeizeugen herauszubekommen,

**H. J. Vincenti Dudek
geb. 1948 in Brendenburg
seit 1977 inhaftiert,
bisher sind ca. 800 Graphiken, Aquarelle, Drucke, Zeichnungen und Ölbilder entstanden,
Veröffentlichungen in Literaturzeitschriften und Szene-Blättern,
Buchillustrationen,
Ausstellung Frühjahr 1982
Männerschwarm-Galerie, Hamburg
Pf. 301 D-4760 Werl, Knast**

daß er — bevor er die Frauen festnahm — eine andere Parole in Koblenz gefunden und notiert hatte. Daraufhin trat der Staatsanwalt wohl eine Flucht nach vorne an. Am 2. Tag sprach er einen Zeugen auf die Parole „Isolation ist Mord" an.

Sofort protestierten die Rechtsanwälte: Die Parole stand nicht in den Prozeßakten. Der Staatsanwalt hatte sie bisher verschwiegen. Fast entschuldigend bemerkte der Staatsanwalt, was er gesagt habe, könne die fünf Frauen entlasten! Seit dem 1. Oktober liegt bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz ein Verfahren wegen verschiedener Parolensprühereien in Koblenz vor, die nicht den fünf Frauen, sondern Koblenzer Täterkreisen zugerechnet werden. Bis dahin hatten Staatsanwalt und Polizei es so dargestellt, als kämen nur die fünf Frauen für Parolen an Koblenzer Wänden in Frage.

Die Vorbesprechung der Polizei

Merkwürdigerweise versuchten die Polizeizeugen nichts über andere Parolen als die, die den Frauen angehängt werden, herauszulassen. Immer wieder konnten sie sich nicht erinnern.

Mühsam war ihnen aus der Nase zu ziehen, daß sich alle geladenen Polizeizeugen vor dem Prozeß getroffen hatten. Ein leitender Herr (Kriminalhauptkommissar) hatte sie zusammengerufen, um sie auf ihren Auftritt vor Gericht vorzubereiten.

Dieser Herr wurde denn auch vor Gericht zitiert.

Zeugenbeeinflussung?

Das Treffen der Polizeizeugen habe wenige Tage vor Prozeßbeginn stattgefunden. Es sei dort nur um formale Sachen, wie die beschränkte Aussagegenehmigung der Zeugen gegangen, begann der KHK der Terrorabteilung K 11. Später gab er zu, daß er dort auch gesagt hatte, andere Parolen, die die Polizeizeugen vor oder nach dem 17.4. gefunden hätten, hätten nichts mit dem Prozeß gegen die fünf Frauen zu tun. Sonderstreifen, die sie wegen Parolensprühens gefahren seien, seien als „polizeitaktische Maßnahmen" zu verschweigen. — Das sind Tatsachen, die selbst der Ankläger, der Staatsanwalt, entlastend für die Frauen nannte! Sie haben sehr wohl etwas mit dem Prozeß zu tun. Die Akten über andere Parolensprühereien in Koblenz wurden in den Prozeß eingebracht.

Merkwürdigkeiten bei der Koblenzer Polizei

Vor und nach der Festnahme der fünf Frauen fand die Polizei in Koblenz Massen von Parolen. So z.B. einen Tag später, am 18.4., eine Parole „RAF" und am 21.4. im Fußgängertunnel, wo die Frauen gesprüht haben sollen, eine neue Parole. Dafür fand die Polizei noch drei Parolen zwischen dem 17.4. und dem 21.4., die sie den fünf Frauen anhängte. Auf dem Protokoll war der 17.4. als Datum angegeben. (Nach Aussage eines Erkennungsdienstpolizisten). Die Polizei hatte also einiges zu verschweigen.

Die Ermittlungsakten stellte ein Sachbearbeiter zusammen, der im Prozeß auch als Zeuge geladen war. Die anderen Polizeizeugen konnten zu ihm kommen, um ihre Protokolle noch einmal durchzugehen. Einige von ihnen hatten auch die Protokolle anderer Zeugen gelesen.

Schließlich entdeckten die Rechtsanwälte noch etwas Erstaunliches: In den Prozeßakten ist eine Skizze vom Festnahmeort. In sie wurden nachträglich Zentimeterangaben eingesetzt! In den Kopien der Rechtsanwälte sind sie noch nicht enthalten. Ein Fernschreiben, das die Polizei nach der Festnahme an die Bundesanwaltschaft schickte, fehlt in den Akten!

Da paßt es gut dazu, daß zumindest einige Polizeizeugen andere, die vor Gericht kommen, über den Prozeßverlauf informieren. Wohl damit sie sich nicht verplappern?

Das dicke Ende kommt noch! Montag, den 9.11. und Mittwoch, den 11.11. Prozeßtage

Jeder „normale" Prozeß wäre wohl nach so einem Verlauf längst gegessen, wahrscheinlich sogar eingestellt. Aber in Koblenz geht es weiter. Die Richter notieren kaum etwas während der Zeugenvernehmung. Fast scheint es, als hätten sie ihr Urteil schon in der Tasche und brauchten es nur zu verlesen. Andere Leute wurden in solchen Prozessen wegen § 129a ruckzuck zu 18 Monaten Knast abgeurteilt.

Am Montag werden die letzten Zeugen vernommen und dann werden die Rechtsanwälte und der Staatsanwalt ihre Plädoyers halten.

Also kommt zum Prozeß im Oberlandesgericht Koblenz, Stresemannstr.
Termine: Mo., den 9.11. 9 Uhr
Mi., den 11.11. .... Uhr

U.

Einer der Rechtsanwälte soll

Einer der Rechtsanwälte soll für 22 Monate in den Knast

Der Rechtsanwalt einer der Angeklagten, Dr. Härtle aus Heidelberg, soll am 11.11.1981 in Stammheim eingesperrt werden.
Anlaß dazu war, daß die Polizei in Heidelberg einen KBW-Büchertisch platt machte. RA Härtle sagte als Zeuge darüber aus. Wegen Falschaussage gegen die Polizei, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruchs wurden ihm deshalb 22 Monate Haft aufgebrummt. RA Härtle wird noch nicht einmal die Möglichkeit gegeben, vor Haftantritt die Europäische Menschenrechtskommission anzurufen.
Die Presse, viele Anwaltsorganisationen, aber auch Richter und Staatsanwälte haben das Verfahren gegen RA Härtle kritisiert.

**Proteste an:
Justizminister von Baden-Württemberg, Dr. Eyrich
Postfach, 7000 Stuttgart
oder
Europäische Menschenrechtskommission
Europarat, Strassbourg, Frankreich**

Bei einer Großaktion von Bundesanwaltschaft, Landeskriminalamt Niedersachsen und Bremer Kripo wurden diverse Wohnungen in Bremen (3), Niedersachsen (2) und Frankfurt (1) sowie eine Bremer Werkstatt überfallen und durchsucht (siehe AK 211). Begründung für die Aktion lieferte der Verdacht der „Unterstützung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a). Unter den durchsuchten Räumen war auch die Kanzlei des Bremer Rechtsanwalts Horst Wesemann. – Zwar sind augenblicklich alle Betroffenen auf freiem Fuß, doch kann sich das jederzeit ohne nähere Begründung ändern. Das folgende Interview mit Horst, Mirca und Zappo soll vor allem einen Anstoß zur Solidarität mit den Betroffenen geben. KB/Gruppe Bremen

129a-Aktion in Bremen:

»... von der Linken gibt's wenig solidarische Reaktionen«

AK: Ich denke, Ihr solltet zunächst darauf eingehen, daß sowohl Bundesanwälte als auch die Bremer Polit-Staatsanwälte Hampf und von Bock und Pollach an der Durchsuchungsaktion beteiligt waren. Insbesondere die Beschlagnahme der Rechtsanwaltsunterlagen bei Horst ging ja von den Bremer Staatsanwälten aus.

Horst: Es gibt keine Unterschiede zwischen der Befugnis der Bundesanwälte und der hiesigen Staatsanwälte. Wichtig ist, daß sie einen Durchsuchungsbefehl wegen § 129a hatten, und sich dann der Durchsuchungszweck auf das Ermittlungsverfahren beziehen muß. Aber auch in der Strafprozeßordnung ist vorgesehen, daß sogenannte „Zufallsfunde", die im Rahmen solch einer Durchsuchung gefunden werden, ebenfalls beschlagnahmt werden können. Es ist nur so, daß die Bundesanwälte nicht beurteilen können, was regional von Bedeutung ist. Deshalb die Hinzuziehung der Bremer Staatsanwälte.

Eine Verletzung ihrer eigenen Gesetze stellt neben der Beschlagnahme verschiedener Verteidigerunterlagen das Mitnehmen einer persönlichen handschriftlichen Prozeßerklärung von mir dar.

AK: Könntet Ihr mal darstellen, warum gerade die Staatsanwälte Hampf (in die Graudenzer Str.) und von Bock und Pollach (in die Grundstraße) gekommen sind?

Zappo: Mirca und ich haben demnächst einen 6. Mai-Prozeß wegen der Demonstration von 1980, den zumindest bisher StA Hampf bearbeitet hat und in dem Horst mein Verteidiger ist. Und im Sommer dieses Jahres wurde der Verfassungsschutz, der sich gegenüber unserer Wohnung einquartiert hatte, von einigen Leuten bei seiner Arbeit gestört und rausgeschmissen. Das Ermittlungsverfahren in dieser Sache leitet von Bock und Pollach, und Horst verteidigt jemanden aus unserer Wohnung. Von beiden Verfahren wurden die Akten von uns mitgenommen.

AK: Dieses Konstrukt der „terroristischen Vereinigung" soll sogar Barbara Augustin, die in der Schweiz inhaftiert ist, umfassen?

Mirca: Barbara ist im Juni an der Schweizer Grenze mit Sprengstoff und Zündvorrichtungen im Auto festgenommen worden. Da die Ermittlungsbehörden im Falle Barbaras die Zusammenhänge nicht durchschauten, hatte der Staatsschutz erst in Frankfurt eine „kriminelle Vereinigung" konstruiert, womit sie aber wohl ziemliche Schwierigkeiten haben...

Zappo: ... und sie haben dann versucht, weil Barbara in Frankfurt mit meiner Schwester zusammengewohnt hat, diese „Verbindungen" auszudehnen. Weil Mirca und ich noch bei Barbaras Prozeß waren, rechnet die BaW sie vermutlich zu unseren näheren Bekannten.

AK: Was sind denn die konkreten Vorwürfe gegen Euch?

Zappo: Konkret ist bisher niemandem etwas vorgeworfen worden. Ermittlungsbeamte haben sich an unsere Schreibmaschinen gesetzt und Erklärungen zu Esenshamm (Sprengung eines Stromleitungsmasten des AKW Esenshamm) und Verden (mehrstündiges Stoppen eines US-Militärzuges durch ein Stahlseil auf der Überleitung) in die Maschinen getippt. Deshalb nehmen wir an, daß sie uns diese Taten anhängen wollen.

Horst: Nochmal zu der Konstruktion der Gruppenzusammenhänge: Ich denke, daß nach der Computerauswertung die Anzahl derjenigen, die für die Taten politisch in Frage kämen, noch größer gewesen ist. Unter denjenigen gucken sie wahrscheinlich, wer Zusammenhänge untereinander hat und welche Verbindungen bestehen. Diese Verbindungen können ganz beliebig sein... Neben politischen Zusammenhängen in der Anti-AKW- und der Anti-Kriegs-Bewegung haben wir auch im Zuge meiner anwaltlichen Tätigkeit sehr viel Schrift- und Telefonverkehr miteinander gehabt.

Mirca: In unserem Falle trafen sehr verschiedene Interessen zusammen: Da ist einmal die Geschichte mit Barbara Augustin; dann hat ihnen die Geschichte mit dem Verfassungsschutzrausschmiß im Magen gelegen und sie brauchten noch 'ne zusätzliche Legitimation für die Bespitzelungsaktion; und dann wollten sie sicher ganz gerne die Bremer „Szene" mal etwas genauer ausleuchten.

AK: Es sei jetzt mal dahingestellt, ob sie Euch im Laufe des Ermittlungsverfahrens tatsächlich die Aktionen von Esenshamm und Verden vorwerfen. Immerhin handelt es sich dabei um Aktionen, die für sich vermutlich zu einer breiteren Solidarität ermuntern würden, die Euch konkret aber nicht zugeordnet werden können. Welche Bedeutung spielt nach Eurer Meinung der 129a-Vorwurf in diesem Zusammenhang?

Mirca: Der 129a ist in letzter Zeit immer häufiger zur Abschreckung eingesetzt worden, und um Leute direkt in den Knast zu stecken, weil der angebliche Verdacht eines 129a-Vergehens bereits ein Haftgrund ist. Am Fall der Frau, die ein vorbereitendes Flugblatt für einen eventuell zu erwartenden Hungerstreik gemacht hat, wird klar, daß mit dem 129a auch Leute ausgeschaltet werden, die in Zukunft mal was machen könnten, was den Herrschenden nicht ins Konzept paßt... Daß wir weiter frei rumlaufen können, ist auch ein Zeichen dafür, wie wenig sie gegen uns in der Hand haben.

Zappo: Gleichzeitig muß dabei bedacht werden, daß mit dem 129a-Vorwurf ein permanenter Haftgrund gegeben ist. Und sie können sich aussuchen, wann sie das anwenden. Der Staatsapparat kann andererseits die ganze Angelegenheit sich selbst überlassen, wenn der Einschüchterungseffekt, um den es ihnen ja auch geht, schon als ausreichend empfunden wird.

AK: Meiner Meinung nach ist es stark davon abhängig, was jetzt an Solidarisierung läuft. Es gibt Beispiele, daß Leute viel schneller eingeknastet wurden, wenn sie isoliert waren. Was gab's bisher denn für Reaktionen?

Mirca: Es gibt zwei ganz unterschiedliche Reaktionsweisen. Zu Horst, dessen Rechtsanwaltskanzlei durchsucht worden ist, läuft ziemlich viel. Verschiedene Gruppen, wie die Strafverteidigerinitiative, die Humanistische Union und der Republikanische Anwaltsverein haben ihre Empörung ausgedrückt. Dabei ist alles andere flachgefallen: Reaktionen aus dem liberalen Lager zu der Sache und dem 129a-Vorwurf insgesamt sind nicht gekommen. Und auch von der Linken gibt's wenig solidarische Reaktionen. Zum Teil ist das sicher Hilflosigkeit, aber wir haben auch erlebt, daß Leute von dem 129a-Vorwurf so erschreckt worden sind, daß sie dazu erstmal nichts machen wollen, weil ihnen ja ein Unterstützungsverfahren angehängt werden könnte.

Horst: Was öffentliche Reaktionen angeht, will ich das bestätigen. Persönlich haben uns jedoch viele Leute angerufen oder angesprochen, die fragten, was sie für uns machen können, ob sie uns unterstützen können.

Was ich mir an Arbeit von seiten der Linken vorstellen könnte, wäre, daß sie den Vorwurf des 129a als einen politischen und Sammelangriff begreift und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich macht, was Gegenstand dieses Verfahrens ist. Die Aktion in Verden wegen des Hungerstreiks und der Gefahr, daß Gefangene sterben sowie der Anwesenheit des US-Imperialismus hier; die Aktion von Esenshamm, daß gesagt wird, warum die Masten umgefallen sind. So ist 'ne Möglichkeit gegeben, die Aktionen vor der Öffentlichkeit zu vertreten, was leichter ist, als die Abwehr des allgemeinen 129a-Vorwurfs.

Mirca: Daß andere Gruppen sich öffentlich solidarisch verhalten, ist ein Aspekt der Arbeit, weil es für uns umso besser ist, je mehr Gruppen sich trotz dieses Vorwurfs solidarisch verhalten. Ein anderer Punkt ist: Wenn wir überlegen, warum sie uns das anhängen, kommen wir darauf, daß wir eine politische Arbeit machen, die denen nicht gefällt. Ich denke, deshalb ist es wichtig, daß die Gruppen die Arbeit weitermachen und sich nicht einschüchtern lassen.

Horst: Ich weiß nicht, wie es konkret aussehen könnte, aber gegen die Ausweitung des 129a in Hinsicht auf Tatbestände wie auf Täter muß viel mehr gemacht werden. Der 129a ist ein politisches Instrument der Gegenseite, das nicht ganz willkürlich eingesetzt wird, sondern gezielt nach politischen Notwendigkeiten, an Stellen und gegen Leute, bei denen der Staatsschutz damit bestimmte Ziele verfolgt. Es ist unsererseits notwendig, darauf eine politische Antwort zu erteilen.

AK: Als der 129a damals eingeführt wurde, war die Situation so, daß die allermeisten bis in die Linke rein so darauf reagierten, es ginge ja nur gegen die RAF, damit hätten sie nichts zu tun. Es war damals überhaupt nicht möglich, dagegen eine Arbeit zu entwickeln. Inzwischen hat sich die Lage geändert: Heute wird Leuten der Vorwurf des Verstoßes gegen 129a gemacht, die jetzt so politisch arbeiten, wie Mirca es vorhin forderte. Diese Leute geht das an, und das ist auch eine Chance für uns, zunächst für die Linken und dann liberale Kreise anzusprechen, sich nicht allein gegen Verletzungen des Rechts zu wenden, sondern das Recht selbst zu kritisieren.

Mirca: Das ist sicher richtig, daß die Leute mal gedacht haben, das ginge sie nichts an, das betreffe sie nicht. Sie sollten sich die Erfahrungen mit der extensiven Anwendung des 129a als Anlaß nehmen, bei Gesetzen, die heute eingeführt werden, zu überlegen, wie sie angewendet werden könnten, um zu wissen, wie sie angewendet werden sollen, wenn sich die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen.

AK: Wir danken Euch für das Gespräch.

Rufmord und Fälschung!

Das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gab dem „Weser-Report" (CDU-Sonntagszeitung) Nahrung für reaktionäre Hetze und reine Denunziation. Im Mittelpunkt der Angriffe: RA Horst Wesemann, der im „WR" vom 25.10.81 als „*Drahtzieher der Terrorszene*" vorgestellt wurde. Angereichert mit „Informationen", die der „WR" allein von den Ermittlungsbehörden haben kann, wurde mit voller Namens- und Adressennennung das Bild des schauerlichen „Rädelsführers" gezeichnet. Besonderer Höhepunkt: eine Fotomontage, bei der ein erkennungsdienstliches Bild von Horst aus dem Jahr 1978 auf einen fremden Oberkörper gesetzt wurde!

Auf diesen Vorgang haben 39 in der „Initiative Bremer Strafverteidiger" zusammengeschlossene Juristen mit einer Anzeige sowohl gegen den „WR" als auch gegen Unbekannt reagiert, denn das Erkennungsdienstfoto muß dem „WR" von Beschäftigten des Stadt- und Polizeiamtes oder der Staatsanwaltschaft zugespielt worden sein.

Freiheit für Sieglinde Hofmann!

Den schönen, liberalen Sonntagsreden von Minister Schmude und Baum zum trotz, demonstriert der freiheitlichste Rechtsstaat mal wieder unnachgiebige Härte – Stammheim for ever.

Seit dem 22. September tagt der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt mit dem Ziel, Sieglinde Hofmann für lebenslänglich im Knast verschwinden zu lassen.

Die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und der bisherige Verlauf des Prozesses lassen keinen anderen Schluß zu.

„Schreckensverbreitende Repräsentanz..."

Zum Prozeß ließen sich die hessischen Justizbehörden ein „Sicherheitssystem" für den Frankfurter Gerichtskomplex einfallen, „das ohne Beispiel ist". „*Polizeieinheiten mit Wachhunden und Wasserwerfern, so die Anordnung, sichern rund um die Uhr das gesamte Terrain. Gepäckkontrollen und Leibesvisitationen sind an den Eingängen zu allen drei Gebäuden vorzunehmen ... das alles durchgängig 'von Montag bis Freitag', also auch dann, wenn in Sachen Sieglinde Hofmann gar nicht verhandelt wird*" („Spiegel", 5.10.81).

Aus Protest gegen die Sicherungsmaßnahmen setzte ein Richter eine Verhandlung ab. „Die Durchführung eines rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrens" sei nicht mehr gewährleistet. Die Richterschaft des Landgerichts Frankfurt stellt in einer Resolution fest, daß der Ponto-Prozeß mit seinen Begleiterscheinungen das Ansehen der Gerichtsbarkeit und „*das Bild einer liberalen Justiz, vor allem in den Augen der jungen Generation, verdunkelt*" („HNA", 9.10.). Die Vereinigung Hessischer Strafverteidiger demonstrierte gegen die Sicherungsmaßnahmen, indem 50 Anwälte am zweiten Verhandlungstag eine Durchsuchung verweigerten. Sie sprachen sich gegen die „*schreckensverbreitende Repräsentanz der bewaffneten Exekutive*" aus („HNA", 30.9.). Ungeachtet dieser Proteste erklärte Bundesanwalt Zeis die Sicherheitsvorkehrungen für „*unbedingt erforderlich*" („FR", 1.10.). Sie seien „*notwendig im Interesse eines geordneten Verfahrens*" („FR", 23.9.). Der Staatsschutzsenat schloß sich natürlich der Meinung der Bundesanwaltschaft an. Für Richter Adalbert Schäfer sind die Maßnahmen „angemessen" („FR", 1.10.) Gegenüber der Verteidigung von Sieglinde legte Zeis noch eine Kohle zu. Zum Vorwurf der Verteidigung, es entstehe der „Eindruck eines Sondergerichts oder Militärverfahrens", erklärte Zeis, sie seien entweder „blauäugig und realitätsfern", oder sie unterstützen „unbewußt" die Forderungen der RAF. Antwort des Hamburger Anwalts Thomas Eissing: „Frechheit"! („FR", 1.10.). Die Methoden zur Sicherung passen zum Stil, der den Prozeß prägt.

Mitgegangen – mitgehangen

Nach ihrer Festnahme am 5. Mai 1980 in Paris stellte die Bundesanwaltschaft einen Auslieferungsantrag, in dem Sieglinde beschuldigt wird, der RAF anzugehören und an der versuchten Geiselnahme bzw. am Mord des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, im Juli 1977 beteiligt gewesen zu sein. Wie schon des öfteren bei Auslieferungsanträgen ist die Bundesanwaltschaft mit Beschuldigungen schnell zur Hand, kommt aber mit den Beweisen dafür nicht nach. So entschied das Pariser Appellationsgericht am 9.7.80 zwar die Auslieferung von Sieglinde, aber mit einer entscheidenden Einschränkung: Jegliche Form der Tötung von Ponto darf Sieglinde nicht angelastet werden. Nichtsdestotrotz klagt die Bundesanwaltschaft nun nach Paragraph 239a und 239b StGB, wonach zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt werden kann, wer bei Menschenraub oder Geiselnahme „leichtfertig den Tod des Opfers" verursacht. Über den Vorwurf der Verteidigung, mit dieser Anklage gegen das Auslieferungsabkommen zu verstoßen, setzte sich der Staatsschutzsenat hinweg. „*Für die Angeklagte geht es darum, ob lebenslange Freiheitsstrafe verhängt wird oder nicht*", erklärte Sieglindes Verteidigung. Zum Beweis der Unzulässigkeit der Anklage wollen sie als Zeugen Mitglieder der damaligen französischen Regierung sowie Pariser Richter hören lassen.

In der 112 Seiten starken Anklageschrift findet sich kein Satz, der eine konkrete Beteiligung von Sieglinde an der geplanten Entführung bzw. am Tod von Ponto belegt.

„*Gegen Sieglinde Hofmann gibt es ... keine handfesten Indizien. Wo es um den konkreten Tatbeitrag der ehemaligen Medizinstudentin geht, wird die Anklageschrift dünn und blaß. Fingerabdrücke im Fluchtauto? Fehlanzeige. Zeugen, die Frau Hofmann in Oberursel oder auf den Weg dahin erkannt hätten? Keine. Schriftliche Notizen über den Coup oder gar Einsatzpläne? Nichts*" („Stern", 17.9.). Die fehlenden Indizien sollen die beiden erprobten Kronzeugen Volker Speitel und H.J. Dellwo wettmachen. Speitel erklärte noch vor kurzem: „Ich werde keine Aussagen mehr machen" (Stern, 20.8.). Nun ja, glaubwürdig war er nie.

Mit den Kronzeugen will die Bundesanwaltschaft Sieglindes Zugehörigkeit zur RAF beweisen, um daraus schlußzufolgern, damit stehe sie „*doch als Kommandoangehörige und damit als Mittäterin des Anschlages fest*" (so Rebmann nach „Stern" vom 17.9.). Zur Erhärtung dieser Argumentationskette wird z.B. Dellwo vor Gericht aussagen, Sieglinde am 30. Juli 1977, um 14.00 Uhr in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt gesehen zu haben. Was Sieglinde um 17.10 Uhr desselben Tages gemacht hat, als im benachbarten Oberursel Ponto bei einem mißglückten Entführungsversuch getötet wurde, weiß Dellwo nicht. Ganz im Sinne der Logik der Bundesanwaltschaft beschäftigt sich der Staatsschutzsenat mit der Identifizierung von Fingerabdrücken aus konspirativen Wohnungen, um so die Zugehörigkeit von Sieglinde zur RAF zu beweisen.

Nach dem Motto „Mitgegangen – mitgehangen" soll Sieglinde verurteilt werden.

„Du Faschist, halt jetzt die Schnauze"

Welcher Geist im Gerichtssaal 146a weht, zeigt auch die Bestellung des Pflichtverteidigers Fritz Steinacker, „*bundesweit bekannt als Anwalt von NS-Tätern*" („FR", 9.10.), durch den Staatsschutzsenat.

Steinacker regelte die Rechtsgeschäfte des untergetauchten KZ-Arztes Aribert Heim. Auch im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß war er dabei. Für Dierk Hoff, Zeuge der Bundesanwaltschaft im Stammheim-Prozeß, übernahm er die Verteidigung. Auch kann er auf eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden Richter Schäfer zurückblicken. Schäfer bestellte ihn schon mal als Pflichtverteidiger, im Prozeß gegen Dorff und Tauras. Steinacker durfte für Schäfer auch privat tätig werden. Als dieser sich von einer Rundfunk-Journalistin beleidigt fühlte, ließ er seine Interessen als Nebenkläger von Steinacker vertreten.

Dazu stellte der übr'-e Staatsschutzsenat fest, „*wenn Richter Schäfer früher in eigener Sache Steinacker als Anwalt genommen habe, beweise dies nur, für wie qualifiziert er ihn halte*" („FR", 15.10.).

Eine Entpflichtung von Steinacker hat der Staatsschutzsenat ausdrücklich abgelehnt. Die Verteidigung versteht die Bestellung Steinackers „*nur als Provokation und als Angriff auf die Identität*" von Sieglinde. Sie selbst bezeichnete Steinacker als „*den passenden Deckel für diesen braunen Topf hier*"! („FR", 23.9.). Ansonsten gab sie unmißverständlich zu verstehen, daß sie mit ihm nichts zu tun haben will: „*Du Faschist, halt jetzt die Schnauze.*"

Solidarität tut not ...

Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Prozeß gegen Sieglinde in den Spalten der linken Zeitungen gar keine oder nur dürftige Resonanz findet. Von praktischer Solidarität ganz zu schweigen. Sieglinde ist eben keine „Aussteigerin", wo man/frau an die Liberalität der Justiz appellieren kann und keine Angst haben muß, selbst gleich als „Terrorist" abgestempelt zu werden. Wo die „taz" ihre Seite Tagesthemen zur Verfügung stellt. Professoren einen Brief an Schmude schreiben usw.

Der Distanzierungsdruck lähmt die Solidarität. Liefert die Gefangenen ein Stück weiter der Willkür der Justiz aus. Solidarität ist dagegen eine Waffe. Fangen wir an. ... Wer Sieglinde schreiben will: JVA Frankfurt Preungesheim, Homburger Landstr. 112, 6000 Frankfurt 50.

Freiheit für Sieglinde!

F., KB Kassel

Morddrohung gegen Anwälte und Angeklagte

„Bei den Lübecker Nachrichten (LN) war ein Drohbrief eingegangen, in dem es hieß, daß einer der Angeklagten sowie ein Verteidiger 'zur Hölle fahren' würden. Unterzeichnet war der Brief mit 'Aktion Neue Justiz'" („LN", 29.10.).

Die „LN" verschweigt, daß in dem Schreiben weiter zu lesen war, „Kommunisten- und Terroristenschweine" dürften nicht frei herumlaufen, und daß diese überhaupt von „Anwaltsschweinen" verteidigt werden dürften. Als „Verseuchung der Justiz" werteten die Drohbriefschreiber, daß vor Gericht überhaupt über eine Einstellung des Verfahrens verhandelt wurde. Für den Fall, daß im „Mengwachenprozeß" und „Hausbesetzerprozeß" Urteile gefällt würden, die nicht im Sinne der Drohbriefverfasser sind, kündigten sie an, daß „ein Anwalt und ein Angeklagter zur Hölle fahren würden."

Das Vokabular läßt einwandfrei darauf schließen, um was für Leute es sich dabei handelt: nämlich Neo-Nazis.

Worum geht es bei dem Mengwachenprozeß?

Gegen fünf Lübecker/innen sind Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung angestrengt worden. (Eine der Angeklagten ist leider bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen und einer der Angeklagten Algis K. ist untergetaucht auf der Flucht wegen Fahren ohne Führerschein, Alkohol am Steuer usw. A. ist AKW-Gegnern bekannt als (ehem.) Chef der AFU/Lübeck. Dieser Sack hat sich dem Staatsanwalt angeboten, in deren Sinne auszusagen, um sich wegen der anderen Delikte freizukaufen.)

Was war damals geschehen?

Der KBW hat vor 3 1/2 Jahren einen Informationsstand in der Fußgängerzone aufgebaut und vorher nicht angemeldet. (In Lübeck müssen Infostände angemeldet und 15 DM pro Tag bezahlt werden.)

Die KBW'ler sahen berechtigterweise nicht ein, daß sie ihren Stand auf Wunsch der Polizei abräumen sollten. Daraufhin erschien ein Abräumkommando und ein Greifertrupp. Viele Passanten, darunter die Angeklagten, protestierten gegen die Räumung. Der spätere Angeklagte P. wurde von Bullen gewürgt und im Polizeigriff zum Einsatzwagen geschleppt. Hierbei wurde auch Tränengas eingesetzt. Frau S. und ihr Freund, der zu der Zeit einen gebrochenen Arm in Gips trägt, werden von Polizisten ohne ersichtlichen Grund mehrfach ins Gesicht geschlagen. Der schon erwähnte Algis K. fotografierte die Vorfälle. Ihm wird die Kamera aus der Hand geschlagen und der Film vernichtet. Anschließend wurden diese vier Personen zur Mengwache gefahren. In der Zelle wurde P. dann von den Bullen mehrfach auf den Kopf geschlagen und in den Rücken getreten.

Die Angeklagten schreiben in einem Flugblatt zum jetzigen Prozeß: „Durch die Verschleppung des Prozesses sollte dieser für die Mengwache durchaus nicht untypische Vorfall offenbar in Vergessenheit geraten und eine Solidarisierung mit den Angeklagten erschwert werden. (Damals hat es paar Tage nach den Vorfällen eine Demonstration mit 400 Menschen gegeben. Anm. AK). Außerdem ist in den 3 1/2 Jahren trotz Anzeige gegen die Schlägerpolizisten kein Verfahren eröffnet und mehrfach die Ermittlungen gegen sie eingestellt worden."

Der Prozeßverlauf

Obwohl Beobachter der damaligen Ereignisse, was den angeblichen Widerstand angeht, dies als Bagatelle ansahen — P. hatte, wie er im Schwitzkasten des Bullen war, keine Luft mehr bekommen und wehrte sich durch eine Beinschere, die beide zu Fall brachte — wird ihnen jetzt der Prozeß gemacht, als wären sie Schwerverbrecher.

Dieser Eindruck wird schon dadurch erweckt, daß die Zuschauer am ersten Verhandlungstag wie bei „Terroristen-Prozessen" ihre Ausweise vorlegen mußten und nach Waffen durchsucht wurden.

Schon am ersten Verhandlungstag zeigte sich, daß von den Hauptbelastungszeugen der Staatsanwaltschaft keine wahrheitsgemäße Darstellung der Ereignisse zu erwarten ist. So behauptete ein Bulle, daß P. in der Zelle „nur" viermal mit dem Schlagstock auf den Oberarm geschlagen worden sei. Bei dieser Aussage blieb er, obwohl ihm vorgehalten wurde, daß P. laut Attest des Krankenhauses vom selben Tag zwar am ganzen Körper, aber nicht an den Oberarmen verletzt war. Das Demokratieverständnis dieses Bullen wurde deutlich, als er gefragt wurde, ob die Menschen vor dem KBW-Stand etwas riefen. Er antwortete, sie riefen was von „Meinungsfreiheit und so'n Quatsch". Ein anderer Bulle ging in der Boykottierung der Wahrheitsfindung noch einen Schritt weiter, indem er zu seinen Prügelaktivitäten in der Zelle die Aussage verweigerte, um sich nicht selbst zu belasten. Dies alles ließ den Richter völlig kalt — im Gegenteil, er schien ein festes Urteil im Kopf zu haben, wonach er sich die Aussagen der Zeugen zurechtbog. So frischte er z.B. das Gedächtnis der Polizeizeugen durch ihre früheren Aussagen auf, sobald Gedächtnislücken in bezug auf belastende Aussagen auftraten, Widersprüchlichkeiten in deren Aussagen vertuschte er mit dem Hinweis, daß alles schon so lange her sei.


H. J. Vincenti Dudek

Ganz anders sein Verhalten bei den Zeugen der Verteidigung. Während er die Bullen mit Glacéhandschuhen anfaßte, nahm er einen Zeugen der Verteidigung gleich anderthalb Stunden ins Verhör, um diesen offensichtlich in Widersprüche zu verwickeln. Sogar seine Beisitzer- und Schöffenstatisten, bislang stumme Beobachter des Prozeßgeschehens, sahen sich jetzt aufgefordert, Fragen an den Zeugen zu richten.

Am dritten und vorerst letzten Prozeßtag traf dann die Morddrohung ein. Eigentlich sollte der Prozeß am Montag, dem 2.11. weitergehen, durch die Morddrohung hat der Richter als nächsten Prozeßtag den 9.11. angesetzt.

Allerdings sind die Anwälte nicht bereit, den Prozeß weiterzuführen, wenn die Ermittlungen gegen die Drohbriefschreiber nicht abgeschlossen sind. Ein Anwalt ging sogar so weit und ist nicht mehr bereit, wieder nach Lübeck zu kommen — er kommt aus Kiel — falls kein Geständnis vorliegt und kein Schuldiger ermittelt wurde.

KB/Lübeck

Ausländervertreter zieht Konsequenzen!

„Hiermit erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt als Ausländervertreter aus der Insassenvertretung (I.V.-Vorstand) der Justizvollzugsanstalt II in Hamburg-Fuhlsbüttel.

Meine Gründe für diesen Schritt erläutere ich nachstehend anhand verschiedener Beispiele:

1. Laut Satzung der I.V. darf jedes Vorstandsmitglied jederzeit auf die Isolierstation D I, wo es in letzter Zeit mehrere Selbstmordversuche – und in einem Fall sogar einen vollendten Selbstmord – gegeben hat, um dort Mitgefangene zu besuchen. Das gleiche (bezogen auf die Besuchserlaubnis) gilt für die Zugangsstation A I. Dies schien jedoch nicht für mich, dem Ausländervertreter, zu gelten. Erst nach mehreren Rückfragen seitens der diensthabenden Stationsbeamten beim Aufsichtsdienstleiter, durfte ich mit den Mitgefangenen sprechen.

2. Uns allen ist bekannt, daß in der Zahlstelle (Kasse) chaotische Zustände herrschen, worauf von uns (I.V.) gegenüber der Anstaltsleitung wiederholt hingewiesen worden ist. So kommt es immer wieder vor, daß Mitgefangene aufgrund von Fehlbuchungen zum Monatsende oftmals ihr ohnehin geringen Arbeitsentgelt nicht zur Verfügung haben bzw. teilweise nicht darüber verfügen können.

Als ich in einer Sitzung mit der AL u.a. sagte: „Wegen einer Fehlbuchung, die der Gefangene nicht zu verantworten hat, muß er betteln gehen?" Darauf erwiderte der stellvertretende Anstaltsleiter Husen: „... Sie drängen ja so nach Perfektion, wie ist es denn damit bei Ihnen in der Türkei ...?" – Das ist natürlich auch eine Antwort. Nach diesem Dialog haben alle Anwesenden ein breites Lächeln an den Tag gelegt. Was die wohl über die Türkei denken?

3. Nachdem ich erfahren hatte, daß sich der Mitgefangene Fred R. bereits seit einigen Tagen auf der Isolierstation D I befand (zur Verbüßung einer Arreststrafe) und dort einen Hungerstreik angefangen hatte, wollte ich in einer Sitzung von Anstaltsleiter Sarodnick, der ja für alles, was in der Anstalt passiert, verantwortlich ist, wissen, seit wann sich Fred R. im Hungerstreik befindet und welches seine Motive und Forderungen sind. Seine Antwort: „Er ist im ZKH (Zentralkrankenhaus in der Hamburger Untersuchungshaftanstalt), aber ich weiß weder über den ersten Punkt noch über den zweiten Punkt Ihrer Frage nichts genaues..."

4. Als ich in einer Sitzung mit Herrn Sarodnick wegen der Vernehmungsaktion der Staatsanwaltschaft im Polizeipräsidium (angebliche Rauschgiftaffäre) sagte, daß wir Gefangenen uns von ihm an die Staatsanwaltschaft verkauft fühlten, erhielt ich keine Antwort. Später las ich allerdings in der Presse (Hamburger Abendblatt), daß er lediglich mit der spektakulären Durchführung dieser Aktion (Zwangsvorführung und Transporterzwingung unter Androhung und Anwendung von Gewalt) nicht einverstanden gewesen sei.

5. Als ich in einer weiteren Sitzung mit der AL vortrug, ob die Mitgefangenen islamischen Glaubens an ihrem „Weihnachten" (Opferfest) am 8. und 9.10.1981 (Donnerstag und Freitag) von der Arbeit freigestellt werden könnten, um dieses Fest gemeinsam in ihren Zellen feiern zu können (natürlich nur jene, die dieses Fest feiern möchten), gab mir Herr Sarodnick zur Antwort: „Kriegen die christlichen Gefangenen in der Türkei Weihnachten auch frei? Und wie ist es hier am Weihnachtsfest?" – Noch während ich dieses vortrug, haben einige I.V.-Mitglieder sich darüber köstlich amüsiert und ein einzelnes I.V.-Vorstandsmitglied sagte ironisch lachend: „Weihnachten haben die (gemeint waren islamische Mitgefangene) das Recht auf Arbeit...". Er hatte es ersichtlich schwer, sein Lachen unter Kontrolle zu halten. Herr Husen dagegen sagte: „Ich denke, sie alle wollen Deutsche werden?" Daraufhin gab es erneut das oben bereits erwähnte breite Lächeln.

Was soll man dazu sagen? – Mir fiel dabei nur ein, daß der ehemalige Anstaltsleiter Dr. Stark einmal gesagt hat: „Die ausländischen Gefangenen sind selber schuld, daß sie im Knast sind..." (Siehe „INFO Nr. 12" der damaligen Insassenvertretung vom Frühjahr 1979).

6. Wenn ein Problem in der Konferenz mit der AL vorgetragen wurde, dann bekam man stets zur Antwort: „Wir werden es in der Anstaltskonferenz (Konferenz mit Abteilungsleitern und Psychologen) besprecnen". Ein Beispiel: Sind Werkbeamte einmal nicht im Dienst (Schulung, Kurse etc. pp.), dann werden die Gefangenen nicht zur Arbeit gelassen und verlieren dadurch ihren Lohn. Daraufhin konkret angesprochen, erwiderte die AL: „Sprechen Sie doch mal mit dem Anstaltsbeirat oder schreiben Sie an den Gesetzgeber. Wir sehen ja ein, daß diesbezüglich eine Änderung herbeigeführt werden muß, aber uns sind die Hände gebunden..."

Ich könnte hier noch mehrere andere Beispiele anführen, meine aber, daß die bereits geschilderten Beispiele ausreichen, um dem unbefangenen Leser dieser Rücktrittserklärung klar zu machen, daß unter den gegebenen Umständen eine sinn- und wirkungsvolle Interessenvertretung nicht möglich ist. Für mich stellt sich das Verhalten der AL als Teil einer Hinhaltetaktik dar, die ich – im Interesse meiner Mitgefangenen – nicht mehr länger verantworten kann.

Hamburg, den 4. Oktober 1981

- AYDIN D. -

Zum Offenen Brief an die Gefangenen der RAF – „... ein glatter Fehlgriff"

Nach Meinung der Verfasser des „Offenen Briefes" erfolgte der Abbruch des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF, „ohne verbindliche Zusage seitens der Bundesregierung/Justiz". Demgegenüber steht die Zusage von Bundesjustizminister Schmude und den Länderjustizministerien: Zusammenlegung in Gruppen von vier bis sechs Gefangenen, kein Gefangener sollte mehr in Einzelisolation sitzen. Für jeden einzelnen Gefangenen war konkret eine entsprechende Zusammenlegung ausgehandelt worden. Man mag über den Begriff „verbindliche Zusage" streiten, aber in anbetracht der o.a. Zusage den Hungerstreik als Null-Erfolg zu bilanzieren, ist nur mit einem mittelmäßigen Taschenspielertrick möglich: die Kriterien werden so hoch geschraubt, daß eine Durchsetzung unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich ist.

Seit dem Abbruch des Hungerstreiks am 16.4.81 ist es in der Linken und auch in den Spalten des Arbeiterkampf um die Gefangenen ruhig geworden bzw. Funkstille eingekehrt.

Schmude hat die Gefangenen und deren Angehörigen getäuscht, die Zusagen wurden nicht eingehalten. Sein mißlungener Versuch sich herauszureden kann in der TAZ vom 13.10. nachgelesen werden.

In diesem halben Jahr hätte auch der KB die Pflicht gehabt, initiativ zu werden! Und wenn schon ein Offener Brief, warum dann nicht an Schmude oder die Oberen der bundesdeutschen Justiz?

Das Nichtverhalten/Ignorieren bis in die Reihen der unterzeichnenden Organisationen ist allzu offensichtlich. Peinlich wird es, wenn ihr denen, die nicht am Schreibtisch verharren, vorwerft sich „nur wenig um Bündnispartner in der fortschrittlichen Öffentlichkeit bemüht (zu) haben" — mag sein, und ihr?

Grundlage hierfür wäre erst einmal eine breit angelegte Enthüllungsarbeit über die Nichteinhaltung gemachter Zusagen Schmudes gegenüber den Gefangenen aus der RAF und dem Vermittler Amnesty-Generalsekretär Frenz. Wer im Arbeiterkampf danach sucht wird nichts finden.

Daß der „Offene Brief" von Leuten benutzt wird, die inhaltliche Kritik an den Forderungen und Aktionen der Gefangenen aus der RAF nur benutzen um ihr Nichtstun zu kaschieren bzw. eine Entsolidarisierung weiter vorantreiben, belegt u.E. der rasche Abdruck eures Briefes in der TAZ, sogar auf Seite 1 angekündigt. Macht euch das nicht stutzig?

Nun zu einigen Details eures „Offenen Briefes", die wir falsch finden.

Ihr argumentiert, die Bewegung hätte sich angesichts des letzten Hungerstreiks nicht verbreitert, nur noch „ein kleines Häuflein derjenigen, die noch bereit sind" die politischen Gefangenen zu unterstützen, habe sich „verstärkt aktiviert". Dem wollen wir die Aussage eines Genossen/in des IKAH, das den „Offenen Brief" ja auch unterzeichnet hat, aus AK 205 entgegenhalten: „Immerhin ist aber wohl festzustellen, daß jedenfalls in den letzten Wochen des Hungerstreiks eine beachtliche Öffentlichkeit zustande gekommen ist, die sich für die Hungerstreikenden einsetzte, namentlich kirchliche Kreise". Erinnern sollten wir uns in diesem Zusammenhang auch an Erklärungen/Stellungnahmen bundesdeutscher Medizinier gegen die Zwangsernährung (einen Protest, den es in einer solchen Breite vorher nicht gab), aber auch gegen die Isolationshaft (vgl. die Spiegeltitelgeschichte v. 13.4.81).

Wenn ihr von „allgemeiner Müdigkeit und Abgeschlafftheit innerhalb der Linken" schreibt, trifft das bestimmt auf die Altlinken vom Schlage der „Modernen Zeiten" zu. Auch auf die Linken, die lang und schlapp über Exterminismus diskutieren. Sie alle haben spätestens seit 1977 ihr Raster zur Solidarität mit den politischen Gefangenen im Kopf: Solidarität mit Worten, aber keine Taten. Zum Glück gibt es ja da die sektiererische Politik der sogenannten „Unterstützergruppen", womit man sein Nichtverhalten immer begründen kann. Nur glaubwürdig ist das nicht. Bei den Leuten, die heute aktiv Politik machen, praktisch an den Bewegungen teilnehmen, hat der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF eine Unterstützung und Anteilnahme erfahren. Ob euch das nun gefällt oder nicht.

Ihr macht es Euch zu einfach, wenn es um die Frage geht, warum sich die Solidaritätsbewegung nicht breiter entwickelt hat. Auch hierzu nochmal aus dem zitierten AK-Artikel: „Ich bin immer noch der Meinung, daß die massive Kriminalisierung, wie sie gerade auch im letzten Hungerstreik in atemberaubender Breite durchgezogen wurde, die Solidaritätsarbeit mindestens genauso behindert wie falsche Forderungen" — ihr müßt Euch die Frage gefallen lassen, warum der Aspekt der sofortigen Kriminalisierung all derer, die mal eine Parole gesprüht oder sogar „nur" ein Flugblatt verteilt oder ein Plakat geklebt haben, in eurem „Offenen Brief" einfach getilgt wurde.

Man mag die Ergebnisse des Hungerstreiks einschätzen wie man will, wie ihr aber zu folgender Aussage kommt, ist uns schleyerhaft: „Aber selbst wenn ihr — die pol. Gefangenen — ohne breite Unterstützung dieses Mal Minimalzugeständnisse tatsächlich erreichen könntet, wie die Zusammenlegung in Kleingruppen zu dreien oder vieren, so wäre das kein Erfolg". Wer entscheidet das? Ihr an euren Schreibtischen? Sowas Arrogantes haben wir schon lange nicht mehr gelesen. Wozu glaubt ihr, wurden die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Trakts gebaut? In erster Linie doch, um die Identität der Gefangenen zu brechen, das einzige, was sie im Knast noch haben. Die Forderung nach Zusammenlegung zielt doch gerade darauf ab, ein Minimum an Auseinandersetzung unter ,,seinesgleichen'' zu erhalten. Zu Dritt oder Viert isoliert zu sein ist eine Form der Folter, allein isoliert zu sein eine Steigerung. Genau um diesen ,,kleinen Unterschied'' gingen doch die Verhandlungen von AI und Schmude. Warum sträubt sich denn der Staat, die Gefangenen aus der RAF zusammenzulegen und riskiert damit vielleicht auch einen neuen Hungerstreik?

Ihr merkt richtig an, daß es eine Voraussetzung für einen gemeinsamen Knastkampf sei, ,,gegen jegliche Sonderbehandlung von Gefangenen, für die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte'' einzutreten. Hier wird euch kein Gefangener der RAF widersprechen. Eure Formel erklärt aber noch lange nicht die Weigerung von Gefangenen in den sogenannten ,,Normalvollzug'' integriert zu werden. Verena Becker schreibt aufgrund ihrer Erfahrungen in Preungesheim dazu: ,, ... politische Orientierung, die wir brauchen, um politisch handlungsfähig zu sein, kann ich mir dabei nicht erkämpfen, weil die gefangenen Frauen aus anderen Zusammenhängen kommen und für sich andere Perspektiven haben als wir. Die Frauen hier können das nicht nur verstehen, sondern auch nachvollziehen, d.h. sie begreifen, warum wir unsere Zusammenlegung fordern, um als einzelne (..) nicht über Jahre die politische Identität rausnormalisiert zu bekommen. Im Gegensatz zur Linken ist für sie meine/unsere Forderung folgerichtig, nicht gegen sie oder arrogante Verachtung ihnen gegenüber''. Bleibt anzumerken, daß Gefangene der Selbsthilfegruppe Preungesheim Verenas Forderung, in einer Erklärung unterstützt haben.

Facit: Dezent gesagt, halten wir euren ,,Offenen Brief'' für einen glatten Fehlgriff und der KB sollte schleunigst seine Unterschrift zurückziehen. Besser gesagt die Leute vom KB, die den Brief unterschrieben haben.

F., R./KB Kassel

Kurze Entgegnung zum Leserbrief aus Kassel

Erfolg des letzten Hungerstreiks?

Ihr wendet euch dagegen, den Hungerstreik mit einem Null-Erfolg zu bilanzieren. Dem könnt ihr aber tatsächlich nichts entgegensetzen und versteigt euch deshalb zu einer völlig absurden Behauptung. Die angeblichen Zusagen sind doch nicht d e s w e g e n nicht realisiert worden, weil ,,die Kriterien (von uns!!) so hochgeschraubt werden, daß eine Durchsetzung unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich ist''. Fakt ist: sie s i n d nicht durchgesetzt worden. Also m u ß es — unabhängig von unserem subjektiven Wollen oder angeblichen Fehleinschätzungen — irgendwelche o b j e k t i v e n Gründe dafür geben. Und die sind nach unserer Ansicht, daß von Anfang an gar nicht die wirkliche Absicht bestand, die Versprechungen zu erfüllen, sondern daß die Versprechungen den HS beenden sollten, was dann ja auch passiert ist. Ihr müßtet schon konkret benennen, warum ihr meint, diese Verarschung als Erfolg behandeln zu können.

Euer Vorwurf des „Nichtverhaltens"

Sicher versucht Schmude sich herauszureden, sicher muß man seine hinterhältige Taktik gegenüber den Gefangenen im letzten HS anprangern. Aber wir machen uns eben nicht die Illusion, daß dadurch die Forderungen der Gefangenen mehr Durchsetzungschancen haben. U.E. kann allein eine breite Knastbewegung die Haftbedingungen der Gefangenen wirklich und nachhaltig verbessern. Insofern sehen wir die Aufgabe, die sich für uns heute stellt, nicht darin, uns unsererseits für einen Kampf, dessen Stoßrichtung wir für falsch halten, auf dessen Linie um ,,Bündnispartner in der fortschrittlichen Öffentlichkeit'' zu bemühen. So steht es auch im ,,Offenen Brief'': ,, ... wir sehen in dem Nicht-Verhalten auch die Reaktion auf die momentanen Inhalte eures Kampfes...''

Was eure Forderung nach einer breiten Enthüllungsarbeit über die Nichteinhaltung gemachter Zusagen angeht, so ist ein Anfang dazu in AK 209 bereits gemacht worden. Daß darüber im AK nichts zu finden ist, stimmt also nicht. Weitere Enthüllungsarbeit ist hier sicher noch zu leisten, was allerdings sehr mühselig ist, weil die Justiz ausgesprochen undurchsichtig und widersprüchlich operiert.

Zur Breite der Unterstützung

Ihr habt euch ein Zitat aus dem ,,Offenen Brief'' herausgepickt, um daran die angebliche Unsinnigkeit der Argumentation nachzuweisen. Aus dem Gesamtzusammenhang des ,,Offenen Briefes'' geht aber hervor, daß die unaufhebbare p o l i t i s c h e Isolierung des Kampfes der RAF-Gefangenen gemeint ist und kritisiert wird. Dem wird die Perspektive eines Knastkampfes gegenübergestellt, mit dessen Inhalten sich die fortschrittlichen Menschen identifizieren können. Diese p o l i t i s c h e Isolierung des Kampfes der RAF-Gefangenen kann auch nicht durch die Aufzählung dieser oder jener Resolutionen, Unterschriftensammlungen usw. wegdiskutiert werden. Richtig daran ist nur, daß anläßlich des letzten HS die Haftbedingungen der politischen Gefangenen wieder verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiert worden sind und daß es z.T. sehr gute und effektive Reaktionen z.B. der Arzte gegen Zwangsernährung gegeben hat. Nur: worauf z i e l t e n denn diese Aktionen hin? Eben wegen der politischen Beschränktheit der Forderungen der RAF-Gefangenen mündete dieses Engagement eben n i c h t in einer Identifikation mit den Inhalten des Kampfes, sondern blieb auf einer Stufe stehen, die eine Verbreiterung des Kampfes nicht zuläßt. Das breitere Engagement von Ärzten, kirchlichen Kreisen u.ä. beim letzten Hungerstreik zielte, wo und insofern es entstand, auf die Rettung des nackten Lebens der Gefangenen. Diese Solidarität hatte doch auch zugleich die Stoßrichtung: ‚Leute, brecht den Hungerstreik ab; das bringt nichts'; und gegenüber dem Staat: Appell, Todesfälle zu vermeiden, um ,,Eskalationen'' zu verhindern usw. Eine effektive Solidarität im Sinne der Durchsetzbarkeit von Haftverbesserungen ist auf der bisherigen Linie nicht erreichbar.

Daß die Kriminalisierung der Solidarität mit dem HS das ihre zur Isolation des Kampfes um bessere Haftbedingungen beigetragen hat, ist im ,,Offenen Brief'' nicht bestritten worden. Das war auch gar nicht das Thema, insofern besagt es nichts, wenn diese Tatsache im ,,Offenen Brief'' nicht erwähnt wird. Die Solidaritätsarbeit des IKAH und KB in dieser Frage zeigt aber, daß wir diesen Aspekt keineswegs ,,vergessen'' haben...

Zusammenlegung oder Integration in den Normalvollzug?

Selbstverständlich bedeutet die Zusammenlegung zu mehreren Gefangenen für die Betroffenen zunächst subjektiv eine Verbesserung, einfach weil man Trakt, Schikanen besser ertragen kann als in Einzelisolation. Dennoch beweisen Gutachten und praktische Erfahrung, daß bei Kleingruppenisolation langfristig dieselben schweren Schäden auftreten wie bei Einzelisolation. Das wissen auch die Gefangenen. Deswegen ist es u.E. politisch absolut ungerechtfertigt, einen Hungerstreik um L e b e n und T o d zu führen, um am Ende eine andere Form der F o l t e r zu erreichen!

Darüber hinaus halten wir es auch deswegen für sehr gefährlich, sich auf diesen ,,Kompromiß'' einzulassen, weil ein Kampf der RAF-Gefangenen in d i e s e r Logik fortgesetzt gar keine Chancen mehr auf Unterstützung in der Öffentlichkeit hätte. Daher ist die von den Gefangenen zunächst empfundene Verbesserung sehr trügerisch.

Außerdem steht die Alternative ja nicht so einseitig: Einzel- oder Kleingruppenisolation. Hier müssen sich die Gefangenen — Sonnenberg und Meyer z.B. — schon die Frage gefallen lassen, was sie sich davon versprechen, den Hofgang und gemeinsame Arbeit mit anderen Gefangenen abzulehnen und s t a t t d e s s e n ihre Zusammenlegung zu fordern. Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit für die RAF-Gefangenen, auch gemeinsam etwas machen zu können. Die Integration in den Normalvollzug steht der Forderung nach gemeinsamem Umschluß mit Gefangenen seiner Wahl ja überhaupt nicht entgegen und ist im übrigen selbstverständlich für j e d e n Gefangenen zu stellen. Die Forderung nach gemeinsamem Umschluß, Freizeit usw. ist nichts, was die RAF für ihre spezielle Situation gepachtet hat. Darin liegt der Unterschied zur Linie der RAF.

IKAH

Nürnberg:

Terrorurteil gegen Hausbesetzer

Wieder einmal hat Bayern, nach Massenverhaftung und CS-Gas-Einführung, seine Vorreiterfunktion in Sachen Repression unter Beweis gestellt.

Nachdem fast die Hälfte der 18 Hausbesetzer, die im April '81 eine seit Jahren leerstehende Villa in Nürnberg besetzt hatten, bereits 7 Monate in U-Haft saßen, wurde gegen die ersten acht Besetzer am 2. November '81 das Urteil gefällt.

Alle acht Besetzer wurden nach § 129 (Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) verurteilt, ebenso nach § 113 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) und nach § 123 (Hausfriedensbruch).

Während sieben der Hausbesetzer Jugendarrest bzw. zwischen 4 und 12 Monaten auf 3 Jahre Bewährung erhielten, wurde der Angeklagte L. zu 1 Jahr 9 Monate ohne Bewährung verurteilt. Außerdem wurde bei ihm zusätzlich § 125 (Landfriedensbruch) zugrundegelegt, obwohl der Staatsanwalt keine Anklage nach § 125 erhoben hatte.

L., gegen den z.T. weniger an konkreten Vorwürfen vorlag als gegen andere, war während des Prozesses dadurch aufgefallen, daß er als einziger eine politische Erklärung sowohl zum Prozeß selbst als auch zu Hausbesetzungen im allgemeinen abgab. Aber Gesinnungsurteile gibt es bei uns ja Gott sei Dank nicht ...

Das Terrorurteil gegen L. stellt die bislang härteste Strafe gegen Hausbesetzer in der BRD dar. Doch der Staatsanwalt ließ bereits durchblicken, daß im 2. Block, der ab 9. November zur Verhandlung ansteht, noch höhere Strafen gefordert werden sollen.

Ene mene mu — kriminelle Vereinigung bist du!

Die Verurteilung nach § 129 ist als „Piloturteil" zu werten, da derzeit über 300 Ermittlungsverfahren nach § 129 in Freiburg und Berlin anstehen, d.h. die bayerische Schablone soll wohl bundesweit Anwendung finden.

Schaut man sich die Urteilsbegründung an, dann ist letztlich jeder, der sich gegen die herrschende Politik wehrt, nach § 129 einzuknasten! Denn laut Gericht sind die Besetzer eine kriminelle Vereinigung, weil sie ein gemeinsames Flugblatt verfaßt und ihr Vorgehen zu der bevorstehenden Räumung abgesprochen hätten. Ob Startbahn-, Kriegs- oder AKW-Gegner — in Zukunft wird uns das gemeinsame Band der kriminellen Vereinigung aufs engste miteinander verknüpfen. Und wehe denen, die sich vorher schon kannten — die werden als Gründer dieser bundesweiten kriminellen Vereinigung auserkoren sein.

Zur Vorgeschichte

Das im April besetzte Haus wurde vor der Räumung verbarrikadiert. Während der Räumung wurden wahllos Gegenstände aus dem Fenster geworfen: Pappbecher, Matratzen, Flaschen, Steine. Es wurde nicht gezielt geworfen und kein einziger Polizist wurde verletzt. Alle Besetzer ließen sich widerstandslos festnehmen.

Der Prozeßverlauf

Wie auch jetzt in den 5.März-Prozessen, wurde das Verfahren in 2 Blöcke aufgeteilt, so daß die Beschuldigten einmal als Zeugen und einmal als Angeklagte fungieren sollen.

Nachdem ein auf diese Art gewonnener Zeuge die Aussage verweigerte, griff der Staatsanwalt auf die Vernehmungsprotokolle zurück. Die Aussagen dieses Zeugen sind darin voller Widersprüche: z.B. bestreitet er zuerst jede Art von Organisationsstrukturen im besetzten Haus, alles sei spontan entstanden; bei der nächsten Vernehmung gibt er an, es habe eine Gruppe von 2 - 3 Rädelsführern — unter ihnen auch der zu Knast verurteilte Angeklagte L. — gegeben, die Gewalt befürwortet hätten. Die Staatsanwaltschaft greift sich, obwohl die Widersprüchlichkeiten nicht durch eine weitere Vernehmung geklärt wurden, die Punkte heraus, die sie benötigt, um die Gründung einer kriminellen Vereinigung zu unterstellen. Und so bleibt diese Aussage die einzige Grundlage für die Anklage gegen L. Sonst liegt nichts gegen ihn vor.

Staatsanwalt oder Volksverhetzer??

Am 3. Prozeßtag hält der Staatsanwalt sein Plädoyer, dessen politischer Rundumschlag nur noch als Volksverhetzung bezeichnet werden kann: Er mutmaßte Indoktrinäre im Jugendzentrum KOMM, sah dieses als Nährboden für Hausbesetzungen an, diffamierte u.a. die Nürnberger bürgerliche Presse als linke Hetzpresse und gipfelte in der Behauptung, der Münsteraner Staatsrechtler Prof. Erich Küchenhoff sei ein „Herumreisender in Sachen Anarchie", ein „verantwortungsloser Scharlatan", weil er bei Hausbesetzungen den Tatbestand des Hausfriedensbruches nicht als erfüllt ansehe und wünschte sich, Herrn Küchenhoff auf der Anklagebank zu sehen (Prof. Küchenhoff hat inzwischen Strafanzeige gestellt, so daß zu hoffen ist, daß der Staatsanwalt auf der Anklagebank landet – doch wer glaubt noch an den Weihnachtsmann??).

Denn erstens kommt es anders ...

Normalerweise wären jetzt die Plädoyers der Anwälte an der Reihe gewesen. Stattdessen startete die Verteidigung eine Offensive. Ein Anwalt stellte den Antrag, den Staatsanwalt und den Leiter des Staatsschutzes, H. Dix, als Zeugen zu laden, da be-



gründeter Verdacht bestehe, daß es sich bei dem seit einigen Wochen flüchtigen Angeklagten G. um einen agent-provokateur handelt.

Kleine Geschichte eines Bullen-Spitzels

Der Angeklagte G. trat während der Besetzung ständig als Anführer und Vertreter der „gewalttätigen Linie" auf. Nach seiner Festnahme verweigerte G. die Aussage und wurde auf eigenes Verlangen dem Leiter des Staatsschutzkommissariats, H. Dix, vorgeführt. Dix sagte bei seiner Vernehmung vor Gericht unter Eid aus, daß G. auch bei ihm die Aussage verweigert hätte. Über das, was Dix und G. außerdem miteinander besprachen, hatte Dix „keine Aussagegenehmigung"!!

Der Staatsanwalt sagte als Zeuge aus, daß G. kein agent-provokateur war, aber zu den Fragen, ob G. ein V-Mann ist und zuvor schon für staatliche Stellen gearbeitet habe, darüber hatte er ebenfalls ,,keine Aussagegenehmigung".

Weiterhin will der Angeklagte G. in der JVA Bayreuth einen 39-tägigen Hungerstreik gemacht haben, was der Leiter der JVA öffentlich bestätigt. Nach Aussagen von anderen Inhaftierten und einer Mitarbeiterin von Amnesty International war G. während des Hungerstreiks reichlich mit Kaffee, Zigaretten und Cola versorgt und erhielt mehrmals Essen von draußen.

G. wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft ohne Haftprüfung aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Entlassungstermin war G. bereits Wochen vorher bekannt. Nach seiner Entlassung fuhr G. 3 Wochen ins Ausland, obwohl er wegen einer verbüßten Freiheitsstrafe unter Führungsaufsicht stand. Die damit verbundenen Meldeauflagen wurden ausser Kraft gesetzt.

Das i-Tüpfelchen erfolgte in der mündlichen Urteilsbegründung: Hier war plötzlich von einer Aussage des ,,Belastungszeugen'' G. die Rede, was als belastendes Indiz gewertet worden sei.

Doch wo soll diese Aussage plötzlich herkommen, nachdem doch angeblich G. gar keine Aussage gemacht haben soll?

Nachgeburt des 5. März?

Die Funktion dieses Provokateurs G. sollte wohl ganz offensichtlich die sein, im nachhinein eine Rechtfertigung für die Massenverhaftung vom 5. März zu schaffen. Gleichzeitig wird durch das Vorziehen dieses Hausbesetzerprozesses vor den 5. März-Prozessen eine gezielte Stimmungsmache betrieben. Die Urteile der Massenverhaftungsprozesse werden sich auf dem Hintergrund dieses Terror-Urteils als vergleichsweise „human" ausnehmen.

Doch lassen wir uns nicht für dumm verkaufen: Gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern! Gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts!

Weitere Infos und Dokumentation:
Ermittlungsausschuß
c/o G. Tobias, Bauerngasse 17
Tel.: 0911-268376, Mo.-Fr. 13 - 18 Uhr

Eine Genossin aus Nürnberg

Prozeßzuschauer von der Polizei verprügelt

Hamburg: Mit den schon üblichen Begleiterscheinungen begann am 6.11. vor dem Hamburger Amtsgericht ein Prozeß gegen Hausbesetzer, die im März eines der vielen leerstehenden Häuser des Oberspekulanten Ruppert besetzt hatten. Mit der gleichen Brutalität, mit der seinerzeit das Haus geräumt werden war, ging nun die Polizei auch gegen Prozeßzuschauer vor. Ganze 15 der über 80 gekommenen Unterstützer der Angeklagten wollte Richter Büchner in den ohnehin viel zu kleinen Verhandlungsraum einlassen, aus dem er vorher noch zusätzlich eine Zuschauerbank hatte heraustragen lassen. Der Antrag der Rechtsanwälte, in einen größeren Raum umzuziehen, wurde selbstherrlich abgelehnt. Auf dem Flur begannen die Draußengebliebenen aus Protest Lieder zu singen. Nach dem Motto: ‚Böse Menschen haben keine Lieder' stürmten Polizeihorden den Flur und knüppelten die Leute die Treppen hinunter bis auf die Straße. Innerhalb des Saales, das Verfahren war mittlerweile eröffnet, forderten die Rechtsanwälte die Einstellung des Prozesses, weil gar kein ordnungsgemäßer Strafantrag vorlag, sondern lediglich eine von Rupperts Anwälten gestellte zivilrechtliche Anzeige. Wiederum lehnte der Richer ab. Anschließend verlasen vier der angeklagten Hausbesetzer Erklärungen, in denen Rupperts Spekulationsmachenschaften aufgedeckt werden. Die dann folgenden Zeugenaussagen einiger an der Räumung beteiligten Polizisten verliefen derart widersprüchlich, daß das Zeugenaufgebot für die nächsten Termine um einiges erweitert werden wird. Insgesamt sind nun fünf Verhandlungstage vorgesehen. Der nächste ist am 13. November um 13 Uhr im Strafjustizgebäude, wahrscheinlich wieder im „Saal" 279.

Wohnungskommisson

Düsseldorf: Prozeßwelle gegen Häuserkämpfer

Innerhalb weniger Monate wurden die Düsseldorfer Häuserkämpfer/innen mit über 100 Strafanzeigen eingedeckt. Und mit einer an sich bei der Justiz unüblichen Eile wurden inzwischen die ersten Prozesse nur wenige Monate nach den jeweiligen Ereignissen durchgezogen. Dabei zeichnet sich insgesamt eine harte Linie ab. Eine Ausnahme bilden lediglich die 63 Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs, die gegen die bei der ersten Räumung des Autonomen Stadtteilzentrums (ASZ) Volmerswerther Straße am 27.3.81 Festgenommenen gestellt worden waren. Nach Einschätzung des Ermittlungsausschusses wurden diese Verfahren eingestellt, da sehr viele junge Häuserkämpfer/innen betroffen waren, denen durch die Einstellung der Verfahren die „Reintegration" erleichtert werden soll.

Anschließend nun ein kleiner Überblick.

Demo 10.1.81

An diesem Tag demonstrieren rund 700 Menschen gegen den Polizeiterror in Westberlin und die Stadtzerstörung in Düsseldorf. Als einige Farbbeutel flogen, kam es zu einem brutalen Knüppeleinsatz, mehrere Demonstranten wurden festgenommen.

Einer der Festgenommenen steht wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „versuchter Körperverletzung" am 12.1.82 vor Gericht.

Nachmittags, als die Demo schon aufgelöst war, wurden auf dem Nachhauseweg Gruppen von Demonstranten von Zivilbullen beobachtet. Bei einer dieser Gruppen stiegen zwei Zivile aus ihren Wagen und nahmen jemandem Knallfrösche ab. In der Zwischenzeit kamen weitere Leute, die den Zwischenfall beobachtet hatten, hinzu. Die beiden stiegen wieder in ihr Auto, der Bulle Pauli schlug vom Beifahrersitz Uli E. mit einem Totschläger (!) und traf ihn am Hals.

Als die Demonstranten ein Stück weiter gegangen waren, kamen die gleichen Zivilbullen und zusätzlich noch zwei Wagen voll SEK hinterher. Der Bulle Pauli zeigte auf Uli, den wolle er haben. Daraufhin prügelten die SEK'ler auf die umstehenden Leute ein und schleiften Uli im Polizeigriff in das Auto der Zivilbullizisten.

Auf der Fahrt zum Polizeipräsidium und in der Zelle schlug Pauli immer wieder auf Uli ein, der durch erhebliche Prellungen und Platzwunden am Kopf verletzt wurde.

Pauli stellte dann Strafanzeige, weil Uli ihn bei dem ersten Zwischenfall im Auto angeblich angespuckt haben soll, und weil er sich so fürchterlich geekelt habe, war es gleich Körperverletzung. Uli stellte gegen Pauli eine Strafanzeige wegen „Körperverletzung im Amt".

Während Uli am 26.10. vor Gericht stand, war die Ermittlungsakte gegen Pauli rund 9 Monate erst einmal „verschwunden" und tauchte erst unmittelbar vor dem Prozeß gegen Uli wieder auf.

Bei ihrer Zeugenaussage verwickelten sich Pauli und der Fahrer hoffnungslos in Widersprüche: z.B. hatte der Fahrer in seinem Bericht an das 14. K (Politische Polizei) geschrieben, er habe gesehen, daß Uli gespuckt habe. Im Prozeß sagte er, Pauli habe ihm das gesagt ...

Nachdem einige Entlastungszeugen ausgesagt hatten, war klar, daß Pauli aus dem Wagen heraus geschlagen hatte. Der Richter fragte daraufhin, ob Uli unter den weiteren Entlastungszeugen noch jemand habe, der definitiv aussagen könne, daß er nicht gespuckt habe. Sonst schlage er vor, das Verfahren wegen Geringfügigkeit (§ 153 StPO) einzustellen.

Sowohl Uli als auch der Staatsanwalt erklärten sich mit der Einstellung einverstanden. Allerdings bleibt die Strafanzeige gegen Pauli wegen Körperverletzung im Amt bestehen. Man/frau darf darauf gespannt sein, ob tatsächlich einmal ein brutaler Schläger aus den Reihen der Bullizei zur Rechenschaft gezogen wird.

Die 2. Räumung des Autonomen Stadtteilzentrums am 10.6. und die Demo am 11.6.81

Am Nachmittag des 10.6. traf Jeanette H. einige Leute zufällig, die ihr berichteten, daß am Morgen das autonome Stadtteilzentrum (ASZ) geräumt worden war. Sie war empört und ging mit den anderen zur WZ-Passage auf Düsseldorfs Pracht- und Prunkstraße, der Kö. Unterwegs nahm sie auch Steine.

In der WZ-Passage schmissen die anderen einige Scheiben ein, auch ein Molli wurde von irgendjemand geworfen. Jeanette hat, wie die ihr durchaus nicht wohlgesonnenen Zeugen bestätigten, weder Steine noch den Molli geschmissen.

Während die anderen entkommen konnten, wurde Jeanette festgehalten und der Bullizei übergeben.

Sie saß dann 7 Wochen in Untersuchungshaft und wurde erst kurz vor dem Prozeß Ende September wieder freigelassen. Aus „Sicherheitsgründen" war der Verhandlungsort ein Nebengebäude des Amtsgerichts, das von Bullizisten mit Hunden gesichert wurde, die Personalien der Zuschauer wurden bei der Einlaßkontrolle festgehalten.

Obwohl im Prozeß ausdrücklich festgestellt wurde, daß Jeanette nichts weiter getan hatte, außer am „Tatort" anwesend zu sein, wurde sie zu 6 Monaten auf zwei Jahre Bewährung verurteilt.

Bei der Demo am 11.6. wurden 11 Leute festgenommen, laut Borhart vom 14. K sind in dem Zusammenhang 13 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Zwei Prozesse sind in der ersten Instanz bereits abgeschlossen:

– Jörg saß seit seiner Festnahme (11.6.) bis zu seinem Prozeß drei Monate in Untersuchungshaft. Er wurde wegen des Besitzes eines selbstgefertigten Tschakos und Teilnahme an einer unangemeldeten und unfriedlichen Versammlung zu 6 Monaten Knast auf 5 (!) Jahre Bewährung verurteilt. Die 3 Monate U-Haft wurden „angerechnet".

– Frank A. wurde am 29.9. zu 5 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung verurteilt.

Bei einem Gedränge zwischen Demonstranten und Bullizisten am Rathaus, bei dem auch einige Scheiben zu Bruch gingen, soll Frank eine Scheibe eingeworfen haben. Frank erklärte dazu, er habe in dem Gedränge Angst gehabt und ganz instinktiv einen auf einem Fenstersims liegenden Stein genommen. Geworfen habe er allerdings nicht, der Stein sei ihm von einem hinter ihm stehenden Bullizisten aus der Hand genommen worden. Diese Aussage wurde von einem hinter Frank stehenden Entlastungszeugen bestätigt. Der Staatsanwalt meinte allerdings, dieser Zeuge sei unglaubwürdig, da in einem Tumult niemand genau beobachten könne. Mit Ausnahme natürlich der Sicherheitskräfte... Und prompt reichte auch eine Aussage eines SEK-Bullen für eine Verurteilung.

– Die noch ausstehenden Prozesse haben ähnliche Vorwürfe (Landfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. zum Gegenstand. Der nächste findet am 23.11., 10.45 Uhr, Raum A 48 vor dem Amtsgericht statt (Informationen aus RP, 30.9., NRZ 2.10., Ermittlungsausschuß-Info Nr. 1)

Kontakt: Ermittlungsausschuß Düsseldorf, c/o BiBaBuZe, Konkordiastr. 81, 4000 Düsseldorf.

Spenden für die Prozesse werden erbeten auf das Konto:

Rechtshilfekonto
Konto-Nr. 228882-432
Postscheckamt
Essen, U. Ernitz

Detlef, Düsseldorf

Zwei ungewöhnliche Urteile

Der seltene Fall, daß Hausbesetzer vor Gericht Recht bekommen, trat gleich zweimal ein.

In einem Fall gelang es Duisburger Besetzern, ihren seit Februar instandbesetzten Bahnhof Neumühl gegen erheblichen Behördenwiderstand als amtlich anerkannten Wohnsitz registrieren zu lassen. So lautet eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster. Damit ist zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen ein besetztes Gebäude als eingetragene Adresse 'legalisiert'. Diese Entscheidung ist schon allein deswegen erfreulich, weil die Duisburger Besetzer bisher mit Massenverhaftungen und einer von Duisburgs SPD Oberbürgermeister inszenierten Hetzkampagne regelrecht terrorisiert wurden.

Der andere Fall ereignete sich in Bückeburg. Das dortige Amtsgericht wies den Antrag der Staatsanwaltschaft, ein besetztes Haus zu räumen und die Besetzer wegen Hausfriedensbruch zu bestrafen, zur allgemeinen Verblüffung zurück. Der – übrigens über 100 Jahre alte – Hausfriedensbruchparagraph („... *wer in die Wohnung oder das befriedete Besitztum eines anderen widerrechtlich eindringt oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, ...*") könne in diesem Fall, so der Bückeburger Amtsrichter, nicht angewendet werden. Begründung: – widerrechtliches Eindringen in Wohnräume liege nicht vor, da die besetzten Zimmer vorher ungenutzt waren und mithin keine Wohnung mehr; – weil „*wie bei leerstehenden Häusern häufig, die Türen und Fenster herausgebrochen*" waren und das Haus „*frei zugänglich*" war, habe es auch „*seine Rechtsnatur als befriedetes Besitztum verloren*" – und schließlich schütze die Strafvorschrift des Hausfriedensbruchs nur „*die räumlich abgegrenzte Privatsphäre*", die in einem unbenutzten Haus logischerweise gar nicht existiert (Spiegel, 19.10.81).

Selbstredend hat die Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt, so daß der praktische Wert dieses und auch des ersten Urteils nur mit großer Vorsicht zu genießen ist.

Wohnungskommission

Das Guckloch — oder VS observiert Mieterverein

Presseerklärung

Seit Dienstag, den 20.10.1981 wird die Mieterinitiative St. Pauli-Nord und der Mieterverein „Mieter helfen Mietern" in der Wohlwillstraße 18 vom Verfassungsschutz observiert. Der VS hat sich dazu in einer leeren Wohnung der SAGA in der Wohlwillstraße 19, 1. Obergeschoß rechts, einquartiert – schräg gegenüber von dem Mieterladen – und während der Mietertreffen am Dienstag- und Mittwochabend (20./21.10) seine Beobachtungen gemacht.

„Mieter helfen Mietern" setzt sich seit seiner Gründung für die Verbesserung der Wohnsituation in Hamburg ein und kritisierte u.a. die Mißstände in der Stadtsanierung und bei der Wohnungsverwaltung der SAGA.

Mieterinitiativen haben in der letzten Zeit teilweise erfolgreich gegen die Abrißpläne der Stadt gearbeitet – auch das Haus Wohlwillstraße 19, aus dem heraus observiert wird, soll dank der Arbeit der Mieterinitiative St. Pauli-Nord nicht abgerissen werden, sondern bleibt als guter und billiger Wohnraum erhalten.

Es scheint schlecht um die Sachargumente der Stadt zu stehen, wenn sie in der Auseinandersetzung mit Mieterinitiativen den Verfassungsschutz zu Hilfe holen.

„Mieter helfen Mietern" protestiert gegen diese Methoden und fragt den Senat:

– Ist es Praxis der SAGA, die von einem ehemaligen Innensenator geleitet wird, VS-Praktiken gegen Mieterinitiativen zu billigen – wenn nicht gar aktiv zu unterstützen?

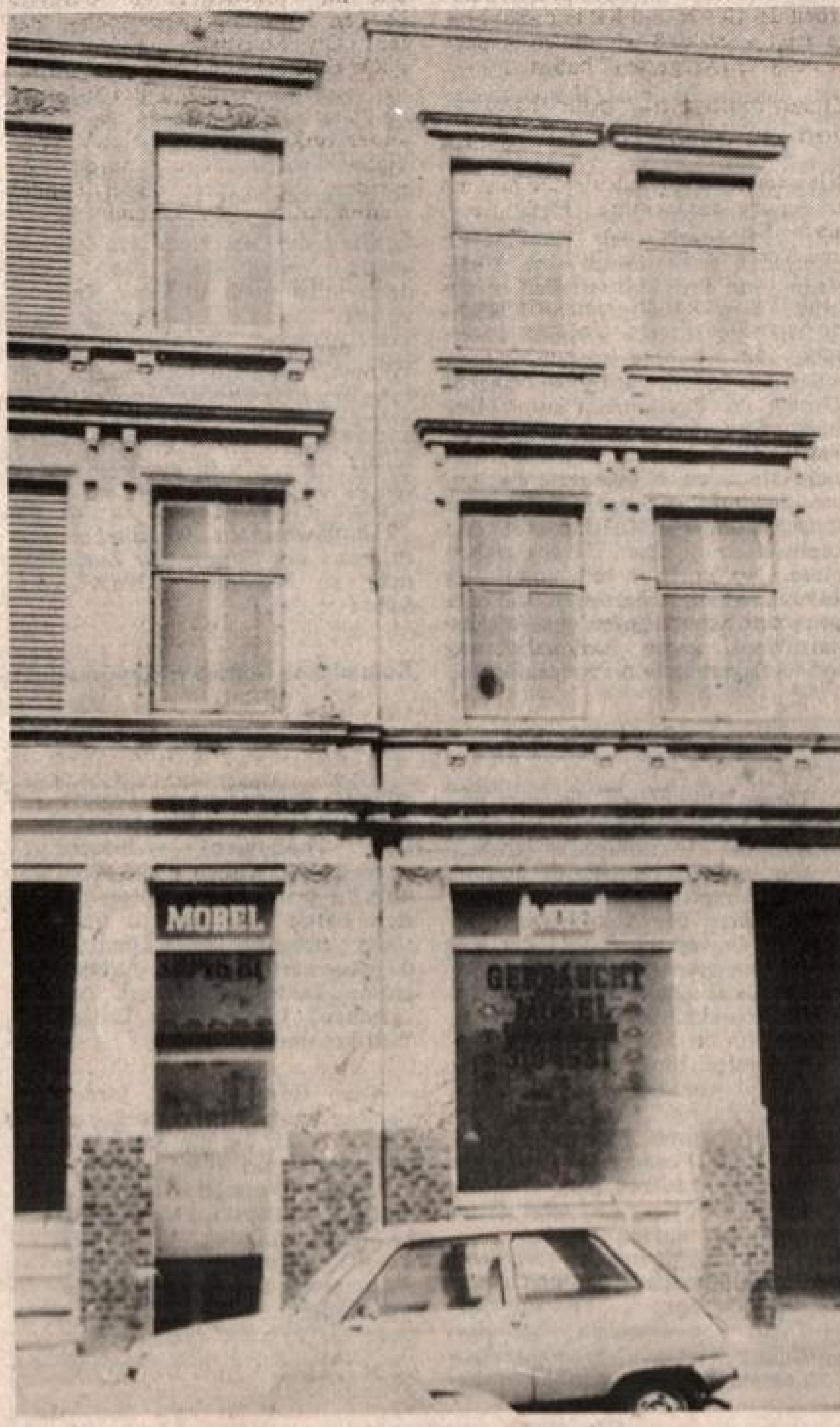
– Ist das die vom Baussenator versprochene Änderung der Abrißpolitik, wenn leere Wohnungen dem VS überlassen werden, anstatt sie den zahlreichen hamburger Wohnungssuchenden zu vermieten?

– Sollen auf diese Art und Weise Mieterinitiativen in ihrer Arbeit behindert und in den Augen der Bevölkerung kriminalisiert werden?

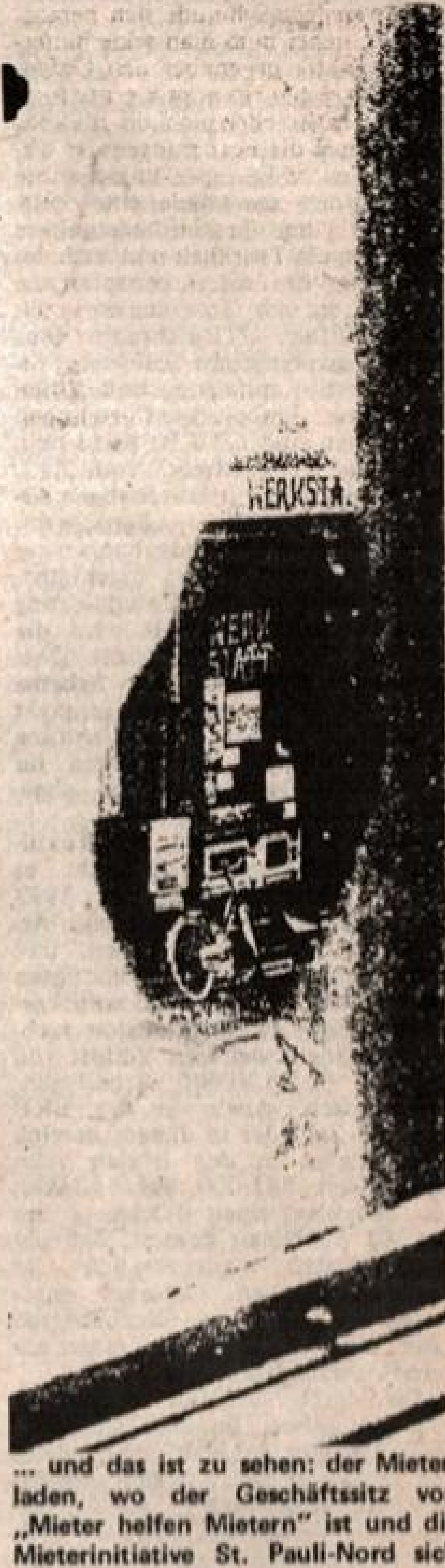
„Mieter helfen Mietern" verlangt die Herausgabe und Vernichtung des Observationsmaterials und eine Stellungnahme des Innensenators und des Bausenators zu den Vorfällen.

Hamburg, den 29.10.81


Observationssessel ...



das Haus ...



... und das ist zu sehen: der Mieterladen, wo der Geschäftssitz von „Mieter helfen Mietern" ist und die Mieterinitiative St. Pauli-Nord sich regelmäßig trifft.

VDM eine Woche lang besetzt

Spontan entwickelte sich aus der Betriebsversammlung bei den „Vereinigten Deutschen Metallwerken" in Frankfurt am 26.10 eine acht Tage lang andauernde Betriebsbesetzung. VDM hatte bereits vor der Versammlung kategorisch die Schließung des Werkes und die Entlassung von 1700 Beschäftigten bekanntgegeben. In der Belegschaft schien zunächst Resignation vorzuherrschen und der Betriebsrat und die IG Metall hatten schon längst auf Verhandlungen um einen Sozialplan orientiert. Die Betriebsversammlung am 28.10. sollte über die Sozialplanverhandlungen informieren. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt, da die Geschäftsleitung sich geweigert hatte, eine Halle zur Verfügung zu stellen. Als die Ablehnung der Sozialplan-Verhandlungen durch VDM bekanntgegeben wurde, steigerten sich Zorn und Empörung der Kollegen. Ein spontaner Demonstrationszug ging zum Büro der Geschäftsleitung, wo allerdings auch keine befriedigenden Antworten zu erhalten waren. Nach einigen Diskussionen formierte sich ein erneuter Zug zum Haupttor und der Betrieb wurde besetzt, sämtliche Tore verriegelt und Schilder und Transparente mit den Forderungen der Belegschaft angebracht. In kurzer Zeit radikalisierte sich die Aktion. Etwa 100 Kollegen verbrachten die Nacht im Betrieb und am nächsten Morgen schloß sich auch die Frühschicht der Aktion an, so daß die Produktion vollends zum Stillstand kam.

Im Verlauf der Aktion, die rund um die Uhr von allen drei Schichten getragen wurde, wurde auch wieder die Diskussion um die Erhaltung der Arbeitsplätze und nicht nur einen verbesserten Sozialplan geführt, wobei scharfe Kritik an der mangelnden Informationspolitik des Betriebsrats und der nachgiebigen Haltung der IGM geübt wurde. Wenn auch niemand so recht an einen Erfolg bei der Verhinderung der Schließung des Betriebes zu glauben schien, wurde doch stark die Meinung vertreten, daß vor zwei Monaten, als die VDM-Pläne öffentlich wurden, konsequentere Aktionen gegen die Betriebsschließung möglich gewesen wären. Auch die Drohung der VDM-Geschäftsleitung nach vier Streiktagen, den Betrieb sofort und nicht erst im März nächsten Jahres dichtzumachen, konnte die Besetzung nicht brechen. Erst die Vorlage des Sozialplan-Verhandlungsergebnisses von Betriebsrat und IGM löste die Front auf.

Der Stillegungsbeschluß von VDM war die Antwort auf alle Bemühungen und Alternativ-Pläne zur Rettung des tief verschuldeten Unternehmens. Eine zentrale Rolle bei diesen „Rettungsversuchen" spielte das etwa eine Million Quadratmeter große Werksgelände am Rande Frankfurts. Die ehemalige Kupferhütte benötigt in ihrer



heutigen Größe nur einen Teil dieses riesigen Geländes. Andererseits war durchgesickert, daß Gespräche zwischen VDM-Vorstand, der Stadt Frankfurt und Banken stattgefunden hatten, wobei die Möglichkeit einer Nutzungsänderung und eines Verkaufs dieses Geländes erörtert worden waren. Nach diesen Informationen hat das Gelände einen Wert von 400 - 600 Millionen DM.

Vor allem IGM und Betriebsrat hatten nun in der letzten Zeit Vorstellungen entwickelt, aus einem Teilverkauf dieses Geländes neues Investitionskapital für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu gewinnen. Durch den Vorstandsbeschluß wurden alle diese Pläne ohne Kommentar und Begründung vom Tisch gewischt. Das Sozialplan-Angebot sah z.B. vor, daß ein fünf Jahre bei VDM Beschäftigter rund 3000 DM erhält („Abendpost-Nachtausgabe", 27.10.). Zum Vergleich: im ungünstigsten Fall sieht z.B. der Sozialplan bei den Adlerwerken bei fünf-jähriger Betriebszugehörigkeit ca. 7000 DM vor. Insgesamt lag das „Angebot" der Geschäftsleitung weit unter den Forderungen des Betriebsrates.

Wenn man weiß, daß alleine der Verkauf des VDM-Geländes etwa 400 Millionen DM bringt, dann wird einem die ganze Unverschämtheit des Kapitalisten-Angebotes klar.

Am 2.11. schließlich einigten sich Betriebsrat und Geschäftsleitung auf einen Sozialplan von etwa 40 Millionen DM (gefordert war ein Volumen von 100 Millionen DM). Die Besetzungsaktion, die in den letzten Tagen große Sympathie und Unterstützung erhalten hatte, wurde abgeblasen – offenbar gegen den Willen vor allem ausländischer Kollegen. Von der Erhaltung der Arbeitsplätze ist in den Stellungnahmen von IGM und Betriebsrat überhaupt keine Rede. Nun gelte es, so die IGM, das „Erreichte nicht zu gefährden". Von einer Strategie gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen kann bei der IGM keine Rede sein.

IG Chemie stimmt Erweiterung der „Friedenspflicht" zu

Ende Oktober haben die IG Chemie und der Kapitalistenverband Arbeitsring Chemie ein neues Rahmenabkommen zur Schlichtung verabschiedet, das für fünf Jahre gilt. Kernstück dieses Abkommens ist die Festschreibung der sogenannten Friedenspflicht bis zum Scheitern von Schlichtungsverhandlungen im Tarifkampf. Damit sind ausdrücklich Warnstreiks nach dem Scheitern der normalen Verhandlungen und während der Schlichtung untersagt. Dieses Abkommen veranlaßte den Hauptgeschäftsführer des Arbeitsrings, Karl Molitor, zu der zufriedenen Feststellung: *„Auch wenn es keine absolute Friedensgarantie geben kann, ist doch der Tariffrieden in der Chemie wieder ein Stück sicherer geworden"* („FAZ", 30.10.).

Dieses faktische Abkommen zur Einschränkung des Streikrechts wurde übrigens zum gleichen Zeitpunkt abgeschlossen, als eine Serie von Arbeitsgerichtsprozessen der Metallkapitalisten gegen die IGM begann. In diesen Prozessen wollen die Kapitalisten ein gerichtliches Verbot von Warnstreiks, die in diesem Jahr in Form der „neuen Beweglichkeit" angewandt wurden, erreichen. Ziel der Klagen soll sein, daß *„gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen auch in der Form von Kurzstreiks nur als letztes Mittel, das heißt nach Scheitern der Tarifverhandlungen und eines Schlichtungsverfahrens eingesetzt werden dürften"* (Kirchner, Gesamtmetall in „FAZ", 19. 10.).

Bei den Metallkapitalisten mag man bedauern, in der IGM mit zu wenig Hauenschilds konfrontiert zu sein, die freiwillig Anti-Streik-Maßnahmen zustimmen.

Übrigens: Die erste Klage wurde vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht abgewiesen. Die Richter urteilten, *„das Gemeinwohl sei durch die kurzfristigen Arbeitsniederlegungen im Rahmen der ‚neuen Beweglichkeit' der Gewerkschaft nicht berührt worden"* („FAZ", 2.11.).



IG Chemie-Vorsitzender Hauenschild erhielt am 22.10. von CDU-Ministerpräsident Albrecht das „Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der BRD". Unbestätigt blieben Gerüchte, daß ein Zusammenhang zur neuen Schlichtungsordnung besteht.

Hamburger Aluminium-Werke: Betriebsräte fordern Offenlegung der HAW-Schadstoffwerte

Um den relativ hohen Krankenstand von 20 Prozent bei den Hamburger Aluminium-Werken (HAW) auf den Grund zu gehen, hatte der Betriebsrat

sondern verteilt sich auf höhere und niedrigere Werte."

Verbunden war das Schreiben des Betriebsrates mit einer scharfen Kritik

scharfe Kritik an der mangelnden Informationspolitik des Betriebsrats und der nachgiebigen Haltung der IGM geübt wurde. Wenn auch niemand so recht an einen Erfolg bei der Verhinderung der Schließung des Betriebes zu glauben schien, wurde doch stark die Meinung vertreten, daß vor zwei Monaten, als die VDM-Pläne öffentlich wurden, konsequentere Aktionen gegen die Betriebsschließung

dieses Geländes erörtert worden waren. Nach diesen Informationen hat das Gelände einen Wert von 400 - 600 Millionen DM.

Vor allem IGM und Betriebsrat hatten nun in der letzten Zeit Vorstellungen entwickelt, aus einem Teilverkauf dieses Geländes neues Investitionskapital für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu gewinnen. Durch den Vorstandsbeschluß wurden alle diese

erhalten hatte, wurde abgeblasen – offenbar gegen den Willen vor allem ausländischer Kollegen. Von der Erhaltung der Arbeitsplätze ist in den Stellungnahmen von IGM und Betriebsrat überhaupt keine Rede. Nun gelte es, so die IGM, das „Erreichte nicht zu gefährden". Von einer Strategie gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen kann bei der IGM keine Rede sein.

Textilgewerkschaft und Kapitalisten gemeinsam gegen Lambsdorff

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) rüstet zum Marsch auf Bonn. Am 21.11. sollen nach den Plänen der GTB 20.000 Beschäftigte in der Bundeshauptstadt für ein neues Welttextilabkommen und gegen die Politik von Wirtschaftsminister Lambsdorff demonstrieren. Das zum 31.12. auslaufende Abkommen begrenzt die Textilimporte aus Ländern der Dritten Welt. Eine protektionistischere Politik, so die Textilgewerkschaft, sei notwendig, um die Arbeitsplatzvernichtung in der Textilindustrie zu stoppen. Die GTB-Führung sieht hier ein gemeinsames Interesse zwischen Textil-Kapitalisten und Arbeitern. Diese ‚Einheitsfront' zwischen Kapitalisten und GTB ist nicht neu. Schon der „Textilstreik" vom 2.12.80, an dem sich mit kurzfristigen Arbeitsniederlegungen, Betriebsversammlungen oder Kundgebungen ca. 270.000 Beschäftigte beteiligten, fand die wohlwollende Unterstützung der Kapitalisten. Gezielt wird die Flut von „Billigtextilien" aus „Niedrigpreisländern" für den Arbeitsplatzabbau verantwortlich gemacht und damit von der Verantwortung der einheimischen Kapitalisten für die Arbeitsplatzvernichtung abgelenkt.

An der Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie gibt es nichts zu beschönigen. Seit 1973 sind dort in der EG 800.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, und damit ist die Zahl der Beschäftigten von 3,1 Mill. auf 2,3 Mill. zurückgegangen. Eine EG-Kommission rechnet mit einem weiteren Verlust von 110.000 bis 120.000 Arbeitsplätzen jährlich. Allein in der BRD sank die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten in den letzten zehn Jahren von 881.000 auf 553.000; das bedeutet einen Rückgang um fast 40 %. Hinzu kommt, daß die Textilindustrie vornehmlich in strukturschwachen Gebieten angesiedelt ist, wo die Beschäftigten kaum eine Chance haben, einen anderen Arbeitsplatz zu finden.

Die durch das Welttextilabkommen geregelten Importe aus Ländern der Dritten Welt sind jedoch nur zu ca. 10 bis 25 % für diese Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich. Den Verlust des größeren Teils der Arbeitsplätze verantworten die einheimischen Kapitalisten, die bestimmte arbeitsintensive Produktionsgänge in Billiglohnländer verlagern, das Endprodukt aber als „Made in Germany" verkaufen und die Arbeitsplätze wegrationalisiert haben. Bediente beispielsweise ein Weber vor Jahren acht Webstühle, so hat er heute 30 Webautomaten mit höherer Laufgeschwindigkeit zu überwachen.

Zwar beklagt die GTB jetzt, daß Lambsdorff den Kapitalisten empfohlen habe, durch eine Auslagerung von Produktionsteilen in die Dritte Welt „komparative Kostenvorteile" zu nutzen, benennt jedoch nicht, daß dies bereits seit Jahren üblich ist. Indem die Gewerkschaftsführung ihr Engagement auf Aktivitäten für ein protektionistisches Welttextilabkommen begrenzt, versucht sie ihren Mitgliedern einzureden, daß man angesichts der miesen wirtschaftlichen Situation mit den Kapitalisten an einem Strang ziehen müsse. Sie enthebt sich somit der Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen zum Schutz gegen den Arbeitsplatzabbau, gegen Rationalisierung und Verlagerung von Produktionsteilen ins Ausland zu ergreifen. In diesem Klima gedeihen dann Vorschläge wie der des GTB-Vorsitzenden Keller, der die Beschäftigten auf einen Teil ihrer tariflichen Lohnerhöhungen verzichten lassen will, damit dieses Geld den Kapitalisten als Kredit zur Verfügung gestellt werden kann. Auch für eine Ausdehnung der Schichtarbeit hat sich Keller schon stark gemacht, da dies eine längere Laufzeit der Maschinen ermöglichen würde. Voller Stolz kann Keller dann auch noch in der „Welt der Arbeit" über die Erfolge seiner partnerschaftlichen Orientierung berichten: *„Die Arbeitnehmer in der Textil- und Bekleidungsindustrie befinden sich in einem Zustand, in dem andere Gruppen in unserer Gesellschaft wild um sich schlagend auf die Straße gegangen sind. Wir haben deshalb alle Hände voll zu tun, um die aufgebrachten Arbeitnehmer im Interesse des Ganzen zur Zurückhaltung zu bewegen"* („WdA", 3.9.81).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Dieses Abkommen, das zum Ende des Jahres ausläuft, legt fest, daß die Textilimporte jährlich nur um 6 % zunehmen dürfen. Bei der jetzt anstehenden Verlängerung des Abkommens fordern Gewerkschaft und der Kapitalistenverband Gesamttextil, daß diese Quote auf den realen Verbrauchszuwachs an Textilien (0 bis 1,5 %) gesenkt werden solle. Um den „freien Welthandel vor neuen Belastungen zu bewahren", sperrt sich Wirtschaftsminister Lambsdorff gegen diese Forderung. Außerdem soll die Laufzeit des Abkommens von vier auf zehn Jahre verlängert werden.

Schließlich soll den „reichen" Textilexportländern der Dritten Welt (Hongkong, Taiwan, Südkorea und Brasilien) nur eine sinkende Zuwachsrate zugestanden werden. Dies wird damit begründet, daß sich so die Exportchancen der Entwicklungsländer (z.B. Phillipinen) verbessern würden. Tatsächlich steckt wohl eher die Erwartung dahinter, daß sich damit die Importe noch mehr verringern lassen könnten, da gegenwärtig 70 % der europäischen Textilimporte aus den „reichen" Ländern der Dritten Welt kommen.

Die Gewerkschaft fordert darüber hinaus noch eine Sozialklausel, nach der die Exportländer verpflichtet wären, bestimmte soziale Normen (Koalitionsfreiheit, Streikrecht, Mindestlöhne, Einschränkung der Kinderarbeit) festzulegen. Bei den Regierungsverhandlungen, die gegenwärtig in Genf geführt werden, dürfte diese Forderung jedoch nur am Rande angesprochen werden.

Hamburger Aluminium-Werke: Betriebsräte fordern Offenlegung der HAW-Schadstoffwerte

Um den relativ hohen Krankenstand von 20 Prozent bei den Hamburger Aluminium-Werken (HAW) auf den Grund zu gehen, hatte der Betriebsrat
der HAW von der Geschäftsleitung vor drei Jahren eine umfassende Schadstoffuntersuchung an den entsprechenden Arbeitsplätzen gefordert, da er „einen Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und den verschiedenen Krankheiten" vermutete. Gemessen wurden Schadstoffe, die bei der Herstellung und Verarbeitung von Aluminium entstehen: Staub, Fluorid, Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid.

Die betriebsinterne Umweltschutzabteilung der HAW verwendete Geräte, die es ermöglichten, direkt am Arbeitsplatz zu messen. Arbeitete beispielsweise ein Kollege zwei Stunden auf dem Kran, so wurde für zwei Stunden ein Meßgerät im Kran installiert und in Mundhöhe die Luft abgesaugt.

War die Geschäftsleitung nach Abschluß des Meßprogramms bereit, die Einzelwerte der betriebsinternen Untersuchung dem Betriebsrat zur Verfügung zu stellen, tauchten plötzlich unerwartet Schwierigkeiten auf, als der Betriebsrat diese Meßergebnisse einem Umweltexperten der IG-Chemie zur Untersuchung geben wollte.

Die Geschäftsleitung erklärte daraufhin, daß aus den Meßwerten Rückschlüsse auf die technische Produktion geschlossen werden könnten und machte diese Daten flugs zu Betriebsgeheimnissen! Hintergrund: Im Unterschied zum Betriebsrat unterliegt die IG-Chemie nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht der Schweigepflicht. Stattdessen erkärte die HAW gegenüber dem Betriebsrat, daß „bei allen in Frage kommenden Giften die durchschnittlichen Werte unter den MAK-Werten liege". Da die Maximalen-Arbeitsplatzkonzentrations-Werte (MAK) reine Durchschnittswerte sind, verlangte der Betriebsrat die Herausgabe der Einzelwerte.

In einem Schreiben an die Mitarbeiter erklärte der BR den Grund hierfür so: *„Nehmen wir ein Beispiel: Legt man seine Hand auf eine 80 Grad heiße Platte, dann wird es zweifellos Verbrennungen geben und zwar in einem sehr kurzen Zeitraum.*

Die durchschnittliche Temperaturbelastung bezogen auf einen 8-stündigen Arbeitstag wäre 10 Grad. Legt man seine Hand auf eine 10 Grad warme Platte, dann wird wahrscheinlich nicht viel passieren . . ." In dem Schreiben des BR heißt es weiter: *„Die MAK-Werte können kurzfristig weit überschritten werden und dennoch über den Zeitraum von 8 Stunden eingehalten werden. ... In Wirklichkeit tritt eben ein bestimmter Schadstoff nicht 8 Stunden gleichmäßig auf,*

sondern verteilt sich auf höhere und niedrigere Werte."

Verbunden war das Schreiben des Betriebsrates mit einer scharfen Kritik
an den gesetzlich vorgeschriebenen MAK-Werten. So berücksichtigen diese MAK-Werte lediglich die *„Einwirkung von Schadstoffen über die Atemwege. Andere Aufnahmewege ... wie z.B. Ätzwirkungen, allergisierende Wirkung u.a. werden praktisch nicht berücksichtigt."* Desweiteren kritisierte der BR, daß diese Werte lediglich für reine Stoffe, nicht für Stoffgemische, festgelegt wurden und nur 150 der ca. 800 Stoffe der MAK-Liste auf toxikologischen (giftkundlichen) Untersuchungen basieren. Wörtlich: *„Die MAK-Werte sind ja kein Heiligtum, das dogmatisch keiner Änderung mehr bedarf. Tatsächlich werden die MAK-Werte Jahr für Jahr verändert und meistens werden die Grenzwerte nach unten korrigiert . . ."*

Bei dem vor dem Harburger Gericht jetzt begonnenen Arbeitsgerichtsprozeß um die Herausgabe sämtlicher Daten hat der Arbeitsrichter der IG-Chemie und dem Betriebsrat am ersten Verhandlungstag einen Kompromißvorschlag unterbreitet. Der Betriebsrat soll zwar die Einzelergebnisse erhalten, darf sie jedoch nicht an die IG-Chemie weiterleiten, dafür darf der Betriebsrat zu seinen Sitzungen ein sachkundiges Gewerkschaftsmitglied hinzuziehen. Während beide Seiten über diesen Vorschlag beraten, hat der Betriebsrat indessen weitere Meßprogramme gefordert. Er will nun wissen, ob im *„Rohgas der Hütte Schwermetalle enthalten sind und ob die in der Gießerei verwendeten Gießsalze die Gesundheit beeinträchtigen"*.

Auch von prominenter Seite bekommt der BR Unterstützung. Auf die Frage angesprochen, ob die Kenntnis der von der HAW-Geschäftsleitung zurückgehaltenen Spitzenwerte für die Begründung möglicher Gesundheitsgefährdung wichtig sei, erklärte der Leiter der Deutschen Forschungsgesellschaft, die alljährlich die MAK-Werte festlegt, der Würzburger Toxikologe Prof.Dr.Henschler, gegenüber dem NDR wörtlich, „daß dies sogar sehr notwendig sei", er unterstütze deshalb die Forderung des Betriebsrates ganz entschieden.

Bleibt zu hoffen, daß die IG-Chemie und der Betriebsrat sich auf diesen Kompromiß nicht einlassen und auf einen Musterprozeß bestehen, um die Rechtslage eindeutig zu klären.
(Informationen aus: „Gewerkschaftspost" 10/81, Ztg. der IG-Chemie; NDR I, Umschau am Abend, 25.9. und Mitteilungsblatt des Betriebsrates an die Belegschaft)

AKW-Nein-Kommission

IG Bau-Steine-Erden Westberlin:

Gewerkschaftsausschlüsse wegen Unterstützung der Instandbesetzer

Wenige Tage nach der Räumung von acht besetzten Häusern und dem Tod von Klaus Jürgen Rattay in Westberlin machte die IG Bau, Steine, Erden (BSE), oder besser: ihr Landesvorstand, von sich Reden. Er organisierte eine Demonstration „gegen die Arbeitslosigkeit" in der Baubranche, die sich jedoch in Wirklichkeit gegen die Hausbesetzer (als „Arbeitsplatzvernichter") richtete. Nun will die BSE-Führung auch die Opposition in den eigenen Reihen fertig machen. Erstes Opfer: der Heizungsingenieur Claus Wagner, der seit vielen Jahren aktiver Gewerkschafter ist. Ihm sollen weitere folgen. Claus soll wegen „*Schädigung der Interessen unserer Gewerkschaft und wegen Mißachtung von Beschlüssen der zuständigen Organe*" aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Warum Claus Wagner gehen soll

Wagner arbeitete zusammen mit vielen anderen Gewerkschaftern in einem „Aktionskomitee für eine andere Wohnungspolitik". In einem Flugblatt heißt es zu den Zielen des Komitees: „*Bringt uns die Instandbesetzerbewegung nicht die bisher versäumte gewerkschaftliche Verpflichtung zur Erhaltung billigen Wohnraums als unser eigenes Interesse ins Bewußtsein – müssen wir uns nicht entschiedener auch gegen die herrschende Praxis von Luxusmodernisierung und Subventionsspekulation der Neuen Heimat (NH) wehren?*

Können wir zulassen, daß die gewerkschaftseigene NH eine Sanierungspolitik betreibt, die den vom DGB getragenen Grundsätzen der Sozialbindung von Eigentum, der Offenlegung von Unternehmergewinnen, der Abschaffung von Spekulation von Grund und Boden widerspricht?

Müssen wir als Gewerkschafter nicht offensiver angesichts einer solchen Wohnungspolitik die Grundsätze der gewerkschaftlichen Programmatik gegenüber den Praktiken der profitorientierten NH vertreten?"

Durch diese Äußerung machten sich die oppositionellen BSEler logischerweise ihren Vorstand zum Feind, denn dieser ist mit dem Aufsichtsrat der NH eng verfilzt. So ist der BSE-Landesvorsitzende Koch gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied in der Westberliner NH. Koch wird auch zu den Unterstützern der „harten Linie" in der rechten Sozialdemokratie gezählt, die Vogel dazu gebracht haben sollen, seinen Mißtrauensantrag gegen Lummer zurückzuziehen. Zu diesem Block gehören u.a. auch der DGB-Landesbezirksvorsitzende Sickert sowie die Führer von ÖTV und IG Metall.

Auch bei der anfangs erwähnten Demonstration, zu der von 8000 Westberliner BSElern 3000 kamen, hat sich Claus Wagner unbeliebt gemacht. Im Gegensatz zu der inoffiziellen Stoßrichtung der Demo, die die Spaltung von Bauarbeitern und Instandbesetzern vertiefen sollte, trug Wagner ein Schild, auf dem die jahrelange Kahlschlagsanierung des Berliner Senats verurteilt wurde. In der „Neuen" vom 27. 10. berichtet Wagner, daß der Ausschluß gegen ihn das Ende einer langen Kette von Repressionsmaßnahmen seitens des Landesvorstands ist. Die Aktivitäten der seit 11 Jahren bestehenden Fachgruppe der Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros führten u.a. zu „*Ausschlußdrohungen an Mitglieder des Fachgruppenvorstandes, Verbote von Veranstaltungen, Reduzierung von Fachgruppenversammlungen seit 1980 (und) Ausschlußverfahren gegen den gesamten Fachgruppenvorstand im Mai 1980.*"

Laut „Spiegel" vom 2. 11. gibt sich der BSE-Landesvorstand mit einem Ausschlußverfahren jedoch noch nicht zufrieden. So wurden Ausschlußverfahren gegen sechszehn weitere BSE-Mitglieder eingeleitet, die neben Wagner Unterzeichner einer Zeitungsanzeige waren, die kritisch zur „gegenwärtigen Wohnungspolitik" im allgemeinen wie zur Bauarbeiter-Demo im besonderen Stellung nimmt.

Erstmalige Anwendung des DGB-Maulkorb-Erlasses

Wie dem Leser sicher noch in Erinnerung ist, beschloß der DGB-Bundesvorstand am 2. Juni dieses Jahres, daß Gewerkschaftsmitglieder keine Aufrufe mit Nennung ihrer Gewerkschaftsfunktion unterschreiben dürfen. Dieser Beschluß richtete sich zunächst gegen Wissenschaftler, die das „Memorandum '81", eine Alternative zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung und des DGB, mit Gewerkschaftsfunktion unterzeichnet hatten. Kurze Zeit später wurde deutlich, daß der Beschluß auch verhindern sollte, daß sich der „Krefelder Appell" unter den Gewerkschaftern weiter durchsetzt. Mit dem Ausschlußverfahren gegen Claus Wagner ist dieser Maulkorb-Erlaß des DGB nun zum ersten Mal praktisch angewandt worden.



Aus der IG Bau ausgeschlossen: Claus Wagner

Gegen den Maulkorberlaß gibt es jedoch auch im DGB und den Einzelgewerkschaften erhebliche Kritik. So protestierte der Gesamtbetriebsrat der DGB-Beschäftigten („Einschränkung der freien Meinungsäußerung"), der Gewerkschaftstag der GHK (Holz und Kunststoff), die Bundesfrauenkonferenz, die IG Druck und Papier, die IG Metall Baden Württemberg sowie zahlreiche andere Gewerkschaftsorganisationen gegen den Erlaß.

„Lummer – Held Rattay – Märtyrer"

Für den DGB-Führer Sickert ist der Innensenator Lummer ein Held und für die „Gewerkschaftspost" der IG Chemie Klaus Jürgen Rattay ein Märtyrer. Das sind die Rechtsaußenpositionen in der Gewerkschaftsszene zur Hausbesetzerbewegung. Wörtlich sagte Sickert über Lummer am Vorabend der Räumung der acht Häuser: „*Wenn es ihnen gelingt, zu räumen, dann kann man sie zu Recht als Held bezeichnen; andernfalls können sie ihren Hut nehmen.*" In der „Gewerkschaftspost" der IG Chemie heißt es in einem Kommentar einleitend: „*Es ist immer schlimm, wenn das Leben eines jungen Menschen ausgelöscht wird.*" Nachdem dann übermäßiger Drogengenuß und Freitod als Todesursachen bei Jugendlichen genannt werden, kommt man dann zu Klaus Jürgen Rattay, den man in dieser Aufzählung schlicht als „Unfalltoten" mit einreiht. Die Jugend, die heute unter Drogenkonsum und Perspektivlosigkeit leidet, so die „GP", besitzt auch eine „*erschreckende Gefühllosigkeit für die Argumente und Interessen der anderen.*" Gefühllos ist da wohl eher der Schreiber dieses „GP"-Kommentars ...

Weiter werden dann in altbekanntem antikommunistischen Strickmuster die „*beflissenen Vertreter der linken Schickeria* (angeklagt), *die ohne die Spur eines Beweises sofort die Schuldigen für den Unfalltod von Klaus Jürgen Rattay nannten. Da interessiert die Wahrheit nicht, da wird ein Märtyrer gebraucht.*" Und weil die DDR bekanntlich so schlimm ist wie die Nazis, heißt es dann: „*Wie einst die Nazis bei dem Zuhälter Horst Wessel erklärten die DDR-Medien – also auch die DDR-hörige DKP – Rattay zum politischen Opfer.*" Schließlich wird Innensenator Lummer als „*allzu schneidig*" kritisiert. Naja, ein bißchen Schneid war wohl erlaubt ...?!

Glücklicherweise gibt es jedoch neben solcher faschistoider Hetze auch andere Stimmen. Solidaritätserklärungen mit den Instandbesetzern gab es von der GEW-Westberlin, von einer Betreibsräteversammlung der IG Druck und IG Chemie, von der ÖTV-Gruppe am Klinikum Westend, die auch eine Patenschaft mit einem der besetzten Häuser übernahmen, sowie vom Landesbezirksvorstand der Westberliner HBV. In einem Beschluß, der nach den Ereignissen des 22.9. und Gesprächen mit der Geschäftsführung der Neuen Heimat gefaßt wurde, heißt es bei der HBV: „*Die Räumungsaktion des Berliner Senats war geeignet, den Frieden und das Zusammenleben der Bürger dieser Stadt zu stören. Der Senat hat damit Kontakte und Gespräche erschwert. Die Durchsetzung eines abstrakten Rechtsgutes gegen den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere junger Menschen, muß zurückstehen, wenn dies nur durch unangemessene staatliche Gewaltmittel möglich ist*" (nach „Berliner Lehrerzeitung" 11/81).

Die Auseinandersetzungen um die Instandbesetzungen in den Westberliner Gewerkschaftskreisen sind ein gutes Beispiel dafür, daß es trotz der starken Unterschiedlichkeit der Bewegungen (Gewerkschaften/Instandbesetzer) viele Berührungspunkte gibt.

Kommision Betrieb und Gewerkschaft

AN DEN DGB UND DIE IG BAU-STEINE-ERDEN

KEIN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS VON CLAUS WAGNER UND 7 WEITEREN KOLLEGEN

Mit Bestürzung haben wir erfahren, daß der Kollege Claus Wagner aus der IG Bau-Steine-Erden ausgeschlossen worden ist. Grund des Ausschlusses: "Schädigung der Interessen unserer Gewerkschaft wegen Mißachtung von Beschlüssen der zuständigen Organe". Gegen weitere sieben BSE-Kollegen ist ebenfalls ein Ausschlußverfahren in gleicher Sache eingeleitet worden.

In der mündlichen Anhörung wurde dem Kollegen vorgeworfen, daß er einen nichtöffentlichen Brief an die NEUE HEIMAT mit seiner Mitgliedschaft unterzeichnet hat. Als formale Begründung für seinen Ausschluß dient der Beschluß des DGB-Bundesausschusses, vom 2.6.81: "Unterschriftsleistungen von Kolleginnen und Kollegen mit ... ausdrücklicher Beschreibung der Gewerkschaftszugehörigkeit und ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Funktionen unter nichtgewerkschaftlichen Aufrufen und Stellungnahmen erwecken in der Öffentlichkeit den Eindruck innergewerkschaftlicher Uneinigkeit".

Würde dieser Beschluß konsequent angewendet, müßte auch der Kollege Walter Sickert, Vorsitzender des DGB Berlin, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, da er den berechtigten Protest gegen die Breker-Ausstellung ebenfalls mit seiner Gewerkschaftszugehörigkeit unterzeichnete.

Dieser Beschluß, der sich ursprünglich gegen Gewerkschafter richtete, die unter Angabe ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit den "Krefelder Appell" unterzeichnet haben, wird nun sogar auf innergewerkschaftliche Schreiben angewendet und soll offensichtlich nur dazu dienen, unter fadenscheiniger formaler Begründung unliebsame Kolleginnen und Kollegen aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Wir sind über ein derartiges Vorgehen der Gewerkschaftsführung empört, da es - einem Willkürakt gleich - jeden von uns treffen könnte. Schon aus diesem Grund sind wir mit Claus Wagner voll solidarisch.

Des weiteren interessiert uns natürlich der wahre Grund für seinen Ausschluß.

Wie viele DGB-Kolleginnen und Kollegen setzt sich Claus Wagner seit Juni 1981 verstärkt für eine Wende gewerkschaftlicher Wohnungs- und Sanierungspolitik ein. Wie viele Gremien des DGB tritt auch er ein für eine Rücknahme der Strafanträge und Räumungsbegehren der NEUEN HEIMAT Obwohl die NEUE HEIMAT noch am 17.7.81 mitteilte, daß z.Zt. Überlegungen bestehen, "bei uns mit sämtlichen besetzten Häusern der NH Verhandlungen zu führen, um zu einer friedlichen Lösung für unseren Teil zu gelangen", wurde sie durch die Räumungen vom 22.9.81 - sechs der geräumten Häuser befinden sich in ihrem Eigentum - eine wesentliche Hauptstütze der reaktionären und menschenfeindlichen Wohnungs- und Sanierungspolitik des CDU-Senats. Das gewerkschaftseigene Unternehmen NH machte sich dadurch mitschuldig an der weiteren Eskalation der Gewalt in dieser Stadt, die amm 22.9. das erste Menschenleben forderte.

Sie tat dies mit starker Rückendeckung des DGB und im Gegensatz zu vielen Gremienbeschlüssen. So heißt es z.B. im Beschluß der 13. Jugendkonferenz der IG Metall am 26.5.81: "Durch den Aufmarsch von Polizei und Justiz wird dazu beigetragen, die Auseinandersetzung zu verschärfen, statt Probleme zu lösen".

Das harte und verschärfte Vorgehen des DGB und speziell der IG BSE gegen die Kritiker der gewerkschaftlichen Wohnungs- und Sanierungspolitik ist nur auf folgendem Hintergrund erklärbar:

- Der Landesvorsitzende der BSE, Werner Koch, sitzt neben anderen Spitzenfunktionären der Einzelgewerkschaften und des DGB im Aufsichtsrat der NH. Über den DGB ist die BSE an der NH auch finanziell beteiligt.
- Der Landesvorstand der BSE hat sich - neben anderen Einzelgewerkschaften - bei der entscheidenden Aufsichtsratssitzung der NH für die Räumung der sechs Häuser eingesetzt.
- Ein Beschluß des DGB-Landesbezirksvorstands vom März und April 1980, in dem es heißt: "Keine Zusammenarbeit mit Mieterorganisationen".
- Ein Beschluß des BSE-Landesvorstands vom September 1980, der Mitgliedern des Berliner Mietervereins untersagt, auf einer Versammlung der 'Fachgruppe der Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros' zu reden.
- Jahrelange Unterstützung der SPD-Kahlschlagsanierung, d.h. Bevorzugung von Neubauten vor Modernisierung von Altbauten.
- Ständige Versuche des BSE-Vorstands, die Kollegen obiger Fachgruppe, in der auch Claus Wagner mitarbeitete, zu disziplinieren.

Die Unterzeichnenden erklären ebenfalls ihr Unverständnis mit den Sanierungspraktiken der NH und fordern den DGB auf, eine Wende in der Wohnungspolitik einzuleiten.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE RÜCKNAHME DES AUSSCHLUSSES VON CLAUS WAGNER UND DIE EINSTELLUNG DER VERFAHREN GEGEN SEINE KOLLEGEN!

WIR FORDERN DIE RÜCKNAHME DES BESCHLUSSES VOM DGB-BUNDESAUSSCHUSS, DER GEGEN JEDEN KRITISCHEN GEWERKSCHAFTER EINGESETZT WERDEN KANN!

WIR FORDERN EINE VORBILDHAFTE UND MENSCHENGERECHTE WOHNUNGS- UND SANIERUNGSPOLITIK DER NEUEN HEIMAT: RÜCKNAHME DER STRAFVERFAHREN, RÄUMUNGSSTOPP UND BERÜCKSICHTIGUNG DER VON DEN HAUSBESETZERN AUSGEARBEITETEN ALTERNATIVPLANUNGEN!

MIT MEINER UNTERSCHRIFT BEKRÄFTIGE ICH DIESE FORDERUNG:

Name, Vorname	Anschrift	Gewerkschaft	Unterschrift

Aktionskreis von Gewerkschaftern im DGB "Für eine Wende in der Wohnungspolitik" c/o Hans Menzler, Elßholzstraße 22, 1 Berlin 30

Konflikte um HDW-Betriebsarbeit:
Kommission fordert 17 Gewerkschaftsausschlüsse

In der Hamburger IG Metall zeichnet sich eine harte Linie in der Auseinandersetzung mit der Liste „Aktive Metaller" ab. In der vergangenen Woche gab die Kommision, die den Vorwurf des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" untersuchen sollte, ihre Empfehlung bekannt: 17 Kollegen sollen ausgeschlossen werden, 20 weitere sollen mit einem zweijährigen Funktionsverbot bestraft werden. Dieses mit drei gegen zwei Stimmen gefaßte Votum wird nunmehr von der Ortsverwaltung beraten, die ihrerseits eine Empfehlung an den Vorstand der IG Metall gibt; dieser entscheidet dann endgültig.

Das Untersuchungsverfahren war während der Betriebsratswahl bei HDW im Frühjahr 1981 eingeleitet worden. Damals hatten sich die seit vielen Jahren amtierenden Betriebsräte um den Vorsitzenden Werner Peters geweigert, eine auf mehreren Branchenversammlungen geforderte demokratischere Art der Kandidatenermittlung für die IG Metall-Liste zuzulassen. In den Forderungen kam eine in den letzten Jahren stark gewachsene Unzufriedenheit in der Belegschaft mit der betont sozialpartnerschaftlichen Politik des Betriebsrats zum Ausdruck. Als die Gruppe um Werner Peters bei der Kandidatenaufstellung alle entscheidenden Plätze kompromißlos mit ihren eigenen Leuten besetzte, schlossen sich 42 Vertrauensleute zu einer eigenen „Liste Aktive Metaller" zusammen. Obwohl diese Liste noch vor der Wahl von der Hamburger IG Metall-Ortsverwaltung scharf angegriffen worden war, konnte sie sich bei der Wahl deutlich gegen die „offizielle" IGM-Liste um Werner Peters durchsetzen. Mit 14 von 27 Sitzen erreichten die „Aktiven Metaller" die absolute Mehrheit. Die IGM-Liste erreichte elf Sitze, je ein Sitz fiel an die DAG und an die RGO. Die IG Metaller bei HDW hatten in dieser „Urabstimmung" ihrer Organisation die Quittung dafür verpaßt, daß Peters in allen entscheidenden Fragen – bei der Schließung des Werksteils Finkenwerder ebenso wie bei der von der Geschätsleitung angestrebten Einführung des Programmlohns – den Bossen die Bälle durch Geheimverhandlungen zugespielt hatte. Die Geschäftsleitung bedankte sich für diese jahrelange enge Kooperation dadurch, daß sie den „elf Aufrechten", sofern sie bis zu ihrer Wahlniederlage für Betriebsratsarbeit freigestellt waren, einträgliche Jobs verschaffte. So wurde Werner Peters beispielsweise Vorstandsberater. Für den Vertrauensleutekörperleiter Otto Kock wurde eigens eine neue Planstelle als Sachbearbeiter für Gewerkschaftsfragen geschaffen.

Diese Ergebnisse haben das Abwirtschaften der „offiziellen" IG Metall-Betriebsräte nur beschleunigt, so daß die „Aktiven Metaller" zunächst die Hoffnung hegten, die Ortsverwaltung der IGM könne durch das Votum der Belegschaft davon überzeugt werden, daß das Ansehen der IG Metall nur durch Zusammenarbeit mit den „Aktiven Metallern" wiederhergestellt und ausgebaut werden könne.

Auch das Ausschlußverfahren lief schwer an. Die Ortsverwaltung hatte einige Mühe, unter den IGM-Geschäftsführern in Norddeutschland einen zu finden, der bereit war, den Vorsitz in dem allgemein als heikel empfundenen Untersuchungsverfahren zu übernehmen.

Mittlerweile dürfte aber kein Zweifel mehr bestehen, daß sich in der Hamburger Ortsverwaltung wieder einmal die stockkonservativen Betriebsratsfürsten aus den Großbetrieben durchgesetzt haben, die aus Furcht vor ähnlichen Entwicklungen in ihren Betrieben von Anfang an darauf aus waren, ein Exempel zu statuieren, auch wenn die IG Metall auf Jahre ihr Ansehen bei HDW in Hamburg ruinieren würde. Besonders konkret dürften auch die Befürchtungen um HDW Kiel gewesen sein, wo der Betriebsratsvorsitzende Böhm seit vielen Jahren sein hartes Regiment führt und wo die „RGO"-Liste ihren Stimmanteil inzwischen auf 20,5 % steigern konnte, bei einer für die IG Metall äußerst beschämenden Wahlbeteiligung von nur 57 %.

„Aktive Metaller" zu spät aufgewacht?

Dabei hatten die Aussichten für die „Aktiven Metaller", in der IG Metall bleiben zu können, zeitweilig gar nicht schlecht ausgesehen. Nicht nur, daß sie das beachtliche Wahlergebnis im Rücken hatten; sie konnten auch auf eine mit deutlicher Mehrheit beschlossene Resolution der Hamburger Funktionärsversammlung verweisen, in der Ausschlüsse und Funktionsverbote ausdrücklich als untaugliche Mittel zur Lösung der Probleme bei HDW gekennzeichnet wurden. Mit diesen Pfunden war jedoch nicht genügend gewuchert worden. Allzulange hatten die Kollegen darauf gesetzt, daß sie – mit wenigen Ausnahmen alles gestandene Sozialdemokraten, zum Teil in Ratsherren- und anderen Positionen – nicht von den eigenen Parteigenossen aus der Gewerkschaft geschmissen werden würden. Großen Wert hatten die „Aktiven Metaller" auch immer darauf gelegt, daß ihre Liste „chaotenfrei" sei. Viele Anstrengungen waren unternommen worden, um der Ortsverwaltung gegenüber die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Interesse der IG Metall zu bekunden. Dabei war lange Zeit bewußt auf eine Mobilisierung der HDW-Belegschaft verzichtet worden. Erst in der letzten Phase vor Abschluß des Untersuchungsverfahrens, als sich das Ergebnis schon abzeichnete, war auf der Werft eine Unterschriftensammlung in Gang gekommen.

Innerhalb weniger Tage konnten bereits ca. 1500 Unterschriften gesammelt werden. Damit ist in etwa die Stimmenzahl erreicht, die die „Aktiven Metaller" bei der Wahl erzielen konnten; angesichts der Repressionsdrohungen der IGM-Gewaltigen gegen jeden, der die „Aktiven Metaller" unterstützt, ist eine namentliche Parteinahme durchaus hoch einzuschätzen.

Eine weitere Gelegenheit zur Aktion nutzten die HDW-Kollegen am 7. November. An diesem Samstag-Vormittag hatte die IG Metall zu einer Großen Funktionärsversammlung zum Thema Energie-Politik/Atomstrom eingeladen. Die ca. 250 Funktionäre wurden am Eingang des Gewerkschaftshauses von etwa 40 Kollegen empfangen, die mit einem Transparent gegen die Ausschlüsse und das Funktionsverbot protestierten. Viele Funktionäre nutzten die Gelegenheit, um sich in die Unterschriftenlisten einzutragen. Und auch während der „Energie-Debatte" griffen mehrere Kollegen — trotz massiver Intervention der Versammlungsleitung — die Ausschlüsse und Funktionsverbote scharf an. Ein Kollege kritisierte, daß die Ortsverwaltung ihre entscheidende Sitzung so terminiert hat, daß die Vertreterversammlung, das vielgerühmte „Parlament der IG Metall", keinen Einfluß mehr hat auf die Beschlußfassung der OV, weil die Vertreter erst einen Tag später tagen.

Die Ortsverwaltung tagt am 11. November, die Vertreterversammlung am 12. Für den Fall, daß die Ausschlußanträge von der Ortsverwaltung und auch vom IGM-Vorstand bestätigt werden, haben die „Aktiven Metaller" angekündigt, daß sie nötigenfalls gegen die IG Metall prozessieren würden, um ihre Mitgliedschaft zu behalten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Detlef Hensche:
»Höchste Zeit, Haltung zur Friedensbewegung zu überdenken«

Recht deutliche Kritik am Verbot des DGB, zur Bonner Friedensdemonstration aufzurufen, hat das Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, in der „Druck & Papier" (19.10.) geübt. Hensche kritisiert die *„vielfältigen Versuche, die Kundgebung und ihre Initiatoren ins politische Zwielicht zu rücken"*. Zum DGB-Verbot schreibt Hensche: *„Desgleichen ist es für die Gewerkschaften höchste Zeit, ihre Haltung zur Friedensbewegung zu überdenken. Wir müssen selbstkritisch feststellen: Wer meint, durch eine Politik der Abgrenzung und durch Berührungsängste (etwa neuerdings auch gegen Christen?) reagieren zu müssen, wird bald nicht mehr ernst genommen. Die Beschwörungen, seit 100 Jahren an der Spitze der Friedensbewegung zu stehen, werden unglaubwürdig, wenn die Gewerkschaften sich mit fragwürdigen Begründungen ins Abseits stellen. Der Gewerkschafter Georg Benz erntete auf der Kundgebung wenig Beifall, als er für die Unterschriftenaktion des DGB warb. Er stieß auf Mißtrauen, das nicht er, sondern der DGB zu verantworten hat. Man kann auf Dauer nicht gegen eine wohlbegründete Mehrheitsmeinung in der politisch aktiven Jugend Politik machen"*.

Dies war offensichtlich der DKP zu deutlich. In der Ausgabe vom 29.10. gibt die „UZ" den Hensche-Artikel in ihrer Rubrik „Aus der Gewerkschaftspresse" in langen Auszügen wieder, Ausgerechnet der oben zitierte Absatz wird jedoch weggelassen. Ist Hensche der DKP zu radikal?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Redaktion der Berliner Lehrerzeitung unter Druck

Nicht ohne Folgen ist das Titelbild der Oktober-Ausgabe der „Berliner Lehrerzeitung", die von der GEW-Berlin herausgegeben wird, geblieben. In großen Lettern fand sich dort der Text: *„Klaus Jürgen Rattay in den Tod getrieben am 22.9.1981 im Zuge der polizeilichen Räumung des besetzten Hauses Bülowstraße 89"* (siehe AK 210, S. 18).

Eine Kollegin erklärte gar ihren Gewerkschaftsaustritt, da durch derartige Aufmacher Probleme in „Bild"-Manier verschärft würden. Auch die Fachgruppe Schulaufsicht/Schulverwaltung protestierte, da der veröffentlichte Text zur Emotionalisierung beitrage und Feindbilder und Klischeedenken fördere.

In dieselbe Kerbe haute dann auch der Geschäftsführende Landesvorstand der Westberliner GEW. In einem Vorstandsbeschluß heißt es: *„Der geschäftsführende Landesvorstand (GLV) kritisiert die Ausgestaltung des Titelblattes der BLZ 10/81. Das Titelblatt leistet keine Vermittlung der Vorgänge, die den 22.9.81 betreffen, bezogen auf unseren Organisationsbereich. Es unterstellt eine unreflektierte Identifizierung mit politischen Gruppierungen, mit denen eine politische Auseinandersetzung notwendig ist"* („BLZ", 11/81).

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Tatsache, daß seit der Ablösung des Landesvorsitzenden Schmidt durch B. Fahlbusch in der Berliner GEW ein anderer Wind weht, der in der „Berliner Lehrerzeitung" noch nicht seinen Niederschlag gefunden hat. Das Bestreben, die „BLZ" mehr auf Vorstandslinie zu bringen, dürfte hinter den jetzigen Angriffen stehen. Nur so ist es zu verstehen, daß der Vorstand auch vergleichsweise lächerliche Kritikpunkte an der „BLZ" aufführt. So wird z.B. die Fotoauswahl von der Antikriegsdemonstration am 1.9. bemängelt, da diese nicht den gewerkschaftlichen Charakter der Demonstration vermittele. Manche Leute können sich offenbar an DGB-Emblemen nicht sattsehen.

Bisher hat die „BLZ"-Redaktion jedoch nichts von ihrer gewohnten Bissigkeit eingebüßt – wie die nebenstehend abgedruckte Karikatur beweist. *„Wir machen weiter"*, hieß einst das Motto der GEW-Berlin. Hoffen wir, daß es zumindest das Motto der „BLZ"-Redaktion bleibt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Kommentar der „BLZ" zum Wechsel Fristers als Arbeitsdirektor zur Neuen Heimat. Aus: „BLZ" 11/81

Neue Sparbeschlüsse treffen die Sozialpolitik

Gut vier Wochen sind seit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1982 in die Lande gegangen, da melden sich die Bonner Planer mit neuen Hiobsbotschaften an die Bevölkerung. Man habe sich bei den Steuereinnahmeschätzungen verkalkuliert und müsse nochmals 7,8 Mrd. DM einsparen. Der wirtschaftliche Zweckoptimismus bei den Schätzwerten (Steuereinnahmen, Arbeitslosenzahlen) hat für die Bevölkerung zur Folge, daß Sparmaßnahmen in immer neuen Wellen anstehen. Nach den gravierenden Eingriffen vom September nun also erneute Einschnitte ins „soziale Netz". Kanzler Schmidt beschwört die Bundesdeutschen, sich auf „den schwierigsten Winter seit 1945" einzustellen und hat gleichzeitig Trost parat: auch wenn es hart werde, anderen gehe es noch schlechter und „uns geht es besser als anderen". Na wenn das nichts ist, deutscher Chauvinismus in sozialdemokratischer Variante, aber ob das überzeugend ist?

Matthöfers ungestrafte Lüge

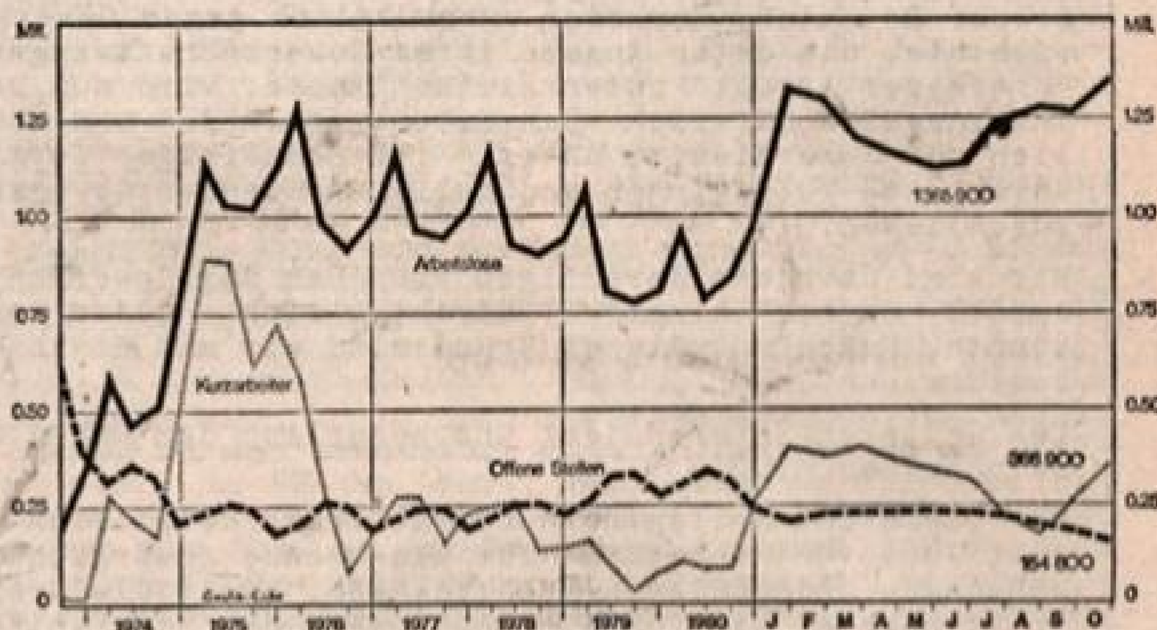
„Hier ist jedenfalls während der Amtszeit dieses Bundesfinanzministers keine weitere Beitragserhöhung eingebaut. Ich habe mehrfach für die Bundesregierung erklärt, daß die Abgabequote insgesamt eine Höhe erreicht hat, die nicht weiter gesteigert werden darf". Der so log. Bundesfinanzminister Matthöfer, sagte dies in der Haushaltsdebatte im Bundestag am 25.9., als er die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung von 3 auf 3,5 % vorstellte. Gleichzeitig hatte sich die Bundesregierung schon damals grünes Licht für eine weitere mögliche Beitragserhöhung auf 4 % geben lassen. Derselbe Matthöfer verkündet nun gut vier Wochen später genau diese Erhöhung der Beiträge auf 4 % während seiner Amtszeit. Lügen gehört offensichtlich zum guten Ton der Regierenden, der Ex-Gewerkschafter Matthöfer wird nicht einmal rot dabei und in Bonn regt sich kein Schwein über solche Minister auf.

Die Krise verschärft sich

Von Monat zu Monat werden die Vorausschätzungen der Bundesregierung über den Haufen geworfen. Die Arbeitslosigkeit hat im Oktober mit 1,365 Millionen und 366.900 Kurzarbeitern einen erneuten Höchststand erreicht. Die Arbeitslosenquote stieg von 5,4 auf 5,9 %. Für 1982 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen von 1,6 bis 1,7 Millionen, d.h. in den schlechten Monaten würde die Zahl 2 Millionen erreichen. Damit sind die Schätzungen einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 1,4 Millionen als Berechnungsgrundlage für die Haushaltsplanung wohl hinfällig – neue Einsparungen nur eine Frage der Zeit.

Bundesfinanzminister Matthöfer und die Bundesregierung greifen nun zu zweierlei Maßnahmen: sie erhöhen die allgemeine Belastung (Arbeitslosen-Beiträge) und sie senken erneut die Leistungen (um weitere 350 Millionen DM).

Neben Rationalisierung und in der Folge Entlassungen hält die Arbeitsplatzvernichtung durch Betriebsschließungen an. Die Hochzinspolitik der Zentralbank treibt vor allem Klein- und Mittelbetriebe in die Pleite. Ca. 250.000 Arbeitsplätze werden in diesem Jahr durch Konkurse verlorengehen. Die Zahl der Pleiten wird für 1981 bei 24 % über dem Vorjahreswert liegen und mit etwa 11.000



1981: die höchste Arbeitslosigkeit seit 30 Jahren

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

einen neuen Nachkriegsrekord erreichen.

Leiser noch als bei der Haushaltsverabschiedung im September melden sich die Stimmen in der SPD, die ein Beschäftigungsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit fordern. Doch davon war bei den Koalitionsverhandlungen schon nicht mehr die Rede. Damit auch ja keine Zweifel über die Haltung der FDP aufkommen, ließ Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff während der Sparverhandlungen Rücktrittsabsichten durchblicken. Die SPD-„Linke" gab sich gegenüber dem gräflichen Gralshüter „freier Marktwirtschaft" zufrieden mit ihrem „Erfolg", die dritte Kürzung innerhalb eines Jahres beim BAFÖG verhindert zu haben. Reformpolitik in der SPD ist heute schon so tief gesunken, daß sie die Verhinderung einer solchen unsozialen Maßnahme im Tausch gegen weitere unsoziale Eingriffe bei den Arbeitslosen als ihr „Verdienst" feiern muß. Die Tatsache, daß allein ca. 3,7 Mrd. DM jährlich durch Abschreibungserleichterung für das Kapital an Steuereinnahmen aufgegeben wurde, wird geschluckt, während gleichzeitig rigide wesentlich geringere Summen im sozialen Bereich gestrichen werden.

Das Ziel der Bundesregierung in der Sozialpolitik und bei den Löhnen formulierte der Bundeskanzler so: Senkung des Lebensstandards in allen Bereichen auf das Niveau des Jahres 1978. Derweil begleiten die Opposition und die Kapitalistenverbände den Sparkurs der Bundesregierung mit ihren zusätzlichen Spar-Schwerpunkten für die nächste Zeit: Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gestaffelte Kürzung des Arbeitslosengeldes, Direktbeteiligung der Patienten an den Kosten für die Krankheit (BDA-Präsident Esser am 1.11., Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag am 3.11.).

Nächster Schwerpunkt: die Löhne

Im Einklang mit dem Bundeskanzler hat BDA-Präsident Esser gefordert, *„die Lohnquote auf das Niveau von 1978 einzupendeln"* („FR", 21.10.). Neben dem Vorschlag der Bundesregierung, die Löhne im öffentlichen Dienst um 1 % zu senken, haben die fünf bürgerlichen Wirtschaftsinstitute in ihrem Herbstgutachten für 1982 gefordert: nur 3,8 % mehr Lohn 1982. Bei Preissteigerungen von 6,8 % im Oktober, Lohnabschlüssen von unter 5 % 1981 sowie einer kaum wesentlich geringeren Preissteigerungsrate 1982 wäre damit der Höhepunkt des stetigen Reallohnabbaus der letzten drei Jahre erreicht.

Parallel zu der propagandistischen Seite der Eingriffe beim Lohn bereitet sich der Kapitalistenverband Gesamtmetall als Vertretung der Kapitalisten im Schwerpunktbereich der Lohnpolitik, in der Metallindustrie, praktisch auf die neue Tarifrunde vor. Im Frühjahr gab es Knartsch bei Gesamtmetall. Die Differenz war, wie hart man bei der Höhe des Lohnabbaus vorgehen soll. Während eine Strömung einen knallharten Kurs forderte, vertraten die baden-württembergischen Kapitalisten einen „gemäßigten" Lohnsenkungskurs und schlossen bei 4,9 % ab, da sie dieses Ergebnis für tragbarer als einen möglichen Streik hielten.

Aus Protest gab es Rücktritte im Vorstand von Gesamtmetall. Am 29.10. hat der Vorstand daraus nun seine Konsequenzen für die kommende Tarifrunde gezogen. Das siebenköpfige Präsidium des Verbandes hat jetzt eine unmittelbar tarifpolitische Zuständigkeit erhalten und kann in kritischen Situationen in laufende regionale Tarifverhandlungen eingreifen. Einer der sieben ist der im letzten Jahr zurückgetretene Paul Pleiger (NRW), der erneut gewählt wurde. Er steht für ein Programm der Zentralisation des Kapitalistenverbandes und damit für noch härteren Klassenkampf.



ÖTV-Protestkundgebung in Frankfurt im Oktober

Die neuen Sparbeschlüsse

7,8 Mrd. DM fehlen nur vier Wochen nach Verabschiedung des Haushalts 1982 bei den Einnahmen. Um dieses Loch zu stopfen, hat die Bundesregierung im einzelnen beschlossen:

– 3,9 Milliarden DM werden aus den Gewinnen der Bundesbank (die diese insbesondere durch die Hochzinspolitik und Dollar-Spekulationsgeschäfte eingenommen hat) abgezogen. Damit hat die Bundesregierung für den '82er Haushalt insgesamt 10 Mrd. DM Bundesbankgewinne eingezogen.
– 2,85 Mrd. DM werden an Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit eingespart, die sich aus der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 % ergeben (bereits im September wurde der Beitrag von 3 auf 3,5 % erhöht).
– 1 Milliarde DM soll eingespart werden:
– 350 Millionen DM werden bei der Bundesanstalt für Arbeit, u.a. durch Kürzung des Arbeitslosengeld eingespart, indem Überstunden und z.B. Weihnachtsgeld bei der Berechnung nicht mehr berücksichtigt werden.
– 200 Millionen DM werden bei der Forschungsförderung gestrichen.
– Um 200 Millionen DM wird der Verteidigungsetat gekürzt (der trotz allem letztlich überproportional gestiegen ist), Gelder, die vor allem aus dem Kasernenbau und deren Instandsetzung gestrichen werden.
– Beschlossene unsoziale Maßnahme ist auch die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze von 390 DM für Wenigerverdiener, wodurch gerade Nebenverdienste schwerer gemacht werden.

Schweren Streit in der SPD-Fraktion hatte es um die erneute Kürzung des BAFöG für Schüler gegeben (das um 22 DM gekürzt werden sollte). Innerhalb eines Jahres wäre damit das BAFöG zum dritten Mal zusammengestrichen worden. Die SPD-Linke protestierte scharf und erreichte, daß diese Maßnahme nicht durchgeführt wird. Allerdings: die beim BAFöG erhofften Einsparungen von 100 Millionen DM wurden dann per Beschluß auf die Arbeitslosen übertragen, „Solidargemeinschaft" nennt sich so etwas...

bei der Berechnung nicht mehr berücksichtigt werden.
– 200 Millionen DM werden bei
auf die Arbeitslosen übertragen, „Solidargemeinschaft" nennt sich so etwas...

Reaktion der Gewerkschaften: lautstark und moderat

Seit dem Sommer sind die Spardiskussionen und Beschlüsse bekannt.

lautstark und moderat

Seit dem Sommer sind die Spardiskussionen und Beschlüsse bekannt.

Viel Radikales hat man aus Gewerkschaftskreisen gehört. Vetter vom DGB, Kluncker (ÖTV) und Mayr (IGM) haben bereits von Streiks gesprochen. Die Postgewerkschaft hat den Rücktritt ihres ehemaligen 2. Vorsitzenden und jetzigen Bundespostministers Gscheidle gefordert, da er Zusagen über personelle Verbesserungen nicht einhalten kann. Die Eisenbahner-Gewerkschaft hat ihren ehemaligen Vorsitzenden und jetzigen Bundesbahnpräsidenten Vaerst wegen der Preispolitik der Bahn scharf angegriffen (der Witz ist dabei, daß der jetzige Vorsitzende der GdE, Haar, vorher Staatssekretär im Verkehrsministerium und damit Verantwortlicher für die Bundesbahn war). Der IGM-Bezirksleiter Baden-Württembergs, Steinkühler, liegt im Clinch mit seinem ehemaligen IGM-Kollegen, Parteifreund und jetzigen Bundesfinanzminister Matthöfer. Letzterer ist empört über ein von Steinkühler verantwortetes IGM-Flugblatt, in dem der Bundesregierung vorgeworfen wird, sie fahre *„mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg"*.

Und was läuft außer lautstarken Verbalangriffen, man werde keine Einschnitte ins soziale Netz dulden? Während die Sparmaßnahmen zu greifen beginnen, beginnt die ÖTV die eine oder andere Kundgebung zu organisieren; der DGB läßt am 7.11. in Stuttgart gegen den „Mähdrescher" demonstrieren. Die IG Metall organisierte eine Kundgebung in Kiel, mit der dem Vierteljahres-Streik 1956 zur Erkämpfung der Lohnfortzahlung gedacht wurde. Von Streik wird nur geredet. Und die besonders lautstark tönende ÖTV gibt ihre erste Lohnforderung bekannt: 6,5% für die Seehäfen (Forderungsempfehlung).

Und schon wieder „Konzertierte Aktion"

Was sollte man angesichts der offenliegenden Sparpläne eigentlich mit dem Bundeskanzler und den Kapitalisten-Führern beraten? Nichtsdestotrotz findet am 11.11. (ein Signal?) beim Bundeskanzler ein Spitzengespräch zwischen Regierungs-, Gewerkschafts- und Unternehmervertretern statt. Thema: Möglichkeiten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit dabei auch Alois Pfeiffer, DGB-Vorstandsexperte für Wirtschaftspolitik und seit kurzem als Nachfolger Vetters im Gespräch. Pfeiffer hat in einem Interview während der Haushaltsberatungen bei aller Kritik die Bereitschaft des DGB, zur Erneuerung der Wirtschaft und Sanierung der Staatsfinanzen beizutragen, betont und wies auf die DGB-Kooperation *„bei der Einführung neuer Technologien, ferner auf das Sinken der Reallöhne im vergangenen und laufenden Jahr hin"* („FAZ", 28.9.).

Nichts Neues also vom DGB? Weitere Anpassung trotz zunehmend verschlechterter Lage der Werktätigen und der Arbeitslosen scheint Trumpf zu sein. Von dieser Seite ist nichts zu erwarten. Die Arbeiter selbst haben noch nicht entscheidend ins Geschehen eingegriffen. Noch äußert sich der Unmut hauptsächlich in Worten und nicht in Taten. Es gibt jedoch Anzeichen, daß dies nicht lange haltbar ist. Wird der Bogen überspannt, wie jetzt z.B. mit den Rationalisierungen bei VDM (siehe diese Ausgabe des AK), kann sich die Situation schnell zuspitzen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

METALL-Nachrichten

Herausgeber: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart, verantwortlich Franz Steinkühler
Druck: Union-Druckerei u. Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt, Th.-Heuss-Allee 90-98

Nr. 1 BW 30. 9. 1981

Widerstand

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte. Was die Unternehmer und die CDU/CSU an Vorschlägen daherbringen, ist die Welt vom vorigen Jahrhundert!

Bettelarm?
Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen – ganz im Gegenteil. Steuervergünstigun...

Wechsel?
Die Vorschläge der Union, des Wirtschaftsgrafen und der Unternehmer würden die Arbeitnehmer ins vor...

Lohnstopp?
Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, ... Löhne und G...

Starke Worte – wie hier auf einem IGM-Flugblatt – Kontrastieren zu gewerkschaftlichen Taten.

Lambsdorff:

Lambsdorff: „Englisches Experiment nicht gescheitert"

Die FDP als Partner in der „sozial"-liberalen Regierungskoalition hat einstimmig *„Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit"* auf ihrem „Kleinen Parteitag" in Mainz verabschiedet. Diese Leitsätze richten sich nach *„streng marktwirtschaftlichen Grundsätzen"* („FAZ", 26.10.).

Ursache der Arbeitslosigkeit sei *„an erster Stelle die zu hohe Kostenbelastung der Unternehmen besonders mit Lohn- und Sozialkosten"* (ebenda). Die sich aus dieser Einschätzung ergebenden Forderungen nach *„situationsbedingten Lohnabschlüssen"*, der Einführung von nichtbezahlten Karenztagen im Krankheitsfall sowie der Einführung des „job sharing" hat Lambsdorff in einem Grundsatzreferat mit der Forderung nach Verstärkung des Leistungsprinzips zu Lasten der sozial Schwächeren verbunden. So werde unsere Gesellschaft zunehmend ungerechter durch *„zu starken Anstieg der Lohnkosten im Vergleich zu den Kapitalkosten, zu hohe Entgelte für nicht Leistungsfähige im Vergleich zu Leistungsfähigen und die Versuchung, sich mit Arbeitslosenunterstützung, Schwarzarbeit und ‚anderen Tricks' besser über die Runden zu bringen, als mit normaler Beschäftigung"* (ebenda).

Was eine sich aus solchen Einschätzungen ergebende Politik noch mit Reformpolitik Marke „sozialliberal" zu tun hat, bleibt ein Rätsel. Wo Lambsdorffs Sympathien in Wahrheit liegen, hat er kurz zuvor in einem Grundsatzreferat in Brüssel zu erkennen gegeben. Er warnte davor, den harten unsozialen Kurs der Regierung Thatcher in Großbritannien vorschnell *„als gescheitert zu bezeichnen... Bevor man diesem Versuch voreilig ein Scheitern attestiere, solle man sich fragen, ob hier nicht eine Regierung den Mut gehabt habe, ihrer Klientel reinen Wein einzuschenken und über den Schatten des nächsten Wahlkampfes zu springen"* („FAZ", 22.10.). Gespannt darf man sein, wieweit die FDP des Wirtschaftsministers noch Sprünge über ihren Schatten mitmachen kann.



Count Lambswool

Initiative gegen die Sparpolitik

42 Millionen sollen im Hamburger Sozialbereich eingespart werden. Doch dieser Plan läßt sich nicht so ohne weiteres durchsetzen. Was lange hingenommen wurde, um das regierende „kleinere Übel" nicht mit „zu scharfer Kritik" zu gefährden, führt jetzt doch zu lautstarken Protesten.

Im Oktober hatten sich erstmals Mitglieder von über 100 Initiativen zusammengefunden, die mit einem „Aufschrei gegen Kürzungen und Streichungen in der Jugendarbeit und in der Sozialarbeit" ihre Wut öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Mittlerweile haben bereits über 1000 Menschen, überwiegend Erzieher und Sozialarbeiter aus über 120 Einrichtungen, diesen „Aufschrei" unterschrieben. Die Vielfältigkeit der vertretenen Einrichtungen – von Abenteuerspielplätzen über Häuser der Jugend bis hin zu Beratungsstellen – macht eines deutlich: Man/frau ist nicht länger bereit, sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Das Ziel ist nur erreicht, wenn alle Einsparungen zurückgenommen werden und nicht, wenn nur der eigene „Laden" läuft.

Aber es geht nicht nur ums Geld. Genauso geht es auch darum, daß sich die gesamte Sozialarbeit in ihrer Struktur unter den bestehenden Verhältnissen verändert. Die Sozialarbeiter und Erzieher bekommen zunehmend die Aufgabe, die schlimmsten Auswüchse zu verhindern, die Kinder und Jugendlichen zu verwalten bzw. davor zu bewahren, kriminalisiert zu werden. Die Finanzpolitik verstärkt dies natürlich wieder, indem zwar auf der einen Seite gespart wird, auf der anderen Seite aber in einen Drogenknast, wie den in Brauel, massig Gelder gesteckt werden. In diesem Zusammenhang ist zum ersten Mal eine Arbeitsniederlegung im gesamten sozialen Bereich in der Diskussion. Um eine Basis für solch einen Streik zu schaffen und Entschlossenheit zu zeigen, hat es bereits Aktionen auf Bezirksebene gegeben:

– Eimsbüttel: Laternenumzug am 29.10. zur Bezirksversammlung mit ca. 1000 Teilnehmern; dabei waren Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Nachdem Kinder und Erwachsene gemeinsam die Sitzung besucht und ihre Forderungen vorgetragen hatten, wurde die Sitzung abgebrochen.
– Altona: Laternenumzug am 30.10. mit ca. 400 Teilnehmern.
– Wandsbek: Laternenumzug am 30.10. mit ca. 200 bis 300 Teilnehmern zum Bezirksparlament. Dort wurden sie unter Androhung eines Polizeieinsatzes rausgeschmissen.

Gemeinsam mit der GEW hat es eine Veranstaltung mit ca. 600 Teilnehmern gegeben.

Auf einer parallel stattfindenden Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) fanden die „Aufschrei"-Vertreter bei ca. 200 bis 300 anwesenden Eltern große Zustimmung.

Unter den Eltern der Kindergärten

„Aufschrei"-Vertreter bei ca. 200 bis 300 anwesenden Eltern große Zustimmung.

Unter den Eltern der Kindergärten

des Diakonischen Werkes, das mit 154 Einrichtungen der größte freie Träger im Kindergartenbereich ist, gibt es große Empörung über die Sparvorschläge des Senats. Nachdem Protestschreiben nicht den gewünschten Erfolg brachten, gingen bereits am 28. September über 1000 Eltern und Kinder zu einer Protestkundgebung. 200 bis 300 zogen daraufhin noch vor das Rathaus.

Am 30.10. waren dann 10.000 auf der Straße in den verschiedenen Bezirken. An dem Abend wurde auf einer Veranstaltung in einer Kirchengemeinde über die weitere Arbeit diskutiert. Anwesend waren Vertreter aus 186 Kindergärten, also von mehr als der Hälfte der in Hamburg vorhandenen. In verschiedensten Beiträgen wurde die Notwendigkeit unterstrichen, sich im gesamten Sozialbereich zusammenzuschließen. Dementsprechend fand die von der Aufschreiinitiative geplante „Sozialdemo" am 20.11. vor dem SPD-Fraktionstreffen große Zustimmung.

Besonders bei den Diskussionen um einen eventuell notwendigen Streik wird deutlich, daß die ÖTV und die GEW noch stärker in die Überlegungen mit einbezogen werden müssen. Bisher hat die ÖTV Protestaktionen wesentlich gegen den Bundessparbeschluß von 1 % im Bereich der Personalkosten angekündigt. Zu dem gesamten Sparpaket gibt es noch keine schriftliche Stellungnahme.

Im Betriebsrat der „Vereinigung" (also der städtischen Kindertagesheime), der maßgeblich von ÖTV'lern getragen wird, will man sich nicht vor den Karren des „Aufschrei" spannen lassen und hat deswegen nicht unterschrieben. Es zeichnet sich wohl aber ab, daß die ÖTV noch aktiv wird, zumal sich an der Basis einiges regt. Die ÖTV-Bezirksgruppe Bezirksämter Wandsbek hat den Aufschrei bereits unterschrieben.

FSP-Frauenzelle



Bezirksversammlung Eimsbüttel 29.10.: *Als die Bürger mitdiskutieren wollten, wurde die Sitzung abgebrochen.*

Aufschrei

Kahlschlag im Sozialbereich durch Sparpolitik

„Können wir uns weiterhin ein so aufwendiges infrastrukturelles Konzept leisten?" grämte sich Hamburgs Finanzsenator Nölling *„mit Blick auf andere Service-Einrichtungen des Ballungszentrums – von Hochleistungskrankenhäusern bis zur Universität und kulturellen Einrichtungen. Es wird äußerste Anstrengungen kosten, das bisherige Niveau aufrecht zu erhalten"* („Hamburger Abendblatt", 13.10.81) und kündigt damit an, was wohl noch so alles auf uns zukommen wird.

Hamburg dürfte gegenwärtig in seinen Sparkonzeptionen einigen Bundesländern voraus sein. Wie aus der Presse zu erfahren ist, werden in anderen Bundesländern umfangreiche Sparkonzeptionen in ca. 2 Monaten

Bundesländern voraus sein. Wie aus der Presse zu erfahren ist, werden in anderen Bundesländern umfangreiche Sparkonzeptionen in ca. 2 Monaten

vorliegen. Von daher bietet es sich an, die Rotstift-Politik Marke Hamburg doch etwas genauer zu beleuchten: Eingespart werden sollen bis 1985 950 Mio. DM. Bis 1982 will der Senat insgesamt 260 Mio. DM eingespart haben: 100 Mio. aufgrund des Bundessparhaushaltes und 160 Mio. DM nach Landesbeschlüssen. Bis 1985 sollen im Personalhaushalt 600 Mio. DM und im Sachhaushalt 350 Mio. gekürzt werden. 60 Mio. sollen in allen Haushaltsbereichen eingeholt werden. 45 Mio. ausschließlich aus dem sozialen Sektor. Hier werden aber nicht nur soziale Leistungen beschnitten, sondern es geht bereits an e x i s t e n z i e l l e Selbstverständlichkeiten.

Die Fakten sprechen für sich!

Auch wenn es vielleicht etwas umfangreich erscheinen mag, machen diese Zahlen doch deutlich, mit welchem Menschenverständnis die Behörden Politik machen:

– War bis vor einem Jahr in Hamburg für die Fünfjährigen noch „Null-Tarif in den Kindertagesstätten" angesagt – „sozialpolitisches Bonbon" – mag sich heute keiner mehr gerne daran erinnern.
– 3500 von den insgesamt 19000 Kindern in der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime" bekamen bisher vom Senat einen Zuschuß von 120 DM. Dieser Zuschuß soll gestrichen werden.
– Sollte der Beitrag für alle Kinder in städtischen Kitas bis vor kurzem gar noch auf 49 DM g e s e n k t werden, wird – nach einem kurzen Zwischenspiel einer Erhöhung von 79 auf 159 DM – n u n e i n e E r h ö h u n g auf gar 189 DM ins Auge gefaßt. Das sind stattliche 400 %, ausgehend von der beabsichtigten Senkung.
– Die Einkommensgrenze für Kita-Plätze soll neu festgelegt werden. Damit ändern sich auch die staatlichen Zuschüsse. Die Eltern müssen mehr zahlen bzw. fallen ganz aus der staatlichen Förderung heraus, was bedeutet, daß der volle Satz für einen Halb- bzw. Tagesplatz dann selbst aufgebracht werden muß. Das sind entweder 201,70 DM bzw. für den ganzen Tag 403,40 DM für ein Kind, wohlbemerkt. Eine Familie mit zwei Kindern darf dann mehr als 800 DM n u r für den Kita-Platz auf den Tisch blättern – es sei denn, die Mutter bleibt zu Hause.

In Hamburg müßten bei solchen Sparkonzeptionen alleine unter diesem Aspekt 70 bis 80 Kitas geschlossen werden, obwohl die Stadt keinen Ersatz für die fehlenden Kitas bietet.

Die Freien Träger in Hamburg stellen alleine 9500 Kindertagesplätze. Sie wären sehr stark von den Pflegesatzerhöhungen betroffen, da die Eltern ihre Kinder nicht mehr in ein Kita nach Wahl – z.B. in eine der Freien Träger – einweisen lassen könnten.

– Der Aufnahmegrund „Sonstige Pädagogische Gründe" soll wegfallen. Staatlich anerkannt und einweisbar sollen nur noch Kinder mit dem Markenzeichen „Gefährdung" und „Ver-

dagogische Gründe" soll wegfallen. Staatlich anerkannt und einweisbar sollen nur noch Kinder mit dem Markenzeichen „Gefährdung" und „Ver-

haltensstörungen" sein, was den Kreis der Betroffenen einmal behördlicherseits erheblich einengt. Über die bloße Sparmaßnahme hinaus heißt dies für viele Eltern, daß sie sich wieder ganz allein um die Kinder kümmern müssen. Dies mit der Folge, daß Frauen zu Hause bleiben, der Verdienst geringer wird usw.
– 17 Jugendinitiativen, Verbände und Vereine in dem Hamburger Bezirk Mitte müssen sich von den insgesamt für Jugendarbeit vorgesehenen 361 Mio. DM 658.000 DM teilen, für jede kaum mehr als 38.000 DM. Da der Jugendwohlfahrtsausschuß zudem noch eine Prioritätenliste vorlegte, in der er bestimmte, was als förderungswürdig weiterhin angesehen wird, dürften danach 7 Verbände dichtmachen.
– Beim Landesjugendring wird der Einbruch durch Sparmaßnahmen 5 % ausmachen, d.h. Freizeitangebote müssen gestrichen werden.
– Im Heimbereich begann die „Sparpolitik" vor knapp einem Jahr: 450 Plätze und 102 Erzieherstellen werden in staatlichen Heimen gestrichen. Wo die Jugendlichen inzwischen bleiben sollen, ist absolut offen, denn Alternativen wurden nicht geschaffen. Klar ist bis heute, daß sie auf der Straße bzw. in Knast und U-Haft landen. In Hamburg sitzen derzeit ca. 14 Jugendliche mangels Heimplätzen in U-Haft.
– An die Sozialhilfe sollen strengere Maßstäbe angelegt werden. Die Organisation der Sozialbehörde soll „durchforstet" werden, aber nicht, um den Betroffenen effektivere Hilfe zu geben, sondern um den Empfängern nachzusteigen. So soll bei Sozialhilfeempfängern das eigene Einkommen – so spärlich vorhanden – höher angerechnet werden.

Im Gesundheitsbereich tut sich auch einiges: Eine Kinderklinik (Rothenburgsort) soll 1982 geschlossen werden, weil Lohngelder in Höhe von 1,5 Mio. DM bisher versagt blieben. Es handelt sich hier um Sozialleistungen, die nicht mehr aufgebracht werden können.

– Mumps und Masernschutzimpfungen werden nicht mehr unentgeltlich durchgeführt.
– In der Universitätsklinik Eppendorf werden die Pflegesätze von 288 auf 350 DM erhöht.
– Die staatliche Stillprämie wird abgeschafft.

In den Schulen sind es besonders schwache Schüler, an denen die Sparwut ausgelassen wird:

– Kürzungen bei Lehr- und Lernmitteln (Bücher, Karten, Bleistifte etc.). Die Eltern müssen jetzt mehr bezahlen. Besonders gestrichen wird an den Sonderschulen:
– Einsparungen von 58 Lehrerstellen für qualitative Verbesserungen, Einsparung von 120 Lehrerstellen für Teilung von Unterrichtsstunden und Einrichtung von Förderunterricht.
– Die Universität nimmt über drei Jahre 80 % weniger Lehrer-Studenten auf.
– 40 Stellen für Neigungsunterricht am Nachmittag werden gestrichen.

denten auf.
– 40 Stellen für Neigungsunterricht am Nachmittag werden gestrichen.

– 63 Lehrstellen für Lehraufträge und Unterrichtsausfall fallen weg, wobei im Schulbereich eh schon mindestens 600 Lehrkräfte fehlen.

Und natürlich wird auch im Personalbereich bei den Gehältern gekürzt! 3 % sollen es im neuen Haushalt sein, ein Gehaltsstop ist eh schon vorgesehen. In einem Bezirkshaushalt (Hamburg Bergedorf) werden schon bewilligte Gelder (1,4 Mio.) für neu zu schaffende Arbeitsplätze wieder gestrichen.

Streichung an der nackten Existenz

Erschreckend ist nicht nur, wo überall gespart wird, sondern auch w a s. Oftmals geht dies über die soziale Seite hinaus bereits an e x i s t e n t i e l l e Notwendigkeiten. Betroffen sind besonders Alte, Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige:



– In der Seniorenhilfe wird die Telefonhilfe gestrichen. Erhalten bleibt sie für Kranke und Behinderte. Aber – wer definiert das? Und jeder weiß, daß das Telefon für viele alte Menschen der einzige Kontakt zur Außenwelt ist, daß bei einem möglichen Unfall nur so Arzt oder Angehörige schnell alarmiert werden können, ganz zu schweigen von der Möglichkeit des unkomplizierten Kontaktes mit anderen Menschen, wo doch eh schon alle Möglichkeiten, menschlich alt zu werden, von offizieller Seite beschnitten werden.
– Familien, die aus Obdachlosenunterkünften in „normale" Wohnungen umziehen, bekommen keine pauschale Möbelhilfe mehr.
– Heil- und Hilfsverfahren (Brillen, Rollstühle) werden mit einem komplizierten Genehmigungsverfahren und Bestellverfahren belegt. Brillen dürfen künftig nur noch alle d r e i Jahre verordnet werden. Krankenkassen zahlen nur Fahrten zum Krankenhaus oder zum Arzt, die mehr als fünf DM kosten.

Frauen besonders betroffen

Wurde bis vor kurzem noch gelegentlich die Devise ausgegeben, jede Frau habe ein Recht auf einen eigenen Beruf, zielen die ganzen Sparmaßnahmen darauf ab, die Frauen wieder ins Haus zurückzuholen. Denn, bei solchen Einschränkungen, die teilweise schon den Verdienst aufheben, fragt es sich schnell, ob es dann nicht „sinnvoller" ist, mit dem Kind zu Hause zu bleiben.

Bundesweit wird ja eh erwägt, Einkommen bis 390 DM, die bisher kranken- und rentenversicherungsfrei waren, nun zu besteuern. Das würde viele halbtags- oder aushilfsweise arbeitende Frauen betreffen.

Das Wegfallen des Aufnahmegrundes „Sonstige pädagogische Gründe" ist ebenfalls eine weitere Belastung für Frauen. Wollen sie nicht nur zu Hause arbeiten und Kinder erziehen, sondern einen eigenen Beruf haben oder gar ihre Kinder alternativ erziehen lassen, wird ihnen mit obiger Argumentation die Aufnahme ihrer Kinder in jeglichem Tagesheim – auch in den privaten – verwehrt werden.

Nicht mehr „sichergestellt" sind die Sozialversicherungsbeiträge für Mütter behinderter Kinder und Frauen, die ihre Angehörigen pflegen.

In einem Hamburger Bezirk soll die Mütterberatung eingeschränkt werden. Aufgaben von ProFamilia werden nicht mehr weiter finanziert: Schwangerschaftsbetreuung und Abtreibung soll von Krankenhäusern übernommen werden. Daß damit auch von Frauen erstrittene Verbesserungen gleich mit über Bord gehen, ist fast selbstverständlich zu erwarten.

Mit den Sparmaßnahmen folgt die Ideologie...

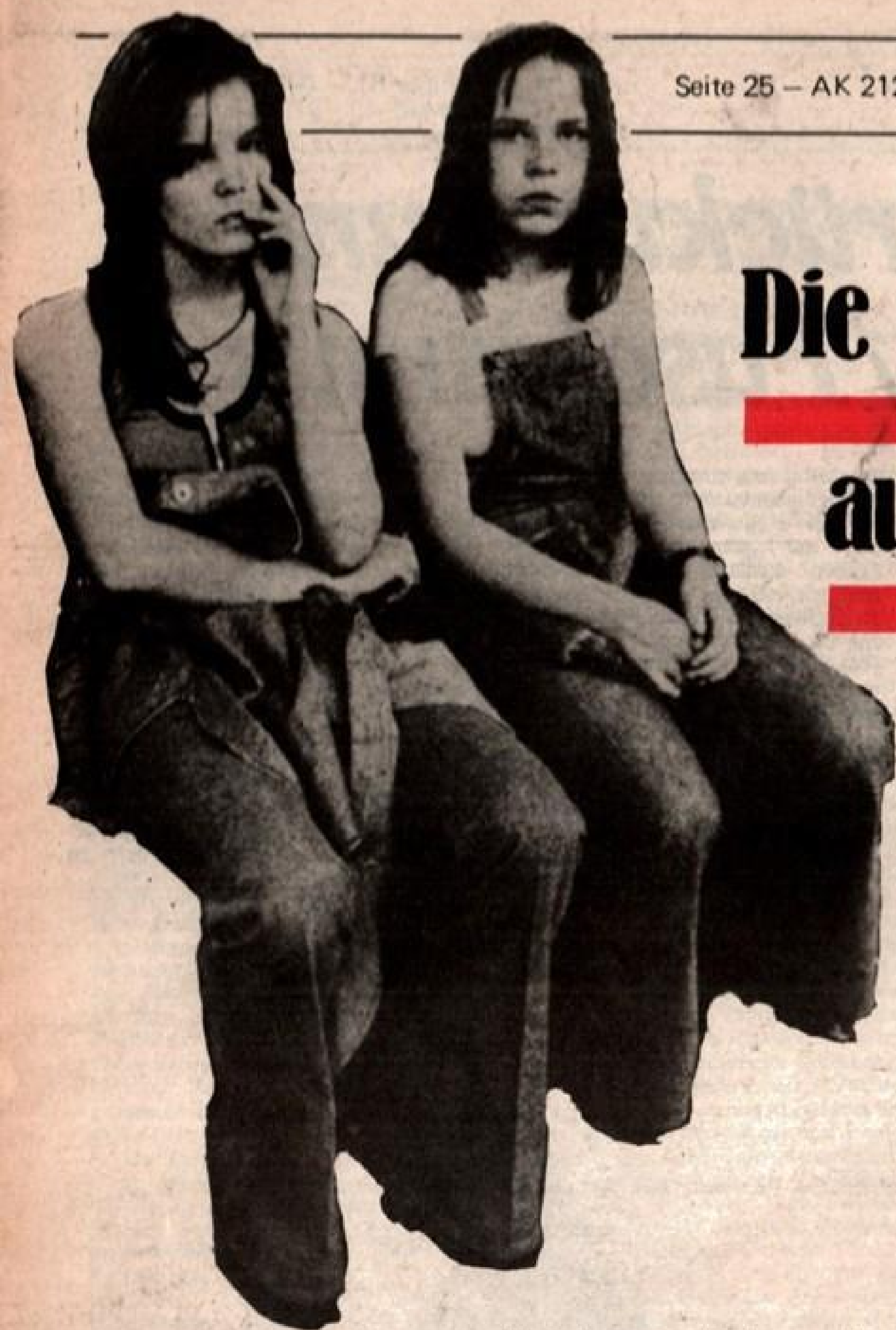
Mit den Sparmaßnahmen folgt die Ideologie...

Es wäre sicherlich ein erheblicher politischer Fehler, würde man es bei dem Protest gegen die Sparmaßnahmen bewenden lassen. Der spontane Kampf gegen die Sparmaßnahmen alleine hat keine besonders langfristige politische Perspektive im Kampf für bessere Bedingungen im sozialen und Bildungsbereich. Es kann nicht allein um Protest gegen Sparmaßnahmen gehen, sondern es müssen in diesem Zusammenhang pädagogische und politische Alternativen diskutiert werden:

– Bei der Schließung der Heime in Hamburg wurden die Jugendlichen kurzerhand auf die Straße geworfen und werden zwangsläufig in Jugendstrafanstalten bzw. in U-Haft landen. Das ist Knast statt Therapie.
– Die bereits erwähnte Kürzung bei Pro Familia trifft eine Initiative mit fortschrittlichem Anspruch und gerade Schwangerschaftsberatung und Abtreibung werden in Krankenhäuser verlagert. D.h., die Frauen werden wieder allein den Ärzten ausgeliefert.
– In Altengamme war eine sozialtherapeutische Anstalt geplant. Dieser Plan wurde kurzerhand fallengelassen, die Räume werden nun vom Justizministerium übernommen und als Haftanstalt verwendet. Das ist doppelter Einspareffekt.
– Nach der Psychiatrie-Enquete von 1975, in der ein erheblicher Fördermittelbedarf für diesen medizinischen Bereich festgestellt wurde, werden zwei vom Bund finanzierte Modellversuche in Hamburg Eilbek und Harburg „zur Disposition gestellt".

In Harburg sollte z.B. mit jährlich 2,7 Mio. DM für den Bereich Mitte und Süderelbe ein Übergangs- und ein Dauerwohnheim mit je 15 Plätzen und eine psychosoziale Kontaktstelle geschaffen werden. Auch das ist nun zu Ende.

**Kinderkommission/
KB Hamburg**



Die Auswirkungen der Sparpolitik auf die Frauen und die sozial schwachen Familien

Frauen und die sozial schwachen Familien - und in diesen wiederum die Frauen vorrangig als zumeist Verantwortliche für die Kinder und das Haushaltsgeld - sind besonders stark von den Auswirkungen der im Bundes-, den Ländern- und kommunalen Haushalten vorgenommenen Einsparungen betroffen.

Eingespart wird auch bei ehemals von der SPD stolz präsentierten Reformprojekten wie Beratungsstelllen und Frauenhäusern. Dazu einige Beispiele:

Der Hamburger Haushalt stellt nur knapp 2 Mio DM für Frauenprojekte zur Verfügung, während 40,5 Mio DM für die "Innere Sicherheit" locker gemacht werden. In Schleswig-Holstein ist gerade ein Frauenhaus für geschlagene Frauen gestrichen worden und das Projekt "Frauenforschung", an dem Frauen seit Monaten arbeiten, dürfte jetzt ebenfalls zu Fall gebracht sein. *"Dieselben Politiker, die dem Frauenstab* (in Schleswig-Holstein, Anm. d. Verf.) *800.000 DM strichen, spendeten dem Verteidigungsminister zusätzliche 820 Millionen - unter anderem für das Kampfflugzeug 'Tornado'* ("Brigitte", 15/81). In West-Berlin soll ein von Frauen organisiertes Projekt für
von Frauen organisiertes Projekt für
die Beratungen von Ausländerinnen eingespart werden. Die Frauen fordern weiterhin 60.000 DM Unterstützung für ihr Projekt. Ohne daß die Auswirkungen der Sparmaßnahmen schon in vollem Umfang klar sind, sollen in diesem Artikel ihre erkennbar wichtigsten Auswirkungen behandelt werden.

Was steckt hinter der Kürzung des Kindergeldes?

In einer achtseitigen Presse- und Informationsbroschüre der Bundesregierung wird die geplante Einsparung von 1,7 Milliarden Mark beim Kindergeld mit der Überschrift eingeleitet: *„Weiter 50 DM fürs erste Kind".* Bravo denkt die Leserin, aber der Schein trügt. Tatsächlich will die Bundesregierung beim zweiten und dritten Kind je 20 DM einsparen, d.h. statt 120 bzw. 240 DM, soll es ab 1982 nur noch 100 bzw. 220 DM geben. Beibehalten bleibt also nur das niedrige Kindergeld für das erste Kind, was eh ein Witz ist, da bekanntermaßen das erste Kind am meisten kostet. Dieser Sparvorschlag der SPD/FDP-Regierung stößt nicht nur auf den Widerstand der familienfreundlichen CDU/CSU, sondern auch aus den Reihen der SPD kommt Kritik. So schlägt der Finanzminister Posser aus Nordrhein-Westfalen (SPD) vor, statt des Kindergeldes die Kinderbetreuungskosten bzw. die Steuerfreibeträge für Kinder zu streichen. Diese sind aber wiederum ein besonderes Steckenpferd der CDU/CSU Familienpolitik, und wie frau sich denken kann, will die CDU/CSU diese erst im letzten Jahr von ihr durchgesetzte Errungenschaft nicht aufgeben. Doch was steckt hinter dem großen Geschrei der CDU/CSU und dem scheinbaren Anflug von sozialer Gerechtigkeit? Die Steuerfreibeträge für Kinder hat es gegeben, bevor es überhaupt Kindergeld vom Staat gab. Sie sind ein Produkt der CDU Familienpolitik, die vor allem finanziell besser gestellte Familien aus den Mittelschichten begünstigt. In den von der CDU/CSU regierten Bundesländern können Eltern jährlich bis zu 1200 DM absetzen, wenn (sie) diese als Ausgaben für ihre Kinder nachweisen können (Ausbildung, Sport etc.). Und wie bei allen Steuersachen, so gilt auch hier der Grundsatz:" *Je mehr die Familie an Einkommen zu versteuern hatte, je höher sie in der Steuerprogression lag, um so mehr wurde ihr für den Nachwuchs erlassen",* schreibt der "Spiegel" (Nr. 39/81). Die SPD/FDP-Regierung erhöhte 1975 das Kindergeld und senkte gleichzeitig die Steuerfreibeträge. Damit sollten die sozialen Ungerechtigkeiten für einkommensschwache Familien abgemildert werden. Wenn die CDU/CSU sich heute mit einem starken Geschrei für das Kindergeld einsetzt, so ist dies nichts weiter als blanke Demagogie. Denn nicht die tatsächliche Erhöhung des Kindergeldes steht bei der CDU/CSU im Familienprogramm zur Debatte, sondern es werden Maßnahmen wie Erziehungsgeld und Darlehen gefordert,
hungsgeld und Darlehen gefordert,
die Mann oder Frau "abkindern" sollen und die n u r für nicht berufstätige Frauen beansprucht werden können. Es geht also der CDU nicht um die finanzielle und wirtschaftliche Besserstellung der Familien mit Kindern, sondern um eine Finanzpolitik, die ihre reaktionäre Familienvorstellung hilft durchzusetzen. Wenn die CDU/CSU sich dennoch gegen die Sparmaßnahmen der Regierungsparteien ausspricht, dürfte dies ein rein wahltaktisches Kalkül sein, sich bei der Bevölkerung als die bessere Regierungspartei anzubiedern. Hinzu kommt, daß der Einspruch der CDU/CSU in Sachen Kindergeld einer der wenigen ist, wo die SPD tatsächlich ins Schwitzen kommt. Da der Bundesrat die Zustimmung verweigern wird und auch die eigenen Parteifreunde nicht mitziehen, müßte der Bundestag mit 2/3 Mehrheit zustimmen, was unmöglich ist.

Doch noch einmal zurück zur CDU/CSU. Wie skrupellos gerade diese Partei auf dem Rücken finanzschwacher Teile der Bevölkerung sparen will, zeigt ihr Alternativvorschlag, künftig die Bafög-Leistungen der Schüler um 22 DM monatlich zu kürzen.

Ebenso kann frau aus der "Emma" erfahren, daß die CDU-Regierung in West-Berlin, *"in den bisher kostenlosen Kindergärten - eine der wenigen Errungenschaften der 30jährigen SPD-Herrschaft - ein nach Einkommen der Eltern gestaffeltes Gebührensystem einführen"* will. *"Das trifft zunächst die besser gestellten Frauen stärker, als diejenigen, die in Teilzeitarbeit gerade das verdienen, was ungefähr das Blümsche Erziehungsgeld ausmacht. Dieser Effekt kehrt sich aber dann um, wenn Frauen, die das Erziehungsgeld in Anspruch genommen haben, sich einen neuen Erwerbsplatz spätestens nach 3 Jahren suchen müssen"* ("Emma", Nov. '81).

Die Verteuerung der Kindertagesplätze wird darüber hinaus auch in SPD regierten Bundesländern erhebliche Ausmaße annehmen. So soll allein in Hamburg für 3.500 Kinder der staatliche Zuschuß von 120 DM entfallen und *"Kein Kindergartenplatz mehr bei 'sonstigen pädagogischen Gründen' "* gestellt werden. Dies bedeutet vor allem für Frauen, die behinderte oder sogenannte "verhaltensgestörte" (wer weiß, wo das heute anfängt) Kinder haben, nicht mehr berufstätig sein zu können, was drastische finanzielle Einschränkungen nach sich zieht. Wie auch in anderen Bundesländern werden die Mindestsätze in Hamburg für die Elternbeiträge für einen Kindergartenplatz von 29 auf 40 DM erhöht (Staatliche Pressestelle Hamburg).

Frauen und Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Steuererhöhungen

Die Frauenarbeitslosigkeit liegt inzwischen bei über 6%, die allgemeine Arbeitslosigkeit hat im November '81 mit 5.9% ihren Rekord erreicht, das sind fast 1,4 Millionen Menschen. Die Bundesanstalt für Arbeit kündigt weitere Steigerungen der Arbeitslosenzahlen für die kommenden Monate an. Der Öffentliche Dienst will 1 % seines Personalbestandes abbauen — „ausgenommen bleiben die Soldaten", wie frau sich denken kann. Ansonsten dürfte die Mehrheit dieses einen Prozents aus Frauen bestehen, da ihr Anteil im Öffentlichen Dienst besonders hoch ist. So soll z.B. der Büro-Bereich bzw. der Verwaltungsapparat um 3.000 Stellen abgebaut werden. Darüber hinaus sollen auch die Gehälter um 1% gesenkt werden.

Als besonders sozial will die Bundesregierung die zukünftige Sozialversicherungspflicht für teilzeitarbeitende Frauen verkaufen: *"Wer we-*
beitende Frauen verkaufen: "Wer we-
niger als 390 DM im Monat verdient, ist bisher von der Sozialversicherungspflicht befreit. Die Arbeitnehmer haben allerdings auch keinerlei Versicherungsschutz, und für viele 100.000 Beschäftigte wurden die Vorschriften durch Mehrfachbeschäftigung des gleichen Arbeitnehmers (vor allem Frauen) umgangen: zum Schaden der Arbeitnehmer und der Vollbeschäftigten seriöser Firmen" (Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung). Diese Maßnahme erscheint zunächst tatsächlich sozial. Die Sache hat allerdings auch ihre Haken, steht doch an anderer Stelle in der gleichen Pressemitteilung, daß der "Kampf gegen 'Illegale' ", gemeint sind die Schwarzarbeiter/innen künftig verschärft von der Bundesregierung geführt werden soll: *"Solche Fälle will die Bundesregierung schärfer bekämpfen. Schon deshalb, weil sie das System der sozialen Sicherung in Mißkredit bringen können".* Dazu soll eigens auch ein Gesetz geschaffen werden, das Schwarzarbeit unter Strafe stellt. Das Gesetz soll auch *"Arbeitsämter, Gewerbeaufsicht und Finanzverwaltungen zu gegenseitiger Information und enger Zusammenarbeit auf diesem Gebiet"* verpflichten. Da gerade viele Frauen von dem wenigen Arbeitslosengeld nicht leben können, sind sie häufig gezwungen dazuzuverdienen. Das können sie nicht mehr, wenn sie "zwangs"-versichert werden, weil ihnen dann das Arbeitslosengeld gestrichen wird. Verdienen sie einen geringen Betrag dazu, wird ihnen dieser gleich wieder abgezogen vom Arbeitslosengeld.

Wieder einmal soll also die vom Wirtschaftssystem erzwungene Verelendung auch gesetzlich abgesichert werden. In diese Verschärfungen reihen sich auch die neuen Vorbedingungen für das Arbeitslosengeld ein. Um Anrecht auf Arbeitslosengeld zu haben, muß frau/man jetzt 12 statt 6 Monate gearbeitet haben. Da viele Frauen nicht ständig berufstätig sind, rutschen gerade sie besonders schnell aus dem Versicherungsschutz raus. Auch können es sich Frauen - die ja meist die monotonsten Arbeitsplätze in der Industrie haben - nicht mehr leisten, von sich aus zu kündigen, denn die Sperrfrist für Arbeitslosengeld beträgt jetzt zwei Monate statt früher einen Monat. Während früher 6 Tage Sperrfrist für das Arbeitslosengeld bestanden, sind es jetzt bis zu 4 Wochen. Ein Beispiel soll zeigen, wie einer Frau skrupellos das Arbeitslosengeld gestrichen wurde. Wegen der Krankheit ihrer Mutter konnte sie einen Termin beim Arbeitsamt nicht wahrnehmen, wovon sie das Arbeitsamt sogar schriftlich informierte. Trotzdem wurde sie 14 Tage gesperrt. Diverse Widersprüche von Seiten der Frau wurden mit der Begründung abgelehnt, sie "sei nicht verfügbar" für das Arbeitsamt gewesen. Selbst wenn ein eingelegter Widerspruch Erfolg haben sollte, muß die Frau damit rechnen, daß sie erst mit wochenlanger Verzögerung ihr Arbeitslosengeld nachgezahlt bekommt. Für die Zukunft dürften auch solche Fälle noch schärfer gehandhabt werden. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung für eine bestimmte Gruppe von Frauen, "die zuletzt bei ihrem Ehegatten oder einem Verwandten" beschäftigt waren, folgendes ausgedacht: Für diese Frauen *"soll das Arbeitslosengeld künftig nach dem bei einem fremden Arbeitgeber erzielbaren tariflichen Entgelt bemessen werden".* Das mag für die eine oder andere Frau vielleicht eine Verbesserung ihres Einkommens sein, in der Regel aber ist es eher so, daß die Frauen Hilfsarbeiterinnen-Arbeit leisten und diese wird in den laufenden Tarifverträgen allemal zu schlecht bezahlt.

Wesentliche Auswirkungen auf die Frauen werden auch die Sparmaßnahmen im Bereich der Weiterbildung und Umschulung haben, da die Unterhaltssätze gekürzt und die Aus- und Umschulungsplätze verringert werden. Die Arbeitsverwaltungen sollen künftig überlegen, ob sie Darlehen an Umschüler(innen) vergeben. Es liegt auf der Hand, daß dies Frauen besonders hart trifft, da sie weit mehr auf Umschulungsmaßnahmen als Männer angewiesen sind, weil sie häufig wegen ihrer Kinder jahrelang Berufsunterbrechung haben oder keinen erlernten Beruf haben.

Nicht vergessen werden sollte, daß die Bundesregierung sogar den erst seit kurzem bestehenden Mutterschaftsurlaub in ihre Sparerwägungen einbezogen hatte. Der Mutterschaftsurlaub, der von 95% der Mütter in Anspruch genommen wird, kommt die Bundesregierung teurer als sie ursprünglich einkalkuliert hat. Die IG-Metall Frauen protestierten gegen eine Kürzung und fordern die finanzielle Absicherung des Mutterschaftsurlaubs. Zunächst hat die Bundesregierung ihre Finger von dieser Sparmaßnahme gelassen, ob das so bleibt, ist allerdings fragwürdig.

Drastische Sparmaßnahmen im Sozialbereich

Die "Soziale Sicherheit ist nicht in Frage gestellt" heißt der Slogan der Bundesregierung bei den Beratungen für den Haushalt '82. Und demagogisch schreibt sie: *"Wo die Menschen mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen zufrieden sind, weil sie sich gegen Schicksalsschläge angemessen geschützt wissen, da wird mehr produziert und verdient als in Ländern mit großen sozialen Spannungen. Deshalb ist die Soziale Sicherheit der*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Arbeitnehmer und ihrer Familien eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen" (Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung). Aufwendig versucht die Bonner Regierung ihre Sparmaßnahmen noch als sozial zu verkaufen. In ihren Glanzbroschüren wird mit diversen Statistiken, die beweisen sollen, wie gut es uns doch noch geht im Vergleich zu anderen Ländern, konkret abgelenkt von der tatsächlichen finanziellen Lage der sozial Schwächsten. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Eine Frau, alleinstehend mit einem Kind bekommt keine Arbeit, sie ist zu alt mit ihren 50 Jahren. Sie bekommt Sozialhilfe, weil ihr geschiedener Mann keinen Pfennig zahlt. Die Sozialwohnung, die sie bewohnt kostet 455 DM, die das Sozialamt überweist. Doch die Unterhaltszahlungen für sie und das schulpflichtige Kind betragen nur 598 DM, hinzu kommt das monatliche Kindergeld von 50 DM. Von den 648 DM muß die Frau aber 316 DM monatlich für Heizung und Strom, sowie 40 DM Telefon bezahlen. Unterm Strich bleiben der Frau und dem Kind 292 DM im Monat zum Leben. Davon gehen noch Gelder für die Kleidung, Fahrgeld und das, was frau sonst noch zum Leben braucht, ab. Verdient die Frau, wie dieses Beispiel zeigt 200 DM hinzu, werden ihr gleich 105 DM vom Sozialamt wieder abgezogen. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Entweder die Frau verheimlicht, daß sie zusätzlich verdient, womit sie sich aber strafbar macht, oder sie geht klauen. Was sie auch macht, sie kann gar nicht anders handeln, aber für die Herrschenden in diesem Lande ist sie schnell zu einer Kriminellen geworden.

Doch damit nicht genug. Die Sparmaßnahmen aus der jüngsten Zeit spielen bei diesem Beispiel noch gar keine Rolle. Zusätzliche Jahreszahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld fallen in Zukunft vollständig weg. Besonders ältere Menschen (wobei Frauen überwiegen) sind von folgender Sparmaßnahme betroffen: *"Bisher gibt es für Alleinstehende über 49 Jahre einen sogenannten Haushaltsfreibetrag von 864 DM im Jahr. Dieser Freibetrag wird gestrichen"* (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung). Darüber hinaus will die Bundesregierung 7,5% der bisherigen Ausgaben für Wohngeld und Umzugskosten einsparen.

Des weiteren wird es erhebliche Einsparungen im Gesundheitsbereich geben. So sollen die Kuren für ältere Menschen, die ja eh nichts mehr für die Wirtschaft bringen, drastisch eingeschränkt werden. So müssen die Frauen, die Kinder gebären, jetzt nach 6 Tagen das Krankenhaus verlassen (bisher 10 Tage) und Rezepte für Medikamente werden auf 4 DM erhöht. Zahnersatz, Brillen, Hörgeräte, Bäder und Massagen können nicht mehr wie bisher beansprucht werden.

Nicht zuletzt soll erwähnt werden, daß die Lebenshaltungskosten enorm angestiegen sind und weiter steigen

räte, Bäder und Massagen können nicht mehr wie bisher beansprucht werden.

Nicht zuletzt soll erwähnt werden, daß die Lebenshaltungskosten enorm angestiegen sind und weiter steigen

werden. Dazu gehören die Tabak- und Alkoholsteuern, wie die Erhöhung der Fahrpreise, Gas- und Stromversorgung. Spürbar getroffen sind hiervon die einkommensschwachen Familien und insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern.

„Bürger ziehen mit, Bevölkerung will sparen helfen" (SPD)

Mit dieser Überschrift ist man/frau häufiger konfrontiert. Damit soll suggeriert werden, die Bevölkerung habe viel Verständnis für die Sparmaßnahmen. So weiß die Bundesregierung zu berichten, daß *„70 % der Bevölkerung meinen, daß in dieser Lage große Sparanstrengungen nötig sind. Sie sehen aber keinen Grund, das Vertrauen in die Zukunft der Bundesrepublik zu verlieren"* (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung). Gleichzeitig werden Umfrageergebnisse publiziert, nach denen 70 bis 80 % der Bevölkerung in ihrem eigenen Haushalt zu sparen anfangen wollen. Ja, was sollen die Menschen wohl anderes machen? Es bliebe höchstens die Totalverschuldung.

Daß die Stimmung in der Bevölkerung tatsächlich anders aussieht, zeigt auch eine Umfrage der Fraueninitiative „6. Oktober". Sie befragten 107 Frauen, wo die Bundesregierung mit den Sparmaßnahmen ansetzen sollte: *„63,6 % der Befragten sprachen sich für Einsparungen beim Verteidigungshaushalt aus .. beim Kindergeld lehnten 72 % der Befragten Kürzungen vorbehaltlos ab"* („Taz", 10.9.81). Bleibt nur noch zu hoffen, daß sich diese Zahlen erhöhen und bei den Männern ähnlich sind.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

Lesbenunterdrückung und Faschisierung/Faschismus

Vor dem Hintergrund wachsender Lesben- und Schwulenbewegungen stieß der Berliner Hormonforscher Dörner (Humboldt-Universität, Berlin/DDR) im Mai/Juni dieses Jahres in der BRD-Öffentlichkeit auf Interesse.

Diagnose und Therapie

Dieser wagt nämlich einen Vorstoß in die Richtung, Homosexualität als biologisch bedingte Krankheit zu stigmatisieren. Als Ergebnis Dörners ‚wissenschaftlicher' Betätigung können *„unphysiologische Hormonspiegel ... während der Gehirndifferenzierung"* des Embryos in der Schwangerschaft als „Mißbildungsfaktoren" wirken. *„Sie können zu bleibenden Störungen des Paarungs- bzw. Nichtpaarungsverhaltens führen, die mit fixierten strukturellen Veränderungen in bestimmten Regionen des Gehirns einhergehen"* (1). Dörner hat auch schon den ‚Behandlungsvorschlag für diese vorgeburtlichen Mißbildungen' des Gehirns parat: Wenn drohende Homosexualität durch „Diagnose" am Embryo aufgespürt ist, könne sie durch radikale hormonelle Eingriffe zum richtigen Zeitpunkt während der Schwangerschaft beseitigt werden (2).

Realer Sozialismus und Kapitalismus Hand in Hand?

Die Frage, warum in der DDR derartige „neue", „wissenschaftliche" Ergebnisse auftauchen, ist nicht Gegenstand dieses Artikels. Solche realsozialistischen Entwicklungen wären für eine gesonderte Untersuchung von Interesse. Bleibt festzustellen, daß der Grad dieser Menschenverachtung für die realsozialistischen Länder natürlich mehr als peinlich sein müßte. Wichtig für uns in diesem Artikel ist, daß u.a. in der kapitalistischen BRD mit diesen Ergebnissen gearbeitet wird, die auf einen nicht gerade unschuldigen Boden fallen.

- So liegt die BRD mit den sog. stereotaktischen Hirneingriffen zur Verhaltensänderung, auch an Homosexuellen, an der Spitze überhaupt, noch vor den USA. (Stereotaktischer Hirneingriff: Es wird ein Loch in die Schädeldecke gebohrt und mit einer heißen Sonde werden die Teile des Gehirns weggebrannt, die für das jeweilige unerwünschte Verhalten verantwortlich sein sollen.)
- Eine ‚Neue Anthropologie' versucht, die wachsende Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, soziale Ungerechtigkeiten und Klassenwidersprüche als natürlich festzuschreiben und wissenschaftlich zu verpacken. (3)

Dörners Buch erschien bereits 1972

sucht, die wachsende Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, soziale Ungerechtigkeiten und Klassenwidersprüche als natürlich festzuschreiben und wissenschaftlich zu verpacken. (3)

Dörners Buch erschien bereits 1972

auf Anregung von Wiener Professoren. Er hat inzwischen weiter „geforscht", seine Vorstellungen präzisiert, z.B. in welchem Schwangerschaftsmonat zu intervenieren sei, und bereits Eingriffe an Frauen vorgenommen! Dörner hat in den USA vor dem Hintergrund einer starken Lesben- und Schwulenbewegung an Publizität und Beachtung stark gewonnen. (4)

Wissenschaft und Politik

Die Arbeit Dörners ist selbst „wissenschaftlich" kaum haltbar; sie stützt sich allein auf 20 Untersuchungspersonen, durch die er beweisen will, daß weibliche Homosexuelle überdurchschnittlich viele männliche und männliche Homosexuelle überdurchschnittlich viele weibliche Hormone hätten. Dies sei nur nebenbei erwähnt, denn es kann uns nicht darum gehen, nun das Gegenteil auf biologischer Grundlage zu beweisen. Denn das würde ja bedeuten, Homosexualität erst dann zu ‚legitimieren', wenn deren körperliche ‚Natürlichkeit' und ‚Gesundheit' nachgewiesen ist!?

Denn Dörner unterstützt ein Bild vom Menschen, dessen körperliche Verhaltensweisen von Instinkten beherrscht und losgelöst von Verstand und politischem Bewußtsein funktionieren. Die Folgen sind körperliche Eingriffe und in letzter Konsequenz die physische Liquidierung. Sein Vorschlag, mögliche Homosexualität schon vor der Geburt zu beseitigen, zeigt seine erschreckende Entschlossenheit, Homosexualität gänzlich auszumerzen. Dörners Bedeutung besteht vor allem darin, daß er sehr offen bringt, was woanders versteckter läuft. Er glaubt nicht nur ein ‚Sexualzentrum' (im Gehirn) gefunden zu haben, sondern auch Zentren für andere gesellschaftliche Verhaltensweisen. So hat ebenfalls Dörner die Grundlagen für stereotaktische Operationen geliefert, die in Hamburg-Eppendorf praktiziert werden. (5)

Die Gefahr für uns liegt in der festen Definition von weiblich und männlich, von normal und unnormal im Zusammenang mit technischen und operativen Eingriffen. Auf diese Weise wird es möglich, Widerstandsformen und -äußerungen immer mehr als unnormal auszugrenzen und operativ auszuschalten.

Frauenkörper im Dienst der „Volksgesundheit"

Eine Frage, die natürlich nirgends auftaucht, ist, wie es den schwangeren Frauen bei diesen massiven Hormoneingriffen gehen soll (wo es schon durch Anti-Baby-Pillen zu körperlichen Schäden und psychischen Veränderungen kommt). Auf die *„geringe Gefahr der Vermännlichung der Mutter"* weist der zynische Dörner hin (6). Auch hieran wird die faschistische Menschen- bzw. Frauenverachtung deutlich: Das wichtigste für die Frau soll sein, daß ihr Körper (erb)gesunden Nachwuchs produziert?.

Sozialrassismus — Sexismus

Derartige massive Manipulationen am Frauenkörper mit dem Zweck des Produzierens von „gesundem" Nachwuchs sind Bestandteil eines rassistischen Konzeptes der Bevölkerungspolitik. Ein Rückblick in die nationalsozialistische Vergangenheit macht dies ganz deutlich.

Die Kategorie der Asozialität (*„Gemeinschaftsunfähigkeit"*) dehnten die Nazis immer mehr aus; *„Asozialität"* war g l e i c h gesetzt mit ‚erbkrank', ‚rassisch minderwertig'. (7)

Zur Definition von „Asozialität" wurden an Frauen besonders scharfe Kriterien angelegt. Als asozial galten *„gefühlskalte, intellektualisierte, vermännlichte"* Frauen, Frauen, die keinen geordneten Haushalt führten, Frauen, von denen man vermutete, daß sie ihre Kinder nicht zu *„brauchbaren Volksgenossen"* erzogen, natürlich Frauen, die die Gebärpolitik sabotierten. Die *„ganze Persönlichkeit"* wurde bei Frauen getestet. Hielt sie nicht stand, erhielt sie den Stempel *„Psychopathin"* und war zur Zwangssterilisierung, später gleich zur Vernichtung vorgesehen. (8)

Für kinderreiche, arme Frauen galt dasselbe (was auch widerlegt, daß die Nazis kinderreiche Familien belohnt oder Armut bekämpft hätten. Nur 1/4 der Ehepaare bekamen die Ehestandsdarlehen.). Arme kinderreiche Familien wurden regelrecht ausgetrocknet.

dasselbe (was auch widerlegt, daß die Nazis kinderreiche Familien belohnt oder Armut bekämpft hätten. Nur 1/4 der Ehepaare bekamen die Ehestandsdarlehen.). Arme kinderreiche Familien wurden regelrecht ausgetrocknet.

(9)

Wir sehen, daß die Nazis nicht nur Homosexualität direkt bekämpften, Juden und Widerstandskämpfer/innen vernichteten, sondern daß sie alles, was ihnen nicht in den Kram paßte, als asozial, krank und rassisch minderwertig der Ausrottung preisgaben. Der Begriff Sozialrassismus beschreibt diese Politik am treffendsten (10). So wurde alles ausgemerzt, was im sozialen Vorfeld der Homosexualität hätte liegen können; auch eine vielleicht erst unbewußte Rebellion gegen die weibliche Rollenzuschreibung wurde/sollte ausgemerzt werden . Das wird deutlich am Begriffsgebrauch „gefühlskalt", „intellektualisiert". Für die Faschisten gab es also ein breites Spektrum von Frauen, die sie nicht als ‚richtige Frauen' ansahen. Die faschistische Theorie erklärte das damit, daß die *„Geschlechterdifferenzierung"* bei der *„nordischen Rasse"* am ausgeprägtesten sei. *„Fremdrassige und minderwertige"* Frauen unterschieden sich weniger von ihren Männer. Frau/man beachte hier wieder den Schnittpunkt von Rassismus und Frauenverachtung (11). Doch diese Ungeheuerlichkeit ist für sich noch nicht genug:

In den Dokumenten der Nazis, an denen große Teile der Geschichtsforschung geschehen, tauchen die Verbrechen an Frauen, die am unteren Ende der rassehygienischen ‚Erbwert'-Skala angesiedelt wurden, gar nicht auf, eben weil Frauen nicht als Frauen benannt wurden und vorkamen (12). So tat man den Frauen das Schlimmste an, was man ihnen neben ihren Qualen antun konnte: man sorgte dafür, daß sie vergessen wurden.

Zwangssterilisierungen damals und heute

Bei Beginn des Krieges wurde in Himmlers Reichssicherheitshauptamt eine *„Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibungen"* eingerichtet (13). Dabei wurden an „gemeinschaftsunfähigen" Frauen, ausländischen Sklavenarbeiterinnen, z.B. sog. „Ostarbeiterinnen" zwangsweise Schwangerschaftsabbrüche bis zum 6. Monat vorgenommen (14). Dies hatte meistens die Arbeitsunfähigkeit der Frauen und infolgedessen deren Vergasung zur Folge (15).

Schon vor dem Nationalsozialismus gab es Strömungen, die den sog. *„differenziellen Geburtenrückgang"* beklagten, d.h. *„asoziale"*, *„arbeitsscheue"*, *„Verbrecher"* bekämen viele Kinder, *„rassisch wertvolle"* nur wenige (16). Dabei kamen erste Überlegungen zu einem sozialtechnischen Zugriff auf den gesamten Menschen auf, d.h. in seine Lebenssphäre außerhalb der Produktion, um Arbeitskräfte zu vermehren und Leistungskraft zu erhöhen, durch Auspressung von Arbeits- und Gebärfähigkeit. (17)

An ‚Zigeunerinnen' und Jüdinnen in Auschwitz wurden auf bestialische Weise Versuche für ein Massenzwangssterilisierungsprogramm gemacht. Das Ziel der Versuche war eine Methode zur Zwangssterilisierung, die schnell und operationslos auszuführen war und wovon die Frauen nichts merken sollten (18). Ausländische und „rassisch minderwertige" Zwangsarbeiterinnen sollten, nicht beschwert durch Gedanken an ihren Haushalt, Kinder, Wäsche, Ehemann, bis zu ihrer Vernichtung arbeiten (19).

Eine engere Verbindung von Sexismus und Rassismus ist kaum vorstellbar. Von denselben Ärzten wurde Sterilitätsbekämpfung bei Frauen, die Nachwuchs produzieren sollten, betrieben. Beides, die „positive" Sterilitätsbekämpfung und die „negative" Bekämpfung weiblicher Fruchtbarkeit, wurde als enger Zusammenhang, als e i n Arbeitsgebiet begriffen, zur Bekämpfung des „differenziellen Geburtenrückgangs" (20).

Hans-Joachim Lindemann, z.Z. Ärztlicher Direktor des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, hat damalige Ergebnisse aufgegriffen und weiterentwickelt. Sein Ziel: Operationslose Sterilisierungen, vor allem, von denen die betroffenen Frauen nichts merken. Dies hat er an ca. 140 Frauen in deren Unkenntnis bereits ausprobiert (meist arme Frauen und Ausländerinnen). In Kooperation mit US-Ärzten wird dies bereits an Frauen in Lateinamerika ausprobiert. Mit den Operationspräparaten der Metropolen werden hier an wenigen Frauen Versuche für ein Massenzwangssterilisierungsprogramm für Frauen in der 3. Welt gemacht (21).

Wir sehen, daß Dörners Vorschläge zur Produktion nach seiner Definition „gesunden" Nachwuchses nur das bevölkerungspolitische Gegenstück zu



Zwangssterilisierungen an Frauen damals und heute ist.

Im Faschismus ist kein Platz für lesbische Liebe

Lesben produzieren keinen Nachwuchs. Eine absolut funktionierende, unhinterfragte Heterosexualität, im Sinne von Zwangsheterosexualität, ist notwendig, um ein solches bevölkerungspolitisches Konzept durchziehen zu können.

- Die gänzliche Negierung weiblicher Sexualität ist untrennbar verbunden mit dem In-Dienst-Stellen jeglicher sexueller Kontakte für bevölkerungspolitische — d.h. Zeugungsaufgaben. Dies wiederum bedeutet die grundsätzliche Legitimität von Vergewaltigungen. Denn eine Frau, deren oberstes Gebot es ist, ihre Sexualität in den Dienst von Zeugungsaufgaben zu stellen, dann nicht gleichzeitig den Anspruch haben zu äußern, o b sie Lust hat zu ficken oder nicht.

Andersherum: Den Tatbestand der Vergewaltigung als Gewaltdelikt anerkennen heißt, einer Frau eigene Sexualität, eigene Lust, eigene Bestimmung über ihre sexuellen Bedürfnisse anerkennen. Wie es noch heute darum bestellt ist, macht die Rechtsprechung zu Vergewaltigungen deutlich. Das ist

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wohl auch die Erklärung dafür, warum dieser einfache, logische Zusammenhang von Zeugungszwang und Vergewaltigung in der Literatur über Frauen im Nationalsozialismus bisher so gut wie keine Erwähnung fand (22). (Von den Massenvergewaltigungen als Kriegsmittel und Folter, die ein weiterer Ausdruck der extremen patriarchalischen Gewalt der Faschisten sind, ist hier nicht die Rede.)

- Dörner will Homosexualität ausmerzen durch den Angriff auf den Körper schwangerer Frauen. „*Hinzu kommt zweifellos, daß die gynäkologische Variante von ‚Bevölkerungspolitik' sich deshalb so geräuschlos durchzusetzen vermag, weil sie nur die Frauen und Mädchen angreift und die Männer verschont. Sie schwächt den Widerstand gegen die ‚eugenische' Krisenpolitik des Staates besonders wirksam, denn sie kann insgeheim darauf hoffen, den männlichen Part der Opposition durch den impliziten Appell an sexistische Machtansprüche, der aus einer jeden Sterilisationskampagne gegenüber Frauen hervorlugt, zumindest zu neutralisieren.*

Solange sich die Männer dieses Tatbestandes nicht bewußt werden, bleiben die gynäkologischen ‚Eugeniker' am Zug; der Widerspruch gegen ihre Praktiken wird immer schwächer, je konsequenter sich diese entfalten, weil sich mit ihnen der Geschlechterantagonismus bei den Gegnern selbst vertieft" (23).

- Der Zusammenhang, daß unbezahlte Hausfrauenarbeit dazu dient, daß der Kapitalist mehr Mehrwert auspressen kann, wird im Faschismus unverschleiert deutlich: Es wurde den Frauen ganz klar gemacht, daß sie für den Staat, für den „Führer" arbeiten. Eine Verankerung in der heterosexuellen Frauenrolle ist dazu absolut notwendig.
- Schließlich ist folgendes ein extremer Ausdruck der Spaltungsfunktion, die (heterosexuelle) Frauenunterdrückung hat: Für gut-angepaßte KZ-Häftlinge wurden Bordelle eingerichtet, für die jeweils Frauen deren Nationalität zwangsdeportiert oder aus anderen Lagern herangeschafft wurden (24). Noch mit dem KZ-Häftling stellten die Faschisten eine Komplizenschaft gegen Frauen her.

Frauenarbeit als „Natur"

Nun ist die massive Ausbeutung und Aneignung des Körpers der Frauen keineswegs nur den Nazis zu eigen gewesen: Davon ausgehend, daß das erste Produktionsmittel der Menschen ihre eigener Körper war (und ist), muß festgestellt werden, daß den Frauen dieses Produktionsmittel sehr bald aberkannt wurde. Daß sie nämlich mit ihrem Körper Menschen und auch die erste Nahrung für diese Menschen pro-
festgestellt werden, daß den Frauen dieses Produktionsmittel sehr bald aberkannt wurde. Daß sie nämlich mit ihrem Körper Menschen und auch die erste Nahrung für diese Menschen pro-
duzieren, also Gebär- und Ernährungsarbeit leisten, wurde als Funktion ihrer Physiologie, ihrer „Natur" gesehen. Zur Ausweitung dieses Naturbegriffes noch weiter unten.

Dennoch behielten die Frauen noch eine zeitlang die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit: So entschieden bei einigen Stämmen in Australien Frauen nach der Geburt darüber, ob ein Kind leben sollte oder nicht; Frauen benutzten verschiedene Pflanzen zur Empfängnisverhütung und zur Abtreibung (25). Erst die Missionare brachten die Frauen in der ‚Dritten' Welt dazu, diese Pflanzen nicht mehr zu benutzen. In Mitteleuropa wurde die Enteignung der weiblichen Gebärfähigkeit wesentlich von der Kirche durchgesetzt: Die Verfolgung von Hebammen und Kräuterfrauen, Hexenverbrennungen und Inquisition besiegelten die Vertreibung der Frauen aus der Medizin und damit den staatlichen Zugriff auf die Gebärfähigkeit. Dem, was die weibliche Natur sein sollte, widerfuhr eine immense Ausdehnung: So wurde es das ‚natürliche' Bedürfnis der Frauen, Mann und Kinder zu versorgen, zu kochen, putzen, trösten, lieben, allesamt Tätigkeiten, die ehedem als Arbeit anerkannt waren.

Mit dem aufsteigenden Bürgertum verschwand die Hausarbeit vollständig aus dem Bereich der Arbeit (zunächst selbstverständlich nur für die Frauen des Bürgertums). Dies ging einher mit der Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich zu Beginn der industriellen Revolution. „*Die im Bürgertum geprägte Innerlichkeit, die ihren zentralen Bezugspunkt in einem von jeglichen ökonomischen Zwängen, d.h. auch von jeder sichtbaren Arbeit freigehaltenen Familienleben hatte, sollte nun die nicht mehr, resp. kaum noch, im bürgerlichen Sinne produktiv tätige bürgerliche Frau verkörpern*" (26). Dies ging einher mit „.... *Charakterdefinitionen in Form einer komplementären Entgegensetzung der Geschlechter, durch welche als natürlich und wesensmäßig ausgegebene — und sich in der Folge auch faktisch verfestigende — Eigenschaften von Mann und Frau den Sphären Produktion und Reproduktion zugeordnet wurden*" (27).

Räuberische Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit durch das Kapital

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde auch die Lohnarbeiterfamilie von dieser Entwicklung betroffen. Je mehr Einkommenssteigerung und mehr Freizeit es zuließen, bemühte sich die proletarische Familie, es der bürgerlichen gleich zu tun und die Frau für die Hausarbeit „frei"zustellen. Damit waren zwei wesentliche Voraussetzungen für die industrielle Revolution geschaffen, nämlich die staatliche Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frau und die kostenlose Reproduktion der Arbeitskraft der Männer. Wenngleich viele Frauen heute erwerbstätig sind, fällt allen Frauen zusätzlich die Re-Produktion der Arbeitskraft, der eigenen und der anderer, zu. Diese Arbeit nun scheint außerhalb des kapitalistischen Arbeitsverhältnisses zu stehen. Ein falscher Schein: „*Was aus der Sicht der unmittelbaren Produzenten der Erhaltung ihres Lebens dient, ist aus der Sicht des Kapitals die Erhaltung (Reproduktion) von Arbeitskraft*" (28). Und dies kostenlos, da der Arbeitslohn lediglich die zum Kauf der zur Reproduktion notwendigen Waren erforderliche Geldmenge ausmacht, nicht jedoch deren Aufbereitung und Verwertung. Letzteres leisten Frauen für freie Kost und Logis. „*Dieses angeblich ‚nicht'-kapitalistische, weil außerhalb der Lohnarbeit bestehende Verhältnis, ein Produktionsverhältnis, in dem über die unbezahlte, gebrauchsorientierte Subsistenzarbeit Leben — und d.h. für das Kapital (potentielle) Ware Arbeitskraft — (re-)produziert wird, kommt eben wegen seiner Verschiedenheit vom Lohnverhältnis dem Kapital sehr gelegen. Es eignet sich die von den Subsistenzproduzenten vorgeleistete und darüberhinaus auch täglich neu zu leistende, in der Arbeitskraft steckende Mehrarbeit risikolos und unentgeltlich (räuberisch) an und beginnt erst auf dieser Basis den ‚eigentlichen' Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozeß*" (29). D.h. konkret, daß die industrielle Revolution ohne diese Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gar nicht möglich gewesen wäre. Zugleich sichert sich der Staat über den Zugriff auf die Gebärfähigkeit der Frau die Kontrolle über die „*Produktion der Produzenten*" (30). Neben diesen beiden für das Kapital recht profitablen Funktionen kommt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung noch eine weitere zu, nämlich:

Spaltung der Arbeiterklasse durch Befriedung der männlichen Arbeiter

Spaltung der Arbeiterklasse durch Befriedung der männlichen Arbeiter

„*Von der Arbeiterklasse mit dem Verzicht auf grundsätzliche gesellschaftliche Umwälzungen erkauft, sichert die Verfügung, die jeder Mann über eine Arbeitskraft für seine individuelle Reproduktion erlangte, seine Loyalität mit dem bestehenden System und verstärkte nebenbei eine innere Spaltung der Arbeiterklasse in bezahlte männliche und nicht oder aber schlecht bezahlte weibliche Arbeitskräfte*" (31).

Der ausgebeutete türkische Arbeiter hier hat in jedem Fall eine Person, die er treten kann, seine Frau; darüberhinaus findet er — selbst rassistisch verachtet — noch ein Ventil, indem er mit allen anderen Männern z.B. auf der Straße Macht über Frauen ausübt.

Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung gewinnt die unbezahlte Reproduktions- und Subsistenzarbeit, besonders von Frauen in der ‚Dritten' Welt, zusätzlich an Bedeutung, da sie das Überleben der Billigproduzenten und damit die immensen Profite der multinationalen Konzerne gewährleistet.

Angesichts der nicht mehr zu übersehenden, weltweiten Krise ist es also nicht verwunderlich, wenn wir uns heute wieder verstärkt mit rassistischer und sexistischer Propaganda konfrontiert sehen. Da die unbezahlte Arbeit von Frauen gerade in Krisenzeiten zur Befriedung der Arbeiterklasse besonders notwendig ist, werden bereits wieder Programme entworfen, die die Aussonderung und Vernichtung derjenigen Frauen zum Endpunkt haben, die sich nicht für den Staat funktionalisieren lassen, die mit ihrem Leben und/oder ihrem Kampf ein Beispiel geben könnten, das dem Kapital die Grundlage für seine Ausbeutung raubt!

Die Psychiatrisierung einer wachsenden Zahl von selbstbestimmten Frauen ist für die Herrschenden nur opportun. Wie weit die Herrschenden bereit sind zu gehen, zeigen die praktizierten Hirneingriffe an Homosexuellen in der BRD, Dörners Eingriffsbereitschaft und die sexistischen Foltern an Lesben in den faschistischen KZs.

Frauenbewegung und staatliche Präventivschläge

Wir (d. Verf. des Artikels) wollen nicht unbedingt bei einem Vorstoß rechter Wissenschaft von einem unmittelbaren roll-back gegen eine politische Stärke von Frauen-/Lesbenbewegung ausgehen. Denn Frauen-/Lesbenbewegung müssen nicht gegenwärtig schon unheimlich stark sein, um reaktionäre, frauenverachtende bis faschistische Ideologien auf den Plan zu rufen. Auf jeden Fall handelt es sich um einen Präventivschlag. Im AK 202 wird in einem ausführlichen Artikel über „die Sorgen der Kapitalisten" berichtet, die diese sich machen, um mit den kommenden Massenbewegungen der nächsten Jahre fertig zu werden: Neben der massiven militärischen inneren Aufrüstung, die die Bourgeoisie seit den 50er Jahren betreibt und die bisher zu großen Teilen präventiven Charakter hatte, steht hier die ‚Bewußtseinsarbeit' im Vordergrund, das Setzen von ‚Werten' wie „Leistung und Pflicht sowie Dienst an der Gemeinschaft" (32).

Perspektiven für die Frauen-/Lesbenbewegung?

Wir möchten mit diesem Artikel auch die Diskussion um eine feministische Strategie und Taktik im und außerhalb des KB vorantreiben.

Das Folgende können höchstens Stichpunkte für einen Rahmen sein, innerhalb dessen sich solche Überlegungen u.E. entwickeln lassen, denn eine feministische Strategie kann nur im Zusammenhang mit den praktischen Kämpfen herausgearbeitet werden.

Die vergangene Geschichte der Frauen im Faschismus wirft Fragestellungen für die Kämpfe der heutigen Frauenbewegung auf. Der Kampf gegen Bevölkerungspolitik, die an den Frauen ausgetragen wird — wie wir gesehen haben — ist ein Dreh- und Angelpunkt einer antifaschistischen, antiimperialistischen Frauenpolitik: gegen das Konzept von Gebärzwang einerseits und Zwangssterilisierungen andererseits, damals und heute, im Zusammenhang mit Frauenunterdrükkung/Bevölkerungspolitik hier und der ‚Dritten' Welt (auch ausländische Arbeiterinnen hier), wobei der Kampf gegen den § 218 allein dabei völlig unzureichend ist. Unseren Kampf in den Kampf der Frauen in der ‚Dritten' Welt zu stellen heißt konkret, z.B. zu versuchen, einem Typ wie Lindemann das Handwerk zu legen.

Fragestellungen, die die heutige Frauenbewegung aufgeworfen hat, z.B. das zunehmend breitere Öffentlichmachen von Vergewaltigungen, setzen Kriterien zur Erforschung der Geschichte: z.B. das Ausmaß von alltäglichen Vergewaltigungen im Faschismus, wo es offiziell offensichtlich überhaupt keine Vergewaltigungen gab. Die Frauenbewegung hat bisher
Geschichte: z.B. das Ausmaß von alltäglichen Vergewaltigungen im Faschismus, wo es offiziell offensichtlich überhaupt keine Vergewaltigungen gab. Die Frauenbewegung hat bisher
nur für heute den Zusammenhang von Verweigerung der körperlichen Selbstbestimmung der Frauen und Gewaltanwendung ins Bewußtsein gerufen.

Es ist u.E. ein gebrochenes Geschichtsverständnis, wenn wir einerseits „nur" von dem Gebärzwang als Phänomen, der Vernichtung von Widerstandskämpferinnen in den KZs, von Kriegsvergewaltigungen usw. während des Faschismus wissen, andererseits von den alltäglichen Vergewaltigungen im Faschismus nirgends die Rede ist (Zusammenhang von Zeugungszwang und Vergewaltigung), wo uns heute der Kampf gegen Vergewaltigungen in der Frauenbewegung selbstverständlich ist (33). Denn das genaue Wissen um die Geschichte macht unseren heutigen Kampf viel klarer. Das BGH-Urteil gehört in das Konzept der schrittweisen Legalisierung von Vergewaltigungen durch den Staatsapparat. Es besteht einerseits das Interesse der Herrschenden, den Gewaltbegriff gegen Frauen so einzuengen, daß es offiziell Vergewaltigungen kaum noch gibt, andererseits ist es offensichtlich, daß Typen aggressiver werden, ihre Männlichkeit wieder verstärkt unter Beweis stellen müssen. Dies beides geht Hand in Hand. Angesichts der Krise haben die Herrschenden den Männern immer weniger zu bieten, so wird es wichtig, ihnen verstärkt die Komplizenschaft gegen Frauen anzubieten, um ihre Loyalität zu behalten bzw. zu erwirken. Darüberhinaus besteht ein Zusammenhang zwischen Krieg und Vergewaltigungen. Eine Legalisierung zunehmender Vergewaltigungen ist Bestandteil der Kriegsvorbereitungen. Denn u.a. wir Frauen haben ja nicht den Frieden an sich zu verteidigen. Der Krieg gegen uns findet ja statt. Kampf gegen Krieg und Kampf gegen Vergewaltigung müssen daher in einen engen Zusammenhang gestellt werden und eine Front bilden.

In diesem Zusammenhang stellen sich u.E. nach auch dem Wechselverhältnis Staat-Frauenbewegung Aufgaben für die Frauenbewegung. Also: staatliche Repression auf Widerstand, bzw. allein vermuteten, befürchteten Widerstand und differenzierte Widerstandsformen im Faschismus zwingen zu Überlegungen für heutige feministische Widerstandsformen: Denn das Wissen um das Ausmaß von Frauenunterdrückung im Faschismus stellt die Frage nach dem Widerstand dieser Frauen. Das Verhältnis von zunehmender Breite der Frauenbewegung heute und zunehmender Gewalt gegen Frauen z.B. belegen das enge Wechselverhältnis von Repression und Widerstand. Auch hier gilt es, unser Geschichtsbild zu erweitern: Der Widerstand der Frauen wurde von den Faschisten nicht nur dadurch unterdrückt, daß die organisierte bürgerliche Frauenbewegung aufgelöst oder integriert wurde; sondern faschistische Widerstandsbekämpfung war doch so angelegt, daß sie schon jede einzelne Befreiungsbestrebung im Keim bedrohte (denn allein jede Frau, die nicht gebärfreudig und emsig Mann und Kinder versorgen wollte, galt als rassisch minderwertig mit den dazugehörigen Konsequenzen). Genauso war der Widerstand von Frauen, den es durchaus gab, gänzlich außerhalb üblicher politischer Organisiertheit angesiedelt. Es gab Widerstand gegen die Gebärpolitik, von Frauen gegen Krieg, in den Fabriken (34), es wurden Abtreibungen in Stadtteilen organisiert. Durch die Brille: hier bürgerliche — da proletarische Frauenbewegung fällt dieser Widerstand vielfach hintenrunter. Überhaupt: Wie sollten wir als Frauen heute kämpfen können mit einem Geschichtsbild von kämpfenden Frauen, das 1918 aufhört und 1969 beginnt?

Aus diesen sicherlich in jedem Fall noch unvollständigen Arbeitsergebnissen werden jedoch in Umrissen Stoßrichtungen deutlich, einen Begriff von Frauenpolitik, der hauptsächlich § 218 und Leichtlohngruppen umfaßt, einer radikaleren Kritik zu unterziehen. D.h. daß frau/man der „Frauenfrage" nicht schon dadurch gerecht wird, daß nun zu linken Arbeitsschwerpunkten eben das eine oder andere Frauenthema hinzukommt.

Auch die Parole „Macht das Private öffentlich" verfehlt irgendwo den Kern der Widersprüche, denen Frauen gestellt sind, denn sie verkennt, daß es ja nicht das Problem der Frauen ist, das Persönliche vom Politischen zu trennen. Frauen sind mit ihrer Politik ja persönlich viel identifizierter als Männer, von daher politisch, weil dadurch auch als gesamte Menschen viel angreifbarer. Allein durch das Politischwerden heben wir Frauen schon den Widerspruch von politisch und privat für uns auf.

Frauen sind ein besonderes revolutionäres Potential, weil sie, wenn sie wirklich politisch arbeiten, mit ihrer gesamten Geschichte brechen müssen, im Gegensatz zu Männern, denen die Herrschenden immer noch eine Reihe
tionäres Potential, weil sie, wenn sie wirklich politisch arbeiten, mit ihrer gesamten Geschichte brechen müssen, im Gegensatz zu Männern, denen die Herrschenden immer noch eine Reihe
Loyalitätsmöglichkeiten offen lassen. Bei uns bricht mehr auf, wenn wir versuchen, uns zu befreien; wir müssen konsequenter kämpfen, um nicht einfach weggefegt zu werden.

In unserer Unversöhnlichkeit mit diesem System müssen wir auch in unserem alltäglichen Leben, also in allen Lebensbereichen, den Bezug zur imperialistischen Unterdrückung erkennen und die Fronten klarstellen, indem wir versuchen, uns diesen Fronten auch zu stellen. Was das bedeutet, darüber müssen wir anfangen praktisch zu diskutieren.

Po und Ch.
Antifa-Frauenkommission

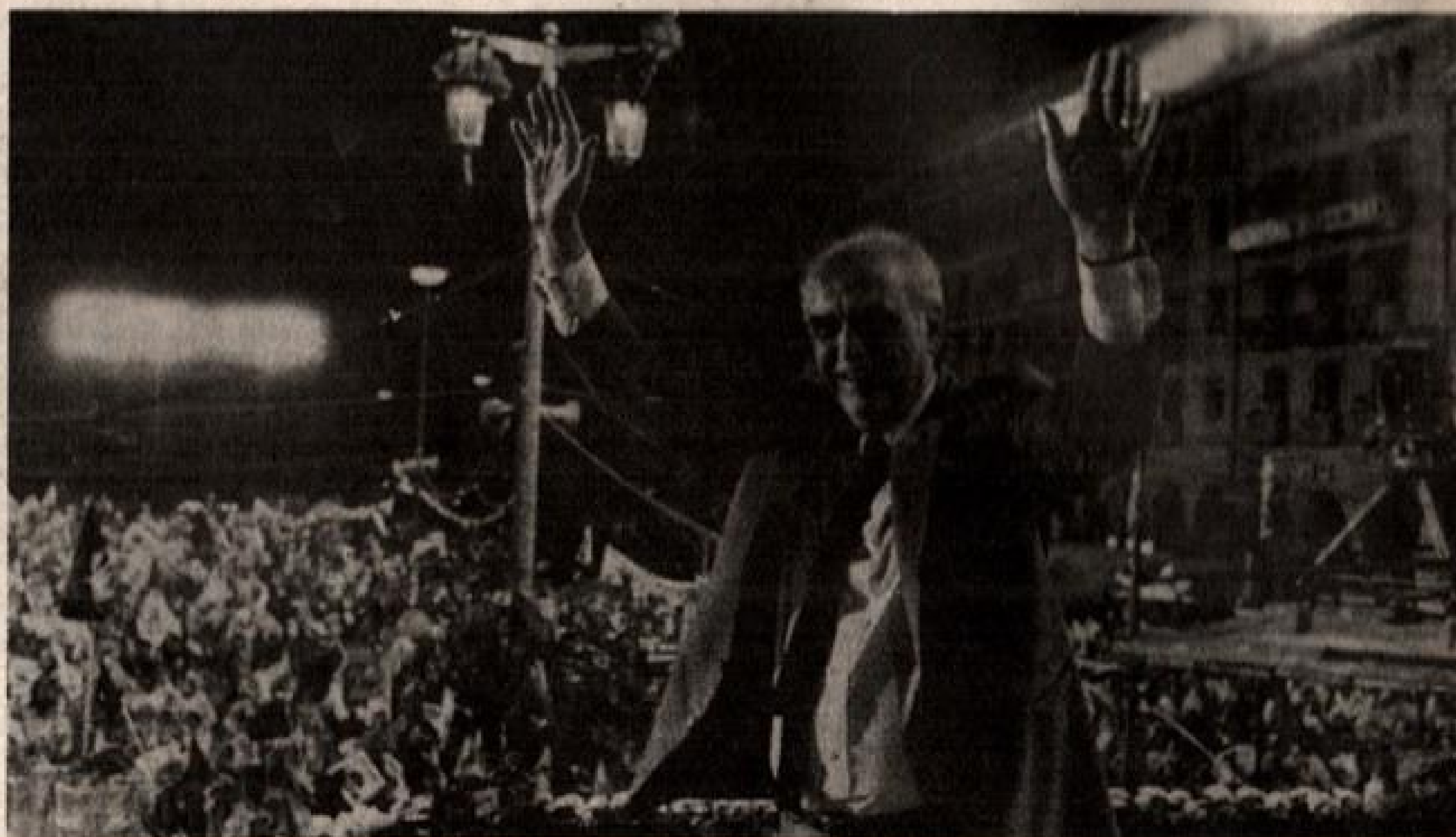
Anmerkungen

1 zitiert nach „Psychologie Heute", Juni 81, „Homosexualität durch Hormone ‚heilen'", S.38
2 vgl. ebd.
3 Ein ausführlicher Artikel hierzu in „Antifaschistische Informationen", Nr. 3 Feb/Mrz. 81, „So neu ist die ‚Neue Anthropologie'"
4 Veranstaltung auf dem Gesundheitstag Hamburg 1981, „Ist Homosexualität heilbar" von der Uni-Schwulengruppe
5 ebd.
6 ebd.
7 „Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht", unveröffentlichtes Skript, Hamburg 81, welches nationalsozialistische Dokumente der Gesundheits- und Familienpolitik enthält
Gisela Bock, Frauen und ihre Arbeit im Nationalsozialismus, in: Anette Kuhn/Gerhard Schneider (Hrsg.), Frauen in der Geschichte, Düsseldorf, 79, S.132 ff.
8 ebd.
9 ebd. S.131
10 ebd. S.133
11 ebd. S.136 f
12 ebd. S.136
13 ebd. S.123
14 vgl. Anm. 7
15 vgl. „Autonomie, Neue Folge, Nr. 7, S.26
16 Gisela Bock, S.121 u. 136
17 - Autonomie, Nr. 7, S.50 f.
- Autonomie, Neue Folge, Nr.2, S.65 ff.
- Gisela Bock, S. 121
18 - vgl. Anm. 7
- H.G.Adler u.a. (Hrsg.), Auschwitz, Zeugnisse und Berichte, S.178
- Autonomie Nr. 7, S.49
19 vgl. Anm. 7
20 Autonomie Nr. 7, S.48
21 ebd., S.43 ff. und 57
22 außer: Gisela Bock, S.13o und Autonomie Nr. 7, S.21
23 Autonomie Nr. 7, S. 51
24 Gisela Bock, S. 141
25 vgl. Maria Mies, Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Beiträge 3, Zur feministischen Theorie und Praxis, Frauen und „Dritte" Welt, München 1980, S.65
26 Gertraude Kittler, Hausarbeit, Zur Geschichte einer ‚Natur-Ressource', München 1980
27 ebd.
28 Claudia v. Werlhof, Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie, Beiträge 1, Zur feministischen Theorie und Praxis
29 ebd.
30 ebd.
28 Claudia v. Werlhof, Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie, Beiträge 1, Zur feministischen Theorie und Praxis
29 ebd.
30 ebd.
31 vgl. Anm. 26
32 „Die Sorgen der Kapitalisten", AK 202
33 vgl. Gisela Bock, S.113, 130 u. 146
34 vgl. Timothy W.Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Westdeutscher 1978



Griechenland:

Eine neue Chance für den Reformismus



Gefeiert wurde in Griechenland auf Straßen und Plätzen der Wahlsieg der PASOK. Gefeiert wurde die große Niederlage der Rechten, deren „Nea Demokratia" endlich abgelöst wurde.

Als 1967 in Griechenland die Liberalen als Sieger aus den Wahlen hervorgehen sollten, griffen USA und NATO mit dem Militärputsch vom 21. April 1967 dieser Entwicklung vor. Sieben Jahre dauerte die Herrschaft der faschistischen Papadopoulos-Junta, Jahre, in denen die Konzentrationslager auf den Inseln sich mit Demokraten und Kommunisten füllten, das gesellschaftliche Leben in das Korsett faschistischer Repression gezwungen wurde, die „griechische Nation" beschworen und auf das Singen von Theodorakis-Liedern hohe Strafen standen.

Konstantin Karamanlis, der die faschistische Junta ablöste, brachte nicht die erwartete Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Er schonte die Faschisten, beugte einer umfassenden Entnazifizierung vor und blieb, trotz Wiederzulassung der Kommunistischen Partei, bei der staatlichen Repression gegen Linke in allen gesellschaftlichen Bereichen. Als letztes Jahr zum Gedenken an den Polytechnikum-Aufstand von 1973 die jährliche Demonstration stattfand, blieben zwei Tote als Polizeiopfer auf der Straße liegen. Faschistische Zentren in Militär- und Geheimdienst blieben unangetastet.

Materielle Sorgen hat die griechische Bevölkerung genug, um mit der korrupten Rechten Schluß zu machen und auf einen Wandel zu setzen.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung geben diesen Hoffnungen Nahrung:

– **Ankündigung der Auflösung der „Mobilen Einsatzkommandos" der Polizei - MAT.** Anläßlich einer Protestdemonstration gegen den geplanten Bau einer petrochemischen Fabrik in Archeloos (Westgriechenland) wurde die zum Schutz des Bauplatz eingesetzte MAT abgezogen und die Auflösung dieser Kommandos angekündigt.

– **Anerkennung des Nationalen Widerstandes des Bürgerkriegs der 40er Jahre.** Bisher gelten die Kollaborateure, die zur Zeit der faschistischen Besatzung Griechenlands mit dem Nazi-Deutschland kollaborierten, als „Widerstandskämpfer" (sie erhielten Pensionen u.a.), die Hunderttausende antifaschistischer Widerstandskämpfer, die sich in der „Nationalen Befreiungsfront"/EAM und der „Nationalen Befreiungsar-

„Nationalen Befreiungsfront"/EAM und der „Nationalen Befreiungsar-

mee"/ELAS organisiert hatten, waren nach der Zerschlagung des Bürgerkrieges verfolgt und diffamiert worden. Gleich nach der Wahl erklärte die Regierung Papandreou die Anerkennung dieses Widerstandes und die Absicht, im Parlament entsprechende Gesetze einzubringen. Am 28. Oktober, dem Nationalfeiertag, wurde dieser Wandel mit einer Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Bürgerkrieges gegen die Faschisten manifestiert.



– **Die „Gesinnungsausschüsse" werden aufgelöst.** Bei den öffentlichen Betrieben haben diese bisher für die Kontrolle der rechten Gesinnung der Beschäftigten gesorgt.

– Als gleich nach dem 16. Oktober in Tirintha ein Aufstand der Gefangenen losging, reagierte die neue Regierung mit der Entlassung des Gefängnisdirektors und der Öffnung des Gefängnisses für die Presse. Die Gefangenen durften Interviews geben.

– Außenpolitisch bestand einer der ersten Taten der Regierung in der **diplomatischen Anerkennung der PLO.** Die PLO wird jetzt in Athen eine Botschaft einrichten. Als einer der ersten ausländischen Politiker wurde Yassir Arafat nach Griechenland eingeladen.

Wer ist die PASOK?

Wer ist die PASOK?

Auf dem Programm der PASOK, „Panhellenische Sozialistische Bewegung", steht der Sozialismus. In ihrer Gründungserklärung vom 3.9.1974 wird für die Innenpolitik die „Sozialisierung" der Wirtschaft, Dezentralisierung der Verwaltung und Selbstverwaltung gefordert. Der außenpolitische Schwerpunkt liegt in der Forderung nach „Nationaler Unabhängigkeit", was der Einschätzung entspricht, Griechenland befände sich in halbkolonialer Abhängigkeit vom „US-Imperialismus". Entsprechend lehnte die PASOK die EG als „Europa der Monopole" ab, wobei sie insgesamt den „US-Imperialismus" auch innerhalb der EG als Hauptkraft begriff, den BRD-Imperialismus insbesondere in seiner „Hauptagentenrolle des US-Imperialismus" angriff (vgl. dazu „die internationale", Nr. 22, Sept. 1976).

Als 1974 die faschistische Junta durch eine Regierung unter Karamanlis abgelöst wurde, war Andreas Papandreou einer derjenigen Politiker, die bei ihrer Rückkehr aus dem Exil begeistert empfangen wurden. Andreas Papandreou, Sohn des ehemaligen Regierungschefs und liberalen Zentrumspolitikers Georgios Papandreou – gegen dessen sicher vorhersehbaren Wahlsieg am 21.April 1967 nach dem NATO-Plan „Prometheus" der faschistische Putsch durchgeführt wurde – hat in den USA als Professor für Ökonomie gelehrt. Als Wirtschaftsexperte kehrte er 1959 im Auftrag der Fulbright Guggenheim Stiftung mit dem Auftrag nach Griechenland zurück, Griechenlands wirtschaftliche Entwicklung zu erforschen. Anschließend leitete Papandreou ein Wirtschaftsentwicklungszentrum, das mit 500.000 US-Dollar von den Ford und Rockefeller Stiftungen finanziert wurde. 1964 wurde er erstmals ins Parlament gewählt. Während des Faschismus bildete er im linken Flügel der Zentrumsunion die „PAK", die eine Befreiungsbewegung nach Vorbild der 3. Welt und den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus propagierte.

1974 entstand aus der PAK die PASOK. Bei den ersten Parlamentswahlen, die von den Rechten nur vier Monate nach der Ablösung der faschistischen Junta angesetzt wurde, bekam die PASOK, wenige Wochen nach ihrer Gründung, 13,8% der Stimmen. Seitdem konnte sie ihren Einfluß kontinuierlich steigern, so daß 1977 Papandreou voraussagte, bei den nächsten Wahlen (1981) würde die PASOK die absolute Mehrheit bekommen.

Die PASOK ist stark auf die Person A. Papandreous bezogen aufgebaut. Bis jetzt hat es keinen Kongreß der Partei mit gewählten Delegierten gegeben. Der erste Kongreß soll nun im April 1882 stattfinden. Auf der ersten Konferenz 1977 brachen innerparteiliche Konflikte auf, die schon zuvor zum Ausschluß bzw. dem Austritt verschiedener Strömungen aus der Partei geführt hatten. Innerparteiliche Konflikte entzündeten sich in den Jahren 1975 - 77, insbesondere an Fragen der Demokratie in der Partei. Nacheinander spalteten sich z.T. auch größere Gruppierungen ab, die Papandreou vorwarfen, die Demokratie in der Partei mit Füßen zu treten.

Auch inhaltliche Differenzen, die im Zuge der Veränderung der politischen Ausrichtung der PASOK entstanden, spielten eine Rolle. So formulierte Papandreou 1977 in der Auseinandersetzung mit der Studentenorganisation der PASOK, PASK, eine klare Absage an revolutionäre Vorstellungen. Er habe zwar den bewaffneten Kampf zur Zeit der faschistischen Junta propagiert, nun nach Ablösung des Faschismus könnte Mitglied der PASOK aber nur sein, wer sich für „Volksouveränität" und

te Mitglied der PASOK aber nur sein, wer sich für „Volksouveränität" und

„demokratische Verfahrensweisen" entschieden habe. Für den Weg zum Sozialismus bliebe nur das Mittel „demokratischer Prozesse" (vgl. AK 98, Febr. 1977). Damit war der parlamentarische Kampf zum Hauptanliegen der Partei gemacht worden.

Diese Ablehnung des revolutionären Wegs zum Sozialismus war allerdings 1977 noch verbunden mit einer Abgrenzung von einem nur auf Reformen zielenden Programm und einer entsprechenden Abgrenzung von der Sozialdemokratie. Papandreou erklärte, *„daß die Reformen einfach nur die Form und den Typ des Kapitalismus ändern, aber nicht qualitativ den Kapitalismus überwinden."* Die PASOK vertrat – so Papandreou – eine *„radikale Strukturveränderung"*, erreicht *„durch eine Volksbewegung innerhalb des demokratischen Rahmens"* (AK 98, S. 28).

Ebenfalls 1977 engagierte sich die PASOK erstmals in der - inzwischen regelmäßig tagenden - Konferenz Sozialistischer Parteien des Mittelmeerraumes (Mittelmeerkonferenz).

Bei den Wahlen 1977 konnte die PASOK, inzwischen schon eindeutig festgelegt auf den parlamentarischen Weg, 25,3% der Stimmen erreichen.

Heute hat die PASOK nach eigenen Angaben 100.000 Mitglieder, die im wesentlichen in Bezirks- bzw. Ortsgruppen organisiert sind. Sie ist damit die mit Abstand mitgliedsstärkste griechische Partei. Zu den Wahlen am 16. Oktober trat die PASOK mit einem umfassenden Wahlprogramm an, daß im Wahlkampf unter der Parole: „PASOK an die Regierung! Das Volk an die Macht!" zusammengefaßt wurde.

Dieses Wahlprogramm, mit dem die PASOK der griechischen Bevölkerung einen grundlegenden Wandel versprochen hat, enthält einen Katalog sozialer und politischer Reformen für alle Lebensbereiche und soziale Bewegungen.

Im Zuge des Wahlkampfes wurden allerdings insbesondere die Aussagen der Leitfigur Papandreou zunehmend unklarer und unbestimmter, so daß letztlich ungewiß ist, welche grundlegenden Wandlungen nun tatsächlich durchgeführt werden

NATO und US-Militärstützpunkte

Der US-Imperialismus hat nach dem 2. Weltkrieg in seiner Rolle als imperialistische „Weltpolizei" den griechischen Bürgerkrieg vernichtend geschlagen und im Sinne der „Truman Doktrin" den Ausbau Griechenlands zu einem zentralen strategischen Stützpunkt gegen die UdSSR betrieben. Schon damals ging es den Imperialisten um den Zugang zum Nahen Osten mit seinen Ölquellen und um ein Bollwerk gegen die UdSSR und die Länder Osteuropas.

In den 50er Jahren wurde Griechenland unter Karamanlis zu einem NATO-Stützpunkt ausgebaut. 50% des Steueraufkommens wurde in die Aufrüstung gesteckt.

Der griechische Geheimdienst KYP war ein direkter Ableger des CIA. Als im April 1967 faschistische Militärs die Macht ergriffen, steckte der CIA und der NATO-Plan „Prometheus" hinter dem Putsch, der kurz vor den Wahlen durchgeführt wurde, um einen Wahlsieg der liberalen Kräfte zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund wird der „Antiamerikanismus" in der griechischen Bevölkerung nur allzu verständlich. Die Forderung „Amis raus aus Griechenland!" war und ist eine zentrale Forderung des antifaschistischen Widerstandes, und nach der Ablösung der faschistischen Militärs konnten auch die bürgerlichen Politiker nicht umhin, dieser Grundstimmung Rechnung zu tragen.

tiker nicht umhin, dieser Grundstimmung Rechnung zu tragen.

Die USA nutzen z.T. insgesamt 27 Militärstützpunkte in Griechenland, von denen vier besonders groß sind. Auf den Basen Elefsis und Langkadas und auf weiteren Stützpunkten in Nordgriechenland lagern Atomsprengköpfe, die unter der alleinigen Verfügungsgewalt der USA stehen (vgl. „FR", 9.6.81). 4.000 Mann US-Truppe sind fest in Griechenland stationiert. Fünf Stationen des NATO-„Frühwarnsystems" sind in Nordgriechenland installiert. Der Stützpunkt „Suda Bay" auf Kreta ist einer der Stützpunkte, von denen die Mittelmeer-Armada der 6. Flotte der US-Armee operiert.

Seit Anfang 1981 verhandelten die USA mit der Regierung Rallis über neue Stützpunktverträge. Formal sind die US-Stützpunkte schon seit 1977 unter „griechischem Oberbefehl", was allerdings nichts daran ändert, daß sich die US-Truppen als „Herr im Hause" verhalten. So wurde z.B. im Frühjahr dieses Jahres von einer Einheit der US-Army ein Angriff mit chemischen Kampfstoffen in einem nordgriechischen Dorf „geübt". *„Mit Gasmasken und futuristischen Schutzanzügen ausgestattet waren die Soldaten auf dem Dorfplatz aufmarschiert, die Reaktion der nichtsahnenden Bevölkerung schwankte zwischen Entsetzen und Empörung"* („FR", 10.4.81).

Bei den von der Regierung Rallis geführten Verhandlungen ging es um einen Deal: Gegenüber der griechischen Bevölkerung mußte Außenminister Mitsotakis von den USA Zugeständnisse herausholen, wollte dabei aber weder die Militärhilfe (für 1982 soll das Land 260 Mio US-Militärhilfe erhalten („Newsweek", November 2, 81) für die eigene Regierung gefährden, noch den USA Argumente dafür liefern, ihren Hauptfeind, die Türkei, mehr zu unterstützen als Griechenland.

Je näher die Wahlen vom 16. Oktober rückten, umso weniger mochte die Regierung Rallis sich festlegen. Nun muß Papandreou die Stützpunktverhandlungen weiterführen.

Die PASOK strebt eine Auflösung der Militärblöcke an und hat sich immer für den Austritt bzw. Nicht-wieder-Eintritt des Landes in die NATO ausgesprochen. Schon vor der Wahl wußte allerdings die hiesige Presse zu vermelden: *„Die PASOK wird weder den NATo-Austritt vollziehen noch*

vermelden: „Die PASOK wird weder den NATo-Austritt vollziehen noch

die US-Soldaten aus dem Lande werfen" („FR", 14.10.81).

Im Wahlprogramm heißt es dazu: *„Unser grundsätzliches strategisches Ziel ist die Auflösung beider Blöcke des kalten Krieges, der NATO und des Warschauer Paktes. In den Rahmen dieser Strategie ordnen wir den Rückzug unseres Landes aus der atlantischen Allianz ein"* („FAZ", 15.10.81). Damit ist nichts festgelegt.

Auf die Frage des „Spiegel" nach dem Austritt aus der NATO und der Auflösung der US-Stützpunkte antwortete Papandreou: *„Nicht sofort,*

Fortsetzung nächste Seite



Claire A. Nivola—Newsweek

Europa

Fortsetzung von vorheriger Seite

das würde zu einer Konfrontation mit den USA führen, die wir nicht suchen. Wir wollen aber eine zeitliche Abfolge festlegen, in der die Basen beseitigt werden. In der Übergangszeit werden wir die Basen von unseren nationalen Streitkräften lösen und isolieren, ... Wir werden die absolute Kontrolle über alle ihre Aktivitäten übernehmen, um sicherzustellen, daß ihr Betrieb der Außenpolitik unseres Landes nicht zuwiderläuft" („Spiegel" 42/81).

Nach der Wahl äußerte Papandreou Verständnis für die Interessen des US-Imperialismus und meinte in einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft, es müsse anerkannt werden, daß die USA eigene lebenswichtige strategische Interessen im Mittelmeerraum habe („taz", 27. 10.81).

Insofern sind für Papandreou die Militärstützpunkte „Verhandlungssache". Zwischen der „ideologischen Gegnerschaft" der PASOK zur NATO und dem Erhalt westlicher Militärhilfe liegt der bekannte Graben der Realpolitik.

Entsprechend äußerten NATO Kreise keine besondere Besorgnis über den Wahlsieg der PASOK und „eröffneten" die neue Verhandlungsrunde mit der Drohung, wenn die Griechen nicht mehr wollten, müsse man eben mehr auf die Türkei setzen...

Ein gesondertes Problem bilden die in Griechenland stationierten US-Atomwaffen. Die PASOK strebt eine atomwaffenfreie Zone im Balkan an und fordert den Abzug der US-Atomwaffen, unabhängig von den Stützpunktverhandlungen.

Die Wirtschaftspolitik: Sozialisierung aber kein Sozialismus

Wirtschaftspolitisch propagiert die PASOK folgende Ziele:

- staatliche Kontrolle über die Preise und Kreditvergabe,
- Förderung produktiver Investitionen, besonders im mittelständischen Bereich,
- Strukturveränderungen in den öffentlichen Betrieben,
- Kontrolle der Monopole,
- „Sozialisierung" und gesellschaftliche Kontrolle über Schlüsselbereiche der Versorgung,
- Ausarbeitung eines Energieprogramms.

Bei der Verwirklichung dieses Programms zur „Modernisierung" der griechischen Wirtschaft setzt die PASOK auf westliche Wirtschaftshilfe und auf die Hoffnung, daß diese das Zahlungsbilanzdefizit, das für dieses Jahr mit 2,2 Milliarden US-Dollar veranschlagt wird, stunden. Da die Kapitalgeber in der Regel die Bedingungen diktieren, sind auch hier die Grenzen eng gesetzt.

Interessant wird die Haltung der PASOK zur Kernenergie sein. Bisher gibt es in Griechenland keine Atomkraftwerke. Geplante Anlagen sind aufgrund des Widerstandes der anwohnenden Bevölkerung nicht im Bau. U.a. wurde ein Projekt von den Betreibern zurückgezogen, nachdem die Umgebung des Bauplatzes von einem schwereren Erdbeben heimgesucht worden war, und die anwohnende Bevölkerung mit diesem Argument im Rücken Widerstand leistete. Im Gespräch ist der Import französischer oder sowjetischer Anlagen!

Die EG – „Europa der Monopole"

Als im griechischen Parlament über den EG-Beitritt beschlossen wurde, stimmten die Abgeordneten der PASOK gegen den Beitritt. Seit dem 1.1.1981 ist Griechenland „Vollmitglied" der EG. Schon seit Bestehen der EG ist Griechenland in den gemeinsamen Markt einbezogen und war viele Jahre assoziiertes Mitglied. Insbesondere der Handel mit griechischen Arbeitskräften und der Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegen Industrieprodukte bestimmten seit den 60er Jahren die Beziehungen Griechenlands zu den imperialistischen Staaten, allen voran zur BRD, die während der Zeit der faschistischen Junta zum Haupthandelspartner Griechenlands avancierte. Die Folge dieser Wirtschaftsbeziehungen ist eine hohe Auslandsverschuldung des Landes.

Von den Gegnern des EG-Beitritts wird hervorgehoben, daß sich seit Januar 1981 die Arbeitslosigkeit vergrößert hat, die Inflation mit Preissteigerungen nach Angaben der EG um 25 % gestiegen ist und die Bauern durch die EG-Landwirtschaftspolitik gezwungen sind, einen Teil ihrer Ernten zu vernichten. Zudem stieg die Konzentration der Betriebe, im 1. Halbjahr 1981 wurden mehr Konkurse registriert als im Vergleichszeitraum 1980 (vgl. auch „Spiegel" 42/81).

Papandreou fordert jetzt ein Referendum über die EG-Mitgliedschaft Griechenlands. Die Durchführung einer Volksabstimmung ist jedoch nach der griechischen Verfassung der Initiative und Entscheidung des Staatspräsidenten vorbehalten. Staatspräsident ist jedoch nach wie vor Karamanlis, der „Adenauer Griechenlands", der sich für die Vollmitgliedschaft besonders eingesetzt hat. In einem Interview mit der US-amerikanischen Zeitschrift „Newsweek" erklärte Papandreou: *„Unser Standpunkt ist ‚Nein' zur Vollmitgliedschaft, ‚Ja' zu einer Rückkehr zu besonderen Beziehungen (Assoziierung). Ich als Wirtschaftswissenschaftler, glaube stark daran, daß die Vollmitgliedschaft für ein Land auf unserer Entwicklungsstufe einen schlechten Einfluß auf unsere Aussichten einer industriellen Entwicklung haben würde"* („Newsweek", November 2, 1981).

Bemerkenswert im Zusammenhang mit der umstrittenen EG-Mitgliedschaft ist, daß sich Papandreou in der letzten Phase des Wahlkampfes nicht mehr konkret gegen die EG und für einen Austritt ausgesprochen hat.

In seiner Regierung wurde Simitis Landwirtschaftsminister. Simitis war vor einiger Zeit aus dem ZK der PASOK ausgeschlossen worden, weil er sich f ü r den EG-Beitritt ausgesprochen hatte (er wollte lediglich die „griechischen Interessen" gewahrt wissen). Stellvertretender Wirt-
die „griechischen Interessen" gewahrt wissen). Stellvertretender Wirt-
schaftsminister wurde ein Mitglied der griechischen Delegation bei den Beitrittsverhandlungen.

Diese Personalentscheidungen lassen vermuten, daß auch in der EG-Frage nicht so heiß gegessen wie gekocht wird und Papandreou sein Konzept der „Modernisierung" der griechischen Wirtschaft und Verwaltung wohl eher doch innerhalb der EG verfolgen wird. Nicht zuletzt könnte ein Argument in den 1,8 Milliarden US-Dollar Wirtschaftshilfe liegen, die Griechenland bis 1986 von der EG erhalten soll („Newsweek", November 2, 1981).

Papandreou, der Mitterand Griechenlands?

Derzeit besucht Horst Ehmke seinen persönlichen Freund Papandreou, um mit ihm die Beziehungen zwischen SPD und PASOK zu besprechen. Die PASOK nimmt regelmäßig an den Treffen der sozialistischen (besser sozialdemokratischen) Parteien der Mittelmeerländer teil (zusammen mit den sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Portugal, Spanien und Maltas).

Wurden die Sozialdemokraten von Papandreou noch 1976 als „US-Agenten" charakterisiert, bezeichnete er vor den Wahlen in einem Interview das Verhältnis der PASOK zu den Sozialdemokraten als „herzlich". Konfrontiert mit früheren Aussagen erklärte er, es gehe nun darum, nach einer Phase der ideologischen Formung überholte Standpunkte zu revidieren...

Dazu gehörte auch, das Verhältnis zu den ehemals als „US-Agenten" verkannten westdeutschen Genossen den neuen Positionen anzupassen. Über seinen Besuch in Bonn in diesem Sommer äußerte Papandreou: *„Außer mit Willy Brandt, zu dem ich sehr gute Beziehungen hatte, habe ich ausgiebig mit dem Bundeskanzler gesprochen. ... Ich glaube, daß die deutschen Sozialdemokraten die griechischen Probleme und die Rolle, die die PASOK zu spielen gedenkt, verstanden haben"* („Spiegel", 44/81).

♀ S., KB/Gruppe Hamburg

aus: POCH-ZEITUNG, 29.10.81

Punkte des PASOK–Wahlprogrammes

NATO:	Vorerst Kontrolle über in Griechenland stationierte Basen. Dann schwittweiser Rücktritt aus dem Natobündnis.
Zypern:	Vorwurf an Neue Demokratie, Besetzung durch Türkei stillschweigend akzeptiert zu haben. Führung von Gesprächen auf internationaler Ebene.
EG:	Volksabstimmung über den Verbleib in der EG durchführen. Parteilinie: Austritt und Abschluss von Sonderabkommen.
Dezentralisation:	Dezentralisation des einzig in Athen konzentrierten Staatsapparates durch Stärkung regionaler Machtbefugnisse. Abschaffung der Bürokratie.
Wirtschaft:	Bekämpfung der 25%igen Inflation. Ankurbelung der stillstehenden privaten und öffentlichen Investitionen durch kreditpolitische Massnahmen. Verbesserung der negativen Zahlungsbilanz (3 Milliarden Dollar).
Arbeitnehmer:	Automatische Indexierung der Löhne und Renten. 40-Stunden-Woche, 4 Wochen Ferien.
Steuerpolitik:	Verminderung der indirekten Steuern (70% der gesamten Steuereinnahmen). Verminderung der massiven Steuerhinterziehung (gemäss OECD weltweit höchster Anteil).
Gewerkschaften:	Abschaffung der massiven staatlichen Kontrolle über den Gewerkschaftsbund.
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften:	Förderung
Gesundheit:	Stufenweise Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Soziale Kontrolle über die Pharmaindustrie, Vereinheitlichung des Medikamentensortiments.
Jugend und Bildung:	Stimmrecht mit 18 Jahren. Schaffung eines Jugendministeriums. Verkürzung der Militärdienstzeit (heute 24 Monate). Abschaffung des privaten und halbprivaten parallelen Ausbildungssystems. Abschaffung der Eintrittsprüfungen für Hochschulen und Gymnasien.
Umwelt:	Versetzung der umweltbelastenden Industrie aus Athen. Strenge Kontrolle der Schadenurheber.
Gleichberechtigung:	Abschaffung der sexistischen Gesetze.
Massenmedien:	Demokratisierung von TV und Radio.



10. Oktober in Kopenhagen

25.000 Menschen ziehen in der bisher größten Anti-AKW-Demonstration dieser Stadt vor das Regierungsgebäude und verlangen die sofortige Stillegung des AKW Barsebäck (Schweden), das durch seine Lage mitten in der dichtbesiedeltsten Region Skandinaviens mehrere Millionen Menschen bedroht. Zur von der „OOA", der „Organisation für Aufklärung über Atomkraft" veranstalteten Demonstration hatten 125 Einzelgewerkschaften, Betriebsbelegschaften und Organisationen aufgerufen, darunter die Wehrpflichtigen in der Zivilverteidigung. Angesichts des wohldurchdachten Kopenhagener Katastrophenplans („Fenster und Türen schließen") fragte der VK-Vorsitzende der großen Werft Burmeister & Wain, welche Fenster und Türen denn die Werftarbeiter schließen sollten und forderte daher: Luk Barsebäck nu!

Skandinavien-Kommission

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein (Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstr. 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Ägypten nach dem Tod Sadats

I

Am 6. Oktober 1981 wurde Sadat in Kairo ermordet. Die Nachricht von seinem Tod löste in der ägyptischen Bevölkerung spontane Freude und ein Gefühl der Erlösung aus. Schließlich hatte das Sadat-Regime äußersten Verrat an den nationalen Interessen geübt. Jede Veränderung in der Regierungsform, wenn auch nur auf Personenebene, wird deshalb als Verbesserung aufgefaßt. In den Stunden und Tagen nach dem Attentat begann der spontane Optimismus allerdings zu schwinden. Die bittere Wahrheit über die neue Situation wurde bewußt. Nach dem Tode Sadats bleibt nicht nur sein Regime. Schon in den ersten Stunden nach dem Anschlag versicherte die neue Regierung unter Hosni Mubarak, daß sich nichts an der von Sadat betriebenen Politik des Staates ändern würde. Mubarak setzt nicht nur das Vermächtnis seines Vorgängers um, der Tod Sadats bringt – paradoxerweise – für die Urheber seiner Politik einen wichtigen Vorteil: die Möglichkeit, diese gescheiterte Politik aus der Sackgasse zu führen.

Die letzten Jahre und Monate haben den völligen Zusammenbruch seiner Politik gezeigt, die gern als „Friedensintiative" bezeichnet wird. Um das Regime seines Nachfolgers Mubarak und die Interessen, denen es dient, zu verstehen, wollen wir kurz auf die letzten Ereignisse vor dem Tode Sadats eingehen.

II

Der letzte Akt Sadats begann mit umfangreichen Verhaftungen vom 3.9. 1981 an. Die Führungskräfte der gesamten Opposition wurden davon betroffen. Nach Angaben der Sadat-Administration wurden 1500 Personen verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Hieran hat sich auch nach dem Tode Sadats nichts geändert. Unter den Verhafteten befindet sich auch die Führung der koptischen Geistlichkeit (die Kopten sind die christliche Urbevölkerung Ägyptens), die weder für das Regime eine ersthafte Bedrohung darstellt noch eine politische Alternative anstrebt. Sadat sah jedoch in dieser Kraft, die gewisse Gegensätze zum Regime hat, eine beunruhigende Opposition. Er entfernte den koptischen Patriarchen Schenude aus seinem Sitz und verbot ihm zu predigen, zu schreiben und mit seiner Glaubensgemeinschaft zu kommunizieren. Ein solcher Schritt ist in der modernen Geschichte Ägyptens einmalig. Die verschiedenen Regierungen – so unterschiedlich sie politisch auch waren – haben die Selbstverwaltung der Kopten in kirchlichen Angelegenheiten respektiert, die auch den Charakter einer Nationalitäten-Teilselbstverwaltung hat. In die Wahl des Patriarchen, die ein Ausdruck dieser Selbstverwaltung ist, hat sich die Staatsmacht nie eingemischt. Sadat hingegen zog seinen eigenen Präsidentenerlaß zu Bestätigung des koptischen Patriarchen (1971) zurück und erweiterte damit seinen Feindeskreis in Ägypten um sechs Millionen Kopten.

Das geschah zu einem Zeitpunkt, an dem der unglückliche Präsident am allerwenigsten neue Feinde gebrauchen konnte. Diese Feindschaft gegenüber der Führung der christlichen Minderheit wirft ein bezeichnendes Licht auf einige Herrschaftsmethoden des moslemischen, aber religiös sicher nicht fanatischen Sadat. Patriarch Schenude bewies Standhaftigkeit, stand den nationalen Interessen loyal gegenüber und war zum Widerstand gegen Sadat bereit. Schenude zog damit den Haß Sadats auf sich. Im sogenannten Volksrat (ägyptisches Parlament) hetzte Sadat stundenlang über den Patriarchen, ohne den eigenlichen Inhalt der Auseinandersetzung beim Namen zu nennen. Die Differenzen zwischen Schenude und Sadat haben folgenden Kern:

1. Der Patriarch verbot den Kopten, Jerusalem, Bethlehem und andere Stätten im Heiligen Land zu besuchen, solange sie unter zionistischer Besetzung stehen.
2. Patriarch Schenude protestierte gegen die Verhetzung der muslimischen Mehrheit der Bevölkerung gegen die koptisch-christliche Minderheit. Für diese Verschwörung, die die Opposition als „konfessionelles Komplott" bezeichnet hat, war Sadat persönlich verantwortlich. Durch Reden im Volksrat hetzte er fanatisierte Moslems gegen ihre koptischen Mitbürger auf. Die konfessionelle Zwietracht erreichte ein in der jüngeren Geschichte Ägytens bisher ungekanntes Ausmaß. Es kam zu mehreren Terroraktionen, u.a. explodierten während der Gottesdienste Bomben in überfüllten Kirchen. Höhepunkt der Zwietracht waren die Ereignisse in az-Zawya al-hamra, einem Stadtteil von Kairo. Muslims und Christen wurden gegeneinander ausgespielt, die Bilanz waren 50 Tote. Als die Polizei intervenierte, vereinigten sich Muslims und Christen trotzdem gegen die Staatsgewalt. Die ständige Verhetzung der Muslime schuf unter den Kopten Panikstimmung. Patriarch Schenude machte Sadat für diese Entwicklung verantwortlich und protestierte sehr heftig dagegen.
3. Schenude protestierte ebenfalls gegen die zunehmende Intervention des Staates in kirchliche Angelegenheiten, die nach Gewohnheitsrecht unter Selbstverwaltung der Kopten fallen. Die Kopten fühlten sich vom ägyptischen Staat diskriminiert, obwohl er vorgab, Staat aller Ägypter zu sein. Sie identifizierten sich stärker mit ihrer heute noch bestehenden urchristlichen Gemeinde, die sie als Garant für den Erhalt ihrer Nationalität ansahen. Die kirchlichen Institutionen wurden daher über ihre religiöse Funktion hinaus zu Einrichtungen der Selbstverwaltung der Kopten.
4. Zur koptischen Selbstverwaltung zählte auch die Gerichtsbarkeit in „persönlichen Angelegenheiten" (Familienrecht, Ehe- und Scheidungsrecht). Die Aufhebung der eigenen Gerichtsbarkeit empfanden die Kopten als massiven Eingriff in ihre Selbstverwaltung.
5. Schenude protestierte – stellvertretend für alle Kopten gegen die formelle Reislamisierung des Staates. Die neue ägyptische Verfassung nennt Ägypten einen islamischen Staat (Artikel 2).
6. Bei großen offiziellen Anlässen legte Sadt wert darauf, von beiden religiösen Oberhäuptern umgeben zu werden. Während die islamische Führung bei Paraden u.ä. stets neben Sadat zu sehen war, weigerte sich Schenude, zu solchen Anlässen zu erscheinen. Von den Auslandskopten wurde zunehmend Kritik an der Politik Sadats geleistet. Deshalb legte Sadat wert darauf, daß der koptische Patriarch ihn bei seiner (letzten) Reise in die USA begleitete. Schenude lehnte ab. Während seines Aufenhaltes in den USA beschloß Sadat, Schenude aus seinem Amt zu entfernen.
7. Der Kirchenführer lehnte nicht nur ab, sich von Sadat als ideologische Legitimation für seine Politik vereinnahmen zu lassen. Er nutzte darüber hinaus alle ihm auf Grund seines Amtes zur Verfügung stehenden Protestmöglichkeiten. Nach dem Massaker von az-Zawiya al-hamra ließ er die Trauerglocken läuten, ordnete den Verzicht auf christliche Feiern an und erklärte allgemeine Trauer. Er forderte die Kopten auf zu fasten.

Obwohl diese bescheidenen Formen des Protestes das Sadat-Regime nicht bedrohten, erkannte Sadat die darin bestehende Gefahr: Die Opposition in Ägypten dehnte sich auch auf Kreise aus, die sich herkömmlich politisch distanziert verhalten hatten. Das Beispiel des Patriarchen Schenude – der sich auf Grund seines Amtes aus der Politik herausgehalten hat – zeigt, welchen Umfang die Opposition in Ägypten in den letzten Jahren und Monaten unter Sadat angenommen hatte.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den USA leitete Sadat am 3.9.81 die umfangreiche Verhaftungswelle ein. In wenigen Tagen waren 1500 politisch aktive, sozial und religiös einflußreiche Persönlichkeiten verhaftet, unter Hausarrest gestellt oder – wie im Fall Schenude – in die Wüste verbannt. Unter den Inhaftierten befinden sich Frauen und Männer, Professoren, Journalisten, Schriftsteller, Anwälte und Studenten, u.a. wurden Führer und Mitglieder von Parteien, die schon vor 30 Jahren aufgelöst worden waren, verhaftet. Ein Zahnarzt wurde festgenommen, weil er vom israelischen Botschafter verlangt hatte, die Kosten für die Behandlung an die PLO zu zahlen.

Wir haben den Fall Schenude ein wenig herausgestellt, weil man an ihm aufzeigen kann, daß Sadat in den letzten Jahren die konfessionelle Zwietracht im Lande schürte, um sein labiles Regime zu stabilisieren. Sadat ließ unschuldiges Blut fließen, um die Bevölkerung von ihren Nöten und Leiden und seiner Politik des Verrats abzulenken. Er spekulierte mit der konfessionellen Karte und tauschte den Frieden im Inneren gegen die Kapitulation vor dem Zionismus und Imperialismus. Die ägyptische Opposition spricht mit Recht von der „konfessionellen Verschwörung". Sie war Sadats letzte Hoffnung, von der ökonomischen, sozialen und politischen Misere abzulenken, die in Ägypten während der letzten 30 Jahre ohne Beispiel ist.

Die Politik der „konfessionellen Verschwörung" begann schon etwa vier Wochen nach dem großen Arbeiteraufstand vom 18./19. Januar 1977. Damals entwickelte der CIA einen umfassenden Plan gegen diesen gewaltigen Massenaufstand. Ein Bestandteil dieser Konterrevolution ist die konfessionelle Verschwörung. Muslims und Christen gegeneinander auszuspielen ist in dem weitgehend vorsäkularen Land Ägypten leider gelungen. Die Kopten wurden zum Prügelknaben des Regimes. Allerdings war dies die letzte Karte, die Sadat in der langen Geschichte von Verrat und Unterdrückung ausspielen konnte, seit er nach dem plötzlichen Tode Nassers 1970 an die Macht gekommen war. Es ist nur verständlich, daß das ägyptische und arabische Volk ein Gefühl der Erlösung empfand, als die Nachrichtenagenturen den Tod Sadats meldeten.

III

Elend und Armut nahmen in Ägypten in unvorstellbarem Ausmaß zu. Infolge sprunghafter Inflationsraten sank der Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung erheblich. Selbst Grundnahrungsmittel können von breiten Schichten der Bevölkerung nicht mehr bezahlt werden, während diese Produkte auf den westeuropäischen Märkten – auch in der BRD – im Überschuß angeboten wurden. Mieten erreichen astronomische Höhen. In dicht besiedelten Städten wohnen die Menschen in Ruinen, übernachten auf offener Straße und auf den Feldern am Rande von Wohnsiedlungen. Extremster Ausdruck dieser Verelendung ist sicher die Totenstadt (Friedhof von Kairo), die von einer Million Menschen bewohnt wird. Im Islam werden die Leichen – ohne Sarg, nur in ein Tuch gehüllt – nur etwa einen Meter tief begraben. Friedhöfe sind sehr unhygienisch und werden deshalb im allgemeinen von Menschen gemieden. Die Not zwingt die Menschen in Kairo, an einem solchen Ort zu „wohnen". Die gesamte soziale und medizinische Versorgung sank auf den Tiefpunkt. Frauen müssen auf offener Straße ihre Kinder zur Welt bringen.

Die Bevölkerung des an natürlichen Ressourcen und Industriezentren reichen Ägypten wurde in wenigen Jahren in extremes Elend gestürzt. Durch die Politik der wirtschaftlichen Öffnung schuf Sadat die Voraussetzung für diese Entwicklung. Sämtliche Beschränkungen für fremdes Kapital, die Nasser eingeführt hatte, wurden aufgehoben. Stattdessen wurden Verordnungen eingeführt, die von der Weltbank ausgearbeitet wurden. Maßgeblich beteiligt an dieser Wirtschaftspolitik sind auch Bonner Behörden (deutsch-ägyptische Wirtschaftskommission unter dem Vorsitz der westdeutschen und ägyptischen Wirtschafts- und Außenminister, „Kommission für den euroarabischen Dialog" u.a.).

IV

Sadat übernahm das nassaristische Ägypten in einer Zeit, in der es vom Imperialismus relativ unabhängig war. Ägypten führte im Anschluß an den Sechstagekrieg 1967 den „Zermürbungskrieg" gegen Israel. Im gesamten arabischen Raum und in der Türkei erstarkte der Widerstand. Optimismus bezogen auf die Zukunft der arabischen Revolution und der palästinensischen Widerstandsbewegung schien begründet. Sadat trat im Herbst 1970 die Nachfolge Nassers mit dem klaren Auftrag an, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Aufträge des imperialistischen Auslandes wurden von Sadat, unter Mißachtung aller nationalen Interessen, planmäßig und lückenlos durchgeführt, brutal und rücksichtslos umgesetzt.

Die wichtigsten Stationen der Politik Sadats waren:

1. Die „Korrektivbewegung" vom 15. Mai 1971. Hinter diesem Namen verbargen sich umfangreiche Säuberungen des Staatsapparates von patriotischen Kräften, u.a. wurden Linke und Nasseristen von Regierung und Ämtern ausgeschlossen.
2. Sadat beendete den „Zermürbungskrieg".
3. Ohne die besetzten Gebiete zu befreien, schloß Sadat mit Israel ein Waffenstillstandsabkommen („Entflechtungsabkommen am Kilometerstein 101", September 75, nach dem Oktoberkrieg 73).
4. Sadat zerschlug die arabische Einheit und die Geschlossenheit der Frontstaaten.
5. Er öffnete die ägyptischen Märkte der imperialistischen Ausbeutung (Politik der „wirtschaftlichen Öffnung").
6. Sadats „Friedeninitiative" (Jerusalem-Besuch, Camp David-Abkommen und schließlich Friedensvertrag mit Israel) bedeuteten die Kapitulation vor Zionismus und Imperialismus.
7. Der „Frieden" mit Ägypten machte Israel den Rücken frei für neue Aggression gegen den palästinensischen Widerstand. Noch während der Verhandlungen marschierte die zionistische Armee im März 1978 in den Südlibanon ein, um die patriotischen Kräfte Libanons und den palästinensichen Widerstand entscheidend militärisch zu schwächen. Dieses Ziel allerdings konnte Israel nicht erreichen.
8. Sadat führte für den Imperialismus die Dreckarbeit aus. Ägyptische Truppen wurden gegen Aufstände und Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien eingesetzt.
9. Die ökonomische Durchdringung Ägyptens durch die kapitalistisch-imperialistischen Staaten vernichtete den einheimischen Markt. Hochrationalisierte Fabriken des westdeutschen Kapitals verschärften die Arbeitslosigkeit.
10. Das „Friedensabkommen" öffnet auch Israel die ägyptischen Märkte. Für Israel besteht die Möglichkeit, seine politische Isolierung zu durchbrechen und seine ökonomische Krise zu lösen. Die Versöhnung mit dem Zionismus wurde zum persönlichen Geschäft für die Familie Sadat. Der Bruder des Präsidenten erhielt das Monopol für den Import von Geflügel und Eiern aus Israel. Damit der Markt zu Spekulationspreisen auch floriert, verbot Sadat kurzfristig persönlich den Fleischhandel.
11. Sadat beendete die von Nasser eingeleitete, einigermaßen geplante Entwicklung Ägyptens (Fünf-Jahres-Pläne). Stattdessen konnten die multinationalen Konzerne ihre ökologisch gefährlichen und national-ökonomisch sehr schädlichen Projekte durchsetzen.
12. Die BRD und Frankreich laden Ägypten ihren Atommüll ab und bauen Atomkraftwerke.
13. Ägypten verschuldete sich gegenüber dem Ausland mit 19 Mrd. Dollar.
14. Die USA können ungehindert ihre Stützpunkte in Ägypten bauen. Die ägyptische Armee wurde und wird von patriotischen Kräften gesäubert, um sie ganz den imperialistischen Interessen der USA unterordnen zu können. Das ägyptische Regime versucht, die Gendarmenrolle des gestürzten Schah von Iran zu übernehmen.

Sadat regierte nach einem vom CIA ausgearbeiteten Drehbuch, und er hat diese Rolle bestens gespielt. Sadat hat die Schmutzarbeit der Imperialisten vollständig durchgeführt, er konnte gehen, ein anderer – mit sauberer Weste kommen, der die Früchte der Sadat-Saat ernten kann, ohne für den Verrat verantwortlich zu sein. Sadats Politik des Verrats und der Unterdrückung werden unauslöschlich im Gedächtnis der Völker bleiben.



„Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Der extreme Verrat Sadats hat in der gesamten arabischen Welt großen Widerstand gegen ihn ausgelöst. Selbst die reaktionären arabischen Staaten konnten seiner Politik nicht mehr folgen. Sadat und sein Regime wurden weitgehend isoliert. Deshalb war es notwendig, daß er beseitigt wurde. Von seinem Nachfolger verspricht man sich, daß er unbelastet die bisherige Politik aus der Sackgasse führt und anderen arabischen Regimes die Möglichkeit eröffnet, sich anzuschließen.

V

Die Nachfolge Sadats hat sein persönlicher Adjutant Mubarak angetreten.

Wer ist der Nutznießer seiner Regierung? Von der ersten Stunde seiner Machtergreifung an verfolgte er einen genauen Plan:

1. Am Tag seines Machtantritts erklärte er vor den Häuptern der imperialistischen Welt, die sich anläßlich der Beerdigung Sadats in Kairo befanden, daß sich an der bisherigen politischen Linie des Systems nichts ändern werde.
2. Mubarak umarmte (nicht nur körperlich) den israelischen Ministerpräsidenten Begin. Beide erklärten, daß sie in allen Punkten (also auch in der Liquidierung des palästinensischen Widerstands) übereinstimmen würden.
3. Die US-militärische Intervention in Ägypten wurde offener. Die gemeinsamen Manöver – unter Sadat begonnen – wurden beschleunigt, mit dem Ziel, eine amerikanisch-ägyptisch koordinierte Streitmacht gegen die Befreiungsbewegungen aufzubauen.
4. Die Provokationen gegen Libyen nehmen zu.
5. Präsident Numeiri (Sudan) löste – zum Zeitpunkt des Todes Sadats (!) – den Volksrat auf, um seinen Anschluß an die Politik des ägyptischen Regimes politisch vorzubereiten. Durch die Beseitigung selbst schein-demokratischer Formen will er sich dabei den Rücken freihalten.
6. Es ist kein Zufall, daß die Friedensinitiative Saudi-Arabiens (Fahd-Initiative) ausgerechnet jetzt (sie liegt seit August vor) als Alternative zu Camp David verstärkt diskutiert wird. Sie sieht die Gründung eines Palästina-Staates auf der Westbank und im Gazastreifen vor, der nach dem Rückzug der israelischen Besetzungsmacht fünf Jahre unter Kontrolle von UN-Truppen stehen soll, und beinhaltet die vollständige Anerkennung des zionistischen Staates. Diese Initiative ist im wesentlichen ein Propagandastück, gleichzeitig wird die Entwaffnung des palästinensischen Widerstandes vorbereitet. Die arabische Ergänzungskommission, in der Saudi-Arabien den Ton angibt, beschloß erst kürzlich das absolute Verbot für die Lieferung schwerer Waffen an den palästinensischen Widerstand im Libanon, die Stärkung der libanesischen Autorität (Sarkis-Regierung, die praktisch an der Seite der Faschisten im Libanon steht) und die Erweiterung des Einflußbereichs der UNIFIL-Truppen (UN).

Während von Seiten der arabischen reaktionären Regimes konkrete Schritte für die militärische Schwächung des palästinensischen Widerstandes eingeleitet werden, winken sie auf der diplomatischen Ebene mit dem Fahd-Plan, dessen Verwirklichung mit Sicherheit an der unbeugsamen Haltung Israels scheitern wird, den reaktionären arabischen Regimes aber den Eintritt in die Friedensinitiative ermöglicht.

VI

Mubarak rechnet mit der Zunahme des Widerstandes in Ägypten und beugt vor. Er erklärte den Ausnahmezustand und regiert nach einer Notstandsverfassung. Schon unter Sadat waren die demokratischen Freiheiten erloschen. Doch wie sieht es im Augenblick aus? Verhaftete kommen nicht mehr vor ein Gericht. Erschießungen von Oppositionellen werden nicht mehr diskutiert. Die Presse wird vollständig zensiert. Demonstrationen und Streiks sind verboten, die gerade jetzt unter den Arbeitern zur Diskussion stehen. Jeder politischer Kraft wurden bei Widerstand schwerste Strafen angedroht. Die polizeilichen Terrorkräfte (nach auch in der BRD ausgearbeiteten Plänen aufgebaut und mit westdeutschen Polizeifahrzeugen ausgestattet) patroullieren auf den Straßen. Überall ist die brutale Gewalt des Staates präsent. Die Verhaftungen, unter Sadat begonnen, gehen weiter. Die Zahl der Inhaftierten wird derzeit auf 4000 geschätzt. Die Armee wird weiter von allen patriotischen Kräften gesäubert und steht unter weitgehender Kontrolle der USA. Die US-Invasionsarmee ist erweitert worden.

Der Volksmund prägte das Wort: „Ägypten ist das Grab der Invasoren". Diese Weisheit wird gegenwärtig häufiger am Nil zitiert.

Karl Keller

Kriegsgefahr am Golf

Israel: Opfer oder Täter?

Durch die Weltpresse geistern immer wieder Meldungen von der Gefährdung Israels durch seine feindliche Umwelt. Ein neuer Holocaust wird insbesondere von der israelischen Regierung selber immer wieder an die Wand gemalt. So wird von ihr der saudische Acht-Punkte-Vorschlag, der die Gründung eines eigenen Palästinenserstaates vorsieht, als ein Plan zur Vernichtung Israels angegriffen.

Was ist eigentlich der reale Hintergrund dieser angeblichen Gefährdung des Staates Israel und von wem könnte sie ausgehen?

Zunächst wollen wir das militärische Kräfteverhältnis untersuchen, ob hier eine reale Grundlage für das von Israel reklamierte Sicherheitsbedürfnis zu finden ist.

Aus den Tatsachen, daß die USA nun doch ihr AWACS-Aufklärungssystem an Saudiarabien liefern, daß sie von Mitte November bis Mitte Dezember die Großmanöver „Heller Stern" und „Donnerkeil" in Ägypten, Oman, Somalia und den Golfstaaten durchführen und den Militärpakt mit Israel weiter hinauszögern, könnte man zu dem Schluß kommen, daß die USA sich umorientieren. Im folgenden fassen wir die Untersuchungsergebnisse des Artikels „Friends in need" von Hirsh Goodman zusammen, der bereits Mitte Okt. 1980 in der „Jerusalem Post" erschien. Der Artikel hat nichts an Aktualität eingebüßt und stimmt mit anderen Veröffentlichungen, wie etwa den UN-Statistiken in den Fakten überein. Goodman sieht keinen Beweis für die Annahme, daß die Intensivierung der amerikanisch-arabischen Beziehungen auf Kosten Israels erfolge, im Gegenteil:

– Zwischen 1948 und 1980 erhielt Israel von den USA Hilfe im Wert von 15,6 Milliarden Dollar. Für 1981 hatte die Carter-Administration vom Kongreß die Zustimmung für weitere 1,985 Milliarden US-Dollar beantragt (= 1 % der US-Militärausgaben).
– Die Liste der israelischen Waffenkäufe wurde in keinem einzigen wichtigen Punkt gekürzt.
– Israelische Offiziere nehmen weiter an US-Austauschprogrammen teil.

Warum errichten die USA keine Militärbasen in Israel? Im Gegensatz zu allen anderen Verbündeten in der Region hat Israel eine gut ausgebildete, schlachterprobte, westlich orientierte und extrem hochentwickelte militärische Infrastruktur, in die die Amerikaner im Bedarfsfalle ohne nennenswerte Vorbereitungen einsteigen können.

– Israel hat die modernsten Luftbasen der Welt.
– Es hat ausreichende technologische Kapazitäten für Taktik und Strategie in regionalen Konflikten.
– Es hat ein Kommunikationsnetz, dem keines in der westlichen Welt vergleichbar ist.

Die Bedeutung der amerikanisch-isrealischen Beziehungen für die USA liegt nicht nur in der Bereitstellung der militärischen Infrastruktur für den Fall eines regionalen oder globalen Krieges, sondern auch darin, daß Israel die Interessen des Westens und der USA stellvertretend durchsetzt. Deshalb ist wegen der Instabilität der pro-westlichen arabischen Regime und ihrer technologischen Rückständigkeit nicht damit zu rechnen, daß Israel in seiner strategischen und taktischen Bedeutung für die USA durch arabische Länder ersetzt werden wird, auch wenn die USA im Interesse der Entwicklung der Beziehungen zu ihren arabischen Allierten versuchen werden, die Beziehungen zu Israel herunterzuspielen. Israels militärische Potenz besteht nicht nur in seinen ständig steigenden Importen an Rüstungsgütern, sondern vor allem auch in der total auf Rüstungsproduktion orientierten eigenen Wirtschaft. So nehmen die eigenen Rüstungsexporte und die militärische Verflechtung mit Südafrika und Argentinien fast das gleiche Ausmaß an. Gesamtwert des Rüstungsexports beträgt für die Jahre 1970 bis 1979 447 Mio. Dollar. Damit liegt Israel mit 26 % des Waffenexports der sogenannten Dritten Welt an erster Stelle (iz3w Nr. 95).

Der Staat Israel stellt damit im Nahen Osten das allen anderen Kräften haushoch überlegene Militärpotential dar, verbunden mit einer aggressiven Interventions- und Kolonialpolitik gegenüber seinen Nachbarn.

Die Verfolgungslegende dient der Lähmung des Weltgewissens und knüpft an das unverarbeitete Schuldgefühl der westlichen Welt gegenüber den Leiden des jüdischen Volkes an. Israel hat alles dazu getan, um die wirklichen Ursachen für die Verfolgung des jüdischen Volkes und vieler anderer Völker zu verwischen, weil der Staat Israel gerade an jene Elemente, die dazu geführt haben, nämlich chauvinistische Überheblichkeit und Rassenwahn, selber mit seiner Politik anknüpft. Der Staat Israel stellt gerade nicht den Sicherheitsfaktor für die ehemals Verfolgten dar, sondern ist bleibende Quelle ihrer Gefährdung. Wenn die Gefahr eines neuen Holocaust besteht, und die ist allerdings sehr real, dann geht sie von I s r a e l aus.

Nahost-Kommission



Kein Ausweg für Israels Wirtschaft
- Steigende Schulden, höhere Inflation -

Die vergangenen Jahre haben in aller Deutlichkeit illustriert, daß die israelische Politik des Militarismus und der Aggression eine Steigerung der hohen Militärausgaben mit sich gebracht hat, der Hauptgrund für die Hyper-Inflationsrate des Landes und seine ökonomische Instabilität. Israel gab für 1979 eine Infationsrate von jährlich 50% an (The Times, 25. Oktober 1980), die sich im Jahre 1980 auf 111% verdoppelte und am Ende des Jahres 1980 die bisher ungekannte Höhe von 138% erreichte. (The Times, 15. November 1980). Die Aussichten für den Rest des Jahres 1981 sind weiterhin düster; es wird erwartet, daß die dreistellige Inflationsrate in Israels Wirtschaft bestehen bleibt. Unterdessen halten die Israelis weiterhin an einem ausgabeintensivem Militärbudget fest, das alle anti-inflationären ökonomischen Maßnahmen zunichte macht. Welches politisch-ökonomische Bild ist das Ergebnis dieser Entwicklung?

Die Ursachen der Inflation

Die Wurzeln für Israels weltweit höchste Inflationsrate mit 140% im Juli (The Times, 13. Juli 1981) sind verbunden mit den allgemein identischen Ursachen für jedwede inflationäre Wirtschaft. Inflation findet dann statt, wenn die Nachfrage der Konsumenten das Angebot an Waren übersteigt, die öffentlichen Ausgaben größer sind als die staatlichen Einkünfte, sodaß ein Defizit in der Zahlungsbilanz des Außenhandels eintritt und deswegen "künstliches" Geld in den Geldumlauf gebracht wird.

In Israel ergeben die excessiven defizitären Regierungsausgaben, verbunden mit hohen Steuern und steigenden Energiekosten, einen ständigen Anstieg im Index der Lebenshaltungskosten. Die "Australische Jüdische Zeit" vom 3. Juli 1981 nennt folgende Preissteigerungen in diesem Jahr: Zucker 256%, Brot 177%, Eier 244%, Geflügel 172% und alkoholische Getränke um 190%. Die Israelis verringern aber nicht die Ausgaben für Militär- und Nuklearprogramme, um stattdessen den sozialen und ökonomischen Verpflichtungen nachzukommen. Die Mehrheit der Zionisten ist in der Tat für den Militarismus und gesteigerte Ausgaben für "Kriegsanstrengungen". Der ökonomische Zustand wird festgeschrieben, um die notwendige militärische Macht zu garantieren, mit deren Hilfe dann "Judäaa und Samaria" (die biblischen Namen für die Westbank) zu besiedeln.

Begins Kriegshaushalt

Ein genauerer Blick in die Art der israelischen Regierungsausgaben zeigt, daß in der Tat nahezu 20% von Begins Budget bereitsteht, um seine aggressiven militärischen Pläne durchzuführen. Begins "Kriegsbudget" ist damit direkt berechenbar in seiner Auswirkung auf Israels negative Zahlungsbilanz mit fremden Ländern. Diese ist bekannt als die "höchste in der Welt mit 3.200 Dollar pro Einwohner" (United States Congressional Report vom 13. Juni 1979, S. H 4493). Die Beiruter Tageszeitung "L'Orient de Jour" vom 15. Mai 1981 enthüllt, daß nach dem letzten Finanzbericht des zionistischen Regimes für das am 31. März 1981 endende ökonomische Jahr die Auslandsverschuldung pro Einwohner auf 5.647 Dollar angestiegen ist. Diese Schulden bestehen hauptsächlich aus langfristigen Anleihen, die von den Vereinigten Staaten zur Finanzierung der von ihr selbst ausgerüsteten Kriegsmaschinerie gewährt werden.

Somit ist die erste und genau identifizierbare Ursache für die israelische Inflation der zionistische Kriegshaushalt. Dennoch gelang es im israelischen Wahlkampf für die Knesset am 30. Juni 1981 die öffentliche Unzufriedenheit mit den herrschenden ökonomischen Bedingungen zu beruhigen mit der Parole von der "Wirtschaftswahl". Um die Auswirkungen der Inflation durch kurzfristige Maßnahmen zu verringern, deren erklärtes Ziel es war, Stimmen und Gunst zu erringen, reduzierte die Begin-Regierung die Steuern auf Luxusgüter und erhöhte die Einkommen. Die Mannschaft von Peres konterte mit Versprechen, die Produktivität und das Wachstum des privaten Sektors zu betonen und die Preise einzufrieren. Das Versprechen von Peres, für ein reales Wachstum im öffentlichen Sektor zu sorgen, war "wirklich stark", da Israel in den letzten vier Jahren nicht ein einziges Mal eine Steigerung des Bruttosozialprodukts erzielen konnte. (The Times, 21. Juni 1981).

Sozio-ökonomische Auswirkungen auf die Bevölkerung

Es möchte eigentlich erscheinen, daß die Auswirkungen dieser Wirtschaftslage für die Bevölkerung untragbar und ein dauernder Anlass zu Unruhe und Streiks wären. Tatsächlich aber sind Streiks in Israel meist nur sehr kurzlebig, denn die Bevölkerung hat sich an die Hyper-Inflation in der Wirtschaft gewöhnt und lebt damit. Sie hat eine Politik des "Verdienens und Ausgebens" angenommen, um die Konfrontation mit den endlosen Preissteigerungen bei einer Währung mit begrenzten Reserven und rapidem Wertverlust zu vermeiden.

Die Auswirkung auf die "aliya" (Einwanderung) ist negativ, während die "yerida" (Auswanderung) dadurch stimuliert wird. Diese Tatsache beunruhigt die zionistischen Behörden am meisten, da sie zum größten Teil vom Zustrom einwandernder jüdischer Siedler abhängen, um ihre expansionistische Politik fortzusetzen und den ständigen Strom neuer militärischer Rekrutierungen beizubehalten.

Palästinenser müssen teuer bezahlen

Dieser ökonomische Druck wird von den Palästinensern unter zionistischer Besatzung doppelt empfunden. Es ist bekannt, daß ihre zivilen wie auch sozialen Programme sehr unter Geldmangel leiden. Die Zionisten versuchen darüberhinaus, alle Versuche der Palästinenser in den besetzten Gebieten, wenigstens einen kleinen Raum von Selbstbestimmung in Bezug auf die zivilen Programme beizubehalten, zunichte zu machen. Ein derartiger Fall betrifft z.B. die Stadt Bethlehem, die von den zionistischen Behörden im letzten Jahr einen Haushalt von ca. 12.000 Dollar erhielt (Al-Safir, 28. August 1981). Man kann sich leicht vorstellen, daß eine so bedeutende Stadt wie Bethlehem mit einem solchen Budget nicht einmal ein oder zwei Straßen in Ordnung halten kann, um wieviel weniger noch solche lebenswichtigen zivilen Notwendigkeiten wie Kanalisation, Elektrizitätswerke, die Einkommen für Angestellte der Stadt und viele andere Einrichtungen von Bedeutung wie Kliniken und Schulen. Während dieser Periode gelang es der Vertretung der Stadt Bethlehem in Amman noch einmal 1 Million Dollar für die Stadt aufzubringen (Al-Safir, 28. August 1981). Die Palästinenser haben nicht nur mit ihrem Land teuer für die sehr fragwürde Rekonstruktion des "biblischen Israel" bezahlt, sie tragen auch fortan einen großen Teil der Last der ernsten ökonomischen Mißstände unter diesem offen militaristischen zionistischen Regime. Aber noch stärker und empfindlicher wird dieser Druck für die Palästinenser im besetzten Palästina in der allernächsten Zukunft, da die israelischen Behörden begonnen haben, alle arabischen Zahlungen sowohl für den zivilen wie für den geschäftlichen Sektor zu unterbinden.

Der 51. Staat der USA

Israel erfreut sich des unerklärten Status, 51. Staat der USA zu sein. Die riesige Abhängigkeit der israelischen Wirtschaft von amerikanischer Hilfe ist der unbestreitbare Faktor, der Israels Wirtschaft über Wasser hält. Diese Situation hat auf das natürliche Gleichgewicht in der unmittelbaren Region und ihre Wirtschaft eine negative Wirkung ausgeübt. Auch werden damit die Möglichkeiten für eine Frieden verringert. Wenn die Zionisten dagegen, die nach eigenem Bekunden durch die "aliya" Gottes Wort erfüllen, die Geschichte dieser Region und ihrer Völker wirklich verstanden hätten, dann hätten sie sich nicht auf ihre expansionistische Siedlungspolitik eingelassen.

Die Errichtung neuer Siedlungen, das Fehlen gutnachbarschaftlicher Handelsbeziehungen, der Mangel an Sicherheit und die fortdauernde Nicht-Existenz von Frieden in der Region, all dies sind Faktoren, die die israelische Wirtschaft negativ beeinflussen. Darüberhinaus wird auch die sektiererische Teilung der Juden in Israel in Ashkenazi (europäische Juden) und Sepharden (orientalische Juden), die in der übergroßen Mehrheit einkommensschwache Jobs ausüben, sehr viel schärfer zu fühlen sein, wenn sich der ökonomische Graben zwischen diesen beiden Gruppen weiter vertieft.

Kein Ausweg ohne die Lösung des Palästina-Problems

Kein Wirtschaftshilfe- oder Wachstumsprogramm und auch nicht kosmetische Operationen durch die Begin-Regierung oder irgend ein anderes zionistisches Regime können die Sackgasse der zionistischen Ökonomie verändern. Es wird weder für die Juden noch für die Araber in Palästina Frieden und Wohlstand geben, solange nicht die grundlegenden Irrtümer des Zionismus, die Aggression, des Expansionismus und das Sektendenken überwunden worden sind. Die Beendigung der Besatzung und der rassistischen Vorherrschaft, die Verwirklichung der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, die Verwirklichung seiner nationalen Rechte, einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat, das sind die Schlüssel für Stabilität und ökonomische Verbesserung in diesem Gebiet. Andererseits wird es keine wirtschaftliche Lösung geben, und kein Friede wird das Heilige Land segnen, solange das rassistische Israel sich weigert, die menschlichen und nationalen Rechte des angestammten Volkes anzuerkennen, das von Israel so gewalttätig und gnadenlos dazu verurteilt ist, als ein Volk von Flüchtlingen in den verschiedensten Ländern zu leben.

Das deutsch-argentinische Atomgeschäft

Der Griff nach der Bombe



Der Anfang der atomaren Zusammenarbeit

Der Traum großdeutscher Nazis scheint in Erfüllung zu gehen. „Deutsch-arische Wissenschaftler" werden endlich das zustande bringen, was ihnen die „Vorsehung" mit dem Zusammenbruch des 1000jährigen Reichs am 8. Mai 1945 verwehrte: den Bau einer arischen Atombombe. Nur einen Schönheitsfehler wird dieser Traum deutscher Alt- und Neonazis sowie ihrer langjährigen Freunde in bekannten Wirtschaftsunternehmen haben. Die Atombombe wird im Ausland gebaut, in Argentinien, Bra silien oder Südafrika, und liegt damit noch nicht direkt in der Verfügungsgewalt der Groß-Deutschen selbst.

Wer nun hat den Boden der Zuneigung zu deutschen Atomkraftwerken, wer hat die nukleare Partnerschaft mit argentinischen Militärs vorbereitet? Auf welche Tradition kann da zurückgeblickt werden?

In der Züricher Zeitschrift „Konzept" vom März 1980 steht auf Seite 3 unter dem Titel „Das Comeback von Hitlers Atomforschern": *„Am 10. August 1944 trafen sich im Hotel „Maison Rouge" im besetzten Straßburg die Industrie- und Forschungskader des Dritten Reiches, um zu beraten, wie die Atom- und Raketenforschung und die daran beteiligten Persönlichkeiten „für Deutschland" gerettet werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, daß Hitler den Krieg verlieren würde. Die atomare „Geheimwaffe" konnte nicht mehr „rechtzeitig" produziert werden, nachdem die Schwerwasserfabrik Norsk Hydro bombardiert und ein Schiff mit den restlichen Lagerbeständen von den Alliierten versenkt worden war.* (Nachdem die Fabrik vorher von norwegischen Widerstandskämpfern sabotiert worden war, die Red.).

worden war. (Nachdem die Fabrik vorher von norwegischen Widerstandskämpfern sabotiert worden war, die Red.).

Mehr als 500 Millionen Dollar wurden aus SS-Beständen lockergemacht, um das Exil der prominenten Nazis und die Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen. Dieser „weisen" Voraussicht ist es zu verdanken, daß Franz Josef Stauß 1955 als Atomminister diese Leute nur zu rufen brauchte, als er das Kader für die Entwicklung der deutschen Kernenergie zusammenstellte. Diese Nazi-Wissenschaftler und Betriebsführer legten zusammen mit Strauß den Grundstein für die deutsche Atomlobby: Karl Winnacker, Karl Wirtz, Ernst Groth, Erich Bagge, Konrad Bayerle, Alfred Boettcher, Walther Schnurr, Paul Harteck, Roland Richter, Rudolf Greifeld."

Sie alle und noch einige hier nicht genannte Atomwissenschaftler und Wirtschaftsführer arbeiteten sofort nach Bekanntwerden der Entdeckung der Kernspaltung durch Prof. Hahn im Januar 1939 fieberhaft an der Herstellung der großdeutschen Atombombe. Besonders gegen Kriegsende sollte die „Wunderwaffe" doch noch die Kriegswende herbeiführen. Prof. Heisenberg wurde Leiter der Atomforschungszentrale „Kaiser-Wilhelm-Institut", das später die höchste Dringlichkeitsstufe DE, die es in der Kriegsforschung gab, bekam.

Heisenberg: *„Im Frühjahr 1942 wurden zum ersten Mal große Fonds in Deutschland zur Verfügung gestellt, nachdem wir RUST (Rüstungsministerium) bei dieser Tagung überzeugen konnten, daß wir unerschütterliche Beweise für die Durchführbarkeit der Sache hatten."* Alle zur Verfügung stehenden Mittel wurden den Atomforschern zugeteilt. Doch die Kriegswende zugunsten der Alliierten kam früher. Der Traum von der Atombombe mußte vorerst begraben werden.

Gegen Kriegsende gerieten 10 führende Nazi-Atomwissenschaftler in alliierte Gefangenschaft. Nach der Entlassung arbeiteten sie unverzüglich am kurzfristig unterbrochenem Vorhaben weiter. Es sind dies: Harteck, Gerlach, Hahn, Heisenberg, von Laue, von Weizsäcker, Wirtz, Kortsching und Dr. Erich Bagge, der noch nach Kriegsende bedauerte, die deutsche Atombombe nicht gebaut haben zu können.

Anderen gelang es, mit Hilfe der 500-Millionen-Dollar SS-Unterstützung ins außereuropäische Ausland zu fliehen: nach Südafrika, nach Brasilien oder nach Argentinien.

Vor einem drohenden Kriegsverbrecherprozeß entwich der Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, Prof. Karl Winnacker, nach Argentinien. Mit ihm ging sein enger Mitarbeiter Schnurr – seit 1934 im Hauptlabor der Hauptgruppe II (Giftgasherstellung) der IG Farben, später Leiter der Abteilung Giftwaffen desselben Konzerns. Schnurr soll das zur Judenvernichtung verwendete Giftgas Zyklon B mitentwickelt haben, und die Atomwissenschaftler Seelmann-Eggebert, Quinzer (später Atom-Berater des Schah von Persien), Roland Richter und Otto-Hans Gross (1932 Mitglied der NSDAP, 1933 Mitglied der SA, während des Krieges Abteilungsleiter für rüstungswirtschaftliche Forschungsaufträge in Berlin). Roland Richter gründete 1949 das argentinische Atomforschungszentrum Bariloche (Prov. Neuquen).

che Forschungsaufträge in Berlin). Roland Richter gründete 1949 das argentinische Atomforschungszentrum Bariloche (Prov. Neuquen).

Aber auch andere Nazi-Kameraden wählten Argentinien als Zufluchtsort: Adolf Eichmann, Klaus Altmann (später Paraguay und Bolivien), der Pressesprecher von Josef Goebbels, Robert Owen (später Herausgeber des rechtsradikalen La Plata Rufs), Flugzeugkonstrukteur Tank, der im Dritten Reich mit der Uransuche beauftragte Armin Dadieu (späterer Lehrer von OTRAG-Chef Lutz Kayser und OTRAG-Gutachter der Bundesregierung), sowie neben vielen anderen auch Fliegeroberst Ulrich Rudel (heute argentinischer Großgrundbesitzer und gern gesehener Redner auf Veranstaltungen der Neo-Nazis).

Daß diese Nazis von einer eigenen arischen Atombombe und damit von einem Wiederauferstehen großdeutscher Weltherrschaft träumten und nach Kriegsende „hart" an diesem Ziel arbeiteten, diese These ist nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Sie alle arbeiteten nach 1945 nach dem Prinzip 'getrennt marschieren – vereint schlagen' weiter in der Atomforschung: in Südafrika, in Brasilien, in Argentinien und in der BRD.

In Westdeutschland finanzierten die fünf Konzerne Metallgesellschaft, Gutehoffnungshütte, die Farbwerke Hoechst, BASF und Bayer (Nachfolgekonzerne der nach dem Krieg entflochtenen IG Farben) die 1949 durch die „Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft" wieder aufgenommene Atomforschung. Illegal begann man im Fichtelgebirge die von den Alliierten verbotene Uranprospektion wiederaufzunehmen. Von Laue, von Weizsäcker, Wirtz, Kortsching und Bagge bauten im alten Luftfahrtinstitut ein neues Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik auf. Dies wechselt später in die Max-Planck-Gesellschaft über. Ein Forschungsreaktor, der bei Kriegsende fast funktionstüchtig war, ist das Ziel. Am 8.11.1954 wurde dann die „physikalische Studiengesellschaft" gegründet, die dieses Projekt in die Tat umsetzen soll. Unter den 16 daran beteiligten Konzernen waren auch alle wichtigen Kriegsverbrecher-Konzerne.

In seinem Buch „Der Atomstaat" beschreibt Robert Jungk ein Gespräch mit dem französischen Kernforscher Dr. Leon Grünbaum, der einige Zeit am Kernforschungszentrum Karlsruhe tätig war, einem Zentrum ehemaliger Nazi-Wissenschaftler, und der auf Grund seiner jüdischen Abstammung keine Vertragsverlängerung dort bekam. Wir zitieren einige Passagen: *„(...) Erinnern Sie sich doch, wie das in den zwanziger Jahren gedeichselt wurde! ... Die deutsche Reichswehr durfte damals nach dem Versailler Vertrag nur 100 000 Mann haben. Gewisse Waffengattungen waren ihr ganz untersagt. Aber General Seeckt schloß nach der Rapollo-Konferenz einen Geheimvertrag mit den Russen und konnte so in der Sowjetunion deutsche Eliteeinheiten ausbilden. Ich habe präzise Hinweise, daß auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung seit Jahren etwas Ähnliches in Argentinien, Brasilien und Südafrika vor sich geht"* (S.100).

Diese These des Dr. Grünbaum kann untermauert werden. Auf einer Neun-Mächte 'Vorbereitungskonferenz' zum Eintritt der BRD in NATO und WEU in London 1954 akzeptier-

kann untermauert werden. Auf einer Neun-Mächte 'Vorbereitungskonferenz' zum Eintritt der BRD in NATO und WEU in London 1954 akzeptier-

te Adenauer auf Anregung von John F. Dulles die vieldeutige westdeutsche Selbstverpflichtung, **auf eigenem Boden** *keine Atom-, biologischen oder chemischen Waffen herzustellen"*, um damit den französischen Widerstand gegen eine NATO-Mitgliedschaft der BRD auszuräumen (Hervorhebung durch Red.). Diese Erklärung hindert die BRD juristisch nicht daran, auf ausländischem Territorium Atomwaffen herzustellen – z.B. in Südafrika, Brasilien oder Argentinien.

Mit einem letzten Indiz soll die Vermutung des Dr. Grünbaum und unsere an weiterer Plausibilität gewinnen. Franz Josef Strauß rief und sie kamen alle wieder! Eine genaue Lektüre der Gründungsmitglieder der deutschen Atomkommission sowie weiterer Mitglieder anderer Atomindustrie-Unternehmen verblüfft! Die Daten sprechen für sich. Wir entnehmen die Fakten der Zeitschrift „Atomexpress" Nr. 15 vom Juli/August 1979, Seite 32 bis 34: *„Der illegalen Tätigkeit der Atomfaschisten war es ‚zu verdanken', daß das Jahr 1955 nicht das Jahr Null für die deutsche Atomindustrie war. Allen Auflagen und Verboten der Alliierten zum Trotz war in den Jahren nach Kriegsende intensiv gearbeitet worden. Schon damals, also 1955, wäre die Bundesrepublik in der Lage gewesen, ein eigenes Atomwaffenpotential aufzubauen, wie es ja auch Strauß bei der Wiederbewaffnung forderte. Ab 1955 hatte die Atomforschung also auch offiziell grünes Licht. Kurz darauf, am 26. Jan. 1958, bildete sich die deutsche Atomkommission, die später in das deutsche Atomforum überging. Die Liste der Gründungsmitglieder zeigt, wo der Hase auch in Zukunft hinlaufen sollte. Alle waren sie wieder dabei, unter anderem* (siehe nebenstehenden Kasten):

Franz Josef Strauß: Vorsitzender – Prof. Dr. Otto Hahn: Stellvertreter – Dr. Herrmann Josef Abs: Deutsche Bank (vor 1945 Wehrwirtschaftsführer) – Dr. Hans Boden: AEG (vor 1945 Beauftragter für Wirtschaftsfragen im faschistischen Ungarn) – Dr. Knott: Siemens AG (vor 1945 Wehrwirtschaftsführer und Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke) – Dr. Herrmann Reusch: Gutehoffnungshütte (vor 1945 Generalbevollmächtigter für Wirtschaftsfragen im besetzten Jugoslawien und Griechenland) – Prof. Heisenberg: Max-Planck-Institut für Physik (vor 1945 Mitarbeiter am Atombombenprogramm) – Prof. Arnold Scheibe: Universität Göttingen (vor 1945 Mitglied des Reichsforschungsrates, Mitglied der NSDAP, der SA und des Reichskolonialbundes) – Dr. Winkhaus: Mannesmann AG (vor 1945 verantwortlich für den Einsatz von Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie) – Prof. Winnakker: Hoechst AG (vor 1945 Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben). –

WEITERE MITGLIEDER DER ATOMKOMMISSION WAREN:

Wilhelm Groth: Verwaltungsrat des Atomforums (vor 1945 mit "Sonderaufgaben" bei der IG Farben beschäftigt, 1937 NSDAP, Mitglied der SA, Personal- und Pressereferent des NS-Studentenbundes)

Johannes Hansen: Vorsitzender des Arbeitskreises III/2 der Atomkommission (vor 1945 Marinebaurat, 1932 NSDAP, 1934-35 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe in Groß-Flottbeck/Altona, ab 1.11.38 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Blücher in Kiel)

Wolfgang Finkelnburg: Arbeitskreis III/1 der Atomkommission (vor 1945: Seit 1937 NSDAP, 1940-42 Gaustellenführer und Dozentenführer an der TU Darmstadt)

Kurt Rieß: Arbeitskreis III/1 der Atomkommission (vor 1945: Seit 1937 NSDAP, stellvertretender Abwehrbeauftragter und Vorstandsmitglied der Farbenfabriken Bayer AG)

Heinrich Röhrs: Arbeitskreis III/2 der Atomkommission, technischer Direktor und Vorstandsmitglied der Howaldtswerke Hamburg AG (vor 1945: 1919 Freikorpsangehöriger, 1921 Mitglied der deutsch-völkischen Freiheitspartei, seit 1933 förderndes Mitglied der SS, 1937 NSDAP, Reichsverbandsredner)

Heinz Schimmelbusch: Arbeitskreis III/4-Brennstoffversorgung der Atomkommission (vor 1945 in der Reichsgruppe Industrie – Wirtschaftsgruppe Chemie)

Fürst Otto von Bismarck: Mitglied des Präsidiums des Atomforums (vor 1945: 1919-31 Mitglied der Deutsch-nationalen Volkspartei, 1933 NSDAP, 1937 Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1940 Gesandter Hitlers in Rom)

Ernst Schmidt: Fachkommission II-Kernforschung der Atomkommission (vor 1945 Leiter der Luftwaffenforschung, 1933 förderndes Mitglied der SS)

Karl-Heinz Spilker: Fachkommission I-Kernenergierecht der Atomkommission, Interessenvertreter der Farbwerke Hoechst AG (vor 1945 Angehöriger der SS-Division Deutschland, 1940 Lehrgangsteilnehmer der SS-Junkerschule Braunschweig, später mit der Ausbildung von SS-Führungsanwärtern beauftragt)

Josef Holluta: Fachkommission IV-Strahlenschutz der Atomkommission (vor 1945: seit 1938 Mitarbeiter der Kreisleitung der Sudetendeutschen Partei in Brünn, 1939 NSDAP, Kreisamtsleiter für Technik der NSDAP, Kreisverwalter des NS-Bundes deutscher Techniker, Leiter der Abteilung Organisation und Personal im NS-deutschen Dozentenbund, Gau Niederdonau)

Wolfgang Junkermann: Arbeitskreis III/1-Reaktoren der Atomkommission, Leiter der Atomenergieabteilung der Deutschen Babcock-Wilcox-Dampfkesselwerke AG (Erbauer des AKW Harrisburg und Mühlheim-Kärlich)(vor 1945: 1932 NSDAP)

Fritz Nallinger: Verwaltungsrat der Atomkommission, Fachkommission III-Kerntechnik (vor 1945 Wehrwirtschaftsführer, Vorstandsmitglied der Daimler Benz AG)

Felix-Alexander Prentzel: Vorstandsvorsitzender der DEGUSSA (vor 1945 Militärverwaltungsoberrat und in der Zentralfinanzverwaltung Berlin der IG Farben)

Auch in anderen Institutionen der Atomindustrie nisteten sich die Faschisten ein, so z. B. in der Kernforschungsanlage Jülich (KfJ), der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt GmbH (GKSS) und der Gesellschaft für Kernforschung (GFK):

KERNFORSCHUNGSANLAGE JÜLICH (KfJ)

August Wilhelm Quick: Mitglied des wissenschaftlichen Beirates (vor 1945 Leiter des Instituts für Aerodynamik der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und Luftmechanik, Konstruktionsleiter im Junkers-Luftrüstungskonzern)

Günther Otto Schenk: Mitglied des wissenschaftlichen Beirates (vor 1945: seit 1.5.1937 NSDAP)

Wilhelm Groth: von 1961 – 69 Mitglied des wiss.Rates, seit 1971 Ehrenmitglied (vor 1945: siehe Atomkommission)

Konrad Beyerle: entwickelte bei der KfJ die Ultra-Zentrifugenanlage für Südafrika (vor 1945 beschäftigt mit der Entwicklung von Zentrifugenanlagen zur Atombombenherstellung)

Hans Grosse: Mitglied des wiss.Rates und dortiger Leiter des Instituts für Reaktorbauelemente
(vor 1945 Freikorpsmitglied beim Kapp-Putsch, Mitglied der SA, leitender Ingenieur der Junkers-Werke)

Alfred Boettcher: Vorstand der KfJ (vor 1945 Direktor der DEGUSSA, mit der Entwicklung von Geheimwaffen beauftragt, SS-Hauptsturmführer in Leiden/Holland, dort wegen Kriegsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt)

Franz Bollenrath: beteiligt am Aufbau der KfJ (vor 1945 Leiter des Instituts für Werkstofforschung der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt)

Rolf Danneel: Mitglied des wiss.Rates (vor 1945: bis 1933 Mitglied des jung-deutschen Ordens, seit 1.5.1937 NSDAP, Scharführer in der SA-Marinestandar-

Franz Bollenrath: beteiligt am Aufbau der KfJ (vor 1945 Leiter des Instituts für Werkstofforschung der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt)

Rolf Danneel: Mitglied des wiss.Rates (vor 1945: bis 1933 Mitglied des jung-deutschen Ordens, seit 1.5.1937 NSDAP, Scharführer in der SA-Marinestandar-

te 90 in Königsberg)

Robert Haul: Mitglied des Verwaltungsrates, stellvertr.Vorsitzender des wiss. Beirates, von 1949-56 beschäftigt im National Chemical Research Laboratory of Pretoria/Südafrika (vor 1945: seit 1.3.33 NSDAP, Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut, seit 1943 Dozent an der TH Prag)

GESELLSCHAFT FÜR KERNENERGIEVERWERTUNG IN SCHIFFBAU UND SCHIFFAHRT

Karl Bammert: Mitglied im Beirat (vor 1945 Mitglied der NSDAP, 1940-45 stellvertretender Abteilungsleiter der Reichsforschungsanstalt für Luftfahrt)

Georg Erler: Leiter des Fachausschusses VII der Studienges. zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau e.V. (vor 1945: 1923-34 Angehöriger der schwarzen Reichswehr, seit 1.5.33 NSDAP, Gaufachredner, Lektor für Rechtswissenschaftliches Schrifttum bei der Reichsleitung der NSDAP)

Rolf Flemes: Aufsichtsrat der GKSS (vor 1945: bis 1933 Stahlhelm, seit 1.5.37 NSDAP, seit Januar 1939 kommissarischer Blockleiter der NSDAP-Ortsgruppe Claudius in Hamburg)

Fritz Rudolf: Leiter des Fachausschusses VI der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e.V. (vor 1945 leitender Mitarbeiter der Luftkontor GmbH, zuständig für die Finanzierung der Luftwaffenrüstung, seit 1939 Direktor und Vorsitzender des Vorstands der Bank der deutschen Luftfahrt AG)

Karl Schubert: Leiter der Abteilung Seeverkehr im Bundesverkehrsministerium, Vertreter der staatlichen Interessen im Aufsichtsrat der GKSS, Präsident des Vorstands der Studiengesellschaft (vor 1945: 1923-31 Angehöriger der Freikorpsbrigade Erhardt, 1937 NSDAP, Rottenführer, Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium)

Erich Bagge: 1956-60 Leiter der GKSS, ab 1961 Direktor des Instituts für Reaktorphysik der GKSS (vor 1945 mit der Entwicklung der Atombombe beschäftigt)

GESELLSCHAFT FÜR KERNFORSCHUNG

Otto Hug: Mitglied des wiss.Rates (vor 1945: seit 1935 NSDAP, Mitglied der SA)

Walther Schnurr: Mitglied der Geschäftsführung (vor 1945 IG Farben – Giftgasherstellung)

WEITERE PERSÖNLICHKEITEN DER ATOMINDUSTRIE

Karl Kaißling: führte im Auftrag der deutschen Atomkommission Verhandlungen mit Südafrika (vor 1945 NSDAP und SA-Obersturmführer)

Hans Michaelis: Generaldirektor für Wirtschaft in der EURATOM (vor 1945 Mitglied der NSDAP, SA, SS, NS-Studentenbund)

Otto-Hans Gross: leitender Beamter im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung Abteilung 3-Kernforschung (vor 1945 NSDAP, SA)."

Dieser Artikel wurde der Broschüre „Der Griff zu der Bombe", herausgegeben vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL Westberlin), entnommen.

Polen und die Eurokommunisten

In den letzten Monaten haben sich eine Reihe von Vertretern des Eurokommunismus in grundsätzlicher Weise zur Entwicklung in Polen geäußert. (Die als „Eurokommunisten" bezeichneten politischen Kräfte stellen keineswegs eine einheitliche Strömung dar, was im folgenden auch teilweise deutlich wird.)

Als erste „eurokommunistische Persönlichkeit" hatte Ende 1980 der französische PCF-Dissident Jean Elleinstein sich in einem Interview über Polen geäußert. Elleinstein erklärte, die osteuropäischen Staaten seien *„Regime, die auf der Herrschaft einer neuen Gesellschaftsklasse beruhen"*, wobei er sich ausdrücklich auf den jugoslawischen Dissidenten und jetzigen Intimus von Springers „Welt", Milovan Djilas, beruft. Ebenso wie Djilas sieht Elleinstein das System des „realen Sozialismus" als „Totalitarismus" an.

Zur Gefahr einer sowjetischen Intervention in Polen meint Elleinstein: *„Wir Westler sind lediglich Zuschauer, die rufen: 'Bravo, die Polen sollen leben!' Aber welche Hilfe bringen wir den Polen? Und sind wir denn auch in der Lage, Polen mit Waffengewalt zu verteidigen?"* Konkret schlägt Elleinstein den NATO-Ländern vor: *„Im Fall einer sowjetischen Intervention in Polen sollten wir den Mut aufbringen, unser Mißvergnügen zu manifestieren. Denn lediglich eine Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen würde das Problem nicht lösen. Allein die Angst vor einem Krieg könnte die Russen in Polen abschrecken"* („Spiegel", Nr. 50/1980). Mit diesen Ansichten liegt Herr Elleinstein auf einer Wellenlänge mit Alexander Haig, der findet, daß „die ganze Welt die Sache der NATO" ist.

Elleinstein, dessen Position mit „NATO-Kommunismus" besser gekennzeichnet ist als mit „Eurokommunismus", wurde mittlerweile aus der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) ausgeschlossen, was in d i e s e m Fall sehr erfreulich ist.

PCI

Die KP Italiens (PCI) schrieb im November 1980 einen Brief an die „Bruderparteien" der polnischen PVAP in den Ländern des Warschauer Vertrages. Die PCI betonte, eine Intervention in Polen sei für sie *„absolut inakzeptabel"*, und es sei *„ausschließlich Sache der Polen, ihre Probleme zu lösen"*. Daraufhin warf das ZK der KPdSU der PCI *„Einmi-*
solut inakzeptabel", und es sei *„ausschließlich Sache der Polen, ihre Probleme zu lösen"*. Daraufhin warf das ZK der KPdSU der PCI *„Einmi-*
schung in die inneren Angelegenheiten Polens" vor („Spiegel", Nr. 9/81).

Mit einem ausführlichen Beitrag zu Polen meldete sich Lucio LombardoRadice, Mitglied des ZK der PCI, im Februar dieses Jahres in einer italienischen Zeitschrift zu Wort. Der Genosse Lombardo-Radice, der in der Solidarität für den 1977-1979 in der DDR inhaftierten Rudolf Bahro engagiert war, wird von osteuropäischen „Realsozialisten" seit Jahren als *„rechter Revisionist"* (1) und „Antikommunist" angefeindet (2).

Lombardo Radice schreibt zur historischen Entwicklung des „realen Sozialismus": *„Die sozialistische Revolution – wie anders kann man die radikale Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, die in diesen Ländern stattgefunden hat, bezeichnen – hat eine enorme Entwicklung der Produktion, der gesellschaftlichen Infrastruktur, der Massenbildung, der Wissenschaft und Technik, der Kultur allgemein, gefördert.*

Diese tatsächlichen Umwälzungen und die theoretische Grundlage dieser Umwälzungen, der Marxismus, haben die Entwicklung des Massenbewußtseins gefördert; in der Schule, der Fabrik, in den Versammlungen, in der Presse wurde ständig betont, daß das Volk der Souverän sein müsse, daß alle Menschen gleich seien, daß die Macht die Arbeiterklasse ausüben müsse, daß alle Arbeiter an der Ausübung der Macht teilnehmen müßten.

Auf der anderen Seite war die Revolution wesentlich eine Revolution von oben, die überzentralisierten, rigiden, unflexiblen staatlichen und gesellschaftlichen Leitungsorganen Raum gegeben hat, die jeden Pluralismus ausschlossen und sich immer weiter von einer wirklich direkten, sowjetischen, also Rätedemokratie entfernten."

„Der Sozialismus in Freiheit", so Lombardo-Radice, sei *„von Karl Marx über Rosa Luxemburg bis hin zu den Eurokommunisten"* nicht nur ein „Entwurf" gewesen; im „Prager Frühling" 1968 in der CSSR sei er zur Tatsache geworden.

Zur Perspektive der bestehenden „realsozialistischen" Staaten meint Lombardo-Radice: *„Um nicht zu stagnieren oder sich zurückzuentwikkeln, ist jedoch eine tiefgreifende Reform notwendig."*

Für Lombardo-Radice ist in den RGW-Ländern *„die Entwicklung des Bewußtseins und der Kultur der Massen (Rudolf Bahro spricht von der Bildung 'überschüssigen Bewußtseins', das im 'realen Sozialismus' nicht befriedigt wird) dem neuen Widerspruch eigentümlich, weil dieses 'Überschüssige Bewußtsein' durch die politisch-gesellschaftliche Struktur geschaffen worden ist."*

Diese Einschätzung des Genossen Lombardo-Radice scheint mir nur t e i l w e i s e richtig. Von seiner m.E. falschen, weil idealisierenden, Beurteilung des „Prager Frühlings" und seiner Charakterisierung der RGW-Staaten als grundsätzlich sozialistisch zunächst einmal abgesehen: Die Politik der „realsozialistischen" Regime, ihre Propaganda, ihre Bildungs- und Kulturpolitik führt derzeit nur bei einem T e i l, m.E. einer gesamtgesellschaftlich relativ kleinen M i n d e r h e i t, zur Bildung von progressivem „überschüssigen Bewußtsein".



Odnowa = Erneuerung
aus: „Typodnik Solidarnosc", Wochenzeitung der Gewerkschaft Solidarnosc, Nr. 3/1981

Odnowa = Erneuerung
aus: „Typodnik Solidarnosc", Wochenzeitung der Gewerkschaft Solidarnosc, Nr. 3/1981

Bei Teilen der werktätigen und lernenden Jugend in den Ländern des „realen Sozialismus", nicht zuletzt bei vielen jüngeren Parteimitgliedern, die nicht aus Karrierismus, sondern aus ehrlicher Überzeugung und Begeisterung für die Ideale des Sozialismus in die Staatspartei eingetreten sind, gibt es derartige Tendenzen durchaus. Kritische Diskussionen über die gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Marx-, Lenin- oder Rosa Luxemburg-Texten (wenn auch bislang meist ohne praktische Konsequenzen) sind in Osteuropa 'in diesen Kreisen' keine Seltenheit.

Die Verhältnisse in diesen Ländern, die Duckmäuser-Atmosphäre in Betrieben und Schulen (man/frau sehe sich nur einmal die Schulordnung der DDR an), die ebenso eintönige wie selbstgefällige Beweihräucherung des Regimes durch die Propaganda, führen bei weiten Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend zu Entpolitisierung, Flucht in Kleinfamilien-„Idylle", in den Alkohol und unter die Fittiche des Klerus.

Ausgenutzt werden diese Umstände massiv von den Medien der imperialistischen Länder, über Radio Free Europe des CIA und den Deutschlandfunk bis hin zum BRD-Fernsehen. Kurz gesagt ist heute z.B. in Polen und der DDR der „Genuß" kapitalistischer Medien wesentlich verbreiteter als das Interesse für den Marxismus.

Daher sind in den oppositionellen Massenbewegungen in den RGW-Ländern bisher auch antisozialistische Strömungen relativ stark. Dies berücksichtigt Lombardo-Radice m. E. zu wenig. Stattdessen spricht er euphorisch von einem *„breit und verstärkt auf der sozialistischen Grundlage sich entwickelnden Massenbewußtsein"* in den RGW-Ländern. Zum grundsätzlichen Verhalten westeuropäischer Linker gegenüber dem „realen Sozialismus" meint Lombardo-Radice: *„Die Unterstützung der Linken für die pluralistische Transformation des realen Sozialismus muß klarer als bisher im Rahmen einer ausdrücklichen kritischen Gegenüberstellung des pluralistischen Sozialismus gegeben werden".* Mit dem Begriff „monolithischer Sozialismus" kennzeichnet der Genosse Lucio Lombardo-Radice die „realsozialistischen" Einparteiensysteme mit dem Machtmonopol der KP. Lombardo-Radice vertritt die Auffassung, daß der „reale Sozialismus" reformierbar sei, **„weil der Charakter des Widerspruchs, der seit einem Vierteljahrhundert periodische und immer breitere Krisen hervortreibt, nicht antagonistischen Charakters ist."**

Die zentrale These von Lombardo-Radice lautet: *„In den Ländern des realen Sozialismus, in denen die Sowjetunion nicht d irekt die Herrschaft ausübt, in denen nicht bereits durch eine bewaffnete Intervention das Experiment eines neuen Kurses, von Reformen im pluralistischen Sinne, unterbrochen worden ist, ist ein intern nicht katastrophal verlaufender Prozeß möglich, der den autoritären in einen Sozialismus der Freiheit verwandelt durch die neue Zusammenarbeit gesellschaftlicher Organismen mit den politischen Leitungsinstitutionen. Ich denke dabei vor allem an Polen, an Ungarn und an die DDR."*

Für die UdSSR selbst scheint Lombardo-Radice dies etwas anders zu sehen: *„Das sowjetische System, so wie es heute dasteht, widersetzt sich jeder Transformation des monolithischen in einen pluralistischen Sozialismus ... Es gibt ein entlarvendes Wort in der sowjetischen politischen Sprache: Normalisierung. Der Sozialismus ist für die Sowjets rigide, statisch und eindeutig definiert: es ist das System, das in ihrem Lande aufgebaut worden ist, ein äußerst zentralisiertes System, in dem keine Konflikte existieren ...".*

Da Lombardo-Radice hier leider nicht seinen Begriff von Freiheit in Abgrenzung zum bürgerlichen Freiheitsbegriff definiert, bleibt unklar, was er mit „Sozialismus in Freiheit" konkret meint.

Lombardo-Radices Aussagen sind in mehrfacher Hinsicht widersprüchlich. Einerseits behauptet er, in denjenigen Ländern Osteuropas, die noch keine sowjetische Intervention erleiden mußten, sei ein 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' auf dem Wege von R e f o r m e n erreichbar. Als B e i s p i e l e nennt er dabei außer Polen ausgerechnet die DDR und Ungarn, die 1953 bzw. 1956 eine Intervention über sich ergehen lassen mußten.

Zudem vertritt Lombardo-Radice einerseits am Anfang seines Aufsatzes die These, daß im „realen Sozialismus" der Charakter des Widerspruchs, der die Krisen hervorbringt, *„nicht antagonistischen, unversöhnlichen Charakters ist"*, erklärt andererseits aber, das s o w j e t i s c h e System w i d e r s e t z e sich „jeder Transformation des monolithischen Sozialismus in einen pluralistischen Sozialismus". Hier stellt sich die Frage: Wer, welche K l a s s e, widersetzt sich in der UdSSR gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne einer Demokratisierung? Und wenn das System der UdSSR „pluralistische Transformationen" der Gesellschaftsordnungen in Osteuropa gewaltsam unterdrückt, läßt das nicht auf antagonistische Widersprüche schließen? Und inwiefern unterscheiden sich die Herrschaftsverhältnisse in der Sowjetunion g r u n d s ä t z l i c h von denen Ungarns, Polens und der DDR? Die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie, die kollektiv über Produktionsmittel und Staat verfügt, mittels einer angeblich „im Interesse der Arbeiterklasse" agierenden Einheitspartei ist das gemeinsame Merkmal a l l e r „realsozialistischen" Regime. Auch und gerade in Polen hat das herrschende Regime in den letzten 25 Jahren d r e i m a l mit bewaffneter Gewalt auf Initiativen der Arbeiterbewegung reagiert, die in der Tendenz auf eine „Transformation" der politischen Verhältnisse abzielten (1956, 1970 und 1976).

Die aktuelle Entwicklung in Polen in den letzten Wochen zeigt, daß die Herrschenden dort eher zur Errichtung einer militär-bürokratischen Diktatur schreiten, als daß sie eine „Transformation" der Gesellschaft in Richtung auf einen wie immer gearteten „pluralistischen Sozialismus" zulassen.

Dies k a n n auch gar nicht anders sein, da diejenigen Teile der Neuen Bourgeoisie, die ihre Privilegien und Macht der Tatsache verdanken, daß die Einheitspartei das Machtmonopol innehat, bei einer „pluralistischen" Gesellschaft (ob bürgerliche Demokratie oder Rätedemokratie) um ihre privilegierte Stellung in der Gesellschaft bangen müßten.

Der Genosse Lombardo-Radice scheint sich seiner Thesen selbst nicht ganz sicher zu sein. Am Ende seines im September 1980 verfaßten Aufsatzes schreibt er: *„Ist der reale Sozialismus reformierbar? Bis jetzt ja. Aber wenn auch Polen in der einen oder anderen Weise, wie die CSSR, die Normalisierung erleben muß, dann müßte die Antwort nein lauten, wie sie bereits für die heutige CSSR nein lauten muß. Von der CSSR kann ohne schwere innere Konflikte und Brüche eine Rückkehr zur Praxis vor 1969 nicht erwartet werden".* (Vollständiger Text in: Polen – realer Sozialismus, „sozialismus-extra" Nr.3).

Der hauptsächliche Mangel der Thesen von Lombardo-Radice besteht darin, daß er sich um eine Klassenanalyse der RGW-Länder, die seine a priori-Behauptung, es handele sich um Sozialismus, erschüttern könnte, herumdrückt. Die Auffassung, daß in
analyse der RGW-Länder, die seine a priori-Behauptung, es handele sich um Sozialismus, erschüttern könnte, herumdrückt. Die Auffassung, daß in
der UdSSR und den anderen „realsozialistischen" Staaten eine „neue Bourgeoisie" herrscht, lehnt Lombardo-Radice mit dem Argument ab, die Bürokraten könnten ihre Posten und Privilegien nicht vererben (3). Er umgeht jedoch die Frage, ob trotz der Unterschiede zwischen der „realsozialistischen" Bürokratie und der alten Bourgeoisie in den osteuropäischen Ländern u n v e r s ö h n l i c h e K l a s s e n w i d e r s p r ü c h e bestehen.

Da war der sich ebenfalls als Eurokommunist verstehende spanische Theoretiker Fernando Claudin schon vor einigen Jahren weiter, als er den „Realsozialismus" zutreffend einschätzte als **„einen neuen Typ der Klassengesellschaft mit antagonistischen Interessen, die zwar noch nicht sozialistisch, aber auch nicht mehr kapitalistisch sind"** (4).

Zur Frage der Gefahr einer Restauration „westlicher", kapitalistischer Verhältnisse in Osteuropa schreibt Lombardo-Radice: *„Die Vorstellung, daß die demokratische Reform des realen Sozialismus nichts anderes als die Rückkehr zu Institutionen und Mechanismen der klassischen bürgerlichen Demokratie bedeutet, ist antihistorisch und entspricht einer Ideologie, die behauptet, Demokratie existiere außerhalb kapitalistischer Gesellschaften nicht."*

In der Polemik gegen die „Realsozialisten" hat dieses Argument m.E. durchaus seine Berechtigung, da die „Realsozialisten" sich praktisch dagegen stellen, die unter kapitalistischen Verhältnissen erkämpften demokratischen Freiheiten und Rechte im Sozialismus zur vollen Entfaltung zu bringen. Andererseits ist es jedoch keineswegs „antihistorisch", festzustellen, daß bislang a l l e Versuche zur „Transformation" „realsozialistischer" Staaten in der Tendenz auf die Herausbildung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse hinausliefen. Am deutlichsten war dies unter Imre Nagy in Ungarn 1956, deutlich wurde es aber auch 1968 in der CSSR.

Dort wurden zwar Arbeiterräte gebildet; die verfassungsmäßige Macht sollte aber in den Händen des P a r l a m e n t s liegen. Es wurde in der CSSR im Juni 1968 die Sozialdemokratische Partei neu gegründet, nachdem sich tschechische Sozialdemokraten 1966/67 von Vorträgen imperialistischer Politiker (u.a. Helmut Schmidt und der spätere Carter-Berater Brzezinski) hatten inspirieren lassen. Am 5.Juni 1968 führten die Chefs dieser Partei in Prag Verhandlungen mit Vertretern der Dubcek-Führung über die Aufnahme ihrer Partei in die „Nationale Front".

Und die Vorstellungen Alexander Dubceks und seines Wirtschaftsspezialisten Ota Sik von „sozialistischer Marktwirtschaft" trugen starke kapitalistische Züge.

An die Errichtung einer R ä t e d e m o k r a t i e, deren Abtötung in der UdSSR Lombardo-Radice ausdrücklich bedauert, dachte keiner der Führer des „Prager Frühlings".

In einem Interview hat Giancarlo Pajetta, wie Lombardo-Radice Mitglied des ZK der PCI, zur Entwicklung in Polen Stellung genommen.

Zur Gefahr einer sowjetischen Intervention bezieht Pajetta ebenfalls eindeutig Position: *„Die Probleme eines Landes können hart, schwierig, langandauernd sein – aber sie können nicht durch Eingriffe gelöst werden, die von außen kommen. Dies darf wegen der internationalen Lage nicht sein und auch nicht wegen des Nationalbewußtseins, das in jedem Land nicht nur das Volk, sondern auch die Kommunisten haben ...*

Es gibt keine Revolutionen, die eine solche 'Solidarität' rechtfertigen, wie sie Afghanistan zuteil wurde. Ich möchte aber auch daran erinnern, daß es nicht nur den Internationalismus gibt, der neue Formen und Wege finden muß, sich zu äussern, der freien Debatte, der wirtschaftlichen Unterstützung, zum Austausch von Erfahrungen, zur freien Zirkulation der Menschen und Ideen. Gleichzeitig gibt es die reaktionäre Bedrohung durch imperialistische Einmischungen in der Welt durch ein Land wie die USA. D.h. vor allem wir Kommunisten, aber auch alle anderen, dürfen nicht vergessen, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa oder in Italien objektiv die Bedingungen für einen schrecklichen nuklearen Konflikt schafft ... Wir können uns nicht auf Besorgnis über Polen beschränken und dabei völlig die Türkei vergessen". (Polen – realer So-
Konflikt schafft ... Wir können uns nicht auf Besorgnis über Polen beschränken und dabei völlig die Türkei vergessen". (Polen – realer So-
zialismus, „sozialismus extra" 3).

Diese sehr richtige Ansicht des Genossen Pajetta unterscheidet sich wohltuend von dem rechten Geschwätz eines Herrn Elleinstein.

Ihre allgemeine Einschätzung der Entwicklung in Polen und der Ursachen für diese Entwicklung formulierte die PCI in ihrem Zentralorgan „l'Unita" im September 1980. Die polnische Staatspartei PVAP, so die Zeitung, sei *„eine politische Organisation, die nunmehr in einem pyramidalen und totalisierenden Schema erstarrt ist und zu ersticken droht. Wahrlich ein zu enges Kleid für einen ausgewachsenen Körper, in welchem eine bunte, vielförmige pluralistische Gesellschaft pulsiert".* Die PVAP sei *„eine Partei, die alles in sich einverleibt und zum Staat wird"* (5).

Die Wirtschaft der Volksrepublik Polen könne heute *„nicht nur von oben geleitet werden"*, es sei vielmehr *„eine neue Entwicklung der Demokratie"* notwendig. Die PCI wolle damit *„keine Rückkehr zu den unerbittlichen Gesetzen des Marktes, der Arbeit als Ware, der menschlichen Entfremdung, der Arbeitslosigkeit als Werkzeug zur sozialen Kontrolle, der Klassendifferenzierung als Machtgarantie der Reichen gegen die Armen"* (5).

KP Großbritanniens

Gordon McLennan, Generalsekretär der KP Großbritanniens, erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift „sozialismus", die Führung der PVAP und die polnische Regierung müßten *„nicht nur aussprechen, daß eine Veränderung notwendig ist, sondern sie auch einleiten, und anerkennen, daß die treibende Kraft in dieser Krise die Arbeiterklasse ist, die durch Regierungs- und Parteiaktionen sozusagen bekämpft worden ist. Der einzige Weg vorwärts besteht für die Parteiführung heute darin, das Vertrauen und die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Massenorganisationen zurückzugewinnen.*

Revisionismus

Wir sind der festen Überzeugung, daß dies die Angelegenheit der polnischen Partei und des polnischen Volkes ist und ohne Einmischung von außen erreicht werden muß... Die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung ist ... eine Form des politischen Pluralismus" („sozialismus", Zeitschrift der SOST, Heft Nr. 37/ 5-81, September 1981).

Ihre Ablehnung des Drohbriefs der KPdSU-Führer an die PVAP im Juni 1981 hat die KP Großbritanniens *„sehr deutlich zum Ausdruck gebracht"*, wie Genosse McLennan erklärte. Gordon McLennan machte in dem Interview darüber hinaus deutlich, daß die KP Großbritanniens für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen den Abbruch der Beziehungen zur KPdSU erwägt: *„Falls die Krise nicht von den Polen selbst gelöst wird, dann stehen eine ganze Reihe anderer Dinge auf des Messers Schneide, nicht nur die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa, sondern offenbar auch die Zukunft der zwischenstaatlichen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung"* („sozialismus"/5-81).

SOST

Die sozialistischen Studiengruppen (SOST), bekannt vor allem durch den Betrieb des auf „eurokommunistische" Literatur spezialisierten VSA-Verlages in Hamburg, schreiben über Polen: *„Die 'polnische Krise' ist kein zufälliger 'Betriebsunfall' beim Aufbau des Sozialismus. Die beständig wiederkehrenden ökonomischen Probleme belegen: eine widerspruchsfreie und effiziente Ausgestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist allein durch zentrale Planung der gesellschaftlichen Aggregatgrößen der Produktion n i c h t möglich. Nur durch die Kombination von S e l b s t v e r w a l t u n g der Produktionseinheiten u n d einer auf demokratische Massenbeteiligung gestützten gesellschaftlichen R a h m e n p l a n u n g können die bestehenden Schwächen der Produktionsweise überwunden werden"* (Hervorhebung im Original).

Die SOST stellen in den „realsozialistischen" Ländern eine *„Entfremdung und Verselbständigung der politischen Überbauten"* fest und fordern *„die Umgestaltung des politischen Überbaus und damit die Neugestaltung aller öffentlichen Angelegenheiten"*. Die ökonomische B a s i s der RGW-Staaten (laut SOST „sozialistische Produktionsverhältnisse") mit ihrer beim Kapitalismus abgekupferten Arbeitsteilung, Hierarchie im Betrieb, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, scheint nach Ansicht der SOST keiner radikalen Umgestaltung zu bedürfen. Zur Frage der vielzitierten und vieldiskutierten „führenden Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus" erklären die SOST: *„Die Partei der marxistisch-leninistischen Grundsätze ist nicht in der Lage, die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse aufeinander abzustimmen und – getrennt vom Lebensprozeß der Werktätigen – eine Strategie auszuarbeiten und zu verwirklichen"*.

Was sie k o n k r e t unter „Partei der marxistisch-leninistischen Grundsätze" verstehen, führen die SOST nicht aus; es bleibt beim Verweis auf die herrschenden Einheitsparteien im „realen Sozialismus". Die SOST untersuchen nicht, in wieweit eine nicht „realsozialistische" Partei, die sich an wesentlichen Elementen der Theorien von Marx, Engels und Lenin orientiert, eine bedeutende, im emanzipatorischen Sinne positive Rolle im Kampf für und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft spielen könnte.

Eine solche Partei dürfte nicht s ä m t l i c h e Schriften von Marx, Engels und Lenin als unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen immer gültige Wahrheiten verkaufen. Sie müßte Fehler und Schwächen der „Klassiker" (z.B. Äußerungen von Engels gegen Schwule, für Vaterlandsverteidigung, Lenins Unterschätzung der Stabilität und Lebensdauer des Imperialismus) klar benennen. Diese Partei müßte davon ausgehend selbstständig, ohne sich auf eine vermeintlich weise „Bruderpartei" zu verlassen, an die Erarbeitung einer wissenschaftlich fundierten Kritik aller Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse gehen, und sich dabei nicht zuletzt bemühen, die von den „Klassikern" hinterlassenen Lücken in sinnvoller Weise zu füllen.

Eine solche Partei, die (wie die russischen Kommunisten unter Führung Lenins bis zum X.Parteitag im März 1921) umfassende Rechte für innerparteiliche Fraktionen garantiert und demokratische und soziale Rechte erkämpft und verteidigt (Streikrecht, Recht auf Meinungsfreiheit, Recht auf jederzeitige Abwahl von Volksvertretern), könnte durchaus, in den Ländern des „realen Sozialismus" wie des heutigen Kapitalismus, eine vorantreibende Rolle bei der Schaffung einer sozialistischen Demokratie spielen.

Aus ihrem Demokratieverständnis heraus müßte so eine Partei (es könnten natürlich auch m e h r e r e Parteien sein) auch zu längerfristigen Bündnissen mit anderen demokratischen Kräften bereit sein; auf eine Bevormundung autonomer Bewegungen der Volksmassen (z.B. Gewerkschaften) müßte sie verzichten.

Zur Entwicklung in Polen im Laufe dieses Jahres meinen die SOST: *„Der Parteitag* (der PVAP Mitte Juli 1981 – Anm. AK) *hat einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der politischen Fehlentwicklung als Grundvoraussetzung für eine andere ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung geleistet"*. Jetzt komme es darauf an, *„den neuen Weg konsequent zu Ende zu gehen"*. Hierbei nennen die SOST vier Punkte:

1) *„Umwandlung der PVAP in eine demokratische Massenpartei; die Beseitigung der sogenannten 'leninistischen' Grundsätze, mit denen bereits Lenin wenig angefangen haben dürfte"*.

Auch hier bleibt leider wieder unklar, was konkret mit diesen ominösen „leninistischen Grundsätzen" gemeint ist. Und die Umwandlung der PVAP in eine „demokratische Massenpartei" dürfte schon wegen des tiefgehenden Mißtrauens und fortschreitenden Vertrauensschwundes der PVAP in Polen ein völlig illusorisches Unterfangen sein.

2) *„Die Umgestaltung der nationalen Front in eine neue politische Formation, in der die verschiedenen gesellschaftlich-politischen Kräfte gemeinsam und gleichberechtigt an der Verwirklichung eines neuen Typus gesellschaftlich-kultureller Entwicklung arbeiten"*.

Die Erweiterung der „Nationalen Einheitsfront", die heute die PVAP und einige von ihr geführte „Massenorganisationen" umfaßt, um Solidarnosc und den Klerus ist ein Plan der PVAP-Führung um Jaruzelski, Rakowski und Kania. Dieser von den PVAP-Chefs auf dem IX.Parteitag der PVAP im Juli dieses Jahres unterbreitete Vorschlag bezweckt die Stabilisierung der Herrschaft der Bürokratie. Etwas a n d e r e s ist dagegen die massenhafte Mitarbeit von Mitgliedern der PVAP 'von der Basis' in der Gewerkschaft Solidarnosc (ein Drittel der 3 Mio. PVAP–Mitglieder sind in der Solidarnosc organisiert). Gegen diese, vielfach für tiefgreifende Reformen und eine weitgehende Arbeiterselbstverwaltung kämpfenden Kräfte führt die PVAP-Spitze derzeit eine „Säuberungs"- und „Ausrichtungskampagne" durch. So wurden z.B. der Vorsitzende des polnischen Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski, und der Solidarnosc-Aktivist Bogdan Lis (im Sommer 1980 Mitglied des überbetrieblichen Streikkomitees auf der Lenin-Werft in Gdansk) aus der Partei ausgeschlossen.

Von Solidarnosc war Bogdan Lis kurz zuvor auf dem Gewerkschaftskongreß übrigens aus der Führung abgewählt worden, nicht zuletzt wegen seiner Mitgliedschaft in der PVAP...

Eine Reihe von Mitgliedern des ZK der PVAP wurden anläßlich des 4.Plenums des ZK im Oktober mit „Erfolg" dazu gedrängt, aus der Solidarnosc auszutreten.

Weitere Punkte der SOST sind:

3) *„Die Sicherung der Autonomie der Gewerkschaften und der Organisationen anderer gesellschaftlicher Gruppen"*, und:

4) *„Die Demokratisierung der Medien"*. (Polen – realer Sozialismus, „sozialismus extra" 3, August 1981). An letzterem wird in den letzten Wochen, nachdem die KPdSU-Führer sich mit einem weiteren Drohbrief und entsprechenden „Prawda"-Artikeln erneut in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen eingemischt hatten, von Seiten der polnischen Bürokratie kräftig gesägt. Die spektakulärste Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Absetzung des Chefredakteurs von „Sztandar Mlodych" (Zeitung der Jugendorganisation der PVAP) wegen der Veröffentlichung eines Interviews mit Jacek Kuron. Kuron war Chef der Gruppe „KOR", die sich unlängst auflöste (keine „K-Gruppe", sondern ein Zirkel sozialdemokratisch orientierter Dissidenten). Heute ist Kuron Berater des Solidarnosc-Vorstandes.

SJD – Die Falken

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken ist eine der SPD nahestehende Jugendorganisation, die organisatorisch nicht so eng an die SPD gekettet ist wie die Jusos. Zudem sind bei der SJD – Die Falken antikapitalistische und marxistische Positionen stärker verankert als bei den Jungsozialisten. Auch wenn die SJD – Die Falken nicht im engeren Sinne den Eurokommunisten zuzurechnen sind, ist ihre Stellungnahme zu Polen in diesem Zusammenhang dennoch interessant.

So schreibt der SJD – Die Falken-Genosse Wolfgang Uellenberg, es könne *„angesichts der Politik und Stärke seitens des US-Imperialismus"* (eine Vokabel, die heute kaum noch einem Juso oder SPD'ler über die Lippen kommt!) und um die *„Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz"* zu erhalten, *„nicht in unserem Interesse liegen, daß die sozialistischen Länder destabilisiert werden"*. Die SJD – Die Falken sind der Auffassung, *„daß die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den imperialistischen Ländern und damit verbundene Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt verantwortlich sind für die Situation in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der weitgehend vom kapitalistischen Weltmarkt abhängigen polnischen Wirtschaft"*. Allerdings sind nach Ansicht der SJD – Die Falken die Krisenerscheinungen in den RGW-Ländern *„auch dem inneren widersprüchlichen Charakter in diesen Ländern zuzuschreiben"*.

Obwohl die SJD – Die Falken, wie die meisten Eurokommunisten, davon ausgehen, daß *„in den sozialistischen Ländern* (gemeint sind die RGW-Staaten – Anm. AK) *die Grundvoraussetzungen der Erbauung einer menschenwürdigen Gesellschaft, die Beseitigung des Kapitalismus und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geschaffen sind"*, kritisieren sie *„die mangelnde wirksame Kontrolle und die mangelnde Demokratie"* in diesen Ländern. Sie kritisieren dabei vor allem *„das Fehlen einer freien Presse, einer freien Meinungsbildung"* und *„das Fehlen einer politischen Opposition im Sinne mehrerer alternativer Diskussionsströmungen innerhalb der Arbeiterbewegung"* sowie *„die völlige Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei und Staatsbürokratie"*. Die SJD – Die Falken sehen in den osteuropäischen Ländern zudem eine *„in ungeheurem Ausmaß"* zunehmende *„Absonderung der führenden Partei und Staatsbürokratie von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung"*. Zu Solidarnosc schreibt der Falken-Genosse Uellenberg: *„Trotz mancher spontaneistischer, aber auch klerikaler Züge ist die Gewerkschaft 'Solidarität' die Selbstorganisation der polnischen Arbeiterklasse"*. Nach Ansicht der SJD - Die Falken muß unbedingt *„die nationale Souveränität Polens respektiert"* werden. Die Internationale Kommission der Falken hat erklärt, daß die Position ihrer Organisation gegenüber Polen von folgenden drei Prinzipien bestimmt sein sollte:

„1) Das Bemühen der Gewerkschaft Solidarität sowie eines großen Teils der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei auf eine wirksame Demokratisierung des polnischen Staats und der polnischen Gesellschaft mit Sympathie zu unterstützen;

2) sich gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens zu wenden, insbesondere gegen jeden Versuch der imperialistischen Länder, insbesondere der USA, die Krise in Polen für sich auszunutzen;

3) durch einen verstärkten Kampf für Frieden und Abrüstung in unserem Lande selbst, der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern bessere Möglichkeiten zu geben, für einen höheren Lebensstandard sowie für eine grundlegende Demokratisierung ihrer Länder einzutreten". („Schlaglichter", Nr.2/1981).

Auch wenn ich bei Punkt eins noch die Notwendigkeit der Kritik an prokapitalistischen Kräften und Tendenzen innerhalb der polnischen Erneuerungsbewegung ergänzen würde, so sind diese drei Prinzipien dennoch eine sinnvolle und brauchbare Richtschnur für die Haltung von Sozialisten in der polnischen Frage.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1 Asen Kojarov: Monismus und Pluralismus in Ideologie und Politik, Berlin/DDR 1976, S.179
2 Kojarov, S.68 und 180
3 Lucio Lombardo-Radice: Staatssozialismus, in: Ulf Wolter (Herausgeber): Antworten auf Bahros Herausforderung des „realen Sozialismus", Westberlin 1978, S.30 f
4 Fernando Claudin: Eurokommunismus und antagonistische Gesellschaften neuen Typs in: Charles Bettelheim, Istvan Meszaros, Rossana Rossandra u.a.: Zurückforderung der Zukunft, Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften, Frankfurt a.Main 1979, S.223
5 Alfredo Reichlin: Polen: Unsere Aufforderung, „L'Unita", 19.Sept. 1980, dokumentiert in: Remo Vellani, Abteilung „Druck, Propaganda und Information" der PCI, Kommunistische Partei Italiens: Ideen und Kräfte für den Sozialismus, Modena 1981, S.62 f



Liebesgrüße aus Berlin/DDR

Der polnische Reaktionär Karol Woityla in Rom, der unter dem Pseudonym „Johannes Paul II" als Polittourist und Hochstapler („Stellvertreter Gottes auf Erden") einschlägig bekannt ist, erhielt Ende Oktober ein Glückwunschtelegramm folgenden Inhalts:

„Heiligkeit!
Zum Jahrestag Ihrer Amtsübernahme übermittle ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen. Ich bin überzeugt, daß Ihr Wirken für das internationale Klima und für den Frieden von großem Gewicht ist".

Unterzeichnet waren diese freundlichen Zeilen von einem Herrn Erich Honecker aus Berlin/DDR, seines Zeichens auch Generalsekretär des ZK der SED. Gerüchte, daß Erich H. angesichts der ungesicherten Zukunft des „realen Sozialismus" seinen Übertritt von der SED zur katholischen Kirche vorbereitet und bereits einen Ausreiseantrag gestellt hat, wurden vom Politbüro des ZK der SED bisher weder bestätigt noch dementiert.

Politische Beobachter in der DDR-Hauptstadt vermuten eher, daß der Ex-Werktätige Erich H. mit diesem Telegramm an den Schirmherrn von „Solidarnosc" seine Bereitschaft zur Übernahme des Ehrenvorsitzes einer künftigen Sektion DDR der „Solidarnosc" zum Ausdruck gebracht hat.

In diesem Zusammenhang soll Honecker Unterhändlern aus Rom bereits als Gegenleistung die Aufnahme des Vatikan in den Warschauer Pakt angeboten haben. Meinungsverschiedenheiten gibt es dem Vernehmen nach noch über die Zahl der vom Papst zu stellenden Divisionen.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen zum Niedergang des KBW

Zwischen dem 14. und 18. November soll die 6. Bundesdelegiertenkonferenz des KBW stattfinden. Dabei soll nach Jahren des Niedergangs und nach einer vor einem Jahr erfolgten umfangreichen Abspaltung organisatorisch und politisch-theoretisch Bilanz gemacht werden. Die Aasgeier werfen bereits begehrliche, lauernde Blicke. Mancher fühlt sich voll froher Erwartung an den letzten Parteitag der „KPD" im Frühjahr 1979 erinnert, der nahezu einstimmig die Auflösung dieser Avantgarde der Arbeiterklasse beschloß. Im Vorfeld der KBW-Delegiertenkonferenz verbreitete die Presseagentur dpa einen ebenso schlecht informierten wie schadenfrohen Artikel, der in sämtlichen großen Tageszeitungen und sogar in einer nicht ganz so großen linken „Tageszeitung" nachgedruckt wurde. Unter kaum variierenden Überschriften („Welt": „Der Millionenschatz der versprengten Kommunisten"; „FAZ": „Die letzten Kader sitzen auf Millionen"; „TAZ": „Der Kampf um den Schatz") war da zu lesen: Der KBW sei nur noch ein isoliertes, ohnmächtiges und verunsichertes Häuflein. Die endgültige Auflösung des KBW scheine bloß noch eine Frage der Zeit zu sein. Strittig sei nur noch der Umgang mit dem auf 15 Millionen Mark bezifferten Vermögen des KBW. Viele Anhänger des KBW seien dafür, den KBW total zu liquidieren und das Vermögen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Hingegen seien der KBW-Sekretär (Vorsitzende) Schmierer und andere Funktionäre des KBW dafür, Organisation und Vermögen zusammenzuhalten, um sich damit in linke Bündnisse und neue Organisationsversuche einzukaufen. Zum Schluß des Artikels wurde in bemerkenswert wohlwollendem Ton auf den neuen Sammlungsversuch um die Zeitschrift „Moderne Zeiten" hingewiesen, wo sich „Marxisten verschiedener Gruppen" sammeln würden, um „einen neuen Start für die marxistische Diskussion und Strategie" zu unternehmen.

Mit dem dezent suggerierten Hinweis, der KBW könne sich um Annäherung an die „Moderne Zeiten"-Sammlung (Initiative Sozialistische Politik/ISP) bemühen, liegt der Verfasser des dpa-Artikels richtig. Ansonsten enthält der Artikel im wesentlichen spekulativen Klatsch und stellt insbesondere die Auflösungs- und Endzeitstimmung in den verbliebenen Resten des KBW vermutlich übertrieben dar. Eine Stimmung der Selbstaufgabe und der Kollektivbereitschaft zum politischen Selbstmord wie 1979 in der „KPD" scheint den KBW, zumindest bisher, noch nicht erfaßt zu haben. Die Aasgeier werden sich noch ein Weilchen gedulden müssen.

Aufstieg und Fall des KBW

Der KBW war mit weitem Abstand zum übrigen Feld die größte und bedeutendste Organisation im neulinken Spektrum jenseits von SPD und DKP gewesen. Die Gesamtzahl seiner Mitglieder (einschließlich der diversen KBW-„Massenorganisationen") lag auf dem Höhepunkt 1975/76 nach eigenen Angaben bei knapp 5000, davon rund die Hälfte direkt im KBW. Das mag angesichts der Mitgliederzahlen etablierter Parteien oder auch der Zahlen der DKP (nach deren eigenen Angaben über 40.000) und der Grünen Partei (ca. 15.000) nicht besonders viel erscheinen. Es muß bei einem solchen Vergleich aber beachtet werden, daß – wie bei allen „K-Gruppen" – die Mitgliedschaft des KBW nahezu ausschließlich aus politischen Aktivisten bestand, also aus Menschen, die der politischen Arbeit alle anderen Bereiche ihres Lebens weitgehend unterordneten und die ein ständig mobilisierbares Potential bildeten. Das wöchentlich erscheinende Zentralorgan des KBW, die „KVZ" („Kommunistische Volkszeitung"), hatte in seinen besten Zeiten eine verkaufte Auflage von über 30.000 Exemplaren. (Die ausgedruckte Auflage der „KVZ" lag sogar noch erheblich höher, zeitweise bei über 40.000; viele Zeitungen wurden aber damals einfach verteilt oder vermoderten unter Kader-Betten).

Der KBW hatte sich 1972/73 aus einem ganz ähnlichen Sektor der Neuen Linken wie der KB gebildet: Linke, die sich zwar auf den „Marxismus-Leninismus" plus Maoismus bezogen, aber vom Avantgarde-Verständnis und von den albernen Ritualen der KPD/ML und der „KPD" nichts hielten.

Der KBW hatte sich 1972/73 aus einem ganz ähnlichen Sektor der Neuen Linken wie der KB gebildet: Linke, die sich zwar auf den „Marxismus-Leninismus" plus Maoismus bezogen, aber vom Avantgarde-Verständnis und von den albernen Ritualen der KPD/ML und der „KPD" nichts hielten.

Der KBW verdankt seine damalige besondere Anziehungskraft der Tatsache, daß er trotz seiner Abgrenzung von den Operetten-Parteien und trotz seiner theoretischen Ansprüche (und z.T. auch Leistungen) real vorhandene Bedürfnisse der Neuen Linken nach selbstbestätigender Geborgenheit und geistiger Sicherheit erfüllte. Ein Programm, auf das sich die Praxis ständig(oft in ganz lächerlichen Formen) zu beziehen hatte, vermittelte allen KBW-Anhängern das erwünschte Gefühl, über eine verläßliche Orientierung, sozusagen die Wanderkarte der sozialistischen Revolution, zu verfügen. Als wissenschaftliche Analysen stilisierte Prophezeiungen des KBW-Sekretär Schmierer hielten die Gewißheit aufrecht, daß man sich im größten Aufschwung der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten befand, daß die Volksmassen auf immer breiterer Front nach links wollten, und daß selbst ärgerliche Rückschläge wie die Konterrevolution in Chile bloß hilflose Schwächebekundungen der Weltreaktion waren.

Der Beginn der KBW-Krise 1976

Das Aufblühen der „K-Gruppen" 1970-75/76 war in erster Linie Ausdruck eines Modetrends zugunsten des „Marxismus-Leninismus" plus Maoismus; es war überhaupt nicht Produkt irgendeiner gewachsenen, organischen, historischen Entwicklung, und es war auch kaum Produkt einer rationalen Beschäftigung mit dem Gegenstand. Die Blüte begann zu welken, nachdem der unmittelbare Reiz des Neuen dahin war und nachdem das ideologische Gerüst alle Erwartungen enttäuscht hatte, es könne zu den erhofften und versprochenen rasanten Fortschritten beim Vorantreiben der Revolution verhelfen.

Als zynischer Trost bleibt manchem im Scheitern Das Scheitern der Anderen

A. Heller auf der Platte „Verwunschen"

Den KBW erwischte es bereits 1976. Über die Mitgliederentwicklung des KBW gibt die zur anstehenden Delegiertenkonferenz erschienene Sondernummer der KBW-Theoriezeitschrift „KuK" („Kommunismus und Klassenkampf") Rechenschaft. Man würde allerdings einem Irrtum aufsitzen, wenn man sich dabei lediglich an den Mitgliederzahlen des KBW selbst (also ohne „Massenorganisationen") orientiert. Die KBW-Zahlen zeigen nämlich für 1976/77 immer noch einen kräftigen Anstieg, von 2000 im Januar 1976 bis auf die Spitzenzahl von 2900 im Januar 1978. Betrachtet man aber die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes (KBW plus „Massenorganisationen"), so stagnierte diese Zahl im Jahre 1976 (bei etwa 5000 oder knapp darunter) und kippte dann um (4100 im Mai 1977, 3800 im April 1978).

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich folgendermaßen: Der KBW reagierte auf die 1976 beginnende Organisationskrise, indem er zunehmend Mitglieder seiner „Massenorganisationen" (Schüler, Studenten, Lehrer und andere Akademiker) in

(4100 im Mai 1977, 3800 im April 1978).

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich folgendermaßen: Der KBW reagierte auf die 1976 beginnende Organisationskrise, indem er zunehmend Mitglieder seiner „Massenorganisationen" (Schüler, Studenten, Lehrer und andere Akademiker) in

den KBW überführte, indem er also reale Mitgliederverluste durch eine interne Mitgliederverschiebung überdeckte.

Neben den für sämtliche „K-Gruppen" geltenden allgemeinen Bedingungen spielten bei der Krise des KBW 1976 vor allem zwei Faktoren eine Rolle:

1. Angefeuert von immer wahnwitzigeren Visionen seines Sekretärs Schmierer steigerte sich der KBW 1976/77 in die Mentalität einer kurz bevorstehenden Entscheidungsschlacht für die Revolution hinein. Aus der vom KBW ohnehin seit seinen Anfängen behaupteten Offensive sollte nunmehr der große Durchbruch erfolgen, wofür der Bundestagswahlkampf 1976 als erster Zeitpunkt gesetzt wurde. Bekanntestes Beispiel der vom KBW damals phantasierten Entscheidungsschlachten ist der Sturm auf die Feste Brokdorf am 19. Februar 1977, der angesichts von politisch-moralisch schwer angeschlagenen und zu Tode verängstigten Polizeitruppen nur in allerletzter Minute am Verrat des KB scheiterte.

Der KBW ging in dieser hitzigen Phase seiner Entwicklung dazu über, sich nicht mehr lediglich als Avantgarde der Volksmassen zu begreifen (was er mit den meisten „K-Gruppen" gemeinsam hatte), sondern sich der Einfachheit halber mit den Volksmassen gleichzusetzten. Auf diese Weise konnte der KBW selbst für die Erfüllung seiner Visionen sorgen. Das sah beispielsweise so aus: Nach der staatlichen Beschlußfassung über die ‚Reform' des § 218, die einer Demoralisierung und Niederlage der Bewegung gegen diesen Paragraphen gleichkam, kam der KBW (der in dieser Bewegung zeitweise eine starke Rolle gespielt hatte) zu der Erkenntnis, daß das zentrale Kettenglied der ‚Reform' die Beratungsstellen seien. Man müsse, schlußfolgerte der KBW, die Beratungsstellen funktionsunfähig machen, um damit die ‚Reform' insgesamt scheitern zu lassen und einen neuen Aufschwung der Bewegung gegen den § 218 zu ermöglichen. Der KBW gab darum die Parole „Sturm auf die Beratungsstellen" (Besetzungsversuche, Vernichtung von Aktenmaterial) aus. In der Realität zeigte sich, daß kaum jemand außer dem KBW diesen Aufruf praktisch befolgte. In der Sprachregelung des KBW jedoch verwandelten sich regelmäßig die vom KBW allein veranstalteten Aktionen in Handlungen der Volksmassen. Im nächsten Schritt konnte der KBW dann feststellen, daß die von der sozialliberalen Bundesregierung verfügte ‚Reform' des § 218 bei den Volksmassen offensichtlich zutiefst verhaßt sei und auf militante Abwehrstoße – was im übernächsten Schritt als Legitimation für weitere „Sturm auf die Beratungsstellen"-Aktionen diente.

Man muß sich solche Anekdoten und Episoden in Erinnerung rufen, um zu begreifen, in welchem erschütternden Ausmaß damals Teile der Neuen Linken bereit waren, Politik mit surrealistischen

als Legitimation für weitere „Sturm auf die Beratungsstellen"-Aktionen diente.

Man muß sich solche Anekdoten und Episoden in Erinnerung rufen, um zu begreifen, in welchem erschütternden Ausmaß damals Teile der Neuen Linken bereit waren, Politik mit surrealistischen

Happenings zu verwechseln. (Womit nichts gegen surrealistische Happenings gesagt sein soll. Sie können unter Umständen sogar Mittel der Politik sein, nur dürfen sie nicht mit dieser gleichgesetzt werden).

Die damalige Entscheidungsschlacht-Mentalität des KBW ging einher mit dem sich steigernden Gefühl, ganz allein (ganz allein mit den Volksmassen, versteht sich) in einem Kampf auf Leben und Tod nicht bloß gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen Opportunismus, Feigheit etc. der übrigen Linken zu stehen. Es war die Zeit, wo der KBW den Frankfurter Sponti-Guru Cohn-Bendit in die Fischmehlfabrik schicken wollte und wo es über einen bekannten KB'ler in der KBW-Presse ganz ernsthaft hieß, man müsse ihn aufhängen.

2. Als weiterer Faktor für die KBW-Krise kam 1976 eine erste Annäherung an die Positionen der „Vaterlandsverteidigung" hinzu. Das hat sich, soweit sich aus dem mir bekannten Material schließen läßt, zwar kaum auf die Entwicklung im KBW selbst ausgewirkt, aber es hat dem Prestige des KBW in seinem intellektuellen Umfeld, vor allem im antiimperialistischen Arbeitsbereich, erheblichen Schaden zugefügt.

Wichtigster Streitpunkt war der „Bürgerkrieg" in Angola, wobei der KBW den Kampf der pro-imperialistischen Verbände FNLA und UNITA gegen die MPLA als tragischen Bruderkrieg interpretierte, dessen friedliche Lösung vor allem durch die Einmischung der Sowjetunion (und später auch Kubas) behindert werde. In der praktischen Politik führte diese Interpretation den KBW dazu, nicht bloß die Solidaritätsarbeit mit Angola zu sabotieren, sondern auch putschartig mehrere Afrikakomitees zu spalten und zu zerschlagen, in denen er bis dahin mitgearbeitet hatte.

Seine neue Politik führte den KBW beispielsweise auch dazu, Waffenlieferungen imperialistischer Länder an die chilenische Junta im Prinzip zu rechtfertigen und sich vehement gegen einen Boykott der Junta auszusprechen.

Vor allem als Ergebnis von Auseinandersetzungen um die Entscheidungsschlacht-Politik gab es 1976/77 umfangreiche Austritte und Ausschlüsse aus dem KBW. Spektakulärster Ausdruck davon war im Herbst 1976 ein „Säuberungs"schlag gegen den damaligen Chefredakteur der „KVZ", Wilfried Maier, und weitere hochrangige Gründungsmitglieder des KBW. Das war der Grundstock für den späteren Sammlungsversuch ehemaliger KBW'ler in Form der „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (KDS), die ihrerseits inzwischen Teil des breiteren Sammlungsversuchs ISP („Moderne Zeiten") geworden sind.

Vom „Tauwetter" zur Spaltung 1980

Daß die Anfang 1976 begonnene Strategie der unmittelbaren Entscheidungsschlachten gescheitert war, wurde spätestens am Tag der Bundestagswahl im Oktober 76 sinnlich erfahrbar und auszählbar. Mit gerade 20.000 Stimmen war die Niederlage der flammenden Vision Schmierers dokumentiert, der KBW müsse in diesem Bundestagswahlkampf einen entscheidenden Sieg über die Bourgeoisie erringen und damit zugleich den entscheidenden Schritt im Parteiaufbau und hin zur sozialistischen Revolution tun. Die Parteigründung (d.h.

der flammenden Vision Schmierers dokumentiert, der KBW müsse in diesem Bundestagswahlkampf einen entscheidenden Sieg über die Bourgeoisie erringen und damit zugleich den entscheidenden Schritt im Parteiaufbau und hin zur sozialistischen Revolution tun. Die Parteigründung (d.h.

die Umbenennung des KBW in irgendeinen Partei-Namen), für die schon die Platzkarten ausgeteilt waren, wurde abgeblasen.

Von hier bis zu weitergehenden praktischen Einsichten bedurfte es immerhin noch einiger weiterer Kollisionen mit der harten Wirklichkeit. Im Laufe des Jahres 1978 wurde immer deutlicher, daß das allgemeine Tauwetter, das die meisten „K-Gruppen" erfaßt hatte, auch am KBW nicht vorbeiging. Im Ton mit der Außenwelt setzte sich allmählich ein gefälligerer Ton durch, Bündnismöglichkeiten wurden immerhin erwogen, die Analysen bewegten sich auf die Realitäten zu, und ein paar Heilige Kühe mußten um ihr Leben zittern. Der stärkste Wandel präsentierte sich zunächst auf den Kulturseiten der „KVZ". Hier war auf dem Höhepunkt der Orgie des Wahnsinns 1976/77 sogar ein allen „K-Gruppen" heiliger Klassiker wie Bert Brecht mit dem Bannfluch des Opportunismus und der Aussöhnung mit der Bourgeoisie belegt worden. Ab 1978 begannen auf denselben Seiten hundert Blumen zu blühen – bis hin zum Allerundenkbarsten: der jovialen Huldigung gegenüber Volksvergnügen wie der „Rocky Horror Picture Show".

Ein wichtiges Ergebnis dieser Ortsverschiebung des KBW war eine sich 1980 entfaltende Auseinandersetzung, die im September 80, unmittelbar vor der 5. Delegiertenkonferenz, in einer ernsthaften Spaltung endete. Rund ein Drittel der Mitglieder trennte sich vom KBW bzw. wurde getrennt; im Funktionärsapparat war dieser Anteil sogar noch erheblich größer, auch regional gab es z.T überdurchschnittliche Einbrüche.

Nach eigenen Angaben verlor der KBW von August auf September 80 rund 700 Mitglieder und fiel dadurch von 2200 auf 1500. („KuK"-Sondernummer, Okt.81). An einer Reihe von Orten bedeutete diese Spaltung das Verschwinden des KBW aus der praktischen Politik. Ein Großteil der Abgespalteten gründete den BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), der die Zeitschrift „Politische Berichte" herausgibt.

Hauptstreitpunkt war zunächst die Revision der Entscheidungsschlacht-Strategie. Zum Sprecher dieser Revision machte sich der KBW-Sekretär Schmierer – ungeachtet der Tatsache, daß sich sämtliche Dummheiten und Exzesse des KBW direkt auf wegweisende Artikel und interne Texte von Schmierer zurückführen lassen. Als Schmierers Gegenspieler auf Seiten der KBW-Minderheit agierte Fochler, der sich anläßlich des mißglückten Sturms auf die Feste Brokdorf 1977 und ähnlicher Anlässe den Ruf eines Militärstrategen von geradezu sandkistenhaftem Niveau erworben hatte, der also damals sozusagen der Feldmarschall der Entscheidungsschlacht-Strategie gewesen war.

Der Streit konzentrierte sich 1980 besonders auf die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Von der Minderheit wurde vertreten, daß man unbedingt dem Krieg zuvorkommen müsse, und daß dies nur durch den bewaffneten Aufstand möglich sei, den es folglich konkret vorzubereiten und auf die Tagesordnung zu setzen gelte. Also eine Steigerung der Politik von 1976/77 ins Extrem.

Demgegenüber setzte sich als Mehrheitsposition durch, daß Bedingungen oder auch nur fernere Chancen für eine Revolution in der BRD nicht gegeben seien. Es sei deshalb unrealistisch, dem Krieg durch Revolution zuvorkommen zu wollen. Vielmehr gelte es zum einen,

Demgegenüber setzte sich als Mehrheitsposition durch, daß Bedingungen oder auch nur fernere Chancen für eine Revolution in der BRD nicht gegeben seien. Es sei deshalb unrealistisch, dem Krieg durch Revolution zuvorkommen zu wollen. Vielmehr gelte es zum einen,

den Kriegsausbruch zu verzögern, und zum anderen, sich auf den Krieg vorzubereiten im Sinne einer Stärkung der „Verteidigungsfähigkeit" der BRD vor allem gegenüber der Sowjetunion.

Es ist offensichtlich, daß diese Mehrheitsposition direkt in eine radikale Politik der „Vaterlandsverteidigung" auf der Grundlage der chinesischen „Theorie der drei Welten" hineinführen mußte: Das Hinauszögern der erwarteten sowjetischen Aggression durch eine Isolationspolitik gegen die SU („antihegemonistische Einheitsfront" unter Einbeziehung der BRD in ihrer gegebenen staatlichen und gesellschaftlichen Form) und die Stärkung der „Verteidigungsbereitschaft" durch antisowjetische Propaganda und Unterstützung der NATO-Kriegsrüstung.

Diese Politik setzte sich nach der Abspaltung des BWK im KBW vollends durch und steigerte sich in den letzten Monaten zu Höhepunkten, die nicht einmal von der inzwischen aufgelösten „KPD" erreicht worden waren. (Ich werde das an späterer Stelle dieses Artikels darstellen).

Die Mitgliederzahl nach Abspaltung der Minderheit wird vom KBW mit 1476 angegeben; als neueste statistisch erfaßte Zahl werden 1272 Mitglieder für Juni 1981 genannt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der KBW mittlerweile seine „Massenorganisationen" nahezu vollständig aufgelöst und die Reste in den KBW übernommen hat. Die verkaufte Auflage der „KVZ", die lange Zeit über 30.000 gelegen hatte, wurde vor ein paar Monaten mit 7300 angegeben („KVZ", 25.5.81); inzwischen dürfte sie um 6000 liegen.

Zum Schluß der knappen Bilanz noch ein Punkt von vielbeachtetem Interesse: Der „Schatz" des KBW. Die im dpa-Artikel kolportierte Zahl von 15 Millionen DM hatte Schmierer schon in der „KVZ" vom 25.9.81

dementiert. Der „KuK"-Sondernummer zur Delegiertenkonferenz ist eine grobe Aufstellung über das Anlagevermögen des KBW (Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge) zu entnehmen, die unter dem Strich eine Summe von 5,3 Millionen DM nennt. Diese Summe ergibt sich aus geschätzten Wiederverkaufswerten, liegt also z.T. weit unter den Neupreisen und wohl auch unter dem aktuellen Nutzwert. Ob die Aufstellung vollständig ist, kann zudem bezweifelt werden.

Der KBW hätte also, gesetzt den Fall, in der Tat Erhebliches in eine neue politische Verbindung einzubringen, zumal dann, wenn diese in der Lage wäre, den in den Anlagen steckenden Nutzwert tatsächlich zu realisieren.

Der KBW verabschiedet sich von sich selbst

Daß die Delegiertenkonferenz des KBW dessen Auflösung – oder einen direkt dazu führenden Schritt – beschließen könnte, erscheint nach allem vorliegenden Material höchst unwahrscheinlich. Aber der KBW – so, wie er heute ist, und so, wie er sich auch in den Beschlüssen der DK präsentieren wird – hat mit dem historischen KBW nicht viel mehr gemeinsam als den Namen und einen Teil des Personals.

Ein Resolutionsentwurf des ZK des KBW fordert, auf der DK die „Außerkraftsetzung" des ruhmreichen KBW-Programms zu beschließen, und es gibt keinen begründeten Zweifel an der Annahme dieser Resolution durch die DK. Um die Tragweite dieses Beschlusses zu begreifen, muß man sich daran erinnern, daß für den KBW sein Programm im ganz kultischen Sinn „Das Allerheiligste" bzw. seine „Heilige Schrift" gewesen ist, der Bezugspunkt aller Praxis und aller theoretischen Erörterungen.

So, wie der KBW sich von seinem Programm verabschiedet, so verabschiedet er sich auch von seinem avantgardistischen Organisationsverständnis. Ohne sich explizit als Avantgardepartei der Arbeiterklasse zu definieren (wie die KPD/

Programm verabschiedet, so verabschiedet er sich auch von seinem avantgardistischen Organisationsverständnis. Ohne sich explizit als Avantgardepartei der Arbeiterklasse zu definieren (wie die KPD/

ML und die „KPD"), hat der KBW sich doch in der Vergangenheit immer als Führungskraft, Parolengeber und Sprachrohr der „Volkskämpfe" begriffen. Diesem Selbstverständnis hat KBW-Sekretär Schmierer schon in der „KVZ" vom 25.5.81 den allerletzten Fußtritt erteilt. Er teilte dort nicht bloß mit, daß der KBW nicht die Partei der Arbeiterklasse sei – eine Mitteilung, die unter Experten kaum Überraschung auslöste –, sondern gab auch gleich eine ‚neue' Definition des Begriffs: **„Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber"**, in ihrer real existierenden Form. Organisierter Ausdruck dieser „Partei der Arbeiterklasse" seien die Gewerkschaften und die Betriebsräte. Für die „Organisation der Kommunisten" beanspruchte Schmierer aber immerhin noch, sie sei **„der vorwärtstreibende Teil, der bewußte Kern der Partei der Arbeiterklasse"** – was genau genommen doch wieder sehr nahe an das klassische Avantgarde-Verständnis zurückführen würde; so genau scheint es allerdings nicht genommen zu werden.

Wo der KBW nach der Verabschiedung von seinem Programm und seinem Parteiverständnis seinen politisch-theoretischen Ort bestimmen wird, muß sich noch zeigen und wird wahrscheinlich auf der Delegiertenkonferenz noch nicht präzise definiert werden können. Einige Anhaltspunkte ergeben sich aber schon aus den Resolutionen, die das ZK für die DK vorgelegt hat (Abdruck in der „KuK"-Sondernummer, Okt. 81). Im Einzelnen sind das: 1.) Der Resolutionsentwurf **„Zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW und über die programmatischen und politischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält und vertritt"**. (Praktisch ist das der Text, der provisorisch das außer Kraft gesetzte Programm ersetzen soll). Der Text geht zurück auf die „Elemente einer programmatischen Resolution", die Schmierer in der „KuK" 8/1981 veröffentlicht hatte. – 2.) Der Resolutionsentwurf **„Zum Kampf gegen den drohenden Krieg und unsere Stellung in der Friedensbewegung"**, der die im ersten Resolutionstext schon enthaltene allgemeine „Analyse" der internationalen Lage um die konkreten taktischen Schlußfolgerungen ergänzt. – 3.) Der Resolutionsentwurf **„Zu parlamentarischen Wahlen und zur Wahlbeteiligung"**.

Als wichtigste Punkte der programmatischen Hauptresolution sind hervorzuheben:

– Der KBW gesteht selbstkritisch, in seiner *„Kritik der III. Internationale und ihrer Fehlentwicklung"* (Komintern) *„nicht radikal und tiefgreifend genug gewesen"* zu sein. Insbesondere habe der KBW *„die Konzeption der kommunistischen Organisation als Partei der Arbeiterklasse weitgehend kritiklos übernommen"*. In den Gewerkschaften habe der KBW einen *„Vorrang des Kampfes gegen die Sozialdemokratie"* praktiziert und damit letzten Endes eine RGO-Politik betrieben. (Unter dem Namen RGO/„Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" unternahm die KPD ab 1928/29 den Versuch, eigene Gewerkschaften aufzubauen – ein Experiment, das kläglich scheiterte).

– Der KBW habe in seinem Programm *„allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses mit Besonderheiten der Entwicklung des Kapitalismus vermischt"*. – Das ist viel schlimmer, als es sich anhört, denn es geht darum, daß der KBW die Entwicklung zum Imperialismus als allgemeine Tendenz des Kapitalismus angenommen hatte. Dem hatte Schmierer schon in der „KuK" 6/1981 widersprochen, indem er die These aufstellte, **die Staaten Westeuropas seien nicht mehr imperialistisch.** *„In Westdeutschland gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexport, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht ... Imperialismus ist Streben nach Weltherrschaft... und trotz hochentwickeltem Kapitalismus ist es mit der Eroberung und Beherrschung fremder Länder durch die BRD gegenwärtig nicht weit her"*. Der Imperialismus der westeuropäischen Staaten sei höchstens noch *„platonisch"* („KuK" 6/1981; von Schmierer „vertieft" in „KuK" 7/1981). – Was manchem vielleicht bloß als unverständlicher, akademischer Streit um Begriffe aus Lenins Mottenkiste erscheint, hat selbstverständlich eine ganz praktische Funktion: Es geht um die Abstützung jener fabelhaften chinesischen „Drei-Welten-Theorie", derzufolge alles Übel nur noch von den „Supermächten" kommt, und derzufolge die Staaten Westeuropas schon halbwegs Kolonien sind.

– Im selben Sinn kritisiert der Resolutionsentwurf, daß im Programm davon ausgegangen worden sei, daß die Länder Westeuropas imperialistisch seien; die Beteiligung der BRD

Staaten Westeuropas schon halbwegs Kolonien sind.
– Im selben Sinn kritisiert der Resolutionsentwurf, daß im Programm davon ausgegangen worden sei, daß die Länder Westeuropas imperialistisch seien; die Beteiligung der BRD

am imperialistischen „Kampf um die Neuaufteilung der Welt" sei im Programm *„weit überzeichnet"* worden; die *„Bedeutung der nationalen Unabhängigkeit für die Völker Europas"* gegenüber den Supermächten sei ignoriert worden, und die Möglichkeit eines gerechten Verteidigungskrieges der BRD sei geleugnet worden.

– Im Programm sei *„der revolutionäre Charakter der kapitalistischen Produktionsweise nirgends hervorgehoben"* worden; *„die Anhaltspunkte, die die soziale Revolution des Proletariats in der Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen findet"*, seien nicht bzw. nur unzureichend im Programm dargestellt worden. Außerdem vernachlässige das Programm *„die Widersprüche, die die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur hervortreibt"*, d.h. die Ökologie-Problematik.

– *„Der Stoff des politischen Kampfes und des Kampfes um Demokratie bleibt im Programm unentfaltet"*. Was das präzis bedeuten soll, bleibt nebulös. Unter anderem geht es jedenfalls darum, daß der KBW unvermittelt Machteroberung und Revolution propagiert habe, statt sich darum zu kümmern, wie man das Proletariat an diese „heranführen" kann. Außerdem habe der KBW einen an der Tradition der 3. Internationale orientierten falschen Begriff von „Diktatur des Proletariats" gehabt. – Und schließlich wird im Resolutionsentwurf kritisiert, daß im Programm nicht „Forderungen nach Nationalisierung der Banken, des Grund und Bodens und der Schlüsselindustrien" enthalten waren. **(Schmierer hatte seinerzeit, u.a. in Abwehr einer Kritik des KB, explizit begründet, warum solche Forderungen im Programm nichts zu suchen hätten!).**

– Der KBW habe *„die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen in ihrem Tempo überschätzt"*. Andererseits habe der KBW *„die Erfolge unterschätzt, die die Kämpfe der 60er und der 70er Jahre erzielten"*; gemeint sind damit die Ergebnisse sozialliberaler Regierungspolitik unter Brandt/Scheel. Gemeint ist also die früher vom KBW betriebene Gleichsetzung von SPD und CDU sowie auch Gleichsetzung unterschiedlicher Phasen sozialliberaler Regierungspolitik miteinander. (Der Streit um das Verhalten der Sozialisten angesichts des CDU-Mißtrauensvotums und der Massenaktionen für Willy Brandt 1972 war eine der Hauptursachen dafür, daß sich in jener Zeit die vorher z.T. noch parallel verlaufenden Wege von KBW und KB trennten). Und weiter heißt es im Resolutionsentwurf des ZK: *„...Solche Einseitigkeiten erhoben wir ab 1976 vollends zur Strategie, wobei eine forcierte Fehlinterpretation der SPD-Losung vom Modell Deutschland als Beweis für den völligen Übergang zu Reaktion und imperialistischer Expansion herhielt. Ein Kapitel für sich sind dabei die extremen Überzeichnungen der Kriegsvorbereitungen des ‚BRD-Imperialismus' und die Darstellung des Kanzlers Schmidt als dem Hauptrepräsentanten dieser Politik, in direkter Linie von Wilhelm II. über Hitler auf heute"*. – Auch diese Selbstkritik dient nicht bloß dazu, eine differenziertere, flexiblere (und womöglich auch opportunistische?) Haltung gegenüber der SPD-Politik zu begründen, sondern dient in erster Linie als weitere Argumentationshilfe für die „Theorie der 3 Welten" und für die Aussöhnung mit dem imperialistischen Charakter des eigenen Landes.

– Die Resolutionsvorlage hält an der These fest, daß die bürgerliche Herrschaft *„in letzter Instanz durch Gewaltmittel und den staatlichen Gewaltapparat gesichert"* sei – und daher **„nur gewaltsam gestürzt werden"** könne. Dieser „gewaltsame" Sturz könne allerdings unter günstigen Umständen *„ohne Blutvergießen verwirklicht werden"*. Letzteres ist zweifelsfrei eine mißlungene Formulierung, da heute schon bei schlichten Auseinandersetzungen um besetzte Häuser oder Waldstücke reichlich Blut fließt. Gemeint ist offenbar, daß das Ausmaß von Blutvergießen beim Umsturz u.a. von der Organisiertheit der „Arbeiterklasse und der Volksmassen" und ähnlichen Faktoren abhängt.

– **Ebenfalls wird an der These festgehalten, daß in der BRD eine „Diktatur der Bourgeoisie" herrsche, die nicht anders als durch die „Diktatur des Proletariats" zu beenden sei.**

– *„Auf dem Weg zur proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats"* seien *„verschiedene Durchgangsstufen der Machtentfaltung der Arbeitereinheitsfront und der demokratischen Front der Volksmassen nicht nur denkbar und wahrscheinlich, sondern auch anzustre-*

Revolution und zur Diktatur des Proletariats" seien „verschiedene Durchgangsstufen der Machtentfaltung der Arbeitereinheitsfront und der demokratischen Front der Volksmassen nicht nur denkbar und wahrscheinlich, sondern auch anzustre-

ben". Als eine solche „Durchgangsstufe" wird die Bildung einer „Linksregierung" angestrebt, die hervorgehen soll aus einer *„Umgruppierung der existierenden politischen Kräfte unter Einschluß der Sozialdemokratie, die selbst noch die Basis der CDU/CSU und der FDP ergreift"*.

(Auf die Thesen zur internationalen Lage und zur Kriegsgefahr gehe ich an späterer Stelle ein).

Der Resolutionsentwurf des ZK „Zu parlamentarischen Wahlen und zur Wahlbeteiligung" enthält eine selbstkritische Betrachtung der früheren Wahl-Politik des KBW, die darin bestanden hatte, sich seit 1974 bis noch zu den Bundestagswahlen 1980 eigenständig zur Wahl zu stellen und dabei immer gräßlicher zu blamieren. Bereits 1974 (also von der ersten KBW-Beteiligung an!) habe sich „abgezeichnet" – so sagt jetzt der Resolutionsentwurf –, *„daß unsere Taktik nicht richtig sein konnte"*, da man weniger Stimmen bekommen habe als man „KVZ"s verkaufen konnte. Die falsche Taktik sei wesentlich im falschen Parteiverständnis des KBW begründet gewesen, d.h. im Glauben des KBW, er sei die Partei der Arbeiterklasse und daher verpflichtet, bei jeder Wahl präsent zu sein, um „die Stimmen für das Programm der Kommunisten" zu sammeln. Ein weiterer Grund sei die Unterschätzung der bestehenden Parlamente als *„bloße Tribüne für Propaganda (Schwatzbude)"* gewesen.

Was daraus für die Praxis geschlußfolgert werden soll – außer, daß der KBW in Zukunft Alleingänge zur Wahl vermeiden wird – bleibt nebulös und unbestimmt. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Frage **„Soll man versuchen, die SPD zu spalten oder nicht?"**. Dieses wundervolle „man", das sich nach Lage der Dinge nur auf die Reste der Neuen Linken und speziell den KBW selbst beziehen kann, zeigt, daß „man" letzten Endes immer noch in den alten Avantgarde-Kategorien denkt. „Man" hat immer noch nicht begriffen, daß so große Dinge wie eine Spaltung der SPD ihre innere, ihre Eigendynamik haben und sich den Teufel darum scheren, ob „man" gerade eine Spaltung der SPD für sinnvoll hält oder nicht.

Der Resolutionsentwurf des KBW-ZK beantwortet die Frage, ob „man" die Spaltung der SPD versuchen solle, folgendermaßen: *„Von einer Hoffnung auf Spaltung der Sozialdemokratie halten wir nichts"* (unklar bleibt, ob „man" eine solche Spaltung für nicht realistisch oder für nicht wünschenswert hält), *„wohl aber halten wir eine Umgruppierung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie nach links für möglich und absehbar"*. Den *„Kräften links von der SPD"* wird vom KBW-ZK empfohlen, *„sich selbständig auf einem demokratischen und sozialistischen Programm (zu) sammeln, um auf die Umgruppierung in der SPD Einfluß zu nehmen und in Verbindung mit einer solchen Umgruppierung insgesamt die Linksentwicklung weiter voranzubringen. Die Stoßrichtung einer solchen Frontbildung muß sich im Inneren gegen Kapital und Reaktion, international gegen die beiden Supermächte und ihre Blöcke wenden"*. (Diese Stoßrichtungs-Angabe ist so grausam platt, daß ein schlichtes „Immer geradeaus!" denselben Nutzeffekt hätte).

In organisatorischer Hinsicht wird den Linken außerhalb der SPD empfohlen: *„Eine Parteigründung im klassischen Sinn auf der Linken halten wir für verfehlt"*, (Argumente für diese These werden leider, leider nicht genannt) *„eine Eingliederung der Grünen in eine linke Frontbildung für wünschbar. Das Beste wäre, wenn von den Grünen selber eine Initiative für eine solche Frontbildung ausginge, statt in Partei zu machen"*.

Auch auf die Gefahr hin, diese Thesen fehlzuinterpretieren: Sie scheinen darauf hinauszulaufen, eine Parteibildung links von der SPD verhindern zu wollen, die Linken außerhalb der SPD auf den Status einer „Frontbildung" reduziert halten zu wollen, und diese „Front" wesentlich als Instrument zur Förderung einer angeblich schon „absehbaren" Linksentwicklung der SPD zu verstehen. Mit solchen „strategischen" Auffassungen wäre der KBW der modernste aller modernen Sozialisten. Nur spielt das wirkliche Leben oft ganz anders, als „man" es sich wünscht, und der Bildungsprozeß einer Partei links von der SPD ist schon sehr viel „absehbarer" als eine Linksentwicklung der SPD.

Was übrig bleibt, ist die „Vaterlandsverteidigung"

Was übrig bleibt, ist die „Vaterlandsverteidigung"

Als letztes historisches Erbe der alten „ML"-Bewegung bleibt dem KBW die Politik der sog. „Vaterlandsverteidigung". Damit wiederholt sich ein Vorgang, der schon im Auflösungsprozeß der „KPD" 1978/79 zu beobachten war. Gerade weil diese politische Position absolut nichts mit „Marxismus-Leninismus" und/oder 3. Internationale zu tun hat, hat sie offenbar eine besondere Chance, die allgemeine Auflösung der „alten Werte" zu überleben, zumal sich hier Möglichkeiten eines Brückenschlags zu anderen Strömungen des „Modernen Sozialismus" und der Alternativszene bieten.

Zum besseren Verständnis einige Vorbemerkungen. Der Begriff „Vaterlandsverteidigung" geht zurück auf den Streit in der 2. Internationale um die Haltung zum Weltkrieg 1914. Als „Vaterlandsverteidiger" wurden Sozialisten (Sozialdemokraten) bezeichnet, die für das Recht auf „Verteidigung" des eigenen imperialistischen Landes gegen seine Konkurrenten eintraten – eine Haltung, die insbesondere von Lenin schärfstens bekämpft wurde.

Aktualität für die „ML"-Bewegung bekam diese Politik durch die Herausbildung der „Theorie der drei Welten" durch die KP Chinas. Diese „Theorie" tauchte erstmals 1973 auf und wurde danach kontinuierlich „weiterentwickelt". Die heute gültige Version besagt, daß es „drei Welten" gebe, nämlich die „1. Welt" der beiden Supermächte (USA und Sowjetunion), die „2. Welt" der „kleinen und mittleren" kapitalistischen Länder, und eine „3. Welt" im Sinne des allgemein üblichen Sprachgebrauchs. – „Hauptfeind der Menschheit" sei die Sowjetunion („Sozialimperialismus"). Gegen sie müsse eine weltweite „Einheitsfront" aufgebaut werden, deren Hauptkraft die „3. Welt" sein müsse, deren Achse ein Bündnis zwischen „3. Welt" und „2. Welt" sein müsse, und in die teilweise auch die USA einzubeziehen seien.

In der BRD wurde die „Theorie der drei Welten" erstmals 1974 von ein paar kleinen örtlichen Abspaltungen der KPD/ML übernommen, die sich später unter dem Namen MLD (Marxisten-Leninisten Deutschland) zusammenschlossen. Diese Strömung, die zahlenmäßig stets bedeutungslos blieb, vertrat die Politik der „Vaterlandsverteidigung" in ihrer schärfsten Form (Verurteilung der SPD als „Fünfte Kolonne Moskaus", Bündnispolitik ins konservative Spektrum, Kriegshetze).

Von den größeren Verbänden war die KPD/ML die ersten (Frühjahr 1975), die die Politik der „Vaterlandsverteidigung" annahm; in wenigen Tagen Abstand folgte ihr auch die „KPD". Die KPD/ML begann seit Ende 1975 eine vorsichtige Absetzbewegung von der „Vaterlandsverteidigung" und brach nach dem Tod Mao Tse-tungs (Herbst 1976) vollends mit ihr. Im Gegensatz dazu hielt die „KPD" bis zum bitteren Ende an dieser Politik fest, wobei sie zwischen Anleihen bei den MLD (Polemik gegen die SPD-Entspannungspolitik als Hilfsdienst für die SU) und bündnispolitischen Ansätzen in Richtung SPD hin und her schwankte, ohne einen konsequenten „Kurs" finden zu können.

Die Haltung des KBW war lange Zeit problematisch. 1975 wandte sich Schmierer sogar mit einer kleinen Polemik gegen die aufkommende Politik der „Vaterlandsverteidigung". Andererseits entsprach es der engen Fixierung des KBW auf die Winkelzüge chinesischer Politik daß sehr schnell eine verbale Übernahme der „Theorie der drei Welten" erfolgte. Mit der praktischen Politik des KBW war diese „Theorie" aber nicht in Übereinstimmung zu bringen: In der Praxis bekämpfte der KBW den BRD-Imperialismus frontal und radikal als eine zum Krieg drängenden Macht, während es im Sinn der „Theorie der drei Welten" richtig gewesen wäre, die BRD als ein von den USA abhängiges und von der SU bedrohtes Land darzustellen, von dem heute keine reale Kriegsgefahr mehr ausgeht und das in seinen gerechten Verteidigungsanstrengungen gegen den sowjetischen Expansionismus unterstützt und ermuntert werden muß. Mit einer speziellen Entscheidungsschlacht-Strategie des KBW 1976 - 77 ließ sich eine antisowjetische Einheitsfrontpolitik im Sinne der „Theorie" aus Peking schon gar nicht vereinbaren.

In dem Maße, wie der KBW sich seit 1978 von dieser Entscheidungsschlacht-Strategie distanzierte, wurde der Weg zu einer authentischen, konsequenten Politik der „Vaterlandsverteidigung" frei, und dieser Weg wurde vom KBW tatsächlich eingeschlagen.

In der programmatischen Resolution des ZK zur Delegiertenkonferenz wird die Sache folgendermaßen dargestellt: *„Hauptfeinde der Völker der Welt"* seien die beiden Super-

wurde vom KBW tatsächlich eingeschlagen.
In der programmatischen Resolution des ZK zur Delegiertenkonferenz wird die Sache folgendermaßen dargestellt: „Hauptfeinde der Völker der Welt" seien die beiden Super-

mächte, USA und Sowjetunion. Sie *„rivalisieren um die Weltherrschaft"*. Die Länder Westeuropas seien demgegenüber *„aus Zentren der Weltmacht und Weltherrschaft in Kräfte verwandelt worden, die, obwohl sie immer noch Fäden der Ausbeutung und der Unterdrückung in weite Teile der Welt spannen, von den beiden Supermächten selber in Fessel geschlagen sind."* Sie seien *„heute zu Objekten der Rivalität der beiden Supermächte geworden"*.

Heute „konzentriere" sich die *„Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft notwendig"* auf die „Beherrschung Europas". Hierbei befinde sich die Sowjetunion aufgrund ihrer „ausgezeichneten Position" heute bereits in der „Offensive". Mehr noch: **„Mit der sowjetischen gewaltsamen Expansion in Südostasien, Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika ... als Eroberung der Flanken für den Angriff auf Westeuropa"** sei von der Sowjetunion der 3. Weltkrieg „bereits begonnen" worden. – An diesem Punkt hatte Schmierer in seinem Text „Elemente einer programmatischen Resolution" („KuK" 8/1981) ursprünglich sehr weitgehende Schlußfolgerungen formuliert: **„Unter den jetzigen Bedingungen, obwohl ein Krieg der beiden Supermächte um die Weltherrschaft droht, spricht vieles dafür, daß er als ungerechter Eroberungskrieg der Sowjetunion beginnt, während alle antisowjetischen Kräfte zunächst gezwungen sein werden, einen gerechten Verteidigungskrieg zu führen ... Der Drang nach Eroberung geht gegenwärtig hauptsächlich von der Sowjetunion aus."**

In dieser Klarheit und Schärfe waren Schmierers Thesen offenbar nicht konsensfähig, so daß der Resolutionsentwurf des ZK für die Delegiertenkonferenz an diesem Punkt nur Dissense feststellt: *„Innerhalb des KBW gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Gefährlichkeit und den aggressiven Charakter der beiden Supermächte, aus deren Rivalität die Kriegsgefahr entspringt"*. Es gebe im KBW auch unterschiedliche Ansichten über allerlei Faktoren, *„die in der weiteren Entwicklung die Stellung der beiden Supermächte in der Welt qualitativ differenzieren können"*. (Gemeint ist wohl die Frage nach dem „Hauptfeind" und den Bündnismöglichkeiten). *„Es ist offensichtlich, daß im Kampf gegen den drohenden Krieg noch viele Fragen weiter geklärt werden müssen"*. (Das bezieht sich in erster Linie auf die Frage nach einem „gerechten Krieg").

– Immerhin hält der Resolutionsentwurf des ZK aber eindeutig an der alten chinesischen These fest, wonach die USA eine „absteigende

Supermacht" seien, während die Sowjetunion eine „aufsteigende", in voller Offensive und Expansion befindliche Supermacht sei. – Konkret zur bundesdeutschen Friedensbewegung heißt es, daß diese durch den Krefelder Appell *„in die Sackgasse geführt"* würde, weshalb der KBW diesen Appell ausdrücklich nicht unterschrieben hat, während er den Konkurrenz-Text des DGB mit großem Elan propagiert und diesen auch unterschrieben hat. (Alle diese Dinge stehen im ZK-Resolutionsentwurf „Zum Kampf gegen den drohenden Krieg und unsere Stellung in der Friedensbewegung").

Tatsächlich sind, wie der Text des ZK festhält, eine Reihe von Details im KBW umstritten, was sich auch darin ausdrückt, daß Schmierers Versuch, den „gerechten Verteidigungskrieg" als wahrscheinlichste aller Möglichkeiten festzuschreiben, im ZK nicht konsensfähig war. (Auch diverse Kritiken, die im „KuK"-Sonderheft Okt. 81 abgedruckt sind, wenden sich gegen diese These Schmierers). In der „KVZ" sind in diesem Jahr zahlreiche Versuche unternommen worden, die Politik des KBW noch weit über d i e Positionen hinauszutreiben, die jetzt in den Resolutionsvorlagen des ZK zur „Vereinheitlichung" vorgeschlagen sind. Im Vordergrund standen dabei Bemühungen, im KBW die These zu verankern, daß die Sowjetunion eindeutig der Hauptkriegstreiber sei, daß die Politik der USA im wesentlichen defensiv sei und daß die BRD sich mit anderen Staaten Westeuropas zu einer engen „Verteidigungs"gemeinschaft zusammenschließen müsse, unter spezieller Berücksichtigung der französischen Atomwaffen. **Aus eben diesem Grund wendet sich der KBW gegen die Parole eines atomwaffenfreien Europas.**

Als herausragende Leistung verdient eine pseudo-wissenschaftlich aufgemachte große Artikelserie von Dieter Wismann und Gerd Birke besondere Aufmerksamkeit („KVZ" vom 4.9., 23.10. und 30.10.81). Adalbert Weinstein, Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", soll beim Anblick dieser Artikelserie einen hysterischen Lachkrampf erlitten haben. Tatsächlich führte diese Serie sämtliche Hits der NATO-Propaganda auf – darunter sogar solche, die selbst abgebrühte NATO-Politiker nur noch zögernd und mit roten Ohren vortragen mögen: *„Das 'Fenster der Verwundbarkeit' weiterhin offen"*, *„Die Atlantikroute kann gekappt werden"*, die Sowjetunion sei den USA in der Nuklearkriegführung um fünf Jahre voraus. – Ähnliche Absurditäten bot der Artikel „Die strategischen Kernwaffenpotentiale der Supermächte" von Gerd Birke in der „KuK" 10/81.

Man muß diese Arbeiten wohl als symptomatisch für die Entwicklung des KBW ansehen, zumal ihnen in der „KVZ" nicht widersprochen worden ist. Das heißt, daß im KBW die hochinteressante militärwissenschaftliche Untersuchungsarbeit und Publizistik ausschließlich in den Händen von Leuten liegt, die ihrer Mentalität nach in den Beraterstab von Reagan passen könnten. (Dies wird manche(r) für eine typische überzogene Polemik halten. Ist es aber nicht! In der „KVZ" vom 23.10.81 geht Dieter Wismann sogar soweit, die MX-Entscheidung Reagans als unzureichend, als *„Tropfen auf den heißen Stein"*, scharf zu kritisieren. Diese Entscheidung Reagans gestatte es, *„den Vorsprung der sowjetischen Killerfähigkeit auszubauen"*).

Der KBW vor der Tür der „Modernen Zeiten"

Ohne groß über Dinge zu spekulieren, die wahrscheinlich schon in wenigen Tagen auf der Delegiertenkonferenz des KBW klar gesagt werden, sei hier auf einen Satz aus dem ZK-Entwurf zur programmatischen Hauptresolution hingewiesen: **Der KBW wolle „alle Bestrebungen" unterstützen, „einen neuen Zusammenschluß der gegenwärtig zersplitterten kommunistischen Kräfte zustande zu bringen".**

Dabei scheint es in erster Linie um eine Annäherung des KBW an den Sammlungsversuch der „Modernen Zeiten" (ISP) zu gehen. Kontakte zu eben diesem Zweck sind inzwischen geknüpft worden. Die Lage ist vorerst so, daß die Meinungen im Trägerkreis der „Modernen Zeiten" auseinandergehen. Teile des „Komitees für Demokratie und Sozialismus", die selbst aus dem KBW kommen, tendieren dazu, dem KBW die Türen zu öffnen. Hingegen möchte die aus dem KB hervorgegangene Gruppe Z die Türen der „Modernen Zeiten" lieber – zumindest vorerst – vor dem KBW verschlossen halten. Eine selektive Aufnahme e i n z e l n e r KBWler nach politisch-ideologischer „Gesichtskontrolle" wird auch von der Gruppe Z nicht ausgeschlossen, aber eine Fusion mit dem KBW i n s g e s a m t wird für verhängnisvoll gehalten.

Der Hauptwiderspruch scheint in der unterschiedlichen Stellung zur „Vaterlandsverteidigung" und zur internationalen Situation zu liegen. Bekanntlich ist genau dies das einzige Thema, zu dem die vorläufige Plattform der „Modernen Zeiten" ausdrücklich drei unterschiedliche Positionen festhält: eine von den „Komitees...", eine von der Gruppe Z und eine von der SEW-Abspaltung SI (Sozialistische Initiative). Aus diesen Positionen geht hervor, daß die „Komitees..." zumindest von einer Gleichrangigkeit der „beiden Supermächte", wenn nicht sogar von der These der „besonderen Gefährlichkeit" der Sowjetunion ausgehen, und daß sie sehr eindeutig zu Modellen einer „alternativen Verteidigung" tendieren. Im Gegensatz dazu geht die Gruppe Z (und noch stärker die SI) davon aus, daß die aktuelle Kriegsgefahr vom Streben der USA nach Ausbau ihrer militärischen Überlegenheit und nach Führbarkeit eines auf Europa „begrenzten" Atomkriegs herrührt.

Eine Heranführung des KBW an die „Modernen Zeiten" würde dort zweifellos d i e Kräfte erheblich stärken, die ohnehin schon in Richtung „Theorie der drei Welten" und „Vaterlandsverteidigung" tendieren – und würde andererseits wahrscheinlich die Mitarbeit der SI erschweren. In dieser Situation scheint es sich für die Gruppe Z als eklatanter Fehler zu erweisen, daß sie selbst tatkräftig mitgeholfen hat, die SOST (Sozialistische Studiengruppen) an den Rand des Projekts „Moderne Zeiten" zu verdrängen – denn die SOST sind jedenfalls alles andere als Freunde der „Theorie der drei Welten".

Bei allen politischen Bedenken ist natürlich auch zu berücksichtigen, daß das Anlagevermögen des KBW keine Kleinigkeit ist. Ein altes griechisches Sprichwort sagt, daß keine Mauer so hoch ist, daß sie nicht von einem mit Gold beladenen Esel überstiegen werden könnte.

Kt., Hamburg

Geil! Breite Einheitsfront gegen Breschnew

Als 300.000 Menschen sich am 10. Oktober in Bonn auf die Füße traten, zog über den Himmel ein Flugzeug die Parole **„Und wer demonstriert in Moskau?"**. Anmieter des Flugzeuges war ein interfraktioneller Abgeordneten-Club, nämlich der FDP-„Wehrexperte" Möllemann und sein Kollege Horn von der SPD, gemeinsam mit dem gleichgesinnten Herrn Mertes von der CDU.

Soweit es eben möglich ist, wird den wehrexpertischen Herren jetzt ihr Wunsch zumindest teilweise erfüllt: **Zwar nicht gleich i n Moskau,**
füllt: Zwar nicht gleich i n Moskau,
aber immerhin g e g e n Moskau wird am 22.11. in Bonn demonstriert werden. Damit erfüllt sich zugleich in schönster Weise der alte Traum der leider inzwischen aufgelösten „KPD" nach einer breiten Einheitsfront gegen den expansionistischen Sowjetimperialismus.

Ein beispiellos breites Spektrum wird in Bonn an diesem Tag zusammentreffen, um anläßlich des Besuchs von L. Breschnew zu demonstrieren.

– Da ist zum einen der Flugzeug-Anmieter Möllemann selbst. Er hat bekanntgeben lassen, daß er zu einer Demonstration am 22.11. aufruft, bei der der Protest gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan im Vordergrund stehen soll. Mit diesem Aufruf realisiert Möllemann – der wahrscheinlich gern Verteidigungsminister in einer CDU/CSU-FDP-Regierung werden möchte – einen Beschluß des NATO-Parlaments, der ‚Nordatlantischen Versammlung'. Diese hat nämlich kürzlich beschlossen, in allen NATO-Ländern *„eine Bewegung in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und weiteren öffentlichen Versammlungen (zu) initiieren, um die aggressive Außenpolitik Moskaus deutlich zu machen.* **In der Bundesrepublik sollen im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew im November die ersten Veranstaltungen dieser Art organisiert werden"** (zitiert nach „Welt" vom 15.10.; zugleich meldete die „Welt" damals unwidersprochen, *„zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien"* seien *„bereits Kontakte geknüpft worden, solche Aktionen gemeinsam zu unterstützen"*). Wie Möllemann sich die Sache am 22.11. konkret vorstellt, geht aus den bisherigen Pressemeldungen nicht hervor.

– Ebenfalls am 22.11. will der RCDS (CDU-Studentenorganisation) in Bonn demonstrieren. Sein Motto: *„Breschnew, wir kommen!!"* und **„Verschrottet die SS 20, damit uns die Nachrüstung erspart bleibt!"**. *„Wir sind alle besorgt über die Zunahme der atomaren Rüstung"*, schreibt der RCDS in seinem Aufruf. Man solle Breschnew zeigen, *„daß wir die sowjetische Hochrüstung und die Aggressionspolitik des Warschauer Paktes (Afghanistan, Äthiopien, Angola ...) nicht hinnehmen"*.

– Schon seit Wochen ist bekannt, daß anläßlich des Breschnew-Besuches auch die Junge Union (CDU-Jugendorganisation) in Bonn demonstrieren will. Einzelheiten dazu sind bisher nicht bekannt.

– Ihre Absicht, anläßlich des Breschnew-Besuchs irgendwelche Aktionen zu unternehmen, hatten frühzeitig auch die Jusos verkündet; gerade sie tun sich aber mit konkreten Festlegungen zur Sache immer noch schwer.

Außerhalb der etablierten Parteien und außerhalb der rechtsradikalen Szene – aus der traditionell Aktionen zum Thema zu erwarten sind, ohne daß aber Konkretes über Planungen bisher bekannt ist – hat es mehrere zunächst getrennt marschie-
nungen bisher bekannt ist – hat es mehrere zunächst getrennt marschie-
rende Initiativen gegeben, die aber inzwischen zusammengefunden zu haben scheinen.

– Auf Seiten der „ML"-Gruppierungen gab es drei Initiativen: Eine von der KPD/ML („Roter Morgen"), eine von der kleinen traditionsstalinistischen Gruppe „Gegen die Strömung", und eine von einer vom KBW vorgeschobenen „Aachener Friedensinitiative".

– Die Grünen hatten auf ihrem Bundesparteitag Anfang Oktober eine von Restkadern der aufgelösten „KPD" mitformulierte Resolution beschlossen, anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn zu demonstrieren.

Im „ML"-Spektrum konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf das konkrete Verhalten der Grünen, die ihrerseits zunächst stark danach schielten, wie sich die Jusos verhalten würden. Auf einem ersten Koordinationstreffen am 18.10., zu dem die Grünen eingeladen hatten, traf sich erwartungsvoll das ganze „ML"-Spektrum, ohne daß man sich aber über konkrete Aktionen oder einen Aufruf hätte einigen können. Das lag in erster Linie an den Grünen, die hinhaltend und verdeckt taktierten. Einigermaßen überraschend erschien dann am 23.10. als Anzeige in der „TAZ" eine gemeinsame Erklärung von Grünen, Alternativer Liste Westberlin, BBU, Russell-Initiative-Unterstützerkreis und der Westberliner Steinke-Initiative, die als Agentur für Schmutzgeschäfte der SPD im Sinne der Glotz-Strategie operiert. Inzwischen gibt es eine leicht überarbeitete Fassung, die außer den genannten Unterzeichnern der ersten Fassung auch von den Jusos Schleswig-Holstein, von den Juso-Hochschulgruppen und von den ESG (Evangelische Studentengemeinden) unterschrieben ist. Den Text dokumentieren wir nebenstehend. Gegenüber der ersten Fassung sind im wesentlichen nur die Aussagen über das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit und Führbarkeit eines begrenzten Atomkriegs in Europa neu. Sowohl die erste wie auch die jetzige Textfassung sind ein beachtlicher Fortschritt gegenüber dem ursprünglich auf dem grünen Parteitag beschlossenen Rahmen (vergl. dazu den Artikel in AK 211).

Die erste gemeinsame Erklärung enthielt die Aussage, man wolle am 22.11. in Bonn „öffentlich protestieren" und anschließend eine Veranstaltung durchführen. Auf letzteres schien man sich halbwegs auch mit dem Juso-Bundesvorstand verständigt zu haben. Die Formulierung „öffentlich protestieren" ließ die akute Frage offen, ob es eine D e m o n s t r a t i o n oder bloß eine Kundgebung geben sollte. Daß dies offengelassen worden war, verdankte sich wiederum in erster Linie der Rücksicht auf die Jusos, die einige Einwände gegen eine Demonstration erhoben hatten.

Daraufhin begannen KBW („Aachener Friedensinitiative") und KPD/ML ihrerseits mit einer Druckkampagne gegen die Grünen, um eine endgültige Festlegung zugunsten einer Demonstration durchzusetzen. Am 1.11. traf sich das gesamte Spektrum zum zweiten Koordinationstreffen. Nachdem man einige Stunden damit zugebracht hatte, allerlei Obstruktionsversuche der DKP abzuwehren, kam man gut zur Sache: „Etwa 30 Organisationen" (darunter wahrscheinlich diverse örtliche Initiativen und mancherlei „ML"-Filialen) einigten sich darauf, am 22.11. in Bonn z u d e m o n s t r i e r e n, wobei nun auch die Grünen mitzogen. Seitens der Jusos gab es immer noch keine Festlegung, ob sie sich an der Demonstration beteiligen würden; doch meldeten sie vorsorglich schon Änderungswünsche für den gemeinsamen Aufruf an (Stärkere Würdigung der „erfolgreichen Entspannungspolitik"). (Darstellung des 2. Koordinationstreffens vom 1.11. nach „Roter Morgen" 6.11.).

Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß am 21.11., also einen Tag vor den Anti-Breschnew-Demonstrationen, das 2. „Krefelder Forum" stattfindet. Der Bundesvorstand der Grünen hat **„eingedenk der politischen Brisanz (das Treffen findet zwei Tage vor dem Breschnew-Besuch statt!)"** beschlossen, auf dem 2. „Krefelder Forum" eine noch auszuarbeitende Erklärung vorzutragen, die eine *„grüne Positionsbestimmung"* (offenbar im Sinne der neuen „Ausgewogenheit") enthalten soll. **Es wäre auch nicht verwunderlich, wenn einige Grüne auf dem 2. „Krefelder Forum" direkt für ihre Anti-Breschnew-Demonstration werben würden.** Turbulenzen mit der DKP – und wohl nicht nur mit dieser? ... – sind also absehbar.

Interessant ist ferner, daß der Bundesvorstand der Grünen einstimmig (!) einen Kader der aufgelösten vaterländischen „KPD" damit beauftragt hat, den Kontakt zwischen dem Bundesvorstand und den Koordinatoren der Anti-Breschnew-Demonstration zu halten. Derselbe „KPD"-Kader ist zudem vom Bundesvorstand der Grünen damit beauftragt worden, die Kontakte zum afghanischen „Widerstand" wahrzunehmen. Die neue „Ausgewogenheit" der Grünen liegt also in den Händen eines Fachmanns.

Ausgewogenheit wiederhergestellt

Für die Grünen und für die beteiligten Linken ist die Einheitsfront vom 22.11. mit einigen Peinlichkeiten verbunden. Natürlich wird man sich bemühen, dem Herrn Möllemann an diesem Tag nicht geradezu in die Arme zu laufen. Natürlich wird man um Transparente der Jungen Union lieber einen Bogen machen. Natürlich wird man vor sich selbst beteuern, daß man sich von niemand politisch mißbrauchen und ausbeuten lasse. Dabei ist doch heute schon sonnenklar: **In der von Politikern und Mas-**

Das mußte ja kommen:

Grüne Querschüsse gegen Krefelder Appell

Im ersten Anlauf hatte die Kampagne um den Krefelder Appell die Grünen regelrecht überrannt. Daß dies so geschehen konnte, hatte viel damit zu tun, daß die Grünen sich bis dato nicht gerade als führende oder wenigstens aktive Kraft im Friedenskampf profiliert hatten. Es kam sogar soweit, daß die Grünen offiziell ihre Unterstützung des Krefelder Appells erklärten, in den ohnehin Petra Kelly, Mitglied des grünen Bundesvorstands, als eine der „Initiatorinnen" einbezogen war.

Inzwischen ist für diejenigen Kräfte in der Grünen Partei, denen die ganze Richtung von Anfang an nicht paßte und die von Anfang an eine Gelegenheit suchten, um die in der Friedensbewegung traditionell stark verankerte DKP auszubooten, der Zeitpunkt gekommen. Die glücklich auf den Weg gebrachte Anti-Breshnew-Demonstration, die die Grünen am 22.11. gemeinsam mit BBU, AL Westberlin, Alt „ML"ern u.a. veranstalten wollen, zeigt, wie es weitergehen soll. Außerdem hat der Bundesvorstand der Grünen beschlossen, auf dem 2. Krefelder Forum am 21.11. (also einen Tag vor der Anti-Breshnew-Demonstration) die „grünen Positionen" vortragen zu lassen. Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs wurde unser alter Bekannter Ernst Hoplitschek beauftragt, der immer gern zur Stelle ist, wenn es ein Sträußchen mit „K-Gruppen" und/oder DKP auszutragen gilt.

Außerdem gibt es einen Rundbrief von Ernst Hoplitschek und einem weiteren alten Bekannten, Klaus Wolschner: *„Das 2. Krefelder Forum und der Breschnew-Besuch unmittelbar vor dem Beginn der offiziellen Rüstungsverhandlungen zwischen UdSSR und USA werden eine Nagelprobe für die Identität der Grünen in der Friedensbewegung sein"*, schrieben sie in der Überschrift. Ihnen kommt es darauf an, *„schiefe Eindrücke von der Position der Grünen in der Öffentlichkeit zu korrigieren"*, und zwar *„durch eine überzeugende gemeinsame Konzeption und inhaltliche Gestaltung der Mitarbeit der Grünen bei der Breschnew-Kundgebung einerseits und beim Krefelder Forum andererseits"*. **„Eine erneute Einschränkung der Selbstdarstellung der Grünen auf die E i n s e i t i g k e i t e n und Auslassungen des Krefelder Appells würden einen schweren Rückschlag für die Grünen und für die Friedensbewegung bedeuten".**

Nach Meinung von K. Wolschner und E. Hoplitschek sei wichtig, *„daß beide Aktivitäten* (Krefelder Forum und Anti-Breschnew-Demonstration; Anm. AK) *von d e r s e l b e n Gruppe von Repräsentanten der Grünen vorbereitet, ausgestaltet und getragen werden müssen. Das kann nach Lage der Dinge nur der Bundesvorstand (bzw. ein Teil von ihm als AG) sein"*.

In einem anderen Rundbrief meldet sich Frau Beck-Oberdorf, Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg, zu Wort. Sie gehört zur „rechten Mitte" der Grünen Partei und tendiert ein bißchen zu Modellen einer „alternativen Verteidigung". In ihrem Rundbrief schreibt sie, daß sie gerade erst dazu gekommen sei, den gemeinsamen Aufruf zum 2. Krefelder Forum zu lesen. Sie sei über dessen Argumentation **„einigermaßen entsetzt"**, weil darin ein *„Aufrechnungsdenken"* enthalten sei. (Frau Beck-Oberdorf wendet sich dagegen, daß gegen die NATO-Propaganda von der Überlegenheit der SU mit Zahlen und Fakten argumentiert wird, statt einfach zu sagen, daß man gegen j e d e „Abschreckungslogik" ist.) Ihr sei *„bei einer solchen Politik sehr ungemütlich zumute"* und sie bitte deshalb alle Mitglieder des Bundesvorstands, *„noch einmal ernsthaft zu diskutieren, ob Ihr auf dieser Basis wirklich am Krefelder Appell noch einmal mitwirken wollt"*.

Übrigens weiß jede(r), daß damit konkret bloß eine einzige Person gemeint ist, nämlich Petra Kelly: Sie ist im Bundesvorstand die einzige, die sich für den Krefelder Appell öffentlich engagiert hat. In ähnlicher Weise richtet sich auch das Rundschreiben von Hoplitschek/Wolschner direkt gegen die Person von Frau Kelly. Dort heißt es in einem fast schon inquisitorischen Ton, daß in einem von P. Kelly persönlich gezeichneten Text (der offenbar zusammen mit dem Aufruf zum 2. Krefelder Forum verschickt wurde) **„nur ein Bruchstück der Identität der Grünen deutlich gemacht"** worden sei. Dasselbe gelte für ein Interview von P. Kelly mit der DKP-nahen „DVZ" (1.10.81), *„das gegenüber der DVZ-Leserschaft mehr Zugeständnisse macht als Meinungsdifferenzen anspricht"*.

Offenbar geht es darum, Petra Kelly als bekannteste Repräsentantin der Grünen Partei entweder in eine bestimmte politische Richtung zu drängen oder sie für den Abschuß bzw. „freiwilligen Rücktritt" reif zu machen.

senmedien veröffentlichten Meinung wird der 22.11. die Revanche für den unglückseligen 10.10., wird der 22.11. den Beweis bilden, daß die Friedensbewegung der BRD „mehrheitlich" (mit Ausnahme einiger böser Kommunisten) ausgewogen genug sei, um sich die Staatsdoktrin von der sowjetischen Bedrohung zu eigen zu machen.

Die Stärke der Friedensbewegung bestand gerade in ihrer Einseitigkeit. Lassen sich Teile der Friedensbewegung darauf festlegen, gleichermaßen für „Abrüstung in Ost und West", gleichermaßen gegen SS 20 und NATO-„Nachrüstung" zu sein, so wird am Ende bloß herauskommen, daß wir eigentlich „alle" für Frieden und Abrüstung sind. Und an konkreter Abrüstung wird gar nichts herauskommen. Die Etablierten sind wieder einmal dabei, ihre verlorenen Kinder einzufangen.

Was da an Schein-Argumenten vorgetragen wird, ist teilweise wirklich ergreifend. Die vom KBW vorgeschobene „Aachener Friedensinitiative" z. B. führt die angekündigte Anti-Breschnew-Aktion der Jungen Union als Argument dafür an, gleichfalls in Bonn gegen Breschnew zu demonstrieren: Man dürfe den Rechten nicht das Feld überlassen ...! Demnächst also, um nur ein Beispiel zu nennen, auch Demonstrationen der Linken gegen Ausländer, um den Rechten auch dieses massenwirksame Thema aus der Hand zu nehmen?

Man wolle den Rechten nicht das Feld überlassen, das klingt natürlich sehr selbstbewußt und aktiv. Unter diesem Motto haben sich inzwischen auch schon Teile der Linken die „nationale Frage" zu eigen gemacht. Dabei liegt im Falle der Anti-Breschnew-Demonstration wirklich auf der Hand, daß die beteiligten Grünen und Linken – sofern sie nicht sowieso traditionell Befürworter antisowjetischer Einheitsfronten sind, wie der KBW und die bei den Grünen sehr rührigen Restkader der „KPD" – schlicht und einfach vor einem massiven Psychow- und Polit-Druck der Herrschenden zurückgewichen sind. Der ganze Rummel der Herrschenden um den 10.10. hat zumindest eines sonnenklar werden lassen: Ihre größte Sorge bezieht sich auf die „Einseitigkeit", „Einäugigkeit" und „Unausgewogenheit" der Friedensbewegung, das heißt, auf deren fehlende Frontstellung gegen die Sowjetunion. Die Gründe für ihre Sorge sind u. a.: Solange die Friedensbewegung in ihrem Protest tatsächlich „einseitig" ist, schwächt sie die Verhandlungsposition der NATO in den demnächst beginnenden Verhandlungen mit der Sowjetunion; das würde es der NATO schwerer machen, die SU zu erpressen oder jedenfalls in einer vorteilhaften Pose aus diesen Verhandlungen herauszukommen, um dann unter Hinweis auf die Unnachgiebigkeit der Gegenseite die „Nachrüstung" praktisch zu vollziehen. Hinzu kommt, daß die bisherige Friedensbewegung in der Tat ein starkes und wichtiges „antiamerikanisches" Element beinhaltet – natürlich nicht im Sinne

in der Tat ein starkes und wichtiges „antiamerikanisches" Element beinhaltet – natürlich nicht im Sinne

einer Stimmung gegen die Bevölkerung der USA, sondern einer politischen Antipathie gegen „unseren" wichtigsten Verbündeten. Daß dieser ausgeprägte „Antiamerikanismus" in den USA Irritationen hervorruft und daß er langfristig sogar die Position der Reagan-Regierung verschlechtern könnte (indem er den Mythos untergräbt, der westeuropäische Hühnerhaufen habe keinen größeren Wunsch, als sich unter den amerikanischen Atomschirm kuscheln zu dürfen), ist aus der Sicht der uns Beherrschenden eine weitere Unannehmlichkeit. Dieser Effekt ließe sich zumindest abschwächen, wenn man Teile der Friedensbewegung zu einer allgemeineren Position „gegen die Supermächte" drängen kann. Das hat zugleich den Vorteil, daß es bei dem nie aufgegebenen Traum von einem militärisch schlagkräftigen Vereinten Europa als dritte Kraft neben USA und Sowjetunion ein bißchen von Nutzen sein könnte.

Weder NATO-„Nachrüstung" noch SS 20?

Bei den Bemühungen von Teilen der Friedensbewegung um „Ausgewogenheit" stehen Forderungen im Mittelpunkt, die sich mehr oder weniger explizit gleichermaßen gegen die NATO-„Nachrüstung" wie gegen die sowjetische SS 20 wenden. In der vom grünen Parteitag zur Anti-Breschnew-Demonstration beschlossenen Form lautet diese Doppelforderung: „Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missile)". – Im gemeinsamen Aufruf von Grünen, BBU und anderen zum 22.11. taucht diese Doppelforderung in leicht veränderter Form wieder auf: Die Bundesregierung solle ihre Zustimmung zum „Nachrüstungs"beschluß zurückziehen. Die Sowjetunion solle „die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abbauen". Statt „sofort" soll die SU nun also nur noch „schrittweise" abbauen. Dafür aber nicht mehr bloß die auf Westeuropa zielenden SS 20, sondern alle ihre Mittelstreckenraketen. Man mag das für einen ganz komischen Zufall halten, aber diese kleine Veränderung der Doppelforderung entspricht haargenau der neuesten Forderung der NATO, die nämlich seit kurzem auch die Verschrottung der an der chinesischen Grenze stationierten SS 20 und der älteren Typen SS 4 und SS 5 fordert.

Ein komischer Zufall, wie gesagt. Und ein Zufall ist es natürlich auch, daß die zitierte Doppelforderung von Grünen, BBU und anderen exakt dem NATO-Doppelbeschluß zur „Nachrüstung" von 1979 entspricht. Denn dieser Doppelbeschluß besagt ja, daß die NATO auf ihre „Nachrüstung" verzichten könnte, wenn die Sowjetunion ihre SS 20 abbaut. **Einen Sinn macht das nur – egal ob jetzt bei Grünen und BBU oder bei der NATO – wenn man beide Seiten dieser Doppelforderung als ungefähr gleichwertig ansieht.** Das heißt, es müßte angenommen werden, daß die NATO mit einem Verzicht auf ihre „Nachrüstung" eine Abrüstungsleistung erbringt, die einer Demontage bzw. Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenraketen ungefähr gleichwertig ist.

In der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen ist die Forderung von NATO, Grünen etc. nach Abbau der SS 20 ein Kuriosum. Der Normalfall ist, daß sich Rüstungsbegrenzungen gegeneinander austauschen; d. h. zum Beispiel, daß man sich darauf einigt, nur eine bestimmte Maximalmenge von strategischen Atomträgern zu produzieren, und zwar wird es in der Regel so sein, daß für beide Seiten eine ungefähr gleiche Zahl festgesetzt wird. Eine andere, leider nur höchst selten auftretende Form ist der Austausch von Abrüstungsleistungen. Auch in diesem Fall wird es in der Regel so sein, daß die Leistungen ungefähr gleichgewichtig sind. **Ungleichgewichtige Leistungen sind in der Regel nur durch militärischen Zwang herbeizuführen.**

Im Fall der aktuellen Doppelforderung steht auf der einen Seite eine reale Abrüstungsleistung (Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenraketen), der aber auf der anderen Seite keinerlei Abrüstungsleistung gegenübersteht, sondern nur ein Verzicht auf künftige Aufrüstung. Das ist offenkundig der Versuch, eine absolut ungleichgewichtige Vereinbarung durchzusetzen, nämlich unter dem Strich eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion auf einem Teilgebiet ihres Militärapparats.

Diese prinzipielle Bemerkung wäre selbst dann richtig, wenn die NATO-Behauptung zuträfe, daß es eine sowjetische Überlegenheit („Vorrüstung") auf diesem speziellen Sektor gibt. Selbst dann wäre nämlich

TO-Behauptung zuträfe, daß es eine sowjetische Überlegenheit („Vorrüstung") auf diesem speziellen Sektor gibt. Selbst dann wäre nämlich

festzustellen, daß es viele Sektoren gibt, auf denen die enorme Überlegenheit der USA/NATO unbestritten ist. Nehmen wir zum Beispiel die Flugzeugträger, wo die Überlegenheit der NATO mindestens im Verhältnis 10 : 1 liegt. Glaubt etwa jemand, die USA/NATO würden diesen Vorsprung freiwillig aufgeben? Vielleicht auf der Basis: Die USA/NATO verschrotten 90 % ihrer Flugzeugträger, und dafür verzichtet die Sowjetunion auf den andernfalls geplanten Bau von, sagen wir mal, 15 Flugzeugträgern? Eine solche Idee würde weltweit Hohngelächter auslösen!

Abgesehen davon ist die Frage: Gibt es den von der NATO behaupteten Rüstungsvorsprung der Sowjetunion auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen tatsächlich? Dies ist zumindest sehr zweifelhaft; die Sowjetunion dementierte und hat inzwischen Zahlen vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß sich nach sowjetischer Version in diesem Sektor in Europa knapp 1.000 Einheiten auf jeder Seite gegenüberstehen. Darüber könnte gestritten werden. Aber überraschenderweise ist es so, daß die Grünen etc. den sowjetischen Standpunkt insoweit gar nicht bestreiten. Sogar in ihrem gemeinsamem Aufruf zum 22.11. heißt es: **„Es gibt keine sowjetische ‚Vorrüstung', die durch eine NATO-‚Nachrüstung' zu korrigieren wäre".** Umso schärfer stellt sich die Frage, auf welcher Basis man dann eigentlich die Vernichtung der SS 20 im Austausch gegen einen „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO fordert?! Offenbar fordert man von der Sowjetunion nicht bloß eine einseitige Abrüstung, sondern man gibt diesen bemerkenswerten Umstand im Unterschied zur offiziellen NATO-Propaganda auch noch ganz offen zu. Ob eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion für uns von Nutzen wäre, sei hier ausdrücklich dahingestellt; 100%ig sicher ist jedenfalls, daß keine sowjetische Regierung dazu bereit sein würde – es sei denn, sie würde aufs Äußerste erpreßt. Sich eine solche Situation zu wünschen, ist sicher nicht im Interesse der Friedensbewegung.

Es gibt vorerst keine rationale Erklärung dafür, daß Grüne, BBU, AL Westberlin u. a. Forderungen erheben, bei denen die Abrüstung der sowjetischen SS 20 lediglich gegen einen „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO ausgetauscht werden soll, ohne daß sie die bereits bestehenden vergleichbaren Systeme der NATO in Westeuropa überhaupt berücksichtigen. Zudem weiß man, daß selbst im unwahrscheinlichsten Fall eines „Nachrüstungs"-Verzichts der NATO die betreffenden Raketen auf Schiffen bzw. U-Booten in westeuropäischen Gewässern stationiert werden würden, was gegenüber einer Boden-Stationierung die Gefahr für die Sowjetunion (und damit auch die Gefahr eines Atomkriegs in Europa) nur geringfügig verkleinern würde.

Wie man es auch betrachtet: Die Friedensbewegung begeht einen tödlichen Fehler, wenn sie sich aus Liebe zur „Ausgewogenheit" auf die Argumentationsebene des NATO-Doppelbeschlusses drängen läßt.

Aufruf von Grünen, BBU und anderen zum 22.11.

Vom 23. bis 25. November wird der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik besuchen. Wir nehmen dies zum Anlaß, erneut deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung von Menschenrechten in Ost und West notwendig sind. Unsere Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breschnew. Wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen und meinen, daß Verhandlungsangebote der UdSSR ernsthaft geprüft werden sollten. Mit den 300000 Menschen, die am 10. Oktober in Bonn demonstrierten, mit dem 2. Krefelder Forum und anderen Friedensinitiativen setzen wir uns dafür ein, daß keine neuen Atomraketen der USA in unserem Land stationiert werden. Es gibt keine sowjetische „Vorrüstung", die durch eine NATO-„Nachrüstung" zu korrigieren wäre. Gegenwärtig versuchen die Vereinigten Staaten, militärische Überlegenheit zu erlangen, und durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einen begrenzten Atomkrieg in Europa wieder führbar und gewinnbar zu machen. Diese Stationierung gilt es ohne jede Vorbedingung zu verhindern. Deshalb fordern wir die Bundesregierung erneut auf, ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß zurückzuziehen. Anläßlich des Breschnew-Besuchs wenden wir uns aber auch an die Regierung der UdSSR mit der Forderung, die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen.

Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens aufrechtzuerhalten. Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden. Seit über 25 Jahren findet zwischen den Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt ein gigantisches Wettrüsten statt. Hinzu kommt, daß durch die wachsende Verbreitung von Atom-

schauer Pakt ein gigantisches Wettrüsten statt. Hinzu kommt, daß durch die wachsende Verbreitung von Atom-

reaktoren und das Wachstum der sie betreibenden Industrien die weltweite Verbreitung von Atomwaffen und das Risiko einer atomaren Auseinandersetzung wächst. Wir wenden uns gegen das System der atomaren Abschreckung in Ost und West, denn solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt bleibt, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden. Dies wird in dem Maße möglicher, in dem auch die Staaten Europas ihre Souveränität gegenüber den Führungsmächten durchsetzen. In diesem Zusammenhang treten wir ein für den Abzug aller fremden Truppen aus Ost- und Westeuropa. Frieden und Entspannung ist für Europa heute wichtiger denn je. Deswegen weisen wir auch hin auf die Bonner Forderungen:

– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa

– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für eine Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.

– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen. Wir setzen uns ein für eine von den Großmächten unabhängige Friedensbewegung in Europa, die von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker ausgeht.

Leonid Breschnew besucht die Bundesrepublik in einer Zeit, in der die UdSSR ähnlich wie 1968 in der CSSR ihre Interventionsdrohung gegen die polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach wie vor aufrechterhält. Wir unterstützen die Bemühungen des polnischen Volkes, sei-

schaftsbewegung nach wie vor aufrechterhält. Wir unterstützen die Bemühungen des polnischen Volkes, sei-

ne Angelegenheiten selbst zu regeln.

Noch immer stehen sowjetische Truppen in Afghanistan. Wir fordern den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen und verurteilen dies, wie wir uns andererseits auch gegen jede Einmischung und drohende Intervention der USA z.B. in El Salvador wenden.

Für uns ist es eine Ermutigung, daß auch in Osteuropa in jüngster Zeit friedenspolitische Initiativen entstanden sind und unterstützen

– die Forderung von Teilen der Evangelischen Kirchen der DDR nach einem sozialen Friedensdienst

– die Forderung der polnischen Gewerkschaft Solidarność nach Senkung der Rüstungsausgaben auf ein Mindestmaß

– den von Robert Havemann initiierten Offenen Brief an Leonid Breschnew.

Solche Initiativen zeigen, daß eine blockübergreifende Friedensbewegung möglich ist. Dies ist für uns von besonderer Bedeutung, weil die Ost-West-Konfrontation beide deutsche Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des jeweiligen Blocks gemacht hat. Nur eine große europäische Friedensbewegung kann dafür sorgen, daß die Regierungen bei den kommenden Verhandlungen zu wirklichen Abrüstungsschritten gezwungen werden. Letzten Endes kann der Graben zwischen Ost und West nur von unten zugeschüttet werden. Das erfordert ungehindert den Meinungs- und Informationsaustausch der Friedensbewegung und die Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten in Ost und West. Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem Osten oder Westen, sondern untereinander loyal zu sein.

Erstunterzeichner:

Die Grünen (Bundespartei), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jungsozialisten in der SPD Landesverband Schleswig-Holstein, Jungsozialisten-Hochschulgruppen, Evangelische Studentengemeinden, Alternative Liste Berlin, Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa.

Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa.

Persönliche Antwort auf den Offenen Brief des KB an die Grünen

An
den KB
die Redaktion des Arbeiterkampfes

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe den „Offenen Brief" sorgfältig gelesen und möchte Euch einige Anmerkungen mitteilen.

1. Die Anrede „Liebe Freundinnen, liebe Freunde!" hat mich etwas seltsam gerührt. Die Artikel im „Arbeiterkampf" über die Grünen waren in der Regel fehlerhaft und unqualifiziert. Ich will das nur auf die Bereiche beziehen, die ich ungefähr übersehen kann. Sollte sich hinter dieser „neuen Anrede" ein neuer politischer Stil, der durch Sorgfalt, Fairness und Sachlichkeit bestimmt ist, verbergen? Ich würde mich darüber freuen!

2. Es ist schwierig, über das Friedensmanifest zu diskutieren, da es in seiner Endfassung nicht vorliegt. Ich schlage vor, daß eine gründliche Diskussion des Manifestes nach der Veröffentlichung erfolgen muß, ich will mich deshalb nur um wenige Klarstellungen bemühen.

3. Ihr schreibt in Punkt 11, daß die Passagen über die Sowjetunion auf die Drei-Welten-Theorie der aufgelösten KPD und der KP Chinas zurückzuführen sind.

Diese haben ja die Nato aufgefordert, kräftig aufzurüsten, um dem „sowjetischen Sozialimperialismus" entgegenzutreten. Ich frage Euch: „An welcher Stelle des Friedensmanifestes treten die Grünen für die Aufrüstung ein?"

Das Gegenteil ist der Fall: Die Grünen haben beschlossen: „Die Grünen gehen davon aus, daß die BRD unter den gegenwärtigen Bedingungen des Atomzeitalters militärisch nicht zu verteidigen ist".

Es gab sogar eine starke Minderheit, die die Forderung „Auflösung der Bundeswehr hier und jetzt" forderte. Ich vertrete den letztgenannten Standpunkt nicht, ich wollte Euch nur darauf hinweisen, wie absurd Eure Bemerkung ist, daß die Grünen zu „Vaterlandsverteidigern" bzw. Förderern der Nato geworden sind.

4. Ich gebe euch Recht, daß es der Gesamtpartei der Grünen noch nicht gelungen ist, gründlich über die Politik und die Militärstrategie der Sowjetunion zu diskutieren. Dies trifft aber für den Landesverband NRW so nicht zu. So liegt seit Monaten ein Positionspapier der Grünen in NRW (Landesvorstand und Landes-AG Friedenspolitik) vor, in der klar zur Politik der Sowjetunion Stellung bezogen wird. (Ich lege Euch das Positionspapier als Anlage bei, das bereits in der 2. Auflage erschienen ist: 20.000 Ex.).

Außerdem lege ich Euch zur Information unser „Grünes NRW-Info" Nr. 7 zum Thema Friedenspolitik bei.

Mir ist allerdings klar daß damit Eure Kritik, das Ganze sei nicht gründlich genug diskutiert worden, nicht ausgeräumt ist.

5. Es ist eine grobe Verfälschung des Friedensmanifestes, wenn Ihr uns unterstellt, daß wir die atomare Aufrüstung der Nato und des Warschauer Paktes gleichsetzen.

Wir stellen fest, daß *„die Nato-‚Nachrüstung' ein Teil einer Strategie ist, die auf atomare Überlegenheit abzielt, um einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können. Eine solche Atompolitik zu verhindern, ist der Sinn des Krefelder Appells."* Unabhängig davon stellen wir aber auch fest, *„daß die Rüstungsdynamik in Ost und West in eine destabilisierende Richtung läuft, bei einem entscheidenden Vorsprung der USA."*

Soweit das Manifest; ich möchte noch einige Anmerkungen anhängen:

– Entscheidend ist nicht die Diskussion über ein ungefähres nukleares Gleichgewicht in Europa, ent scheidend ist das Prinzip der nuklearen Abschreckung in West- und Osteuropa. Ich empfehle Euch, die Aussagen des DDR-Verteidigungsministers Hoffmann zu diesem Komplex, der klar von einer atomaren Geiselstrategie gegenüber Westeuropa ausgeht, zu lesen.

– Ich verweise darauf, daß die Sowjetunion trotz vielfacher Aufforderungen nicht bereit ist, Informationen über den Stand ihrer Rüstung zu geben. Wir sind eher in der Lage, die Situation der Nato-Aufrüstung zu analysieren, weil die west-

Brief Erich Knapps an den Landesvorstand der Grünen in NRW

Landesvorstand DIE GRÜNEN NRW
Oberbilker Allee 17
4 Düsseldorf 1

Liebe Freundinnen und Freunde,
es wird Euch bekannt sein, daß die Art und Weise, wie von seiten des Landesvorstandes die ausdrücklich ANTI-Breschnjew-Demo genannte Veranstaltung aufgezogen wird, in Teilen unseres und anderer Landesverbände Widerstände weckt. Damit es nicht dazu kommt, daß Einzelmitglieder, wie mir angekündigt, aus den GRÜNEN austreten oder daß Stadt- und Kreisverbände aus dem Landesverband austreten, um einen autonomen LaVerb. Nordrhein zu gründen, möchte ich das Problem aufgreifen. Meine folgenden Darlegungen decken sich inhaltlich mit der Meinung jener Freunde/innen, mit denen ich sprach; jedoch verantworte ich die Form dieses Briefes allein.

In Eurer Einladung zur Ersten Koordinierungskonferenz am 18.10. schreibt Ihr, „Wir streben zu diesem Zweck ein breites Aktionsbündnis an". Es ist bereits sichtbar, daß es nicht nur SPD-Mitglieder umfassen wird (wie Michael Müller, Fraktionsgeschäftsführer der SPD im Düsseldorfer Rathaus, Dietmar Gatzmayer, Paolo Lavista, Heike Peters, alle Düsseldorf, und den JuSoGeschäftsführer Rudolf Harting in der „Baracke"), sondern breite Teile der CSU/CDU, z.B. den früheren Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz, dessen Bürgerkriegs-Modell noch in Erinnerung sein dürfte, die Junge Union, Revanchistenverbände, Nazis und die „KPD"(ML) des Herrn Aust-Albanien.

Nachdem die Friedensdemo vom 10.10. schon zugunsten jener Politiker gelaufen ist, die gleichzeitig gegen die Mittelstreckenraketen und für die Raketenpartei SPD sind, nachdem die Sprecherin der GRÜNEN dort ausgerechnet den unglaubwürdigen E. Eppler zu unserem angeblichen Wunschkanzler ausgerufen hat, nachdem in unser Friedensmanifest in Ausnutzung der späten Stunde und der Übermüdung unserer Delegierten eine Gleichsetzung der sowjetischen Raketenrüstung mit der der USA hineingeschmuggelt worden ist, die völlig im Gegensatz zu den Ausführungen unserer Strafanzeige gegen die Bundesregierung steht, ist die Art der Vorbereitung der Demo anläßlich des Besuchs Breschnjews in Bonn nur noch als der Versuch der endgültigen Torpedierung der Friedensbewegung in Westdeutschland zu charakterisieren. Daß Restkader der ehem. „KPD" hierfür verantwortlich sind, ist jedem Kenner des LaVerb. NRW offenkundig. Diese Tatsache kennzeichnet gleichzeitig die politische Gutgläubigkeit und Naivität vieler nicht-maoistischer GRÜNER, die einer fanatischen und unehrlichen Minderheit diese Unterwanderung gestatten.

Die Unfähigkeit der GRÜNEN NRW, Anhänger des Pol Pot-Regimes durch politische Wachsamkeit in unserer Partei zu isolieren, zu depravieren, bis sie austreten, beweist unsere bewußtlose psychische Verbindung mit der Amoralität der kapitalistisch geprägten Gesellschaft im Staat BRD. Das immer erneute Aufwerfen des Kambodscha-Problems, die auf jedem unserer Landesparteitage bisher gestellten Kampuchea-Protest-Anträge ausgerechnet durch jene, die bis vor kurzem noch in Kampuchea-Kommitees Kollaborateure und Verteidiger der südasiatischen Eichmänner waren, ist die größte Schande, die DIE GRÜNEN bisher durch Duldung auf sich gezogen haben. Wem der grausame Mord an 3 Millionen Menschen nie Anlaß zu moralisch-politischer Empörung wurde, wie kann die/der Kraft aufbringen, uns aus der alten Schuld- und Ursachenverkettung zu lösen, die die Deutschen einmal zu einem der Mördervölker machte und heute zum Mord an den Deutschen führen wird? Daß katholische und evangelische Theologen hierfür kein Gespür haben, verwundert mich nicht. Dennoch gibt es Menschen, die diesen Landesverband jetzt für unglaubwürdig halten. In der Tat kann man keine menschenwürdige Zukunft schaffen in Gleichgültigkeit gegenüber einem Verbrechen im Auschwitz-Format, das diesmal im Namen der stalinistisch-maoistischen Ideologie begangen worden ist.

Kein Wunder also, daß dieser Landesvorstand aus Studenten der Theologie und Theologen des Maoismus-Stalinismus nicht protestiert gegen die kürzliche Anerkennung der Pol Pot-Clique durch den westdeutschen UN-Botschafter. Nur: Von den GRÜNEN kann Protest erwartet werden. Es gibt keine andere politische Gruppe in der BRD, die wenigstens das Potential der Entrüstung hat. Denn die FDP seit der Nau-Nau-Affäre, das AA seit seiner Wiederbelebung sind Hochburgen früherer Offiziere der Verbrecherorganisationen SS, SD, Gestapo usw. gewesen, und von dem durch sie geprägten Nachwuchs ist nichts zu erwarten.

Die vorgesehene Demo anläßlich des Besuchs Breschnjews in Bonn wird umfunktioniert zu einer Anti-Breschnjew-Demo, angeblich zum Beweis unserer Ausgewogenheit. Nun war aber die Demo am 10.10. keine anti-amerikanische Demonstra-

zum Beweis unserer Ausgewogenheit. Nun war aber die Demo am 10.10. keine anti-amerikanische Demonstra-

tion, sondern eine Mißtrauenserklärung an das Bonner System und ein Beweis unserer Friedensliebe. Sie sollte unsere Distanzierung von den Gewaltsystemen deutlich machen. Dies muß nun nicht etwa „ausgeglichen" werden durch Liebedienerei gegenüber den NATO-Kräften und der pro-amerikanischen Politik Pekings. Es muß wiederholt werden. Es muß Breschnjew vor Augen geführt werden, daß wir keinen Krieg wollen, daß wir unser Land befreien wollen von den Waffen der NATO, daß wir dies machen müssen ohne östliche Vorleistungen, weil es um unser Überleben geht, und daß Bonn uns und unsere Wünsche nicht vertritt. Statt dessen sollen wir nun mit einer Anti-Demo indirekt an die NATO fixiert weren. Jedes Anti bindet! Wir aber wollen uns frei machen.

Es ist außerdem Schmidt-Strauß-Politik, die Nichtinstallierung der US-Raketen vom Abbau der SS-20 abhängig zu machen und zu vergessen, daß die SS-20 die Antwort auf die Forward Based Systems ist. Der Profiteur dieses Vergessens ist Washington und sein Pekinger Alliierter. Politik der Blockfreiheit ist nicht machbar durch Unterstützung der Politik des chinesischen Verbündeten der USA!

Neben dem Abbau der SS-20 (für den wohl die Nichtinstallation der Pershing II und Cruise Missile zugesagt werden soll?) wird von unseren Demo-Koordinatoren das Afghanistan-Problem aufgeworfen. Die hier von „nationaler Unabhängigkeit" sprechen werden, haben diese nie für die Tibeter und die Völker Sinkiangs gefordert; das würde sie ja in Kollision mit ihren Auftraggebern bringen.

Afghanistan ist Teil des globalen Schachspiels zwischen den Blocks der „trilateralen Staaten " und China auf der einen, dem der UdSSR auf der anderen Seite. Die westdeutsche Friedensbewegung müßte aber gerade dahin arbeiten, zunächst uns und Westeuropa aus diesem Schachspiel auszuklinken (mit dem späteren Ziel, das auch für Osteuropa zu ermöglichen, von dem die europäische UdSSR allerdings ein wichtiger Teil ist !), um den geplanten Holocaust eines auf Europa begrenzten Krieges zu verhindern. Wer diese Befreiungspolitik überfrachtet mit Forderungen an die Adresse Moskaus, die der Linie Washingtons und Pekings genau entsprechen, sabotiert unseren Rettungsversuch. Selbstverständlich ist die sowjetische Intervension in Afghanistan, auch wenn sie eine Art offensiver Verteidigung gegen den islamischen Fundamentalismus (Hikmet-i-Islami, Khomeini) sowie gegen die Völkermordpolitik des Maoisten Amin gewesen sein sollte, zu mißbilligen. Sie muß beendet werden. Aber dazu ist auch die Beendigung der chinesisch-amerikanischen Intervention nötig. Geschieht dies nicht, muß die UdSSR früher oder später auch in Pakistan intervenieren, und damit würde sie militärisch und weltöffentlich versacken. Das alles ist, nach einem Wort Talleyrands , „schlimmer als ein Verbrechen, es ist eine Dummheit." Vielleicht eine unvermeitliche Dummheit, entspricht sie doch dem amerikanischen Plan, den Nahen und Mittleren Osten mittels des islamischen Fundamentalismus zu destabilisieren (- man beachte einmal, wer den Mord an Sadat zugelassen hat: seine unter US-Befehl stehende Leibgarde; man beachte auch, wer Saudi-Arabien destabilisiert und ob nicht Westeuropa der Leidtragende einer dortigen Revolution wäre -), um sowjetisch Zentralasien aufwiegeln zu können. (Dieselbe Provokation der UdSSR stellt auch die Installation der Mittelstreckenraketen dar.)

Wer die Sowjet-Truppen aus Afghanistan hinaus haben will, kann dies nicht mit antisowjetischer , also pro-amerikanischer und pro-chinesischer Politik tun. Auf dem Subkontinent liegt der US-Agent Pakistan und vor ihm liegt der Stützpunkt Diego Garcia. Glaubwürdige Politik der Blockfreiheit kann nur durch die Unterstützung Indiens geleistet werden.

Es darf angenommen werden, daß die „Freiheit für unsere Brüder und Schwestern in der Zone“ fordern Schwestern in der Zone" fordern wird. Dafür werden schon chauvinistische Russlandhasser, Völkische, Revanchisten usw. sorgen - sowie jene Naiven, die für und gegen alles mögliche demonstrieren, ohne nachzudenken, zuletzt auch noch gegen die Abtreibung ihrer eigenen Spulwürmer. -Wir hingegen müßen , wenn es

zudenken, zuletzt auch noch gegen die Abtreibung ihrer eigenen Spulwürmer. -Wir hingegen müßen , wenn es

uns mit einer Rettungspolitik ernst ist, den bedingungslosen Austritt der BRD aus der NATO fordern sowie, weil das nicht gegen die Bundeswehr-Mehrheit zu machen ist, ihre Umstrukturierung zu einer glaubhaft defensiven Organisation. Man kann mit keiner Institution über ihre Abschaffung diskutieren wollen. Unser Ziel muß zunächst ein von den USA und Wallstreet freies Westeuropa sei, das zusammen mit der 3. Welt eine neue, gerechte, ökologische Weltwirtschaftsordnung schafft. Nur dies ist die Voraussetzung einer Libertarisierung in der DDR und ganz Osteuropa . Aber wer dafür arbeitet, den Marxismus-Leninismus - fürwahr die toteste Ideologie auf Erden - in Osteuropa zu beseitigen, bevor der faschistoide Finanzkapitalismus in den USA besiegt ist, peilt eine faschistische Konterrevolution an. Und mir ist diese Aussicht auch dann zuwider, wenn sie unter dem Zeichen eines stalinistischen Maoismus stattfände.

Mit diesen Zeilen will ich Euch gewarnt haben, Euch weiterhin einwickeln zu lassen. Ich erlaube mir harte Worte, um gehört zu werden, denn harte Tatsachen werden folgen, wenn Ihr nicht haltmacht. Da ich seit der Kasseler BHA-Sitzung davor warne, unsere Friedenspolitik zugunsten partei-egoistischer „Friedens"-Politiken der SPD und DKP (zumal des oberflächlichen zweiten Krefelder Forums) instrumentalisieren zu lassen, darf ich mich wohl auch gegen eine bereits erfolgreiche Umfunktionierung unserer Friedenspolitik durch „KPD"-Unterwanderer wehren. Wir Grünen haben es bisher nicht geschafft, durch inhaltliche Debatten uns einen unabhängigen Standpunkt zu erarbeiten. Wir tanzen auf allen Hochzeiten. Aber das wird böse enden.

Herzlichen Gruß
Erich Knapp

Fortsetzung von vorheriger Seite

europäischen Länder „offenere" Gesellschaften sind.

Ich bin nicht bereit, wie Ihr das anscheinend seid, vom Stand der technologischen Entwicklung der Gesamtvolkswirtschaft auf den Stand der Rüstungsproduktion zu schließen. Ich halte eine solche Analyse für sehr bedenklich und blauäugig.

6. Schließlich und endlich haben die Grünen beschlossen, anläßlich des Besuches von L. Breschnew für Abrüstung in Ost und West und für Menschenrechte in Ost und West zu demonstrieren. Ich lege Euch den Aufruf bei, der bereits in der „taz" und in der „FR" abgedruckt worden ist.

Ein Abdruck im Arbeiterkampf und eine politische Auseinandersetzung wären in meinem Sinne.

In diesem Aufruf ist auch die Argumentationsweise des Friedensmanifestes entwickelt, die ich hier erklären wollte.

7. Abschließend eine persönliche Nachbemerkung. Ich stehe ja außerhalb jeden Verdachtes, von einer „K"-Gruppe zu kommen; das könnt Ihr schnell recherchieren. Ich bin aber bereit, sehr sorgfältig das zu prüfen, was K-Gruppen zum Thema „Frieden" und Ökologie formulieren. Eine Meinung ist für mich noch lange nicht falsch, wenn diese mal von der KPD, dem KBW oder von sonstwem vertreten wird. Diese Unvoreingenommenheit gilt auch dem KB, von dem ich die Fairness erwarte, diesen Leserbrief im AK abzudrucken. Auf die politische Auseinandersetzung bin ich sehr gespannt.

Hartmut Regenstein
Mitglied der Grünen/NRW

Dokumentation

Unabhängige Sozialdemokraten i.G. Hessen zur Friedenspolitik

Die Angst um den Frieden ist größer geworden! Eine wachsende Zahl von Bürgern steht unter dem Eindruck, daß die Politik der Bundesregierung den Frieden nicht sicherer macht, sondern ihn mit immer größeren Risiken belastet.

Aus dieser Sorge heraus findet am 10. Oktober die Große Friedensdemonstration in Bonn statt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten unterstützen diese Friedensdemonstration und rufen die Bevölkerung der Bundesrepublik und insbesondere die noch in der Partei ausharrenden Mitglieder der Alt-SPD zur Teilnahme auf.

Zu einer Zeit, da die US-Regierung (wenn auch widerwillig) Verhandlungsbereitschaft zu erkennen gegeben hat und Abrüstungsgespräche vereinbart worden sind, ist die Notwendigkeit für eine möglichst machtvolle Bekundung unseres gemeinsamen Friedenswillens nicht geringer geworden, sondern eher noch gewachsen. Denn anders als es der Bundeskanzler darstellt, sind diese ersten Anzeichen von Gesprächsbereitschaft der USA nicht etwa seiner Politik, sondern ausschließlich der stärker werdenden Friedensbewegung auch in Deutschland zu verdanken. Das hindert allerdings die Bundesregierung nicht, diese Friedensbewegung weiterhin politisch zu diffamieren und abzuwerten.

Der Bundeskanzler hat die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgerufen, ihre Angst zu bekämpfen. Er hat dabei allerdings übersehen, daß es auch seine Politik ist, die diese Angst hervorruft, und daß es deshalb wohl besser ist, die Ursachen (nämlich diese Politik) zu bekämpfen als die Symptome.

Deshalb darf die Große Friedensdemonstration nicht nur Ausdruck unserer gemeinsamen Friedensliebe sein, es muß ebenso klar und eindeutig das Urteil gesprochen werden über eine Politik, die **nicht verhindern konnte und nicht verhindern wollte, daß**, obwohl die Fläche der BRD nur 2,5 % der der USA beträgt, dennoch mehr als 50% des amerikanischen nuklearen Massenvernichtungspotentials hier konzentriert worden sind, daß auf deutschem Territorium chemische Kampfstoffe in einer Menge deponiert worden sind, die ausreichen würde, um die Bevölkerung ganz Europas umzubringen. Diese Kampfstoffe in tausenden von rostenden

würde, um die Bevölkerung ganz Europas umzubringen. Diese Kampfstoffe in tausenden von rostenden

Fässern gelagert, stellen bereits in Friedenszeiten einen internationalen Gefahrenherd dar, – daß mit der Neutronenwaffe eine der scheußlichsten Massenvernichtungswaffen der menschlichen Geschichte (nach Aussagen der US-Regierung speziell für den Einsatz in Europa) entwickelt und in die strategischen Konzepte der NATO einbezogen wurde. Die Neutronenwaffe setzt ihre Opfer einer Todesart aus, gegen die selbst der Tod am Kreuz ein Honigschlekken gewesen sein muß, denn dort dauerte der Todeskampf 3 Stunden, für ein Neutronenbombenopfer jedoch 3 Tage. Die Bundesregierung weiß im übrigen, daß Panzerbesatzungen zuverlässig gegen Neutronenstrahlung geschützt werden können und daß es sich hier ausschließlich um eine offensive Massenvernichtungswaffe handelt.

Die Bundesregierung hat ferner, durch ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß aktiv dazu beigetragen, daß die Strategie der NATO auf deutsche Kosten in ihrer Grundkonzeption geändert wurde. Anstelle der Doktrin von der abgestuften Vergeltung (flexible response) ist die Doktrin vom „nuklearen Entwaffnungsschlag" (Präsidialdirektive 59) getreten. Zu diesem Zweck sollen punktgenau treffende Raketen (Pershing II und Cruise Misile) auf deutschem Boden stationiert werden. Die Risiken, denen die deutsche Bevölkerung durch eine solche Strategie ausgesetzt wird, sind der Bundesregierung hinlänglich bekannt. Denn die Gefahr eines Entwaffnungsschlages ließe sich von den Sowjets nur durch einen gegen die entsprechenden Raketenstellungen gerichteten Präventivschlag ausschalten. Da der Warschauer Pakt über in gleicher Weise punktgenaue Raketen nicht verfügt, könnte ein solcher Präventivschlag nur als regionaler Vernichtungsschlag gegen die BRD geführt werden. Betroffen wären vor allem die westlichen Gebiete der BRD, wo die entsprechenden Raketensysteme stationiert werden sollen. Das ist auch der Grund, weshalb die USA den größten Teil ihrer Truppen aus dieser Todeszone herausnehmen und an die DDR-Grenze verlegen wollen. Nicht einmal ihre eigenen Soldaten möchten die USA jenen Gefahren aussetzen, die die Politik der Bundesregierung über ihre Bevölkerung heraufbeschwört.

Im übrigen würde es der Bundesrepublik nichts nützen, wenn eine solche Strategie des Entwaffnungsschlages erfolgreich wäre. Denn ein solcher träfe nur das Interkontinentale Potential der UdSSR. Die eurostrategischen Waffen sind als mobile Systeme wegen fehlender permamenter Ortungsmöglichkeit durch einen Entwaffnungsschlag nicht zerstörbar. Die UdSSR wären also nach einem solchen in eine Situation gebracht, wo ihnen nur noch ihr Mittelstreckenpotential als Reaktionsmöglichkeit verbleibt. Dem dann ausgeschalteten Todesrisiko für die USA stünde das nach wie vor sichere Todesrisiko für die Bundesrepublik gegenüber.

Die derzeitige Politik der USA läuft jedoch nicht nur darauf hinaus, das Risiko von den USA weg nach Europa zu verlagern, sondern es auch systematisch zu erhöhen: Durch neue Milliardeninvestitionen in die Rüstung, durch irreführende (da ganze Waffensysteme aussparende) Rüstungsvergleiche, durch permanentes Schüren von Haß und Mißtrauen werden jene Spannungsfelder aufgebaut, deren Entladung in einem Großen Krieg schließlich immer wahrscheinlicher wird. Eine solche Politik kann deshalb für Deutschland nur in einer Katastrophe enden. Die Bundesregierung bezeichnet diese – mit unabsehbaren Risiken behaftete Politik weiterhin als „Friedenspolitik". Sie redet von Sicherheit und vom Schutz der atomaren Abschrekkung; aber niemand würde Schutz suchen vor einem Unwetter unter einem Dach, das so konstruiert ist, daß es bei den ersten Tropfen eines Unwetters über ihm zusammenbricht.

Nach diesen Prinzipien sind die derzeitigen Bündnissysteme, die längst zu Risiko-Kopplungen geworden sind, aufgebaut. In einer gespenstigen Weise erinnert die jetzige Situation an die am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

gespenstigen Weise erinnert die jetzige Situation an die am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

Viele Bürger beobachten diese Entwicklung mit Sorge und auch in der SPD ist die Zahl derjenigen gewachsen, die diesen gefährlichen Weg nicht mehr mitgehen wollen. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten haben aus der Situation die notwendigen Konsequenzen gezogen. Unser Zusammenschluß in Hessen beginnt zur Initialzündung zu werden, der auf das übrige Bundesgebiet übergreift. Wir glauben, daß der historische Augenblick gekommen ist, da sich die in der Tradition Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs stehende SPD von der SPD der Noske-Tradition trennen muß und wo es zwischen Kriegskredit- und Nachrüstungsbefürwortern und Friedens- und Entspannungsfreunden keine Gemeinsamkeiten mehr gibt und wo das Verbleiben in der gleichen Partei Lüge wäre. Und wir glauben, daß diesmal dieser Schritt nicht, wie damals 1917 erst vollzogen werden darf, nachdem die Katastrophe schon ihren Lauf genommen hat, sondern bereits vorher, weil es diesmal ein nachher nicht mehr geben wird.

Unser vorrangiger Kampf gilt der Erhaltung des Friedens.

Wir fordern daher:

1. Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.
2. Sofortige Ratifizierung von SALT II
3. Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Gesamt-Europa zu schaffen.
4. Keine Stationierung von Pershing II, Cruise Misiles und Neutronenbomben in Europa.

Fortsetzung nächste Seite

Lars Hennings' Thesen zur Verteidigung des „Modell Deutschland"

Zurück zu den Ursprüngen?

„Der Autor des nachfolgenden Beitrags, Lars Hennings, Jahrgang 44, gehört dem marxistischen Flügel der GRÜNEN in Schleswig-Holstein an und ist Mitglied der ‚Initiative Sozialistische Politik' [‚Moderne Zeiten']. Bevor er seit 1976 in der BUU in Brokdorf aktiv wurde, war er Anfang der 70er Vorstandsmitglied der Elmshorner SPD und bis zu seinem Austritt 1975 der Steinburger JUSOS. [...] war er Sprecher der vom Landesverband der SPD unterstützten Itzehoe-Demonstration 77 [...]".

So stellte die Wochenzeitung „Kieler Rundschau" ihren Gastautor vor. Der erwähnte Aufsatz erschien unter der Überschrift „*Sechs Thesen zur Verteidigung des ‚Modell Deutschland'*".

Die „KR" (22.10.) schreibt zur Einleitung: „*In den nachfolgenden Thesen konfrontiert er den ‚fundamentaloppositionellen Geist' der GRÜNEN mit Realpolitik, um mit der grünen Machtentfaltung nicht zugleich der ‚reaktionären Politik der durch die sozialliberale Koalition faktisch gestärkten CDU/CSU' den Weg zu bereiten, sondern, u.a. um dem ‚Regierungskartell der SPD-Schmidt-Fraktion mit der FDP eine durch grüne Stützung innerhalb der SPD mehrheitsfähige fortschrittliche Fraktion sozialdemokratischer Politik entgegenzusetzen'*".

Nachfolgend eine Darstellung und Kritik dieser neuesten Schöpfung aus dem Hause „Z"/„Moderne Zeiten".

„Nischenpolitik" contra Die GRÜNEN

Die „*derzeit relativ starke*" soziale Bewegung wird von L.H. kritisiert, daß sie „*überwiegend einseitig*" ihre Kraft außerparlamentarisch entfalte. Dadurch bleibe sie einer „*Nischenpolitik*" verhaftet und sei der ständigen Gefahr ausgesetzt, nur Spielball staatlicher Politik zu sein. Das ist die eine Seite. Die andere Bedingung fortschrittlicher Politik beschreibt der Autor so: Die BRD sei heute in der Situation, daß die Bewegung die Aufgabe habe, „*auch solche Positionen faktisch mit der SPD-Herrschaft zu verteidigen, die [...] als ‚Modell Deutschland' kritisiert worden sind, um zu einer grundlegenden Wende zu emanzipatorischer Politik erst kommen zu können*".

Der Hebel zur Behebung der objektiven und subjektiven Schwäche der Bewegung ist: „*die parlamentarische grüne Machtentfaltung*".

„Die vorläufig nötige Reintegration der Enttäuschten in den Machtspiegel der Gesellschaft, die Parlamente"

Die soziale Bewegung zersetze zunehmend die SPD, legt der Autor dar.

Machtspiegel der Gesellschaft, die Parlamente"

Die soziale Bewegung zersetze zunehmend die SPD, legt der Autor dar.

Beispielhaft erzählt er von der Niedersachsen-Wahl, wo die Konservativen konstant blieben, weil die SPD einen großen Teil ihrer Wählerschaft durch unbewußten Wahlboykott verlor: Diese „*Stärkung der CDU*" sei nur möglich, weil es den Grünen nicht „annähernd" gelang, diese frustrierten SPD-Wähler für sich zu gewinnen. L.H.'s Problem ist also: Wie kann man das „*durch den SPD-Kollaps erzeugte Vakuum auffüllen*"?

Die GRÜNEN als „Mitte-Links-Bündnis konsolidieren"

Bei den „bröckelnden" Teilen der SPD sei weiterhin „*die soziale Politik und die Reform der Gesellschaft*" Wesensmerkmal. Deshalb sei die „*lebendige Festigung*" des (grünen) Saarbrücker Programms nötig, „*um auf dessen Basis das entstandene parlamentarische Vakuum gemeinsam auffüllen zu können*". Vor dem Hintergrund der reaktionären CDU-Politik könne es sich die soziale Bewegung „*nicht leisten, daß die Sozialdemokratie schneller weiter geschwächt wird, als es [ihr] gelingt, eigene Machtentfaltung zur Absicherung zu entwikkeln*". Fazit: Die Grünen müßten sich als „*Mitte-Links-Bündnis konsolidieren, um durch eigene inhaltliche Profilierung das Vakuum neben der SPD auffüllen zu können, welches bislang nur Proteststimmen aufnimmt*".

„Eine durch grüne Stützung innerhalb der SPD mehrheitsfähige fortschrittliche Fraktion ‚sozialdemokratischer' Politik"

Da eine revolutionäre Situation nicht besteht, sei „*die Absicherung partieller Erfolge auf JEDER Ebene lebensnotwendig*". Der „*spontane antistaatliche Kampf*" könne nur „*in der Synthese perspektivischer Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen Konzepts überleben, in dem der Weg vom bekämpften System Parlamentarismus schrittweise zur Freiheit hin beschrieben wird*".

Gegenwärtig aber droht der „Kollaps", meint L.H., solange einerseits die Linke sich antiparlamentarisch verhält, solange andererseits die linken SPD-Parlamentarier ihrer Partei verhaftet bleiben. Der Schlüssel zum Glück: Die Grünen! Die Bewegung müsse darüber hinaus das fortführen, was sie außerparlamentarisch „täglich" praktiziert: also parlamentarisch „*dem bisherigen Regierungskartell der SPD-Schmidt-Fraktion mit der FDP eine durch grüne Stützung innerhalb der SPD mehrheitsfähige fortschrittliche Fraktion ‚sozialdemokratischer' Politik*" entgegenzusetzen.

Größenwahn oder DER ABSTIEG!

Um es vorweg zu nehmen:

„*In den Führungsgremien des linken SPD-Landesverbands werden die Lehren aus dem letzten Landtagswahlkampf und aus Berlin intensiv auch unter Einbezug möglicher grüner Unterstützung flexibel diskutiert, zumal die FDP des Landes offenkundig einen Partnerwechsel ins Kalkül zieht*". Daher kann L.H. auch schreiben: „*Nach der Pleite von Berlin, wo die Alternative Liste sich ähnlich unfähig zeigte wie die SPD-Linke, gemeinsam politikfähig zu werden, anderen guten [Kassel] und schlechten [Marburg] Beispielen der Umsetzung grüner Forderungen in Politik, kann nach den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen für eine solche Entwicklung die in Schleswig-Holstein am wichtigsten werden*".

rungen in Politik, kann nach den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen für eine solche Entwicklung die in Schleswig-Holstein am wichtigsten werden".

Denn: „ [...] *bieten beide Seiten* (Anm. Verf.: SPD und GRÜNE) *in S-H gute Voraussetzungen für zumindest partielle Zusammenarbeit und für einen ‚gemeinsamen' Wahlsieg gegen Stoltenberg, der [...] die SPD-Länder im Bundesrat zwar nicht in Vorsprung bringen, aber günstige Ausgangsbedingungen zur Bundestagswahl 1984 schaffen würde*".

Probleme? Ja, doch, leider: „*Die schleswig-holsteinische SPD hat auf ihrem Landesparteitag 1981 gezeigt, daß sie relativ geschlossen ist und mehrheitlich auch gegen ihren Landesvorstand eine Politik durchsetzen kann, die in wichtigen Fragen mit grüner Politik vereinbar ist, wenn letztere auch erheblich weitergehende Ziele enthält [Stopp aller Atomanlagen, Austritt aus der NATO]. Ja, es könnte geradezu zum Problem werden, wenn die Parteilinke weiterhin allzu ideell nur ihre Forderungen verbal durchsetzen will und dies so unkoordiniert wie zum Problem ‚Energie' auf dem letzten Parteitag, wo sie einen beachtenswerten Verfahrensvorschlag des Landesvorstands für den kommenden Bundesparteitag der SPD taktisch nicht einzuordnen verstand und ihm mit viel wohlgemeinten Phrasen begegnete*".

Dagegen nimmt sich die realitätsferne Lobhudelei auf die Grünen in S-H noch blaß aus: „[...] *ein Landesverband [...], inhaltlich zur Politikfähigkeit geläutert, der fundamentaloppositionellen Geist auf der Basis des Saarbrückener Programms überschaubar umzusetzen fähig sein wird*".

Die Aufgaben der GRÜNEN

Im Gegensatz zum oben zitierten Schlußsatz schreibt L.H. von der „*problematischen Selbstdarstellung der Grünen auf Bundes- und speziell Landesebene*" sowie von der „*personellen Schwäche*" der Grünen bezogen auf die „*nötigen qualifizierten Kandidaten*".

Es folgen noch einige Tips in Richtung „Qualifizierung" und „*kraftvoller Ansätze alternativer Politik*". Und das Resumee lautet: „*Die gestellte Aufgabe kann von den Grünen in S-H insgesamt nicht nur mit einer ‚links von der SPD'-Position erfüllt werden, weil das beschriebene Vakuum weit zur SPD-Mitte reicht*".

Soweit also Lars Hennings.

Tatsächlich: VERTEIDIGUNG ‚DES MODELL DEUTSCHLAND'

„Modell Deutschland" — das war und ist „Berufsverbote", Hysterie und Volksverhetzung gegen „Stadtguerilla" und den „Sympathisanten"-Kreis, Atomstaat, Aufrüstung; kurz: die Faschisierung von Staat und Gesellschaft, deren Entwicklungsprozeß, von der SPD eingeleitet, heute eine rapide Beschleunigung erfährt: siehe die Legalisierung der Nürnberger Exzesse, die Brokdorf-Bau-Fortsetzung, die NATO-Aufrüstung, die Polizeistaats-Eskalation am Beispiel Westberlins und der Startbahn West bei Frankfurt. Das sind unsere Lebensbedingungen. Das ist das „Modell Deutschland", verbunden mit dem gerade durch Kanzler Schmidt verknüpften Anspruch, dieses „Modell" auf ganz Europa zu übertragen. Besonders aktuell: Der Kampf gegen die „Hollanditis" — die holländische „Krankheit" der parlamentarisch beschlossenen Ablehnung der NATO-„Nachrüstung".

Vor diesem Hintergrund würden sicher zumindest „autonome" und

heit" der parlamentarisch beschlossenen Ablehnung der NATO-„Nachrüstung".

Vor diesem Hintergrund würden sicher zumindest „autonome" und

„anarchistische" Linke — sofern sie sich überhaupt mit grüner und „modern-sozialistischer" Politik konkret auseinandersetzen — über den Aufsatz von Lars Hennings das Urteil „Counter-Text" oder „staatliche Auftragsarbeit" fällen. Ich hätte arge Schwierigkeiten, dem etwas entgegenzusetzen — zumal der Autor ja soweit geht, der „*SPD-Linken in der Partei in Schleswig-Holstein*" wegen ihrer Kritik am Landesvorstand an den Karren zu fahren, und er konsequent den Grünen empfiehlt, sich „weit zur SPD-Mitte" hin zu orientieren.

Einige grundsätzliche Überlegungen

Der sehr wissenschaftlich klingende Aufsatz gibt in seiner wirklich bestechend „leicht verständlichen" Sprache im wesentlichen traditionelle JUSO-Position wieder: Nämlich daß es darauf ankomme, der drohenden Gefahr einer Stärkung bzw. „Machtübernahme" der CDU/CSU entgegenzutreten, und daß dies nur möglich sei durch „die organisierte Arbeiterbewegung", sprich: SPD. Neu hinzugekommen ist lediglich, daß statt der FDP als Koalitionspartner eine nach rechts hin zurechtgerückte Grüne Partei gefordert wird.

Damit das Ganze nicht gar so abgeschmackt und altbacken aussieht, werden noch einige neue Erklärungsmuster vorgelegt — ohne sie näher zu erläutern: „*Nischenpolitik*", die „*Kraft der Gruppenautonomie* [...] *bleibt der zentralstaatlichen Macht anheimgestellt* [...]". Das klingt sehr schön modern-sozialistisch, nur klüger wird es dadurch nicht: L.H. entwickelt eine Kritik an der spontanen sozialen Bewegung — deren „Anti-Parlamentarismus" — und erklärt damit auch gleichzeitig deren Wirkungslosigkeit und mögliche Schwankungen. Aufgehoben werden soll dieses Manko der Bewegung durch den massenhaften Beitritt zur Grünen Partei, die in diesem Text ohnehin der Nabel der Welt zu sein scheint.

L.H. reduziert das Problem der Linken auf die Frage des Parlamentarismus, obwohl es wesentlich um die politische, weltanschauliche sowie um die organisatorische Unabhängigkeit der Bewegung geht. Diese Unabhängigkeit umfassend zu stärken, setzt die kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden sozialdemokratischen Politik, mit deren halb-linken und linken Fortpflanzungen in Gestalt der Augstein, Eppler u.ä. sowie der „Konkret" und deren Kreisen voraus.

Die Stagnation der Grünen, die in ihr selbst noch verborgene Widersprüchlichkeit zwischen (etwas ‚verkürzt) imperialistischer Kriegsstrategie gegen die Sowjetunion und radikalpazifistischer Friedenspolitik sowie die sich abzeichnende Formierung linker Sozialdemokraten zeigt ein erneutes Umgruppieren und Neuformieren der Kräfte an, das die Linke insgesamt tatkräftig inhaltlich und organisatorisch in Unabhängigkeit von bestehenden bürgerlichen Formationen unterstützen sollte — anstelle eines bornierten Verweises auf die eigene unförmige Partei.



Lars Hennings

Daß dieser Prozeß nur in konsequentem Kampf gegen die herrschende sozialdemokratische Politik erfolgen kann und nicht durch eine möglichst anschmiegsame Anpassung an diese Politik, sollte Grundvoraussetzung sein.

Dabei sollten wir uns auch nicht durch die Drohung mit der „Stärkung der CDU" einmachen lassen — hätte sonst diese Parole für die Grünen während der letzten Bundestagswahl nicht viel mehr gelten müssen?

Der Abschied des „linken" Landesverbandes

Ohne einer Untersuchung vorgreifen zu wollen: Es gibt einige Taten des Landesverbandes Schleswig-Holstein der SPD, die beweisen, daß „*der ehemals als linkslastig verschrieene nördliche Landesverband voll auf Schmidt-Kurs gegangen*" ist (so der linke SPD'ler Hilmar Zschach in der „taz", 5.8.81).

Während des letzten Landtagswahlkampfes trat die SPD in S-H unter der Matthiesen-Kandidatur in Sachen Atomenergie mit der Losung an: „*Brokdorf — Nein, Krümmel — Jain, Brunsbüttel — Ja*" (so die „Liste für Demokratie und Umweltschutz", LDU, in einer Analyse über die „Atompolitik" der SPD/S-H).

Kurze Zeit darauf, im Herbst '79, vollzog die SPD auf ihrem Parteitag in Burg/Fehmarn den ersten Schritt des Abrückens von dieser halbherzigen Position vollzogen — hin in Richtung „Berliner Parteitag", 1979, wo es hieß: Soviel Atomenergie wie nötig, aber: die Option ‚Ausstieg aus der Atomtechnologie' solle „offengehalten" werden. Die Bedingungen für die Nutzung der Atomenergie waren denkbar weitherzig, so daß der Weiterbau in Brokdorf Anfang dieses Jahres genauso ins Bild dieses Parteitags paßt wie es der Bau der WAA in Hessen gepaßt hätte (oder: passen wird?).

Heute sieht die Position der Landes-SPD in S-H so aus: Matthiesen, obwohl eher den Rechten in der SPD/S-H zuzurechnen, wurde als „Spitzenmann" aus dem Verkehr gezogen, und der eindeutigere Schmidt-Vertreter Björn Engholm („*Die jeweilige Regierungsmeinung ist auch die seine*", so Zschach „taz", s.o.) in den Vordergrund geschoben, ohne daß die SPD-Basis auch nur befragt wurde. Unterstützt wurde er sofort von Matthiesen und Jansen, bei schlapper Kritik der Jusos über dieses „Verfahren".

Inhaltlich hat sich diese personelle Anpassung (Jürgen Busack, linker SPD-MdL: „*Da nun die Landespartei ihren Frieden mit Bonn gefunden hat, wird Engholm wohl auch seinen Frieden mit dem Landesverband finden können*"; „taz", s.o.) auf dem letzten Landesparteitag so niedergeschlagen (Es sei hier etwas ausführlicher ein konservativer Pressebericht zitiert):

„*Zuvor hatte der Landesvorstand allerdings mehrere Korrekturen an seinem Leitantrag* (in Sachen Atomenergie, d. Verf.) *anbringen und diesen auch noch mit einem erläuternden Vorspann versehen müssen, um den Großteil der rund 180 Delegierten davon zu überzeugen, daß nicht die ursprüngliche Position der Landes-SPD in Sachen Kernenergie aufgegeben, sondern wirklich nur ein mehrheitsfähiger Kompromiß für den Bundesparteitag gefunden werden sollte, um weiter die Option auf den Ausstieg aus der Kernenergie aufrechtzuerhalten [...].*

Matthiesen [möchte] mit Hilfe [des Leitantrages] auf dem Bundesparteitag in München die Bonner SPD-Spitze zur Rückbesinnung auf die [‚auch nur unter Zähneknirschen akzeptierten'] energiepolitischen Beschlüsse des Berliner Bundesparteitages von 1979 zwingen [...].

Vor allem hinter der Forderung eines ‚Zubaustopps' für Kernkraftwerke [anstelle des Wortes ‚Baustop'] bis zur definitiven Sicherung einer Entsorgung sahen viele Genossen eine versteckte Doch-Zustimmung [...]. So hatten Klaus Matthiesen, Günther Jansen, MdEP [EP = Europaparlament] Gerd Walter, Minister Engholm, Juso-Bundesvorsitzender Willi Piecyk und eigentlich der gesamte Landesvorstand [...] reichlich Mühe, die Delegierten davon zu überzeugen, daß es sinnvoll

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

5. Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe.
6. Keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme.
7. Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbotes.
8. Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.
9. Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr.
10. Parallel dazu schrittweise drastische Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten.
11. Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches „Friedenserziehung" in den allgemeinbildenden Schulen.
12. Die Bundesregierung muß allen Bemühungen der USA, der Entspannungspolitik die Grundlagen zu entziehen und statt dessen Aufrüstung mit dem Ziel weltweiter Überlegenheit zu betreiben, entgegenwirken.

Friedliche Koexistenz zu gefährden – sei es durch Erwägen eines Kalkulierbaren Atomkrieges (Direktive 59) oder Großmachtpolitik vergangener Zeiten – kann weder im Interesse der Bundesrepublik noch ganz Europas liegen.

Denn: – mit Brecht – „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten."

Fortsetzung von vorheriger Seite

sei, von einer ‚Bekenntnispolitik' zu einer taktisch notwendigen ‚Realitätspolitik' zu wechseln, um langfristig u.U. doch ein Ziel zu erreichen, das kurzfristig nicht erreichbar ist: Verhinderung des KKW-Betriebs in Brokdorf und mit Hilfe einer Mehrheit in der Gesamt-SPD den schrittweisen Ausstieg aus der Atomtechnologie für die ganze Bundesrepublik'' (,,Flensburger Tageblatt'', 28.9.81).

Wer bestimmt die Strategie der Grünen in S-H?

Das obige Zitat zeigt überdeutlich zweierlei: Einmal die verrückte Logik, wie man mit Hilfe des ,,Kompromisses des Kompromisses des Kompromisses'' doch noch von hinten durch die Brust ins Auge der Atomtechnologie den Garaus machen will. Zum anderen schlicht, wer die Feder beim Aufsatz von L.H. geführt hat: Dieselbe Kritik an der SPD-Linken vom Landesvorstand und von L.H., dieselbe zeitliche Rahmenplanung, die sich auch inhaltlich ergänzen könnten, für die Landtagswahl 1983 und die Bundestagswahl 1984, auf der Grundlage des ,,Berliner Beschlusses''? Vielleicht sogar die SPD ,,im Zangengriff'' der Gruppe Z, wie kürzlich in Hamburg die DKP?

Lassen wir den Zynismus. Nur ist natürlich zu fragen, wieso sich ein engagierter AKW-Gegner bereit findet, diese deutliche Atompolitik irgendwie auch noch als ,,beachtenswert'' zu befinden, und sogar im Gegensatz zur SPD-Linken. Eine Anmaßung und eine Rechtfertigung der Politik des rechten SPD-Landesvorstands ist die Kritik von L.H. an der *,,allzu ideel-l(en)''* und *,,phrasenhaften''* Politik der Landesvorstandskritiker in der SPD. Solche Formulierung sind vielleicht gerade noch gut genug dazu, den vor dem Absprung aus den SPD befindlichen Freunden Coppicks die ,,Sinnlosigkeit'' eines solchen Schritts zu demonstrieren, weil die Linke außerhalb der SPD auch nichts besseres anzubieten hat, als rechte SPD-,,Kompromißpolitik'' zu unterstützen.

Und solch ein Landesvorstand diskutiert ,,intensiv und flexibel'' auch unter Einbezug grüner Unterstützung die Landtagswahl. Vor diesem inhaltlichen Hintergrund ist es in der Tat egal, ob nun grüne oder FDP-Unterstützung für einen SPD-Ministerpräsidenten — sollen doch die Grünen alles preisgeben, was es dort an erwähnenswerten Positionen der sozialen Bewegung gibt: ,,.... *bieten beide* (SPD und Grüne) *Seiten in Schleswig-Holstein gute Voraussetzungen für zumindest partielle Zusammenarbeit und einen gemeinsamen Wahlsieg''*, oder: ,,.... *eine Politik* (der SPD) ..., *die in wichtigen Fragen mit grüner Politik vereinbar ist, wenn letztere auch erheblich weitergehende Ziele enthält''*.

Es ist zu hoffen, daß die linken Grünen sich diesem Anpassungskurs an die SPD deutlich genug widersetzen.

Ein Genosse aus Flensburg

AUFRUF ZUR GRÜNDUNG DER

Alternativen Liste Hamburg

Seit etwa einem halben Jahr wird im alternativ/grünen Lager über eine Alternative Liste, ihre Strukturen und politische Stoßrichtung diskutiert.
Wir meinen, daß es nun an der Zeit ist, die bisherigen Diskussionsprozesse zusammenzufassen und die formelle Gründung der ALTERNATIVEN LISTE vorzunehmen.

Beginn 28. Nov.: 13.00 Uhr

Der Gründungskongreß findet statt am:

28./29.NOVEMBER'81

Beginn 29. Nov.: 10.00 Uhr

im EMILIE–WÜSTENFELD–GYMNASIUM, BUNDESSTR. 78, 2000 Hamburg 19

Der Gründungskongreß der ALTERNATIVEN LISTE wird vorläufigen Charakter haben, was bedeutet, daß wir die Alternative Liste offen halten wollen – u.a. auch für eine einheitliche Liste mit den Grünen.

Für den ersten Kongreß schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

- **Erarbeitung programmatischer Leitsätze und eines politischen Selbstverständnisses**
- **Schaffung einer basisdemokratischen Struktur der Liste, die sie arbeitsfähig und aussagefähig macht.**
- **Klärung unseres Verhältnisses zu den außerparlamentarischen Bewegungen, zur Arbeit im Parlament und zu den bürgerlichen Parteien.**
- **Schaffung sachbezogener Arbeitsgruppen.**

Zum Kongreß wird eine Arbeitsmappe erstellt, in der die zu den oben genannten Punkten vorliegenden Papiere von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen zusammengefaßt werden sollen. Redaktionsschluß ist der 13. 11. 1981.

Erstunterzeichner des Aufrufs: Initiative für eine Alternative Liste, Bunte Liste - Initiativentreffen, Initiativkreis für eine AL aus Wandsbek, Eimsbüttel, Nord und Mitte, AL-Frauengruppe.

Kontaktadressen für Arbeitsmappe und Kongreßvorbereitung: Herbert Schalthoff, Borgfelder Str. 24, 2 HH 26, Tel. 25 38 41 — Wolfgang Witsch, Grenzbachstr. 11, 2 HH 71, Tel. 690 17 43

- **Klärung unseres Verhältnisses zu den außerparlamentarischen Bewegungen, zur Arbeit im Parlament und zu den bürgerlichen Parteien.**
- **Schaffung sachbezogener Arbeitsgruppen.**

Zum Kongreß wird eine Arbeitsmappe erstellt, in der die zu den oben genannten Punkten vorliegenden Papiere von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen zusammengefaßt werden sollen. Redaktionsschluß ist der 13. 11. 1981.

Erstunterzeichner des Aufrufs: Initiative für eine Alternative Liste, Bunte Liste - Initiativentreffen, Initiativkreis für eine AL aus Wandsbek, Eimsbüttel, Nord und Mitte, AL-Frauengruppe.

Kontaktadressen für Arbeitsmappe und Kongreßvorbereitung: Herbert Schalthoff, Borgfelder Str. 24, 2 HH 26, Tel. 25 38 41 — Wolfgang Witsch, Grenzbachstr. 11, 2 HH 71, Tel. 690 17 43

<u>Weitere Kontaktadressen:</u>

Initiative für eine Alternative Liste
Do. 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Raum 104

Bunte Liste – Initiativentreffen
Fr. 19 Uhr, Bartelsstr. 26, 2 HH 6, Tel. 43 21 71

<u>AL-Bezirksgruppen:</u>

Altona
Angelo
Tel. 38 44 58

Nord
Heinz Spilker
Tel. 460 28 51

Eimsbüttel
Beate Wutke
Heymannstr. 1, 2 HH 20,
Tel. 44 07 76

Mitte
Christian Schmidt
Gerstäckerstr. 17, 2 HH 11,
Tel. 36 62 62
oder Holger Kuhr
Tel. 35 22 55

Wandsbek
Sven, Tel. 677 63 14

AL-Frauen
Brigitte Westerkamp
Sierichstr. 76, 2 HH 60,
Tel. 27 34 71

AG-Wohnen der AL-Ini-Altona,
Martin Below, Tel. 39 47 38

Interessenten für eine AG-Energie und Umweltschutz: AGUI, c/o Bartelstr. 26

<u>Zur Unterstützung unserer Arbeit bittten wir um Spenden auf das folgende Konto:</u>

Spendenkonto für eine Alternative Liste
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)
Nr. 1009/ 76 20 79
Günther Kuhring

V.i.S.d.P.: H. Schalthoff, c/o Bunte Liste Büro, Bartelsstraße 26 – 1. Auflage, 4000 Stück

Das Neueste aus der SPD in SH:

Der Schmidt-Kurs zeigt Wirkung!

Das Neueste aus der SPD in SH:

Der Schmidt-Kurs zeigt Wirkung!

1. *,,Hoffmann und Matthiesen loben Kernenergiepolitik Frankreichs''*, so lautet die Überschrift über einen Bericht des ,,Flensburger Tageblatts'', 9.10.81, etwa eine Woche nach dem Landesparteitag. Das Blatt weiß zu berichten: *,,Matthiesen zeigte sich besonders beeindruckt, daß die Franzosen ihr Kernenergieprogramm nur vorantreiben, weil sie keine Kompaktlagerung praktizieren, Zwischenlagerung nicht nötig haben und Wiederaufbereitung und dadurch gefahrlose Endlagerung der Restbestände der abgebrannten Brennelemente betreiben''*.
2. An der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn nahmen auch vier SPD-Landtagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein teil. Dazu erklärte das ‚linke' Landesvorstands-Mitglied der SPD: *,,Diese Friedensdemonstration richtet sich nicht gegen die Politik der Regierung, sondern bekräftige die Idee der Friedenspolitik, mit der die sozialliberale Koalition 1969 in die Regierungsverantwortung gewählt worden sei''*.

Eppler wußte immerhin noch zu berichten, daß er den Bundeskanzler ,,drängen'' wolle, eine a n d e r e Politik zu betreiben....

3. Es ist schon pervers genug, daß auf der gegebenen politischen Grundlage die SPD es ist, die für 1983 *,,rot-grüne Wahlbündnisse''* dementiert! ,,.... *solche Bündnisse würden vielleicht gewünscht, sie seien aber weder in der Sache noch aus dem politischen Verhalten der SPD begründbar''*.

Sowas muß uns die SPD sagen, wir selbst sind zu kurzsichtig, sowas zu erkennen? Peinlich, peinlich!

Krach in der Bremer Grünen Liste [BGL]

„Grüne Liste praktisch geplatzt" und **„Dinne soll Mandat niederlegen"**, mit diesen Schlagzeilen drückt sich in der Bremer Tagespresse vom 4.11. das Ergebnis einer Pressekonferenz aus, mit der Peter Willers, BGL-Bürgerschaftsabgeordneter, erstmals die Öffentlichkeit über Widersprüche innerhalb der BGL informierte.
„Olaf Dinné hat die Bremer Grüne Liste als Hefe für seine Politik mißbraucht. Meine Freunde und ich haben diese Politik lange heruntergeschluckt – vielleicht waren wir schon zu lange loyal. Es wäre die sauberste Lösung, wenn Olaf Dinné sein Mandat niederlegen würde". So Willers laut „Weserkurier", 4.11.

Der Konflikt in der BGL schwelt schon länger; letzter Auslöser für seine öffentliche Distanzierung von Dinné sei der „Weser Report"-Artikel von Delphine Brox *„Züchte Raben und sie kratzen dir die Augen aus"* (s. Abdruck im letzten AK) gewesen, in dem D. Brox die Politik von Dinné ohne jede Differenzierung und in einer schlimmen Sprache dargestellt habe.

Willers wirft Dinne vor, aus wahltaktischen Gründen nur das „gesunde Volksempfinden" befriedigen und die SPD „metzeln" zu wollen, um nach der nächsten Wahl eine Regierungskoalition mit der CDU zu bilden. Minderheiten würden aus diesem Grund zum Abschuß freigegeben. So wolle Dinné an die 40 % „potentieller Grün-Wähler" herankommen.

Zwar argumentiere Dinné intern, er wolle eine Entwicklung in Richtung Faschismus verhindern, indem er gleichsam mit den Wölfen heule.

Harter Tobak, und Unterstützung bekam Willers gleich am nächsten Tag, als sechs der acht Beiratsmitglieder der BGL eine gemeinsame Erklärung rausgaben, in der sie Willers ihr Vertrauen aussprachen und die Mandatsniederlegung von Dinné u n d Delphine Brox forderten.

Austreten aus der BGL will Willers nicht, aber in Zukunft seine Kritik öffentlich äußern und im Parlament nicht mehr loyal gegenüber Dinné auftreten.

Man hört es förmlich: Das Aufatmen derjenigen, die doch so engagiert ihr ganzes linkes Gewicht in die Waagschale geworfen hatten, um der BGL mit ihrer Wahlkampfunterstützung („Links für Grün") die nötigen Stimmen für die Parlamentssitze zu verschaffen, die es Olaf Dinné überhaupt erst ermöglicht haben, seine Politik in diesem Rahmen zu machen. Sie waren gleich nach der ersten Euphorie des Wahlausgangs immer mehr verstummt. Nur ganz wenige trauten sich mit einer Kritik an der BGL-Politik an die Öffentlichkeit. Und auch sie brachten nicht ein Wort der Selbstkritik über ihre Lippen.. Wenn diese Linken jetzt meinen, sich reinzuwaschen, indem sie sich von dem schlimmen Olaf Dinné distanzieren, machen sie es sich zu einfach. Und auch Peter Willers macht es sich zu einfach, wenn er die rechte Politik der BGL personifiziert als Dinné'-sche Linie.

Es stimmt ja nicht, daß Olaf Dinné plötzlich eine andere Politik gemacht hat, die gegen die Linie der BGL verstoßen würde. Es gibt zwei Jahre Parlamentserfahrung mit der BGL, und die ist nicht erst in den letzten Tagen nach rechts abgedriftet, sondern war von Anfang an rechts! Da können ein paar fortschrittliche Schlenks, die es ohne Zweifel gegeben hat, das Image auch nicht aufpolieren. Die BGL ist doch bundesweit bekannt geworden durch ihre reaktionäre Haushaltsrede, in der gefordert wurde, im sozialen Bereich Gelder einzusparen.

Sie hat traurige Berühmtheit erreicht durch die Forderung nach einer Schutzgemeinschaft, um des Problems der Hausbesetzungen, des „Randalierens" und „Chaotentums" im Sanierungsviertel Ostertor Herr zu werden. Diese Initiative wurde inzwischen dankbar aufgegriffen und in eine Bürgerwehr weiterentwickelt.

Beide Beispiele liegen 1 1/2 bis 1 3/4 Jahre zurück! Und wenn es auch sein mag, daß die Initiative dafür von Dinné ausging, so hat doch niemand aus der BGL und deren Umkreis sich kritisch dazu geäußert, ganz im Gegenteil: gerade auch Peter Willers hat offensiv diese Politik vertreten. Z.B. ist er auf dem Kommunalpolitischen Kongreß in Bielefeld im letzten November für Olaf Dinné eingesprungen, der für's Podium vorgesehen war; er hat dort den BGL-Standpunkt vertreten und Dinné gegen Angriffe aus dem Publikum verteidigt.

Das Wahltaktieren auf dem Rükken der „Minderheiten", das Willers an Dinne jetzt angreift, ist nun wirklich nicht neu. Bereits in der Vorphase der BGL, als die spätere AL und BGL noch gemeinsam im „Initiativkreis für eine grün/bunte Liste" diskutierten, wurde mit „Wahltaktik" immer die Ausgrenzung der Schwulenproblematik, der Knast-Probleme und zum Teil auch der Fraueninteressen begründet, und nicht zuletzt natürlich die Ausgrenzung von Kommunisten. Das traurige Beispiel der BGL macht deutlich, daß eine Liste, losgelöst von der Basis, die sich der demokratischen Kontrolle durch die Initiativen entzieht, immer in der Gefahr steht, abzudriften und machtpolitisch die Position von irgendwelchen Karrieristen durchzusetzen, und damit einen nicht wiederaufzufangenden Schaden für die Wahlbewegung anzurichten.

Es ist wirklich erfreulich, wenn jetzt – endlich, endlich – Peter Willers aus dieser reaktionären Politik ausbrechen will und andere mitzieht, vielleicht die BGL dabei über den Deister geht (sie besteht laut Willers ohnehin nur aus s i e b e n Mitgliedern und einem Umkreis von ca. 30 Leuten), aber es reicht nicht aus, wenn er sich lediglich von Dinné distanziert. Um glaubwürdig zu sein, muß Willers sich schon äußern zu der Politik, die er zwei Jahre lang mit vertreten hat.

KB/Gruppe Bremen

Damit in der Schule wieder gesungen wird

Die CDU rüstet zur Trendwende

Am 4. Juli hat der Kultusminister von Baden-Württemberg, Mayer-Vorfelder, eine vielbeachtete und von seinen Parteifreunden stürmisch gefeierte Rede gehalten, in der er eine konservative „Trendwende" in der Bildungspolitik ankündigte.

Zwei Monate später trat er zusammen mit seinem rheinland-pfälzischen Kollegen Gölter mit einem Papier „Bundeswehr und Friedenssicherung", in dem die verschärfte Militarisierung der Schule sowie der Lehrerausbildung gefordert wird, an die Öffentlichkeit. Vor allem dieses Papier hat bisher in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt und Kritik hervorgerufen. Es geht aber um mehr. Es geht um eine umfassende, reaktionäre Bildungsreform. Mayer-Vorfelder, erst eineinhalb Jahre im Amt, aber schon als knallharter Durchsetzer reaktionärer Politik bekannt, macht für Baden-Württemberg den Vorreiter mit dieser „Tendenzwende". Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (aber auch andere CDU-Länder) werden wohl bald folgen. Nicht zuletzt ist diese „Trendwende" in der Bildungspolitik von allgemeinem Interesse und soll im folgenden etwas genauer durchleuchtet werden.

Rechtsruck – zurück zur reaktionären Schule

Mayer-Vorfelder gefällt die Art und Weise nicht, wie es an Baden-Württembergs Schulen zugeht. Das haben wir mit ihm gemeinsam. Aber das ist auch alles.

Seine Überlegungen setzen nicht etwa am täglichen Notendruck oder am Streß an. *„Schulstreß ist ein Modewort. Schulstreß ist so oft ein Freizeitstreß"*, behauptet er. Dafür sieht er dann die Probleme irgendwo anders: *„Schwierigkeiten in der Disziplin, einseitige Politisierung des Unterrichts, überzogene Demokratisierung, keine Ausübung von Autorität, mangelnde Studierfähigkeit"*, das seien die wirklichen Probleme, meint Mayer-Vorfelder. Entsprechend nehmen sich deshalb auch die Vorschläge aus, um die vermeintlichen Mißstände zu beseitigen.

Er geht dabei freilich nicht ungeschickt vor: er konstatiert Mißstände, die auch schon von Schülern beklagt wurden; aber die Lösungsvorschläge verraten seine wahren Intentionen: es geht ihm um eine rückwärts gerichtete „Reform". Als Beispiel: An Stelle der Verwissenschaftlichung des Unterrichts die auch schon von Schülern beklagt wurden; aber die Lösungsvorschläge verraten seine wahren Intentionen: es geht ihm um eine rückwärts gerichtete „Reform". Als Beispiel: An Stelle der Verwissenschaftlichung des Unterrichts will er zweifelhafte *„Gefühlswerte"* setzen.

„Meine Damen und Herren, ich will, daß wieder gesungen wird an unseren Schulen!", so läßt er unter dem Beifall des CDU-Parteitags in Donaueschingen vernehmen. Und nicht irgendetwas soll da gesungen werden, es müssen schon *„Volkslieder"* sein! Und nicht irgendwelche *„Gefühlswerte"* sollen wieder anerzogen werden, sondern z.B. *„Liebe zu Volk und Heimat"*. Es soll an dieser Stelle weder gegen „Gefühle" noch gegen die Begriffe „Volk" und „Heimat" polemisiert werden; es muß aber daran erinnert werden, daß man den Menschen bekanntlich dann besonders leicht indoktrinieren kann, wenn man sich seiner Gefühle bemächtigt. Es sei nur daran erinnert, daß die Nationalsozialisten genau dieses praktiziert haben, als sie den Heimat- und Vaterlandsbegriff zu einem Ausgangspunkt ihrer Propaganda machten. Die Jugend zum Krieg erziehen, das war das Ziel der Propaganda.

Und wenn dann Mayer-Vorfelder von *„Verteidigungsbereitschaft"* spricht und davon, daß er diese Werte wieder durchsetzen wolle, dann drängen sich derartige Vergleiche auf.

Zwei Schwerpunkte lassen sich in Mayer-Vorfelders Trendwende ausmachen:

Die Reform der Reform

Der erste ist die „Reform der Reformierten Oberstufe". Dabei will MV unter dem Vorwand von „mehr Allgemeinbildung" die erst vor ein paar Jahren ins Leben gerufene „Reformierte Oberstufe" wieder abschaffen und die Wahlfreiheit der Schüler fast gänzlich einschränken.

Sein Ziel: die Wiederherstellung des alten Gymnasiums als elitärer Bildungsanstalt und die verstärkte Auslese innerhalb eines gegliederten Schulsystems (Hauptschule-Realschule-Gymnasium). Das bedeutet auch eine Absage an die Gesamtschule.

Er geht dabei nach dem Motto vor: „So wenig wie möglich zur Hochschule durchlassen." Und er begründet das folgendermaßen:

„Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, daß derjenige, der irgendwas studiert hat und hinterher Kraftfahrer ist, daß der unzufrieden sein wird, ewig und drei Tage unzufrieden mit dem, was er tut. Daß aber der Facharbeiter, der seine Erfüllung findet in dem Beruf, für den er ausgebildet ist, zufrieden auch in der Selbsterfüllung, die er findet in diesem Bereich."

Eine fatale Logik. Wir lassen einfach soviel zur Universität durch, wie wir Arbeitskräfte brauchen. Für jeden soviel Wissen, wie er gerade in seinem zukünftigen Beruf braucht. Zuviel Wissen macht nur unzufrieden.

Natürlich steckt da noch mehr dahinter. Dahinter steckt die ganze Ideologie eines bürgerlichen Politikers. Von ihr wird später noch die Rede sein.

Bildungsziel: Gehorsam

Der zweite Schwerpunkt der „Trendwende" ist, *„christliche und humane Werte, die über Jahrtausende Gültigkeit gehabt haben und die auch morgen noch Gültigkeit haben werden, (...) wieder an das Oberdeck des Schiffes, das da heißt Bildungspolitik, zu stellen."* Wer da immer noch nicht verstanden hat, welche Werte gemeint sind, der soll nun herhören: es sind dies *„Fleiß, Verantwortungsgefühl, Pflichterfüllung, Ordnung, Disziplin"*. Wahrlich die Jahrtausende des christlichen Abendlandes sind nicht arm an diesen Tugenden.

Deshalb: Was unseren Großvätern recht war, soll uns billig sein. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hugo Leicht verstand dies so nett zu formulieren: *„Gerade junge Menschen fühlen sich allein gelassen, wenn ihnen lediglich mehrere Meinungen ohne Orientierungshilfe vorgestellt werden! Sie verlangen nach einer überschaubaren Ordnung in ihrer Umwelt, suchen nach Vorbildern."*

Solchermaßen unseren Bedürfnissen verpflichtet, macht sich nun Mayer-Vorfelder an die praktische Umsetzung:

Mißliebige Lehrinhalte beseitigen

– Bestimmte Fächer oder Teilbereiche sollen nicht mehr gelehrt oder stark eingeschränkt werden, weil diese kritische Lerninhalte enthalten und weil diese kritischen Lerninhalte auch durch eine Lehrplanrevision nur schwer zu beseitigen sind. Darunter fällt z.B. das Fach Technik an den Realschulen, darunter soll nun auch Medienkunde fallen – pikanterweise zu einem Zeitpunkt, da die baden-württembergische Landesregierung fällt z.B. das Fach Technik an den Realschulen, darunter soll nun auch Medienkunde fallen – pikanterweise zu einem Zeitpunkt, da die baden-württembergische Landesregierung sich aufmacht, das Kabelfernsehen einzuführen.

Die Begründung Mayer-Vorfelders ist eine argumentatorische Meisterleistung: *„Wir brauchen keine Medienkunde, wir brauchen Eltern, die bereit sind, den Kasten auszumachen zu Hause und wieder ein Gespräch zu führen mit den eigenen Kindern!"*

Die unmöglichsten Begründungszusammenhänge müssen da zur Erklärung herhalten. Was soll's! Die CDU-Parteitagsdelegierten wird's nicht gestört haben.

– Diejenigen Fächer, die nicht abgeschafft werden sollen, sind dafür Gegenstand einer Lehrplanrevision. Längst ist dabei vom „Abbau der Stoffülle", von „ der Entlastung der Lehrpläne", von „der Herstellung eines größeren Praxisbezuges" nur noch beiläufig die Rede. In der Hauptsache geht es um das, was der Kultusminister „Erziehungswerte" nennt: „Liebe zu Volk und Heimat", „Wille zur Leistung", „Fleiß", „Verantwortungsgefühl", „Pflichterfüllung", „Ordnung", „Disziplin", *„wieder das Wort Vaterland in den Mund nehmen ohne rot zu werden"*. Welche Fächer von dieser ideologischen Ausrichtung im Sinne der CDU in erster Linie betroffen sind ist klar:

„Ich werde auch eine einseitige Politisierung des Unterrichts nicht mehr zulassen. Und das, von dem ich spreche geschieht nicht nur in Gemeinschaftskunde, das geschieht im Deutschunterricht, das geschieht in Erdkunde, das geschieht natürlich in Geschichte und, ich sage das zu der Geistlichkeit, die hier (auf dem Parteitag) *anwesend ist, es geschieht leider Gottes auch allzuoft im Religionsunterricht, und deshalb nehme ich die überzogene Kritik an Institutionen des Staates in und über die Schule nicht mehr hin (...), weil ich es mir verbitte, daß in die Köpfe unserer Kinder Unrat eingepflanzt wird."*

Nein, da möchte man es sich selber vorbehalten, in die Köpfe der Kinder einzupflanzen, daß sie den Staat zu lieben haben, und den lieben Gott, und die Bundeswehr ... .

Denn *„es ist traurig für mich, wenn sich ganze Abitursklassen abmelden* (vom Wehrdienst)." Das muß anders werden. Eben dafür ist die Lehrplanrevision da.

Kritische Lehrer disziplinieren

– Gleichzeitig will Mayer-Vorfelder auch die Lehrer stärker an die Kandare nehmen. Schon seit dem Beginn seiner Amtszeit ist er bekannt dafür, daß er ein äußerst autoritärer Dienstherr ist, der auf Kritik von Untergebenen sehr heftig reagiert. Am bekanntesten ist der Fall der „Gläsernen Schule", einer Protestaktion der Lehrergewerkschaft GEW, mit der diese auf die Arbeitszeit der Lehrer aufmerksam machen wollte. Mayer-Vorfelder drohte mit Disziplinarmaßnahmen und Personalakteneinträgen. Ein anderer Fall ist die von ihm verordnete Schweigepflicht von Schulamtsleitern in Bezug auf Lehrermangel. Um keine Kritik an seiner Lehrereinstellungspolitik aufkommen zu lassen, will er verhindern, daß Schulräte Zahlen über die tatsächliche Situation der Lehrerversorgung an die Öffentlichkeit geben.

Der jüngste Fall ist der des Mergentheimer Lehrers Erhard Jöst, der in einer Heiratsanzeige mit einem Heinrich-Heine-Zitat begründete, warum er sich nicht kirchlich trauen läßt: *„Und fehlt der Pfaffen Segen, dabei, die Ehe ist gültig nicht minder"*. Das Oberschulamt setzte daraufhin die Beförderung des Lehrers zum Beamten auf Lebenszeit aus.

Mayer-Vorfelder: *„Und deshalb werde ich eben Dinge nicht mehr dulden, wie sie in Mergentheim vorgekommen sind. Wenn ein Lehrer im Unterricht davon spricht, daß Jesus über den See latscht, daß der katholische Geistliche den Wein allein trinkt und die anderen dumm danebenstehen und dies eine ganze Deutschstunde so geht, wenn er dann auch noch ein provozierendes Zitat bringt in seiner Hochzeitsanzeige: „Fehlt auch der Pfaffen Segen dabei, die Ehe ist gültig nicht minder", dann verträgt sich das nicht mit den Erziehungszielen, auf die der Lehrer ein Gelöbnis abgelegt hat"*.

Und er sagt weiter dazu: *„Ich sage das, weil wir wieder den Mut haben müssen, Flagge zu zeigen. Auch die Eltern, und ich stehe hinter allen Eltern, auch gerade in diesem Fall, die den Mut gehabt haben, dies an den Pranger zu stellen."*

Mayer-Vorfelder will vor allem die Eltern gegen kritische Lehrer aufhetzen und ein Klima von Mißtrauen und Denunziation schaffen. *„Die El-* *den Mut gehabt haben, dies an den Pranger zu stellen."*

Mayer-Vorfelder will vor allem die Eltern gegen kritische Lehrer aufhetzen und ein Klima von Mißtrauen und Denunziation schaffen. *„Die El-* *tern müssen aber an meiner Seite stehen und nicht immer kuschen, wenn es darum geht, konkret etwas zu sagen, aus lauter Angst, das Kind könnte eine schlechte Note bekommen. Allein schaff ich das doch gar nicht."*

Ein weiteres Beispiel ist die Disziplinierung von Religionslehrern, die in ihrem Unterricht der Friedenserziehung zu großen Raum geben. Dazu Mayer-Vorfelder: *„Aber ich bitte die Kirche, mit ihren Vikaren zu reden, daß bei aller Freiheit nach dem Konkordat auch eine gewisse Verpflichtung des Religionslehrers besteht, nicht einseitig zu indoktrinieren. Ich meine das im Blick auf die Verteidigungsbereitschaft."*

Dabei hat Mayer-Vorfelder derlei Befürchtungen, Religionslehrer könnten einseitig gegen die Bundeswehr indoktrinieren, selbst in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von CDU-Abgeordneten im Landtag verneint. Die Anfrage lautete:

„Liegen Erkenntnisse darüber vor, daß die Behandlung dieses Stoffes (Friedenserziehung, d. Verf.) gerade im Religionsunterricht häufig unter dem Vorzeichen der Verneinung der Bundeswehr vor sich geht?"

Antwort: *„Dem Ministerium für Kultus und Sport liegen offizielle Beschwerden im Sinne der gestellten Anfrage nicht vor!"*

Weshalb dann diese feigen Vorwürfe? Weshalb diese merkwürdigen Bitten an die Kirche? Die Antwort fällt nicht schwer: Es genügt Mayer-Vorfelder nicht, daß die Rel igionslehrer mehr oder weniger „ausgewogene" Friedenserziehung betreiben. Er will ja in Wirklichkeit gerade einseitige Erziehung, er will Wehrerziehung, so oft er diesen Begriff auch von sich weist.

Und er steht dabei nicht allein. Nicht ohne Grund wünscht auch Verteidigungsminister Apel „moralische Aufrüstung von Kindesbei nen an".

Die Kultusminister bemühen sich, dem Folge zu leisten. MV: *„Lassen Sie mich im Anschluß an die aktuelle Debatte* (zu einer Gelöbnisfeier) *auch sagen, daß gerade auch in dieser zweiten Phase das richtige Verständnis zur Bundeswehr, Entspannung und Verteidigungsbereitschaft verdeutlicht wird"*.

Das r i c h t i g e Verständnis zur Bundeswehr? MV wird es uns schon noch einbleuen. Marsch, Marsch!

„Pädagogischer Freiraum" für Willkür

Ein weiteres Vorhaben Mayer-Vorfelders hört sich nach dem ersten Eindruck ganz gut an: er kündigt der Bürokratisierung und den vielen Erlassen und Vorschriften den Kampf an und fordert mehr Freiraum für die Lehrer. Es handelt sich jedoch dabei um nicht weniger als um die Irreführung der Öffentlichkeit. Konkret hat Mayer-Vorfelder etwas völlig anderes im Sinn: *„Und das heißt für mich, daß wir die Position des Schulleiters als Repräsentant dieses Schulwesens unten vor Ort stärken müssen."*



„Ich bin mir nicht zu schade, einen Oberstudiendirektor oder einen Rektor, der eine Schülerzeitschrift im Vertrieb auf dem Schulgelände untersagt hat oder einem Rektor, der im Blick auf die Würde einer Prüfung vierzehn Tage vorher gesagt hat, Sie sollen nicht in Turnschuhen erscheinen, ich bin mir nicht zu schad und ich habs getan, diese Männer anzurufen und ihnen zu sagen, ich stehe hinter Ihnen bei diesen Maßnahmen, auch wenns im Landtag hochkommt. *sollen nicht in Turnschuhen erscheinen, ich bin mir nicht zu schad und ich habs getan, diese Männer anzurufen und ihnen zu sagen, ich stehe hinter Ihnen bei diesen Maßnahmen, auch wenns im Landtag hochkommt.* *Und dieses ist erforderlich. Jeder dort, wo er steht (sic), daß man diese Leute stützt, die hier so denken wie wir und die Erziehung wieder haben wollen."*

Mayer-Vorfelder redet vom Abbau *„einer überzogenen Demokratisierung"*. Nun kann von „Demokratie" an den Schulen wohl kaum die Rede sein, aber ihm ist wohl kein Feigenblatt lächerlich genug, um es nicht auch noch wegzunehmen. Konkret heißt das erstmal die Vereinfachung der Konferenzordnung: es soll noch leichter werden, einen Schüler der Schule zu verweisen. Ob der Minister ähnliches auch mit der „Schülermitverwaltung" vorhat, war aus seinem Redemanuskript nicht zu ersehen. Freilich sind die Rechte der SMV so dürftig, daß man sie schon ganz abschaffen müßte, wenn man auch hier etwas abbauen wollte.

Und der pädagogische Freiraum der Lehrer, der wird dann in der Ausübung von Autorität bestehen. Denn *„ohne Autorität ist Erziehung in der Schule nicht möglich"*. Er hat ja recht, unser Minister. Wenn wir es etwas anders ausdrücken, sehen wir, w i e recht er hat: Mit Demokratie ist (diese) Erziehung in der Schule nicht möglich. Denn diese Erziehung, die Mayer-Vorfelder da im Sinn hat, ist in der Tat nur mit Zwangsmaßnahmen und Repression durchzusetzen. Mit Zwangsmaßnahmen gegen Schüler und Lehrer.

Trendwende-Antwort auf eine unruhige Jugend

Die Tendenzwende Mayer-Vorfelders ist ganz klar eine Antwort auf die zunehmende Unruhe und Opposition der Jugend. Er bezieht sich in seiner Rede mehrmals ausdrücklich auf die „Jugendunruhen", auf die „Orientierungslosigkeit", der man mit einer Wertevermittlung entgegenwirken müsse.

Sein Programm ist eine ideologische Präventivmaßnahme: Er will durch offensive Indokrination an den Schulen verhindern, daß der Unmut von vielen in offene Opposition umschlägt. Die Speerspitze dieses Programms ist die „Erziehung zum Krieg", weil gerade die Hinwendung vieler Jugendlicher zur Friedensbewegung für die Herrschenden zur Zeit ein großes Problem darstellt. Aber auch auf allen anderen Gebieten soll diese ideologische Ausrichtung vor sich gehen.

Mayer-Vorfelder ist genau der richtige Mann, um dieses Programm durchzusetzen. Er bringt die notwendige Härte und Entschlossenheit mit, an der es seine Vorgänger Herzog und Hahn haben fehlen lassen.

Um gegen dieses Programm wirksam Widerstand zu leisten, werden deshalb erhebliche Anstrengungen von Lehrern, Eltern aber vor allem von den Schülern notwendig sein. Zwar stößt Mayer-Vorfelders Programm auf Kritik von den verschiedensten Seiten, aber dieser Minister hat schon gezeigt, daß er sich von verbalen Protesten nicht bremsen läßt. Immerhin hat die Lehrergewerkschaft GEW in Baden-Württemberg schon breit und kritisch zum Programm des Ministers Stellung bezogen.

Feierlicher Schlußappell zur Stärkung des reaktionären Selbstbewußtseins

Feierlicher Schlußappell zur Stärkung des reaktionären Selbstbewußtseins

„Und jetzt der Appell an uns alle, nicht zu erröten, wenn wir Sie ansprechen: Fleiß und Verantwortungsgefühl und Pflichterfüllung und Ordnung und Disziplin und auch, ich sags bewußt im Blick auf das, was sich in der Hausbesetzerszene abspielt, auch Recht und Unrecht müssen wir wieder beim Namen nennen. Nur wenn wir dieses tun, wird es uns gelingen, ein Koordinatensystem zu schaffen im Bereich des Erzieherischen. Und werden wir, liebe Parteifreunde, nicht unsicher, wenn wir als Gestrige oder ewig Gestrige bezeichnet werden. Es gilt, diese Werte, von denen ich sprach, zu verteidigen und wieder zu gewinnen, Werte, die gestern galten und für die Zukunft unserer Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind".

Der Schülerzusammenschluß, die stärkste Schülerorganisation Freiburgs, jedenfalls bemüht sich, den Widerstand in Freiburg und Umgebung in Gang zu bringen. Bisher informierten wir die Schüler vor allem über Flugblätter und Schülerzeitungsartikel. Ein erst kürzlich besetztes Autonomes Zentrum, in dem wir uns ein Schülerbüro einrichten, gibt uns die Möglichkeit, die Schülerarbeit in Freiburg besser zu koordinieren und auszuweiten. Am 20.11. um 20 Uhr machen wir in Zusammenarbeit mit dem AK "Jugend der Bunten Liste" eine Veranstaltung zu dem Thema „Der HELDENTOD will gelernt sein/ Wehrerziehung und Militarisierung an den Schulen".

Vor etwa 3 Wochen hat sich auch bei einem Treffen von 600 Schülervertretern aus ganz Baden-Württemberg eine Landesschülervertretung konstituiert. Mayer-Vorfelder hat ihr daraufhin sofort den Kampf angesagt. Er meinte: *„Schülerfunktionäre brauchen wir nicht"*. Schüler sollten sich in ihrer Aktivität auf überschaubare Bereiche (die eigene Schule) beschränken.

Wir werden in den nächsten Monaten deshalb alles tun, damit diesem Wunsch nicht entsprochen wird.

Ein Schüler aus Freiburg

Die bleierne Zeit

Dieser Film gehört im Moment wohl zu den meistbesprochenen und – diskutierten Filmen. Gedreht hat ihn Margarete von Trotta nach Erzählungen von Christiane Ensslin, mit der sie befreundet ist.

Es geht in der „bleiernen Zeit" um die Schwestern Ensslin; der Film geht jedoch in mehrerer Hinsicht darüber hinaus, sodaß es zu kurz gegriffen wäre, ihn nur unter dem politischen, psychologischen oder individuellen Aspekt zu betrachten, wie dies teilweise geschieht.

Es ist vielmehr eine Stärke des Films, zu zeigen, wie intensiv und kompliziert dies Beziehung gerade dadurch ist, daß diese zwei Frauen jede einen politisch ganz anderen Weg gehen, und wie sehr das ihre Persönlichkeit, ihr Leben, ihre Gefühle, ihr Verhältnis bestimmt.

Der Film bleibt nicht dabei stehen, die konkrete Geschichte der Schwestern Ensslin nachzuzeichnen; dadurch, daß er an keiner Stelle direkt von den 50er Jahren ihrer Kindheit, von der 68er- Bewegung, der RAF spricht, bleiben diese konkreten Bedingungen, die ihre Entwicklung entscheident beeinflußt haben, allgemein und insofern in ihrer Erscheinung austauschbar. Umgekehrt wird sehr deutlich, wie individuell völlig verschieden zwei Menschen auf eben diese äußeren Verhältnisse reagieren. Die Rückblenden in die Kindheit oder die späteren gemeinsamen Erfahrungen skizzieren ihre subjektive Geschichte, die ihre Beziehung zueinander ausmacht.

Ausgenommen davon ist die Darstellung der Gründe, die Gudrun bewegt haben, in den Untergrund zu gehen. Diese Entscheidung stellt sich im Film als völliger Bruch mit ihrem bisherigen Leben dar. Genau diese Unvermitteltheit wird oft kritisiert mit der Begründung, daß s o eine kritische Aufarbeitung der RAF nicht möglich sei, daß im Grunde den bürgerlichen psychologischen Erklärungsmustern nichts entgegengesetzt werde, d.h. dieser Schritt nicht als ein bewußt politischer nachvollziehbar gemacht wird. Daran ist richtig, daß der Film psychologische Momente nicht ausklammert; er deutet die Politisierung Gudruns auch nur an.

Diese Kritik geht meiner Meinung nach aber an dem Anspruch des Films vorbei. Der Film ist aus Christianes Sicht gedreht, und von daher finde ich, daß der Film durch den Verzicht auf die Darstellung dieser Entwicklung vor der Entscheidung für diesen Weg viel mehr Achtung beweist und sich insofern schon von den bürgerlichen viel mehr Achtung beweist und sich insofern schon von den bürgerlichen Analytikern abhebt: er macht Gudrun nicht zum Objekt, sondern akzeptiert ihre Entscheidung, stellt diese als Tatsache in den Raum – damit, und nicht mit dem W a r u m , was Abgrenzungen und Distanzierungen erleichtert, muß man sich auseinandersetzen.

Ebenso unvermittelt kommt im Film die Nachricht von Gudruns Tod – kein Hinweis auf Kontaktsperre, Mogadischu, die Vorphase des „Deutschen Herbstes". Doch um wieviel unglaubwürdiger wirkt dann ein „Selbstmord"? Der Film bestreitet auf diese Weise das offizielle Motiv und führt es damit ad absurdum.

In mehreren anderen Szenen kommt diese Anklage gegen die Lügenpropaganda der Stammheimer „Selbstmorde" zum Ausdruck – die Puppe, die Christiane nach Größe und Gewicht Gudruns genäht hat, fällt, weil der Strick, mit dem sie aufgehängt wurde, reißt. – Die Szene, in der Gudrun lange vor dem Bild des gekreuzigten Jesus steht, dem Symbol für die Hinrichtung des Menschheitserlöseres.

Der Film zeichnet Gudrun als Menschen, sehr hart teilweise, aber auch sehr stark und sensibel, und das am eindringlichsten in den Szenen, in denen Christiane Gudrun im Knast besucht. Die Unversönlichkeit ihrer politischen Überzeugungen prallt jedesmal aufeinander, und gleichzeitig neben dieser harten Auseinandersetzung verbindet sie eine sehr große, zärtliche Zuneigung. Zu dieser Offenheit und Intensität gehört unglaublich viel Mut und Kraft, und zugleich scheinen sie mir tatsächliche, dringende Notwendigkeit zusein, um unter diesen aufgezwungenen Lebensbedingungen eine eigene Identität behaupten zu können. Diese Menschlichkeit und Liebe zueinander trotz dieser Widersprüche, die Art, damit umzugehen, empfand ich als eine der stärksten Aussagen des Films. An diesen Szenen wird auch deutlich, daß die gegensätzlichen Auffassungen über Veränderung des Bestehenden denselben Ursprung haben, bei aller Ausschließlichkeit einen gemeinsamen Kern und ein gemeinsames Ziel, und so gesehen ist der Film wohl auch als Kritik und Appell zu verstehen, sich innerhalb der Linken auseinanderzusetzen, statt sich voneinander zu distanzieren.

Der Film reißt meiner Meinung nach eine Reihe von Fragen an, die sich weniger mit der Politik der RAF und ihrem Selbstverständnis beschäftigen, als vielmehr mit den Konsequenzen, die das für die Menschen ihrer Umgebung mit sich bringt. Das heißt z.B. für Christiane, daß ihr Leben immer stärker durch die Notwendigkeit Gudrun im Knast zu unterstützen, bestimmt wird. Nach Gudruns Tod gibt sie ihr bisheriges Leben auf, um zu beweisen, daß Gudrun sich nicht selbst erhängt hat – sie verliert ihre Arbeit; ihre Beziehung bricht unter der Belastung zusammen. Gudruns Kind kommt zu Pflegeeltern, weil Christiane es ablehnt, für den Jungen zu sorgen. Sie ist nicht bereit, sich von Gudrun deren Leben aufzwingen zu lassen, auf diese Weise eine Politik zu unterstützen, die sie für sich selber ausschließt.



Dabei geht es hier nicht so sehr um eine moralische Wertung; der Film schneidet sehr grundsätzliche Probleme an, die mit der heutigen Entscheidung, ob es heute (oder vor ein paar Jahren) richtig ist in den Untergrund zu gehen, mittelbar zu tun haben, weil diese Politik den Anspruch hat, für eine menschliche Gesellschaft zu kämpfen. Diesen Aspekt, ob dieser Weg politisch richtig oder falsch ist, beleuchtet der Film bewußt nicht. Er kämpfen. Diesen Aspekt, ob dieser Weg politisch richtig oder falsch ist, beleuchtet der Film bewußt nicht. Er leistet tatsächlich keine kritische Aufarbeitung der politischen Strategien, sondern nähert sich dem Problem von der menschlichen Seite, von der persönlichen Betroffenheit, ohne allerdings die eindeutig politischen Ursachen dessen auszuklammern, macht sie im Gegenteil erkennbar als solche. Der Film dokumentiert den politischen Streit, wie er von Gudrun und Christiane geführt wird, und enthält sich konsequenterweise der Darstellung der Entwicklung, die schließlich zur RAF führte.

Man kann daher darüber streiten, ob dieser Ansatz sinnvoll, ausreichend etc. ist oder nicht. Man kann aber, glaube ich, sagen, daß der Film seinen Anspruch sehr gut verwirklicht.

Die Schwierigkeit, die sich unabhängig von dieser Frage ergibt, ist, daß ein Verständnis dieses Films die Kenntnis der realen Ereignisse und Entwicklung, d.h. ein linkes, „geschichtliches Vorverständnis" voraussetzt: man muß eine Vorstellung haben, was es in diesem Staat heißt, militant zu sein, erst recht, in den Untergrund zu gehen. Nur mit diesem Verständnis wird Gudruns Härte nachvollziehbar, die Rücksichts- und Kompromißlosigkeit. Man muß wissen, daß Gudrun erhängt wurde, um die Szene mit der Puppe zu verstehen, man muß wissen, welche Hetze hierzulande betrieben wird, die sich darin realisiert, daß jemand versucht, das Kind Gudruns umzubringen, und daß dieser Mordversuch tatsächlich unternommen worden ist, – um nur einige Beispiele zu nennen. Ich denke, daß sich der Film über diesen „Mangel" bewußt ist – in der letzten Szene fordert das Kind, nachdem es das Bild seiner Mutter zerrissen hat, von Christiane, ihm alles über Gudrun zu erzählen.

Insgesamt ist dies ein sehr mutiger, eindringlicher Film, ein sehr menschlicher nicht zuletzt, den sich jede/r unbedingt ansehen sollte.

I., Kulturkommission

Wohin gehst du, Genoss/in/e?

Lindenberg – reaktionär? Und was ist dann Heino?

Liebe/r „Fassanbass"!

In Deinem Leserbrief auf meine Kurzbesprechung der letzten Lindenberg-LP „Udopia" (s. AK 208 und 211) schwingst Du den „ML-Hammer", der in der schlechtesten „ML"-Tradition steht, und den wir doch vor ein paar Jahren in der Elbe versenkt glaubten. – So geht Dir m.E. jedes Gespür für Ironie, Sarkasmus u.ä. ab, denn dazu schreibst Du nicht nur keine Silbe, obwohl ich das gerade als das wichtigste Stilmittel des Liedes herauszuarbeiten versuchte, sondern Du sparst – mich angeblich zitierend – den Nebensatz bezüglich des Problems des Ironiegebrauchs bewußt aus.So bringst Du die uralten „ML"-Plattitüden, daß Lindenberg nur des Absatzes seiner Platten wegen den *„Jargon des Publikums nachahmt"* und sowieso mit Vorsicht zu genießen sei, da er immer noch bei *„Teldec produziert"*. (Beurteilst Du Biermann z.B. auch danach, daß er bei CBS produziert?). Und überhaupt muß wohl die geringste Popularität der beste Garant für Fortschrittlichkeit sein?! So äußerst Du nichts über die Musik, die ich nicht nur n e b e n den Inhalten sehe, sondern im engsten Zusammenhang mit diesem, sodaß sich mir der Verdacht näherte, Du habest die Aufnahme vielleicht gar nicht mal gehört? Den Höhepunkt Deiner Aussagen sehe ich jedoch in dem Etikett *„reaktionär"*, das Du dem Lied aufdrückst, worin sich für mich eine völlige Begriffsverwirrung äußert. Deine Gründe: eine *„angebliche"* Auseinandersetzung mit der Kriegsgefahr, keine Benennung der *„Verursacher"* bzw. deren *„Personifizierung"* (??); die Menschen würden zu *„Statisten"* degradiert, die Kritik sei *„indifferent"* und *„ausgewogen"*, es beschwöre nur *„Frust"* herauf und habe *„aber keinesfalls irgendeinen informativen, organisierenden oder aktivierenden Effekt"*, *„nicht nur die Krisen-Mediziner scheinen ratlos, was sie verordnen sollten ..."*.

Was also wirfst Du Lindenberg vor? Überspitzt ausgedrückt doch, **daß er weder die KB-Analyse in diesem Lied ausdrückt, noch daß es den Effekt hat, was wir mit unserer gesamten Politik bezwecken! Wir** sollten Udo schleunigst aus der Organisation werfen!

Nun genug der Polemik; aber das mußte ich erst einmal loswerden, weil ich Deine Position nicht nur anmaßend und ärgerlich, sondern auch schädlich finde – und sie für überwunden hielt.

Was k a n n ein Lied bewirken?

Ich möchte das „soll" in Deiner (berechtigten) Frage durch ein „kann" ersetzen, weil diese Frage sowohl für bürgerliche, aber insbesondere für fortschrittliche Künstler wichtig und als ungelöst anzusehen ist.

Daher möchte ich auch nur kurz und thesenartig einige Probleme anreißen, worüber wir in Zukunft mehr arbeiten und diskutieren müssen.

- Kunst spielt sich im Überbau-Bereich ab, in der Ideologie, zielt auf das Bewußt-sein der Menschen.
- Kunst kann nur im Hinblick darauf *„informierend, organisierend oder aktivierend"* wirken, wie Du Dich ausdrückst. Sie wird sich in den seltensten Fällen d i r e k t auf das Verhalten und das Handeln der Menschen auswirken. Sie k a n n Impulse und Anstöße dafür liefern.
- Kunst ist sowohl Widerspiegelung der Wirklichkeit und der gesellschaftlichen Bewegungen als auch ein Darüber-Hinaus-Weisen, Weiterdenken oder aber Zurück-Drehen, je nachdem.
- Kunst wird von Menschen produziert, die in der Lage sind, Wirklichkeit real darzustellen oder sie zu verzerren, je nach ihrer parteilichen Haltung für gesellschaftlichen Fortschritt oder gegen ihn.
- Künstler als Produzenten sind gleichzeitig Produkte gesellschaftlicher Wirklichkeit, soll heißen, daß sie – wie alles andere auch – widersprüchlich sind.
- Künstler haben Zielgruppen vor Augen, die sie mit ihren Produkten erreichen wollen, und zwar mit Mitteln und auf Wegen, die wiederum Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüchlichkeit sind.

Ich möchte mich auf diese Problemkreise beschränken, um anzudeuten, welch komplexe Zusammenhänge wir bei einem Kulturprodukt bedenken und untersuchen müssen, um es schließlich bewerten zu können. Und daß unsere bisherige Arbeit, unser Handwerkszeug und unsere Wertmaßstäbe dazu alles andere als ausreichend sind, wirst auch Du nicht bestreiten. Dieser Mangel wird uns in der Kulturkommission allmählich immer bewußter (auch im Hinblick auf eine zukünftige Zeitungsarbeit hin, wobei uns die bisherige auch nicht zufriedenstellte). Daher wollen wir uns künftig mehr mit grundsätzlichen und auch aktuellen Fragen im o.a. Sinne beschäftigen. (In diesem Sinne entsprach weder meine Plattenbesprechung, noch Deine Kritik daran unserer künfigen Aufgabenstellung. Nur hast Du teilweise Pappkameraden aufgebaut bzw. Äußerungen von mir verfälscht, teilweise Dinge als sicher dargestellt, die so sicher nicht sind, und die ich daher in Frageformulierungen und in Klammern angedeutet habe.)

Was uns not tut, ist m.E. eine viel größere Bescheidenheit den Menschen und der Umwelt gegenüber im Sinne der ungeheuren unbewältigten Probleme und ungelösten Fragen unserer Zeit und eine viel größere Unbescheidenheit uns selbst gegenüber im Sinne des Untersuchens, Erforschens, des Lernens.

Die „Schmetterlinge" haben in einem ihrer frühen Lieder über die angerissene Kontroverse folgendes gesungen:

„Was ändert man mit einem Lied? Das stell'n wir zur D e b a t t e./Das ganze Leben ist ein Kampf/und so auch diese Platte."

Ich rechne mit Dir in dieser Debatte. Solidarische und m.I. Grüße

D. Genosse der Kulturkommission

P.S.: Zu Deinem Abschnitt über Distanzierung und Resignation nur kurz eine Entgegnung als Anregung: Ohne die Betroffenheit als Basis verkommt m.E. jede Distanz davon (verklärt als Analyse) zu reinem akademischen Geschwätz. Das Bewußtsein als bewußtes Sein (= Betroffenheit) ermöglicht doch erst Widerstand und Kampf; Distanz fördert Resignation durch eine Trennung von Dingen, die nicht zu trennen sind. Oder?

Wut über die Bots

Die Platte „Aufstehn" von den Bots, in der Alternativpresse hochgelobt, landete in vielen linken Haushalten. So auch bei mir, weil ich „Sieben Tage lang" und „Aufstehn" so toll fand und immer noch finde.

Meine Freude über die neue LP wandelte sich in ungläubiges Staunen um, als ich das Lied „Krüppel" hörte. Nach mehrmaligem Hören und Nachdenken kam mir dann die Wut. Das Lied soll die Lage eines arbeitslosen Menschen darstellen, und das hört sich folgendermaßen an:



„Ich muß wohl lauter werden, ich bin auch was wert./Denn verdammt, bin ich ein Krüppel,/ der es nicht versteht, wer gewinnt und wer zahlt?/Es kotzt mich an, immer weiter herumgeschubst zu werden/ zwischen Sozial- und Arbeitsamt, wie ein wehrloser Ball".

Die ersten zwei Zeilen sollte man/frau sich mal im Zusammenhang laut vorlesen, um zu erfassen, was das für eine Aussage ist.

Ist es so, daß Krüppel/Behinderte
- nichts wert sind
- nicht durchblicken, wie die Machtverhältnisse sind
- wie wehrlose Bälle herumgeschubst werden dürfen?

Können wir dazu schweigen, daß eine linke Musikgruppe unter Mitarbeit von Leuten wie Venske, Wallraff und Biermann ein Lied veröffentlicht, in dem gängige behindertenfeindliche Vorurteile unkritisch reproduziert werden? Ist es selbstverständlich, daß 5000 sozial engagierten Leuten auf dem Hamburger Gesundheitstag zu diesem Lied keine originellere Reaktion einfällt, als Beifall zu klatschen?

All diesen Leuten mache ich keine Vorwürfe. Vorurteile wie die oben zitierten geistern immer noch in vielen Köpfen mit „fortschrittlichem Bewußtsein" herum. Ich unterstelle auch Joan Baez keinen bösen Willen; daß sie nach einem ergebnislosen Gespräch mit einer US-Regierungsbehörde von einem „Taubstummendialog" spricht, ist trotzdem ein Hammer! Solche Aussprüche geben eigentlich nur wieder, was wir Nichtbehinderten über Behinderte zu wissen glauben.

Die gängige Praxis, daß der Grad einer Behinderung mit dem Grad der Erwerbsfähigkeit gleichgesetzt wird, führt dazu, den Wert eines Menschen in Zahlen auszudrücken, z.B. 70% erwerbsgemindert. Wer 100% erwerbsunfähig ist und dazu noch den Stempel „Pflegefall" aufgedrückt bekommt, verliert sogar jeden Therapieanspruch bei den Krankenkassen. Das hat zur Folge, daß nur noch das körperliche Überleben gewährleistet wird, weil es ja bei uns keine Vernichtung „lebensunwerten" Lebens mehr gibt. An deren Stelle ist die soziale Euthanasie getreten. Diejenigen, die noch nicht einmal die Chance auf einen Platz in der Warteschlange von inzwischen über 80.000 arbeitslosen Schwerbehinderten in der BRD haben, kennen nur wenige von uns, denn sie werden hinter Anstaltsmauern „versorgt".

Diese Realität findet sich ansatzweise im Lied wieder, allerdings ohne die Kampfansage dagegen, die von einer Gruppe wie den BOTS legitimerweise erwartet werden kann. Daß die Verfasser des „Krüppel"-Liedes über all dies nachgedacht haben, bevor das Lied verfaßt wurde, möchte ich nicht unterstellen.

Hp., Bremen

III. Sozialistische Konferenz in Bochum, 27.-29.11.1981

„Kriegsgefahr und Friedenspolitik“

Auf der **Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend (19 - 23 Uhr)** halten die eingeladenen Referenten Kurzbeiträge (ca. 10 Minuten) zu der Fragestellung: Reicht es aus, daß die verschiedenen Kräfte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik darin einig sind, die Stationierung der Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe zu bekämpfen; Was sind die Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr? Welche Positionen müssen die Sozialisten in der Friedensbewegung vertreten, um der weltweit wachsenden Kriegsgefahr wirksam entgegenzutreten? Bilden die Konzepte der Atomwaffenfreien Zone, der Neutralität, der Blockfreiheit, des Pazifismus, der defensiven Verteidigung realistische Perspektiven für die Friedensbewegung?

Als Repräsentanten unterschiedlicher sozialistischer Positionen in der Friedensbewegung sind eingeladen:
Ulrich Albrecht, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff (SOST), Heinrich Eckhoff (KB), Ralf Fücks (ISP), Gerhard Kade, Petra Kelly (Grüne), Beate Langefeld (DKP), Jutta Kolkenbrock-Netz, Gerhard Schröder (SPD), Michael Stamm (ISP, Z). Anschließen Diskussion

Am Samstagvormittag (ab 9 Uhr) finden Arbeitsgruppen statt. Die AGs werden von Referaten eingeleitet.

AG 1: **Politik der USA – Kurs auf den III. Weltkrieg?**
(Koordinator: F. Schlupp, SB; Referenten: P. Lohauß, SOST; W. Elfferding, (Argument)

AG 2: **Sowjetunion – Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst?**
Koordinator: W. Süß; Referenten: W. Krippendorff, MSB; U. Schmiederer, SB)

AG 3: **Weshalb gibt es im Bundestag eine „Allparteienkoalition“ für die NATO?**
Koordinator: R. Ascheberg, ISP, Z; Referenten: M. Merkel, Asta Uni Bochum; B. Zeuner, AL)

AG 4: **Militarisierung der Köpfe und des Alltagslebens**
(Koordinator: M. Jäger, Argument; AG des SFBW)

AG 5: **Soziale und ökologische Folgen der Hochrüstung**
(Koordinator: J. Bünnig, Revier; Referenten: R. Stange, Wechselwirkung; J. Huffschmidt, DKP)

Am Samstagnachmittag (ab 15 Uhr) finden Arbeitsgruppen statt, die die Aufgaben von Sozialisten in der Friedensbewegung unter folgenden Fragestellung diskutieren werden:

AG 6: **Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit?**
(Koordinatorin: E. Müller, Russell-Initiative; Referenten: W. Maier, ISP; N. Gansel, SPD)

AG 7: **Wie kann sich die Friedensbewegung auf Widersprüche und friedenspolitische Ansätze von SPD und Gewerkschaften beziehen?**
(Koordinatoren: SKI Münster; Referenten: T. Langer, ISP, Z; SK Münster)

AG 8: **Braucht die Friedensbewegung alternative Verteidigungskonzepte, wenn ja, gegen wen? Ist der Pazifismus eine Alternative?**
(Koordinator: C. Wellmann; Referenten: W. Harich; K. Mellenthin, KB)

AG 9: **Wie kann die Friedensbewegung in der BRD auf staatliches Handeln Einfluß nehmen, ohne integriert zu werden?**
(Koordinatorin: Almut Westecker, MSB; Referenten: W. Krumbein, SPD; F. O. Wolf, ISP)

Am Sonntagvormittag (ab 10 Uhr) findet ein Plenum statt, in dem Ergebnisse der Arbeitsgruppen in Kurzberichten (ca. 5 Minuten) zusammengefaßt werden soll.

Diskussionstexte

Zur Vorbereitung auf die Konferenz und zur Diskussion in den Arbeitsgruppen ist der Band V der Materialienreihe zur SK geplant, der ab 31.10.81 in allen linken Buchläden oder gegen Vorauszahlung von DM 12,– beim Pablo Neruda Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1 zu haben ist.

Nähere Informationen und weiteres Material:

Rundbrief Nr. 6, Oktober 81, 2,50 DM
Programmprospekt, zur 3. SK, kostenlos
Programmplakat A1, kostenlos
Reader zur 3. SK Preis 12,- DM

Teilnahmegebühr: 13,–DM (Eintrittsbutton)

Anmeldung zur 3. SK und Materialien:
(gegen Vorauszahlung)
Pablo Neruda Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1 76 18/32 34 17

Die III. Sozialistische Konferenz findet vom 27.-29.11.81 in Bochum statt. Kontaktadresse: Asta Uni Bochum, Leunershofstr. 60, Tel. 0234-7006712/7002416/7002226.

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative

Aufruf zum Krüppel-Tribunal

Aufruf zum Krüppel-Tribunal verabschiedet

Neben einigen anderen wichtigen Entscheidungen zur Vorbereitung des Krüppel-Tribunals wurde auf dem letzten bundesweiten Vorbereitungstreffen in Marburg am 10./11.Oktober der nebenstehende „Aufruf zum Krüppel-Tribunal“ verabschiedet.

Wer sich in irgendeiner Form am Krüppel-Tribunal beteiligen will, wende sich an die örtlichen Initiativen oder an die überregionale Kontaktadresse: Hannelore Wittkofski
Fettstraße 22
2000 Hamburg 6

Ein Gen. der Behindertenkommission

Ausgehend von dem Bewußtsein
– daß auch im „Jahr der Behinderten“ 1981 Behinderte in Heimen eingesperrt, in Werkstätten für Behinderte ausgebeutet, in psychiatrischen Anstalten gefoltert werden;
– daß auch in diesem Jahr Politiker den Heiligenschein eines „Behindertenfreundes“ für sich in Anspruch nehmen, während sie gleichzeitig mit ihren „Sparmaßnahmen“ Angriffe auf die Lebensgrundlage von Krüppeln starten

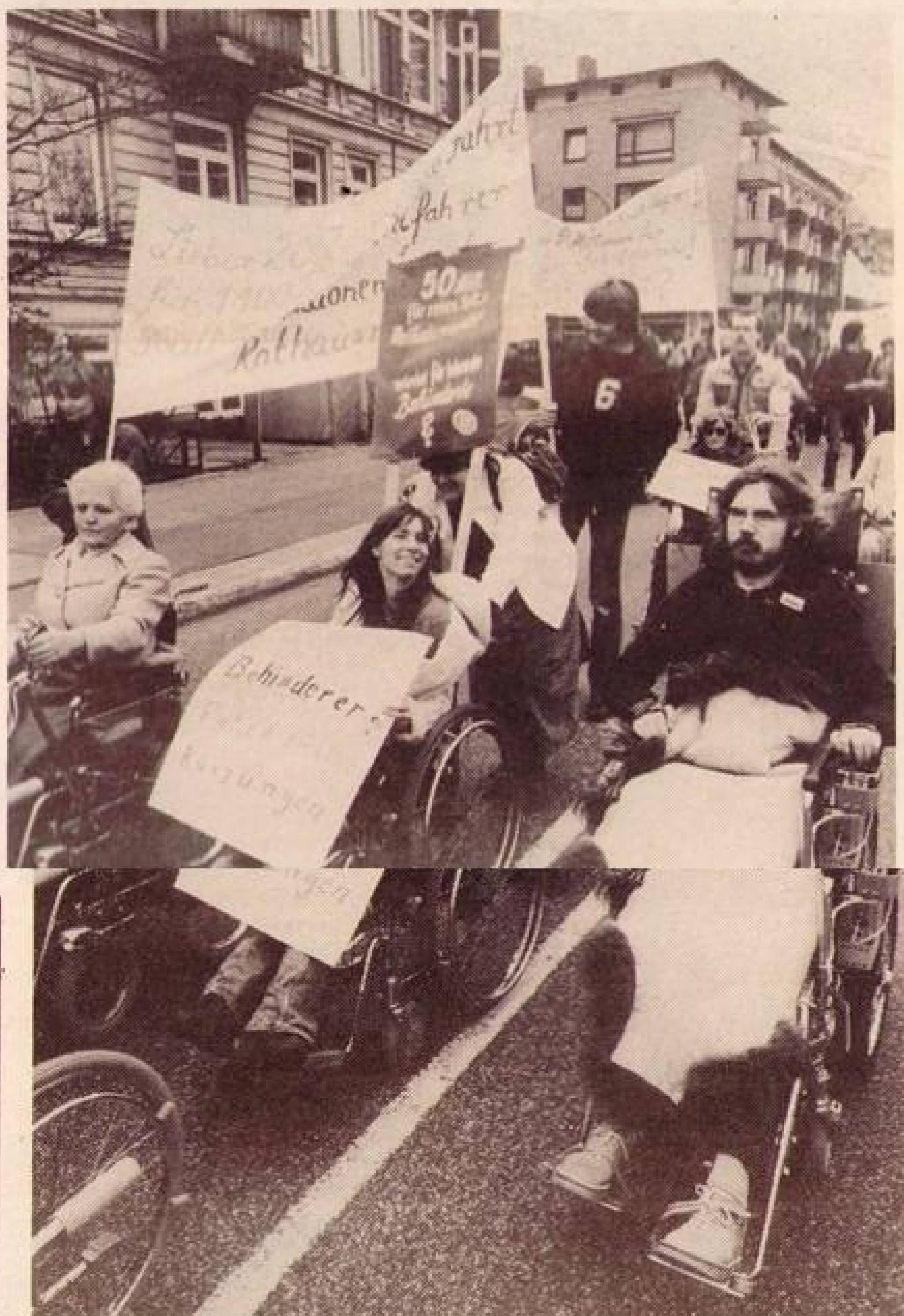
Geleitet von der Überzeugung,
– daß sich nichts ändern wird, wenn wir es nicht ändern,
– daß nur unser Widerstand gegen die bundesrepublikanische Krüppelsituation etwas erreichen kann und
– daß wir gemeinsam unausstehlich sind für alle Behinderer

haben wir die Durchführung des Krüppel-Tribunals im Dezember 1981 beschlossen.

Anhand von neuen Anklagepunkten wollen wir die für Menschenrechtsverletzungen an Behinderten hier und heute Verantwortlichen einer öffentlichen Anklage unterziehen: Politiker, Verwaltungsbeamte, Gesetzgeber, Heimaufseher und sonstige Fachleute in Sachen Behindertenunterdrückung.

Gleichzeitig soll deutlich gemacht werden, daß hinter allen Maßnahmen gegen Einzelpersonen ein ganzes System der Aussonderung, Isolierung, Entrechtung von Behinderten steht.

Alle Krüppel der BRD und solche, die es noch werden wollen, rufen wir hiermit auf: Arbeitet in den örtlichen Vorbereitungsgruppen mit, gebt uns Informationen über eure Situation und kommt zur öffentlichen Durchführung des Tribunals am **12. und 13. Dezember 1981 in Dortmund.**



Internationales Jahr der Behinderten

Das UNO-Jahr der Behinderten hat dreiviertel seiner Zeit hinter sich. Bereits bei der Besetzung der Bühne auf der Eröffnungsveranstaltung zum Internationalen Jahr im Januar in Dortmund haben wir uns gegen die Heuchelei der offiziellen Veranstalter zur Wehr gesetzt. Unsere schlimmsten Befürchtungen, daß die Situation Behinderter nach diesem Jahr schlechter sein wird als vorher haben sich bisher voll bestätigt, wurden sogar durch die Praxis noch weit übertroffen.

Noch immer kann ein Hans Mohl im ZDF seine behindertenfeindliche Ideologie einem Millionenpublikum vorsetzen. Noch immer werden als „Pflegeheime“ oder „Reha-Zentren“ getarnte Behindertengettos betrieben, neue werden geplant (wie z.B. in München oder Marburg); noch immer ist es einfacher, vom Staat Tausender-Beträge für eine Heimunterbringung oder einen Werkstattplatz zu bekommen als eine müde Mark für privates Wohnen; noch immer werden Krüppel als schmückendes Beiwerk für Festtagsreden akzeptiert, als sebständige Persönlichkeiten mit eigenen Bedürfnissen aber ignoriert.

Dennoch legten die „Behinderer“ ausgrechnet in diesem Inaternationalen Jahr noch einmal gehörig zu: Fahrdienste in Bremen und Hamburg (wohl auch anderswo) sollen gekürzt werden, der Protest hiergegen wird teilweise mit Brachialgewalt unterdrückt (s.Hamburg); die Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter steigt unaufhaltsam; der Einsatz von Zivildienstleistenden wird zunehmend repressiver gehandhabt; und schließlich sollen gerade im Sozialbereich Beträge in Millionenhöhe „eingespart“ werden.

Sparmaßnahmen

Allein 500 Millionen DM sollen bei der beruflichen Rehabilitation Behinderter gekürzt werden. Diese berufliche Rehabilitation wäre insgesamt überflüssig, wenn genügend behindertengerechte Lehrstellen und Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Solange die staatlichen Instanzen hierzu nicht willens und in der Lage sind, bedeuten diese Kürzungen eine drastische Verschlechterung der Situation der Betroffenen. Aber auch andere Sparmaßnahmen treffen uns Behinderte: die Rezeptgebühr im Bereich der Krankenkassen, die Erhöhung der Rahmenfrist für das Arbeitslosengeld und schließlich die Kürzungen im Wohnungsbau und beim Wohngeld, wobei die vollständige Streichung eines „Sofortprogramms“ zum Bau von 60.000 Sozialwohnungen im Vordergrund steht.

Für uns können diese Maßnahmen nur bedeuten: für jede Mark an Sozialleistungen noch mehr Anträge stellen, noch mehr Stellen von unserem „Bedarf“ zu überzeugen versuchen, noch mehr Ärger und Demütigung hinnehmen, um schließlich doch nichts zu bekommen. Noch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit ohne Aussicht auf eine Stelle, noch weniger Aussicht auf eine behindertengerechte Wohnung. Für viele von uns ist durch die geplante Maßnahme die Existenzgrundlage gefährdet und wir gehen davon aus, daß die Verantwortlichen in voller Kenntnis dieser Konsequenz ihre Entscheidungen getroffen haben. Ständig wurde in letzter Zeit vom angeblichen Mißbrauch der Sozialleistungen geredet. Der tatsächliche Mißbrauch gigantischen Ausmaßes liegt aber woanders: wenn einem großen Konzern 120 Millionen DM Steuern einfach geschenkt werden, ist das ebensolcher Mißbrauch wie der Aufbau eines riesigen Kriegsapparates auf Kosten des Sozialbereichs.

Kriegsapparat

Mit den Kürzungen im Sozialbereich wird gegenwärtig der weitere Aufbau eines gigantischen Vernichtungspotentials betrieben. Immer neue schreckliche Waffen sollen die Massenvernichtung und die Krüppelproduktion perfektionieren. Leistungen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen sollten, werden gestrichen, um menschenvernichtende Apparate bauen zu können.

Solange auch nur ein Kampfflugzeug den Himmel unsicher macht, solange auch nur ein Panzer die Luft verpestet und das Erdreich zerwühlt, solange auch nur eine Rakete auf Abschußrampen bereitsteht, sind wir nicht bereit, über einen angeblichen Mißbrauch im Sozialbereich auch nur ein Wort zu verlieren.

Vor kurzem ging durch die Presse als Beispiel für Fortschritte im Jahr der Behinderten die Meldung, daß ein Behinderter jetzt auch zur Bundeswehr dürfe. Wir halten es allerdings für zynisch, ausgerechnet das Mitmischen in einer Organisation, die traditionell die Vernichtung von Menschenleben zum erklärten Ziel hat, als Akt der Emanzipation Behinderter auszugeben. Gleichzeitig

Menschenleben zum erklärten Ziel hat, als Akt der Emanzipation Behinderter auszugeben. Gleichzeitig

zeigt dies Beispiel sehr plastisch, welche Erniedrigung und Selbstverleugnung Behinderte hierzulande auf sich nehmen müssen, um „anerkannt“ zu werden.

Aussonderung – Schicksal der breiten Massen

Die Aussonderung und die damit verbundene Entrechtung und Unterdrückung trifft gerade zur jetzigen Zeit immer breitere Bevölkerungsgruppen. Alte werden isoliert und verschwinden dann in Pflegegettos und Irrenhäusern. Immer mehr Jugendliche werden über Sonderschulen und andere Sondereinrichtungen ausgegliedert, angeblich, um ihnen zu helfen, tatsächlich, um zu bemänteln, daß es für sie keine Arbeit mehr gibt. Selbst für Kinder ist in dieser Gesellschaft kein Platz.

Dem steigenden Druck der Arbeitsbedingungen und der gleichzeitigen Leere und Sinnlosigkeit dieser Gesellschaft sind immer weniger gewachsen. Viele versinken als Folge davon in körperliche und seelische Krankheit, Drepression und Sucht. Die sogenannten Randgruppen werden zur Mehrheit der Gesellschaft. „Ausgesondert werden“ ist das vorgezeichnete Schicksal der breiten Massen.

Die offizielle Sozialpolitik will die Zerstückelung in bedauerliche Einzelschicksale und isolierte Problemgruppen. Der unter massiven Schwierigkeiten erkämpfte „Sozialstaat“ wendet sich heute gegen diejenigen, für die er geschaffen werden sollte.

Dieser Tendenz setzen wir unseren Aufruf an alle Abgeschobenen und Ausgestoßenen entgegen, sich zusammenzuschließen und sich zu wehren.